

Unterrichtung

durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

13. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2015 und 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Bundesbeauftragten	7
1 Zusammenfassung	8
1.1 Expertenkommission und Bundestagsbeschluss zur Zukunft des BStU	8
1.2 Archivarbeit	8
1.3 Verwendung von Stasi-Unterlagen	10
1.4 Forschung	13
1.5 Unterrichtung der Öffentlichkeit	14
2 Die Behörde des BStU	15
2.1 Organisationsstruktur	15
2.2 Beirat	15
2.3 Personal	15
2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung	15
2.3.2 Fortbildung	16
2.3.3 Ausbildung	16
2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung	16
2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes	16
2.4 Haushalt	17
2.5 Liegenschaften	17
2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit	18
2.7 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz	18

	Seite
3	Archivbestände 18
3.1	Arbeitsschwerpunkte 18
3.2	Erschließungsergebnisse 19
3.2.1	Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums 19
3.2.1.1	Ablagen des MfS-Zentralarchivs 20
3.2.1.2	Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Dienststellen 20
3.2.2	Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen 21
3.2.2.1	Land Berlin 21
3.2.2.2	Land Brandenburg 21
3.2.2.3	Land Mecklenburg-Vorpommern 23
3.2.2.4	Freistaat Sachsen 23
3.2.2.5	Land Sachsen-Anhalt 24
3.2.2.6	Freistaat Thüringen 24
3.2.3	Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten 24
3.2.3.1	Filme und Videos 24
3.2.3.2	Tondokumente 24
3.2.3.3	Fotodokumente 25
3.2.3.4	Maschinenlesbare Daten 25
3.3	Findmittel 25
3.3.1	MfS-Karteien 25
3.3.2	Datenbanken des BStU 26
3.3.2.1	Bestehende Fachanwendungen 26
3.3.2.2	Anpassung und Einführung von BASYS 2 26
3.3.3	Findmittel im Internet 26
3.4	Digitalisierungsprojekte: Strategische Ausrichtung, Fachziele und Projekte 27
3.5	Bestandserhaltung 28
3.5.1	Präventive Maßnahmen 28
3.5.2	Restaurierung und Konservierung 29
3.6	Herausgabe und Übernahme von Unterlagen 29
3.7	Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 29
3.7.1	Manuelle Rekonstruktion 29
3.7.2	Virtuelle Rekonstruktion 30
3.8	Kontakte mit anderen Institutionen zu Archivthemen 30
4	Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen 31
4.1	Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes 31

	Seite
4.1.1	Antragseingänge und Erledigungen 31
4.1.2	Antragsbearbeitung 33
4.1.3	Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger 33
4.1.4	Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener 35
4.1.5	Decknamenentschlüsselung 36
4.2	Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen 36
4.2.1	Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts 36
4.2.1.1	Strafrechtliche Rehabilitierung 36
4.2.1.2	Wiedergutmachung 37
4.2.2	Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr 37
4.2.3	Ersuchen zur Überprüfung von Personen 37
4.2.3.1	Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder 38
4.2.3.2	Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen 39
4.2.3.3	Berufsrichter und ehrenamtliche Richter 39
4.2.3.4	Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften 39
4.2.3.5	Beiratsmitglieder des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen 39
4.2.3.6	Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen 40
4.2.3.7	Rentenangelegenheiten 40
4.2.3.8	Ordensangelegenheiten 40
4.3	Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film 40
4.3.1	„Westarbeit“ des MfS 41
4.3.2	Grenzregime, Fluchten und Militär 43
4.3.3	Justiz und Strafvollzug sowie Polizei 43
4.3.4	Bürgerprotest 44
4.3.5	Kirche 44
4.3.6	Kinder und Jugendliche 45
4.3.7	Ausländer und Minderheiten 45
4.3.8	Medien 45
4.3.9	Sport 46
4.3.10	Wirtschaft 46
4.3.11	Medizin 46

	Seite
4.3.12	Aufarbeitung der NS-Diktatur 46
4.3.13	Kunst und Kultur 47
4.3.14	Terrorismus, Extremismus 47
4.3.15	MfS 47
4.4	Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU 48
4.5	Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 48
5	Forschung und Publikationen 49
5.1	Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 50
5.2	Forschungsergebnisse: abgeschlossene und publizierte Projekte ... 50
5.2.1	Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei 50
5.2.2	Die Hauptabteilung IX: Untersuchung – Reihe „MfS-Handbuch“ 51
5.2.3	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1981 und 1956 51
5.2.4	Das Archiv der Stasi 51
5.2.5	Das Gedächtnis der Staatssicherheit – Die Kartei- und Archiv- abteilung des MfS 51
5.2.6	Hinter vorgehaltener Hand – Studien zur Denunziationsforschung 52
5.2.7	Auftrag: Menschenraub 52
5.2.8	Annäherungen an Robert Havemann 52
5.2.9	In Haft bei der Staatssicherheit – das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 52
5.2.10	Die Macht der Kirchen brechen – Mitwirkung des MfS bei der Durchsetzung der Jugendweihe 52
5.2.11	Kooperation und Kontrolle 53
5.2.12	Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR- Staatssicherheit 53
5.2.13	Sperrgebiete in der DDR – ein Atlas 53
5.2.14	„Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral“ – Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt 53
5.2.15	Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg 53
5.2.16	Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk 54
5.2.17	Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR- Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953 54
5.2.18	„Akten-Einsichten“. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit 54
5.3	Laufende Forschungsprojekte 54
5.3.1	Widerstand und Anpassung im Alltag 54
5.3.2	ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt 55
5.3.3	Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste 56

	Seite
5.3.4 Herrschaft und Gesellschaft	56
5.3.5 MfS und DDR-Justiz	57
5.3.6 Schwerpunktstudien	57
5.4 Bibliothek	58
6 Unterrichtung der Öffentlichkeit	58
6.1 Lernort ehemalige Stasi-Zentrale	59
6.1.1 Dauerausstellung	59
6.1.2 Archivführungen	59
6.1.3 Bildungsangebote für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale	59
6.1.4 Veranstaltungen am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale	61
6.2 Internetpräsenz des BStU	62
6.2.1 Online-Portal Stasi-Mediathek (Mediathek ausgewählter Dokumente)	62
6.2.2 Online-Schwerpunkte und Dokumentensammlungen zu Archivunterlagen	63
6.2.3 BStU und Social Media	63
6.3 BStU-Dokumentenhefte	63
6.4 Regionale und überregionale Ausstellungen	63
6.4.1 Dauerausstellungen	63
6.4.2 Wander- und Wechselausstellungen	64
6.5 Regionale und überregionale Bildungsangebote	66
6.6 Veranstaltungen des BStU	67
6.6.1 Veranstaltungen der Zentralstelle	67
6.6.2 Veranstaltungen und Archivpräsentationen in den Regionen	69
6.7 Pressearbeit	71
7 Internationale Bezüge	72
7.1 Die Arbeit des Netzwerks	72
7.2 Ausgewählte internationale Kontakte	73
Anhang	77
Abkürzungsverzeichnis	115

Vorwort des Bundesbeauftragten

Die Stasi-Akten haben eine Zukunft. Und zwar eine dauerhafte. Das hat der Deutsche Bundestag im Juni 2016 beschlossen. Das ist ein klares Bekenntnis – zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zu den Opfern der Repression und auch zur Investition in die nächsten Generationen. Die Weiterentwicklung der Institution des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) folgt so einem Grund-Motiv: den Opfern gerecht werden und eine Brücke in die nächste Generation schlagen.

Die vergangenen zwei Jahre, der Berichtszeitraum 2015 und 2016, waren stark von Diskussionen über die Zukunft des Umgangs mit den Stasi-Unterlagen geprägt. Dabei ging es nicht zuletzt darum, ob die Stasi-Unterlagen-Behörde als zeitlich begrenzte Einrichtung unverändert weiterarbeitet oder ob es neue Strukturen geben kann, die langfristig den Erhalt und den Zugang zu den Stasi-Unterlagen sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Wirken der Stasi besser und zeitgemäßer ermöglichen.

Übereinstimmend wurde in den Diskussionen festgestellt, dass die Stasi-Unterlagen für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur unverzichtbar sind. Nach der Erfahrung von 25 Jahren Zugang zu den Stasi-Akten sind sie längst auch zum Teil des „Gedächtnisses der Nation“ geworden. Die persönlichen Akteneinsichten, die Nutzung der Akten zur Aufklärung über die Herrschaftsmechanismen in der DDR, die Nutzung der Akten zur Überprüfung heutiger staatlicher Funktionsträger haben dies im Berichtszeitraum erneut bestätigt. Bei unseren Veranstaltungen und den öffentlich möglichen Einblicken in das Stasi-Unterlagen-Archiv wurde deutlich, dass die Akten als Monument der Überwachung in der Diktatur, aber auch als Zeugnisse von Zivilcourage von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden. Die Eroberung und Nutzung der Stasi-Unterlagen sind zu einem Symbol der Friedlichen Revolution geworden. Auch deshalb sollte diese Errungenschaft in den Regionen im Osten Deutschlands ebenfalls verankert bleiben. Die Eroberung der Akten, sie hat in den Regionen begonnen, bis sie in Berlin ihren Abschluss fand.

Der Dreiklang von Repression, Revolution und Aufklärung, den die Stasi-Akten repräsentieren, braucht zukunftsfähige Strukturen, geeignete Orte und zeitgemäße Vermittlung.

Mit seinem Beschluss hat der Bundestag eine klare Entscheidung getroffen: Der Gesamtbestand des Stasi-Unterlagen-Archivs wird dauerhaft erhalten. Endlich sind wir nicht mehr eine Einrichtung „auf Abruf“. Endlich können wir für die Zukunft planen. Endlich können wir notwendige Reformen konkret angehen. Die dauerhafte Nutzung der Akten braucht Investitionen und Modernisierung, in Digitalisierung und archivgerechte Bauten. Neues schaffen, um den Kern des Alten zu bewahren.

Der Bundestag hat beschlossen, den Transformationsprozess aus dem Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen heraus einzuleiten. Dazu gehört, dass der BStU gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein belastbares Konzept erarbeitet, in dem die dauerhafte Sicherung des Stasi-Unterlagen-Archivs durch die Überführung in das Bundesarchiv gewährleistet werden soll. Dabei gilt es sicherzustellen, dass der Aktenzugang weiterhin auf Basis des Stasi-Unterlagen-Gesetzes garantiert ist und die eigenständige Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs mit seiner internationalen Vorbildwirkung gewährleistet ist.

In vielen postdiktatorischen Gesellschaften der Welt wird der Umgang mit den Akten einer Geheimpolizei in Deutschland als ein Modell für die Aufarbeitung von Diktaturen und Diktatur-Folgen gesehen. Auch das ist bei Dutzenden internationalen Besuchen in Berlin und im Ausland in den letzten zwei Jahren wieder deutlich geworden.

Es geht nicht nur um die Vergangenheit, sondern um grundsätzliche und aktuelle Fragen im Spannungsfeld von Diktatur und Demokratie. Gerade in den letzten zwei Jahren hat diese Diskussion eine länger nicht mehr gekannte Dringlichkeit erlangt. Der Blick in die Geschichte und konkret in die Stasi-Akten kann helfen, die Werte von Demokratie und Menschenrechten besser zu schätzen und zu schützen.

Roland Jahn

1 Zusammenfassung

1.1 Expertenkommission und Bundestagsbeschluss zur Zukunft des BStU

Am 4. Juli 2014 setzte der Deutsche Bundestag die „Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“ unter Vorsitz von Prof. Wolfgang Böhmer ein. Der BStU unterstützte die Arbeit der Kommission insbesondere durch vertiefte Informationen zu unterschiedlichen Aufgaben des Stasi-Unterlagen-Archivs. Anliegen des BStU war es, den Mitgliedern der Kommission ein umfassendes Bild der Arbeit mit den Stasi-Unterlagen zu vermitteln und bestehende Reformbedarfe aufzuzeigen (siehe Anhang 5, Papier „Reformbedarf für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den Folgen kommunistischer Diktatur“).

Neben einer auswärtigen Sitzung am 15. Januar 2015 in der ehemaligen Stasi-Zentrale mit einer Besichtigung des Archivs und Beratungen mit dem Bundesbeauftragten, dem Direktor und den Abteilungsleitern wurden Mitarbeiter des BStU zu Fachthemen wie Forschung und Außenstellen zu mehreren Sitzungen als Sachverständige in die Kommission geladen. Über grundsätzliche Fragestellungen und die Arbeit des Beauftragten tauschte der Bundesbeauftragte sich am 21. Januar 2016 mit der Kommission aus.

Die Kommission übergab ihre Empfehlungen am 12. April 2016 an den Bundestagspräsidenten (siehe Anhang 6). Die Empfehlungen wurden im Rahmen eines Expertengesprächs im Ausschuss für Kultur und Medien beraten, bei dem neben dem Bundesbeauftragten Vertreter der Opferverbände und der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Gedenkstätten und der Robert-Havemann-Gesellschaft, des Bundesarchivs, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie die ehemalige Bundesbeauftragte Marianne Birthler gehört wurden.

Die Empfehlungen der Kommission wurden vom Bundesbeauftragten grundsätzlich begrüßt, da sie eine dauerhafte Sicherung der Arbeit mit den Stasi-Unterlagen darstellen und auch dem besonderen Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs und des vom Parlament gewählten Beauftragten als Errungenschaften der Friedlichen Revolution 1989/90 gerecht werden.

Ausgehend von den Beratungen in den Gremien des Parlamentes fasste der Deutsche Bundestag am 9. Juni 2016 einen Beschluss unter dem Titel „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (siehe Anhang 7). Kernpunkte des Beschlusses sind, den Gesamtbestand dauerhaft zu erhalten und den Zugang zu den Stasi-Unterlagen auch weiterhin nach den Regeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu gewähren. Ferner wurde beschlossen, den Transformationsprozess der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Amt heraus einzuleiten, und der Bundesbeauftragte ist beauftragt, in diesem Prozess gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für „die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung“ in die Strukturen des Bundesarchivs zu entwickeln. Zudem werden

der Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie die internationale Vorbildwirkung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, verbunden mit der Rolle des Bundesbeauftragten als „im Inland wie im Ausland [...] glaubwürdige, gewichtige Stimme“, hervorgehoben. Durch den Beschluss des Deutschen Bundestages sieht der Bundesbeauftragte eine gute Grundlage für die Umsetzung notwendiger Reformen für eine zukunftsfeste Ausrichtung der Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Infolge des Bundestagsbeschlusses hat der BStU Gespräche mit dem Bundesarchiv unter Beteiligung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgenommen. Es wurde verabredet, den Deutschen Bundestag regelmäßig über die weiteren Schritte zu unterrichten.

1.2 Archivarbeit

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Archive des BStU im Berichtszeitraum waren wiederum die archivische Erschließung, Sach- und Personenrecherchen, die Bereitstellung von Unterlagen für die Nutzung, die Erarbeitung von Findmitteln für das Internet, die vorbeugende Bestandserhaltung, die Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben sowie der Ausbau archivfachlicher Kooperationen.

Der BStU hat im Berichtszeitraum, wie schon in den Jahren davor, eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv gepflegt. Ein gutes Beispiel für diese Kooperation ist die bewährte Praxis, sämtliche Online-Findmittel des BStU (inzwischen 230) über die Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS („ARchivGUtSuche“) zu veröffentlichen. ARGUS wird vom Bundesarchiv betrieben und der BStU nutzt diese Plattform mit. Verknüpft damit ist die Vereinbarung, dass das Bundesarchiv auch die Digitalisate von Archivgut hostet, die in Findmitteln eingebettet sind (siehe Abschnitt 3.3.3).

Auch die Kooperation bei der im Bundesarchiv in Entwicklung befindlichen und teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungssoftware BASYS 2 hat im Berichtszeitraum maßgebliche Impulse erfahren. Die 2015 abgeschlossene Erarbeitung eines Änderungskatalogs formuliert alle Anpassungen, die an BASYS 2 (B+M [= Benutzungswesen und Magazinverwaltung]) notwendig wären, um es im BStU optimal einsetzen zu können. Auf dieser Grundlage wurde eine Gewichtung dieser Änderungsbedarfe vorgenommen, um die Einführung von BASYS 2 (B+M) zügig und technisch nah an der IT-Lösung des Bundesarchivs zu ermöglichen. Um dieses Ziel in kurzer Frist zu erreichen, wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bundesarchiv und BStU gebildet, die die Rahmenbedingungen festlegt und die Realisierung steuert (siehe Abschnitt 3.3.2.2).

Ebenfalls ist die Partnerschaft zwischen Bundesarchiv und BStU auf dem Gebiet der Digitalisierung sowie der Erschließung enger geworden. So wurde 2016 – beim Besuch des BStU im Koblenzer Bildarchiv – vereinbart, bestehende Standards und Richtlinien für die Digitalisierung gemeinsam zu evaluieren und Markterkundungen sowie

Beschaffungen gegebenenfalls gemeinsam zu realisieren. Gleichzeitig wurden die Standards für die Erschließung von Fotografien und Tondokumenten ausgetauscht.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass sich die Leiter des Bundesarchivs, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, des Bundesratsarchivs, des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages und des BStU mehrmals im Jahr treffen. Diese Zusammenkünfte dienen dem Erfahrungsaustausch und der Abstimmung zu verschiedenen strategischen Fragen (z. B. zu Themen der Digitalisierung). Im Juni 2016 tagte dieses Archivleitergremium beim BStU und informierte sich u. a. über die Vorstellungen des Bundesbeauftragten zu den Fragen der Integration des BStU in das Bundesarchiv.

Erschließung und Recherche

Die Unterlagen, die durch den BStU erschlossen und verwaltet werden, sind grundsätzlich auf zwei Arten recherchierbar: sachbezogen und/oder personenbezogen. Der personenbezogene Zugang ist der für die Staatssicherheit und ihre überlieferten Karteien typische. Die sogenannten archivierten Ablagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und seiner Bezirksverwaltungen sind auf diese Weise recherchierbar. In gleicher Weise gilt das in der Regel für die Zentralen Materialablagen (ZMA) – Informationssammlungen der einzelnen Dienstseinheiten, die für die tägliche Arbeit bereitgehalten wurden. Für zentrale Aufgaben des BStU – Akteneinsichten, aber auch Personenüberprüfungen – ist diese Art des Zugangs von entscheidender Bedeutung.

Die personenbezogene Erschließung stößt an ihre Grenzen, wenn es um themenbezogene Recherchen geht, wie sie bei Bildungs- und Forschungsvorhaben oder Anfragen von Medien häufig vorkommen, sobald diese nicht ausreichend mit Hinweisen auf Personen verbunden sind. Eine sachthemenbezogene Erschließung ermöglicht darüber hinaus den für Archive üblichen systematischen, themenbezogenen Zugang zu Archivalien. Es ist daher ein wichtiges Anliegen des BStU, auch solche Unterlagen nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu erschließen, die bislang nur über personenbezogene Karteien recherchierbar sind, wenn sich daraus ein Mehrwert für Öffentlichkeit und Forschung ergibt.

In den vergangenen Jahren wurde mit Priorität an der Erschließung von Stasi-Unterlagen gearbeitet, für die noch keinerlei Findmittel (also auch keine MfS-Karteien) zur Verfügung standen. So sind mittlerweile sämtliche Unterlagen der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen Berlin, Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin erschlossen. Die Archivare und Archivarinnen der entsprechenden Außenstellen unterstützen mittlerweile andere Außenstellen sowie die Zentralstelle, um eine zügige Abarbeitung des verbliebenen Restes noch unzugänglicher Unterlagen zu gewährleisten. Inzwischen sind von den mehr als 111 000 laufenden Metern (lfd. M.) Schriftgut ca. 67 000 lfd. M. (also 60 Prozent) personenbezogen zugänglich sowie rund 40 600 lfd. M. (36 Prozent) inhaltlich erschlossen und damit gleichzeitig

personenbezogen verfügbar; dazu gehören auch 41 Millionen Karteikarten. Ferner hat die Stasi Schriftgut verfilmt. Dieses würde, auf Papier ausgedruckt, den Umfang des Bestandes noch um viele Kilometer vergrößern.

Im Berichtszeitraum wurden rund 1 850 lfd. M. des Schriftguts archivisch bearbeitet. Die besondere Aufmerksamkeit galt dabei nach wie vor den Überlieferungsteilen, die 1989/1990 in den Dienstzimmern der Staatssicherheit geborgen werden konnten. Darüber hinaus wurden rund 115 600 Fotos, 484 Tonaufzeichnungen sowie 26 Filme und Videos erschlossen. An einer Reihe von Dienstseinheiten konnten die Erschließungsarbeiten abgeschlossen werden, so z. B. am Teilbestand Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen) (siehe Abschnitt 3.2.1.2) sowie an weiteren Teilbeständen der Bezirksverwaltungen des MfS (siehe Abschnitt 3.2.2).

Durch Erschließungsk Kooperationen soll eine zügige archivarische Erschließung noch nicht bearbeiteten Schriftguts in jenen Außenstellen erreicht werden, in denen noch größere Restbestände unerschlossen sind. Im Berichtszeitraum wurden die Außenstellen Dresden, Leipzig und Suhl sowie die Zentralstelle von den Außenstellen Chemnitz, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin unterstützt.

Nach Abschluss archivarischer Erschließungsarbeiten wird grundsätzlich die Erarbeitung von Findmitteln und deren Online-Stellung angestrebt. Im Berichtszeitraum wurden 89 Findmittel online gestellt: dies sowohl für Unterlagen aus der ministerialen Überlieferung (MfS) als auch für die Bestandsbereiche aller MfS-Bezirksverwaltungen (BV) sowie für MfS-Kreisdienststellen (KD). Auch die Erstellung von Online-Findmitteln, die gleichzeitig auf digitalisiertes Archivgut führen, wurde fortgesetzt (siehe Abschnitt 3.3.3)

Digitalisierungsprojekte

Der BStU stellt sich schon seit mehreren Jahren den Herausforderungen des digitalen Wandels für Archive. Schon der Zwölfte Tätigkeitsbericht informierte ausführlich darüber, welche strategischen Fachziele das Stasi-Unterlagen-Archiv anstrebt. Auch im jetzigen Berichtszeitraum wurden diese Intentionen weiter verfolgt. Die Behörde konzentriert sich dabei auf die Sicherung und den Schutz des Archivguts sowie die Schaffung eines erleichterten Zugangs für die Öffentlichkeit und stellt sich parallel dazu den Fragen der digitalen Langzeitsicherung. Neben konkreten Fortschritten bei einzelnen Digitalisierungsprojekten werden Konzepte zur langfristigen digitalen Sicherung und zum Aufbau eines digitalen Archivs erarbeitet.

So hat die Digitalisierung von MfS-Ton- und Videoaufzeichnungen oberste Priorität, weil deren Trägermaterialien zerfallen. Gleichzeitig hat sich das sogenannte ruhende Fotoarchiv (Nutzung von digitalisierten Fotografien anstelle der Originale) bewährt, wie auch vielfach nachgefragtes Schriftgut im Zuge der Nutzung digitalisiert wird, um die Originale zu schonen. Des Weiteren gestatten Digitalisate, die in den Internetauftritt der Behörde, in die

Stasi-Mediathek oder in Online-Findmittel eingebunden sind, Nutzern einen komfortablen Zugang zu ausgewählten Stasi-Unterlagen.

Der BStU hat Standardformate für die Digitalisierung der einzelnen Medien und für die unterschiedlichen Anwendungen festgelegt. Diese gewährleisten im Zusammenspiel mit technischen und organisatorischen Prozessen, dass die überlieferten Informationen dauerhaft sicher und nachvollziehbar zur Verfügung stehen (siehe Abschnitt 3.4). Exemplarisch erwähnt werden soll hier ein Projekt, das der BStU gemeinsam mit dem für die Bundessicherungsverfilmung im Rahmen des Kulturgutschutzes zuständigen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) realisiert. In seinem Kontext wird eine Auswahl aus der Überlieferung getroffen, die beispielhaft Ziele, Strukturen und Arbeitsweisen des MfS dokumentiert. Diese Archivalien sollen digitalisiert und verfilmt werden. Anschließend werden die Filme dauerhaft im zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland gesichert, dem sogenannten Barbarastollen bei Freiburg im Breisgau.

Liegenschaftssituation und Bestandserhaltung

Nach wie vor hat der BStU mit den unterschiedlichen, jedoch häufig suboptimalen Gegebenheiten in den Liegenschaften und Magazinen umzugehen. Das betrifft nicht lediglich die raumklimatischen Bedingungen, die zweifelsohne den Grundschutz für Archivalien bilden, sondern ebenso die generelle Lage einiger Liegenschaften und den konkreten räumlichen Zuschnitt der Gesamtliegenschaft. In mehreren Fällen führt die bauliche Einrichtung zu langen Aktentransportwegen zwischen den verschiedenen Gebäudeteilen. Deshalb ist der BStU seit Jahren bemüht, bestandssichernde Unterbringungsmöglichkeiten für die gesamte MfS-Überlieferung zu schaffen. Dies wird weiterhin eine dringliche Aufgabe bleiben.

Bestandsgefährdend wirkt – neben teils ungünstigen Magazinbedingungen – das in der DDR häufig benutzte säurehaltige Papier in Verbindung mit hoher Zugriffsfrequenz sowie langer Verweildauer in der Nutzung (und damit außerhalb der Magazinräume). Um die beschriebenen Probleme zu mildern, plant und unternimmt der BStU verschiedene Maßnahmen wie Verpackung, Umstellung auf liegende Lagerung, Begrenzung der Ausleihzeit, Verwendung geeigneter Transportbehältnisse, Entmetallisierung, Restaurierung, Entsäuerung, systematische Erfassung geschädigter Akten in Schadensklassen sowie die Anfertigung von Nutzungsdigitalisaten (siehe Abschnitt 3.5).

Einer gesonderten Erwähnung bedarf die Überlieferung audiovisueller Medien, deren Trägermaterialien häufig noch weniger widerstandsfähig als die Papierüberlieferung sind. Deswegen werden in diesem Bereich bereits umfangreiche Digitalisierungsmaßnahmen vorgenommen (siehe Abschnitt 3.4).

Bestandsschutz endet keineswegs an den Grenzen der einzelnen Liegenschaften, sondern ist in vielen Fällen Teil eines regionalen Notfallverbundes. Die Behörde ist dabei in die Notfallverbünde Berlin-Brandenburg, Dresden, Gera,

Halle, Leipzig, Magdeburg und in den grenzüberschreitenden Verbund Frankfurt (Oder)/Ślubice integriert (siehe Abschnitt 3.5).

Manuelle und virtuelle Rekonstruktion

Zum MfS-Archivbestand gehören Hunderttausende Dokumente, die 1989/90 von Stasi-Mitarbeitern per Hand zerrissen worden waren, um sie für die endgültige Vernichtung vorzubereiten. Um auch diesen Teil der Überlieferung für die Nutzung zugänglich zu machen, werden sie rekonstruiert (siehe Abschnitt 3.7). Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion wurden im Berichtszeitraum zerrissene Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 84 000 Blatt wiederhergestellt. Seit Bestehen des BStU wurden mittlerweile zerrissene Unterlagen im Umfang von insgesamt über 1 615 000 Blatt händisch rekonstruiert. Sowohl durch dieses Verfahren als auch durch die virtuelle Rekonstruktion konnten für die persönliche oder gesellschaftliche Aufarbeitung aufschlussreiche Unterlagen gewonnen und genutzt werden. Das Projekt der virtuellen Rekonstruktion konnte aus technischen Gründen nicht in einen Massenbetrieb überführt werden, da bisher keine geeigneten Scanner für das Einlesen größerer Mengen von Unterlagen vorhanden sind. Auf Basis einer Skizze des Fraunhofer IPK für ein „Pilotsystem 2.0“, das insbesondere den fehlenden technischen Baustein generieren soll, wurde vom BStU ein angepasstes Konzept für die Weiterführung der virtuellen Rekonstruktion entworfen (siehe Abschnitt 3.7.2). Der BStU möchte demnach die virtuelle Rekonstruktion künftig als begleitendes Erschließungs- und Restaurierungsinstrument in den Regelabläufen im Archiv einsetzen.

Archivfachliche Forschungen

Im Berichtszeitraum wurden mehrere archivfachliche Projekte beendet und stehen der Öffentlichkeit in Form von Publikationen zur Verfügung. Es handelt sich um die Geschichte der – von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigten – Kartei- und Archivabteilung XII des MfS und um den Band „Das Archiv der Stasi. Begriffe“ (siehe Abschnitt 5.2).

1.3 Verwendung von Stasi-Unterlagen

Persönliche Akteneinsicht

Nach wie vor machen Bürgerinnen und Bürger in erheblichem Umfang von ihrem Recht Gebrauch, auf Antrag Zugang zu den in den Stasi-Unterlagen enthaltenen Informationen zur eigenen Person zu erhalten (siehe Abschnitt 4.1). Dieser Bereich war mit über 60 000 Anträgen im Jahr 2015 und knapp 50 000 Anträgen im Jahr 2016 weiterhin ein zentraler Verwendungszweck für die Stasi-Unterlagen, wenn auch die Zahl der Bürgeranträge auf persönliche Akteneinsicht im Berichtszeitraum rückläufig war (zur Entwicklung der letzten Jahre siehe Anhang 8). Bis heute geht es auch um Fälle politischer Haft, Flucht, gezielter Zersetzung oder sonstiger politischer Diskriminierung. Viele Menschen finden erst mit großem zeitlichem Abstand zur DDR und den Aktivitäten der Stasi den Mut oder

auch die Zeit, sich mit den damaligen Ereignissen und den möglichen Auswirkungen auf das eigene Leben und das persönliche Umfeld auseinanderzusetzen. Auch geraten Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR zum Teil erst aufgrund von Veröffentlichungen in das breitere öffentliche Bewusstsein, was in manchen Fällen wiederum zu individuellen Anträgen auf Akteneinsicht führt. So bezogen sich Antragstellerinnen und Antragsteller in der privaten Akteneinsicht häufig auf eine vorausgegangene Berichterstattung und Reportagen in den Medien oder auf wissenschaftliche Veröffentlichungen zu bestimmten Themen. Auch in der Beratungstätigkeit der Behörde werden entsprechende Zusammenhänge immer wieder deutlich, wie etwa bei der Heimkinderproblematik. Nicht selten geben hierbei auch Fragen der Kinder und Enkel und Gespräche in der Familie den Anstoß zur Antragstellung.

Die Möglichkeit gemäß § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), die Einsicht in Unterlagen verstorbener oder vermisster naher Angehöriger zu beantragen, wurde im Berichtszeitraum zunehmend genutzt. Allerdings ist ein solcher Zugang nach wie vor auf Zwecke der Aufarbeitung von Einflüssen des MfS und anderer staatlicher Maßnahmen beschränkt. Die erforderliche Darlegung eines entsprechenden berechtigten Interesses ist nicht selten mit einem besonderen Beratungsbedarf verbunden (siehe Abschnitt 4.1.4).

Nach wie vor bestehen für Antragsteller im Bereich der persönlichen Akteneinsicht Wartezeiten. Diese Wartezeiten sind durch Rückstände bedingt, die in zurückliegenden Jahren aufgrund steigender Antragszahlen und der bereits seit den 90er-Jahren geltenden Nachbesetzungssperre entstanden waren. Sinkende Antragszahlen und die ab 2012 teilweise erfolgten Nachbesetzungen haben es im Berichtszeitraum ermöglicht, dass die Zahl der Erledigungen die der Antragsgänge nunmehr deutlich übersteigt. Auf diese Weise konnten die aufgelaufenen Rückstände im Berichtszeitraum um ca. ein Drittel abgebaut und damit auch Wartezeiten verringert werden.

Herausgabe von Unterlagen an Forschung und Medien

Die Thematisierung und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und ihrer Herrschaftsmechanismen durch Forschung und Medien sowie im Rahmen der politischen Bildung hat im Berichtszeitraum zu einem gleich hohen Antragsaufkommen wie in den Vorjahren geführt. Hinter den insgesamt 2 650 Anträgen stehen zum Teil große Forschungsvorhaben mit mehrjähriger Bearbeitungszeit. Für Zwecke von Forschung und Medien wurden 2015/16 insgesamt mehr als 1,1 Millionen Seiten aus MfS-Akten in Kopie herausgegeben. Die Zahl der zur Verfügung gestellten Bild-, Film- und Tondokumente belief sich auf 14 704 (siehe Abschnitt 4.3).

Die für die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen zuständigen Referate sind nach thematischen Spezialisierungen strukturiert, sodass neben der gemäß dem StUG jeweils erforderlichen Prüfung und Bearbeitung der Unterlagen zum Schutze der Persönlichkeitsrechte betroffener und unbeteiligter Personen eine fachkundige

Beratung der Antragsteller bei der themenbezogenen Recherche in den zahlreichen Beständen des MfS und eine Bündelung der konkret benötigten Unterlagen erfolgen kann. Die Struktur der Antragsteller hat sich wie bereits in den Vorjahren zugunsten der Forschung verschoben, auf die etwa zwei Drittel der Anträge entfallen. Das Interesse an der Aufarbeitung der SED-Diktatur hält aber auch von journalistischer Seite an. Im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum zeigt sich beim Thema „Kunst/Kultur/Medien“ ein steigendes und beim Themenbereich „Opposition in der DDR“ ein fallendes Interesse.

Die Themen, zu denen Anträge gestellt werden, sind naturgemäß vielfältig. Schwerpunkte und leichte Verschiebungen ergeben sich jeweils aus bevorstehenden Jahres- und Gedenktagen, sie können aber auch neue Tendenzen in der historischen Forschung widerspiegeln. So ist eine Zunahme des Interesses an Themen erkennbar, die sich mit dem Alltag in der Diktatur befassen. Bei einigen Anträgen spielt die Gender-Frage eine wichtige Rolle. So wurde unter anderem die Rolle der Frauen im MfS bzw. die Einstellung des MfS zu Frauen zum Gegenstand gemacht und damit dem seit einigen Jahren steigenden Interesse an Gender-Themen Rechnung getragen. Ganz neue Themen, zum Beispiel im Gesundheitsbereich die Einflussnahme auf Kliniken und damit verbunden die Formung des Menschenbildes in der DDR-Gesellschaft, reflektieren die Erweiterung des Themenspektrums. Daneben reagieren Wissenschaftler mit ihren Anträgen durchaus auch auf die Berichterstattung in den Medien und umgekehrt Journalisten auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse.

Themen oder Personen, die Gegenstand aktuellen öffentlichen Interesses sind, sind nach wie vor Anlass für Medienanträge beim BStU, wenn diese Bezüge zur Zeit der DDR haben. Hier seien etwa der Flughafen Berlin-Schönefeld oder der russische Präsident Putin (ehemals KGB-Offizier in der DDR) erwähnt. Dies führt immer wieder dazu, die Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS und der ehemaligen DDR insgesamt zu beleben.

Ein verstärktes Interesse war im Berichtszeitraum auch am MfS selbst festzustellen und daran, wie es in anderen Bereichen agierte, mit anderen Organen kooperierte und über die Grenzen des unmittelbaren Einflussbereiches als Geheimpolizei hinaus das Leben der eigenen Mitarbeiter und das Leben der DDR-Bürgerinnen und Bürger mitbestimmte.

Wie schon im vorangegangenen Tätigkeitsbericht erwähnt, befasst sich ein großes Projekt des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin damit, die Schicksale der Opfer an der deutsch-deutschen Grenze näher aufzuklären. Nach wie vor ist die genaue Zahl der an der Grenze getöteten Menschen nicht bekannt. Vor allem mithilfe der MfS-Unterlagen will man diesen zentralen und tragischen Aspekt des DDR-Unrechts wissenschaftlich gründlich erforschen und dokumentieren. Ein wesentliches Element hierbei ist es, soweit wie möglich die Namen der an der Grenze getöteten Menschen zu bestimmen und damit den Toten ein Gesicht zu geben. Hiermit wird wie schon mit dem vorangegangenen Forschungsprojekt

zu den Toten an der Berliner Mauer mehr als 25 Jahre nach dem Fall der Grenze ein ganz wesentlicher Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Unrechts geleistet.

Auffällig ist die Zunahme von Forschungsanträgen, bei denen die Stasi-Unterlagen dafür genutzt werden, um Fragen zur NS-Diktatur zu beantworten. Auch der Umgang des MfS selbst mit der Vergangenheit, zum Beispiel in Bezug auf die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Zeit des Nationalsozialismus Mitglieder der SS oder SA gewesen waren, ist Gegenstand des Interesses. Ebenso wird hier deutlich, dass die Aufarbeitung beider deutscher Diktaturen viele Jahrzehnte nach ihrem Ende unter immer neuen Aspekten weiter relevant sein wird.

In verschiedenen Anträgen geht es um die Beziehungen innerhalb des Warschauer Vertrages und die Kooperationen der Ostblock-Staaten untereinander. Hier konnte der BStU in einigen Fällen bei den Forschungen der Netzwerkpartner behilflich sein. Generell ist es dem BStU ein besonderes Anliegen, durch die Antragsbearbeitung und -begleitung viele Partner in der Aufarbeitung, wie Gedenkstätten, Vereine, aber auch die Initiative von Einzelpersonen zu unterstützen.

Viele Herausgaben waren wie in den vorhergehenden Berichtszeiträumen Grundlage von Publikationen. Daneben gab es mehrere Projekte, die zu Fernseh- oder Kinofilmen geführt haben, unter anderem einem Film, der sich erstmals speziell mit Erich Mielke, dem langjährigen Minister für Staatssicherheit, auseinandersetzt.

Kontinuierlich versucht der BStU, die Dienstleistungen für die Antragsteller zu erweitern und zu verbessern. So verweisen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits gegenwärtig auch auf Quellen im Bundesarchiv oder in anderen relevanten Archiven, um den Antragstellern eine umfassende Recherche zu erleichtern. Ein spezielles Anliegen der Behörde ist die Digitalisierung für die Nutzung und deren Fortentwicklung entsprechend den Nutzerinteressen. Deshalb wird seit längerer Zeit ein IT-Pilotprojekt zur Bildschirmbearbeitung von digitalisierten Unterlagen in den für Forschungs- und Medienanträge zuständigen Referaten getestet. Es soll den Vorbereitungsprozess der Akteneinsicht sowie im geeigneten Fall auch die Herausgabe sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU unterstützen und erleichtern. Neben den für die Realisierung eines Regelbetriebs erforderlichen technischen und datenschutzbedingten Fragen sind die gebührenrechtlichen Voraussetzungen für die Herausgabe von Unterlagen in digitaler Form zu schaffen. In diesem Zusammenhang setzt sich der BStU seit längerem dafür ein, dass die Stasi-Unterlagen-Kostenordnung an die aktuellen Entwicklungen angepasst wird.

Herausgabe von Unterlagen zur Überprüfung von Personen

Bei den Ersuchen zur Überprüfung auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst ist nach den einzelnen Verwendungszwecken zu differenzieren (siehe Abschnitt 4.2.3).

Parlamenten und kommunalen Vertretungen war es weiterhin ein aufarbeitungspolitisches Anliegen, ihre Mitglieder auf eine frühere Stasi-Verstrickung zu überprüfen und gegenüber den Wahlberechtigten ihrer Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur Ausdruck zu verleihen. Die entsprechenden Überprüfungstatbestände sind nach wie vor von zahlenmäßiger wie auch praktischer Bedeutung, was mit der Kandidatur auch älterer Personen für Wahlämter zusammenhängt. In der öffentlichen Wahrnehmung finden die Ergebnisse solcher Überprüfungen immer noch große Beachtung. Dies gilt insbesondere dann, wenn bei erstmals gewählten Personen die Überprüfung zu entsprechenden Erkenntnissen geführt hat. Nicht selten besteht insbesondere bei den kommunalen Vertretungen ein Erörterungsbedarf mit der Behörde des BStU, wie im Überprüfungsverfahren die Grundsätze eines fairen und rechtsstaatlichen Verfahrens gewährleistet werden können.

Zu einem Teil dieser von Parlamenten und kommunalen Vertretungen angefragten Personen wie aber etwa auch bei den Funktionsebenen im Sport sind die Sachverhalte den ersuchenden Stellen bereits durch frühere Überprüfungen bekannt, die Erkenntnisse mithin nicht neu. Damit kommt manchen Überprüfungsmöglichkeiten im Gesetz heute nur noch eine eher symbolische Bedeutung zu. Bei manchen von den ersuchenden Stellen eingereichten Personen entfällt eine Überprüfbarkeit bereits durch das in der Regel jüngere Alter, da Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres bei den meisten Überprüfungstatbeständen nicht mitgeteilt werden. Bei einigen Überprüfungstatbeständen wie zum Beispiel den Ordensangelegenheiten oder den tatsächengestützten Verdachtsfällen im öffentlichen Dienst ist der Erkenntnisgewinn im Sinne der Aufdeckung von MfS-Verstrickungen und damit die Relevanz der Auskunft nach wie vor bedeutsam. Bei der Verwendung zum Zweck der Sicherheitsüberprüfung aufgrund von Vorschriften in den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes und einiger Länder wird zudem deutlich, dass sie oft nur durch einen früheren DDR-Wohnsitz veranlasst ist (siehe § 12 Abs. 4 SÜG). Daneben fällt auf, dass wiederholende Anfragen auch in Fällen gestellt werden, in denen früher bereits Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitgeteilt wurden. Von den insgesamt 14 160 im Berichtszeitraum überprüften Fällen ergaben sich bei knapp 94 Prozent keinerlei solche Erkenntnisse.

Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Strafverfolgung

Die strafrechtliche Rehabilitierung ist nach wie vor für viele Betroffene der DDR-Diktatur ein zentraler, wichtiger Bestandteil der persönlichen Aufarbeitung. Dies gilt für die gerichtliche Feststellung, dass aus politischen Gründen ausgesprochene und verbüßte Haftstrafen rechtsstaatswidrig waren. Gleiches gilt auch für die ungerechtfertigte Unterbringung in einem Heim oder Jugendwerkhof. Diese Feststellungen sind auch Voraussetzung für Folgeansprüche auf soziale Ausgleichszahlungen, wie eine Haftentschädigung oder die sogenannte Opferrente.

Die entsprechenden Anträge können nach gegenwärtiger Gesetzeslage noch bis 2019 gestellt werden. Im Berichtszeitraum war die Zahl von gerichtlichen Ersuchen beim BStU zum Zwecke der strafrechtlichen Rehabilitierung mit 1 788 weiter rückläufig. Die gestellten Ersuchen führten in etwa zwei Drittel der Fälle zu Mitteilungen oder zur Herausgabe von Unterlagen (siehe Abschnitt 4.2.1).

Die Zahl behördlicher Ersuchen im Zusammenhang mit Anträgen auf verwaltungsrechtliche Wiedergutmachung blieb im Berichtszeitraum etwa auf gleichem Niveau. In diesen Fällen dienen die MfS-Unterlagen zum einen zur Ermittlung des jeweiligen Sachverhaltes, etwa ob gesundheitliche Schäden oder berufliche Benachteiligungen auf staatliche Einflussnahmen aus politischen Gründen zurückzuführen waren, zum anderen dienen sie der Prüfung von Ausschlussgründen für die Gewährung von Leistungen, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin seinerseits bzw. ihrerseits Mitarbeiter/in des MfS war oder in gleicher Weise gehandelt hatte. Klagt ein Bürger gegen die Versagung von Leistungen, wendet sich häufig das Gericht noch einmal direkt an den BStU, um sich einen eigenen Eindruck von der Aktenlage zu verschaffen.

Ersuchen zum Zwecke der Strafverfolgung spielen mehr als 26 Jahre nach dem Sturz des SED-Regimes und der Wiedervereinigung naturgemäß zahlenmäßig keine nennenswerte Rolle mehr. Gleichwohl gibt es auch heute noch Ermittlungsverfahren, bei denen der BStU um die Recherche nach Unterlagen ersucht wird. Diese betreffen vor allem Tötungsdelikte, die nicht verjähren. Allein sieben Ersuchen wurden im Berichtszeitraum für Verfahren wegen NS-Verbrechen bearbeitet. Auch gab es u. a. Ersuchen im Zuge von Ermittlungen zu einem Terroranschlag aus den 80er-Jahren.

Widersprüche und Rechtsstreitigkeiten

Alle Entscheidungen des BStU unterliegen dem uneingeschränkten Rechtsschutz, das heißt, gegen sie können Widerspruch und Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden.

Die Zahl der Widersprüche gegen Entscheidungen und Auskünfte des BStU ist gering (siehe Abschnitt 4.4). Noch geringer war im Berichtszeitraum die Zahl der Klagen, welche sich aber zum Teil auf rechtlich komplizierte Fragen von grundsätzlichem Interesse bezogen, etwa die Reichweite des StUG und die in ihm enthaltenen strengen Vorschriften zur Vermeidung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Rechte von Personen im Verhältnis zum Informationsfreiheitsgesetz. Die Gerichtsentscheidungen haben auch im Berichtszeitraum in aller Regel die Rechtsauffassungen des BStU bestätigt (siehe Abschnitt 4.5).

1.4 Forschung

Die Forschung beim BStU hat es auch in diesem Berichtszeitraum verstanden, Grundlagenforschung und historisch-politische Aufarbeitung zu verbinden. Damit wurde einerseits der gesetzmäßige Auftrag erfüllt, der Öffentlichkeit gesichertes Wissen zur Verfügung zu stellen, an-

dererseits konnte mit der Veröffentlichung von populären Arbeiten eine breite Leserschaft erreicht werden.

In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Bände zu nennen, die in neuen Formaten grundlegendes Wissen bereitstellen: Das Lesebuch zur Staatssicherheit, das auf Deutsch und Englisch vorliegt, bietet eine Übersicht der wichtigsten Problemkreise der Staatssicherheit. Es ergänzt insofern das MfS-Lexikon, das nunmehr in dritter, aktualisierter Auflage erschienen ist. Einen neuen Ansatz verfolgt die Reihe „Staatssicherheit in der Region“, deren Auftaktband zu Sachsen-Anhalt nun vorliegt. Sie vermittelt am lokalen Beispiel, wie Staatssicherheit funktionierte und wie sie vor Ort ihren Auftrag erfüllte, die Macht der SED zu sichern. Die Reihe ist auf sechs Bände angelegt, die jeweils eines der neuen Bundesländer und Berlin behandeln.

Der Dienstleistungscharakter, der sich in diesen Publikationen manifestiert, steht auch bei den Publikationen aus dem Bereich Grundlagenforschung im Vordergrund. Mit der Studie zur Hauptabteilung IX, dem Untersuchungsorgan der Geheimpolizei, liegt nun der letzte Band des MfS-Handbuchs „Anatomie der Staatssicherheit“ vor. Er stellt das Wissen zu diesem wichtigen Organ der Staatssicherheit auf eine solide Basis und rundet damit das grundlegende Projekt ab. Im Bereich der ZAIG-Akteneditionen konnten im Berichtszeitraum zwei neue Jahrgangsbände vorgelegt werden, für 1981 und 1956. Insbesondere die Dokumente zum Jahr 1956 bieten nicht nur aufgrund ihres Umfangs neue Einsichten für das Umbruchsjahr des kommunistischen Machtbereichs.

Grundlagenforschung anderer Art, nämlich zu den Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs selbst, leistet ein neu aufgelegtes Projekt, das Umfang und Schwerpunkt der Unterlagenvernichtung im MfS in der revolutionären Phase 1989/90 ermittelt. Es gilt, die Überlieferungslücken mit wissenschaftlicher Methodik auszuloten und schließlich transparent zu machen, welche Aktenbestände in welcher Dimension vernichtet wurden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden eine Aussage darüber ermöglichen, inwieweit es MfS und AfNS vor dem Untergang gelang, ihr Tun zu verschleiern.

Monografien und Sammelbände verdeutlichen, welches Potenzial die Akten der Staatssicherheit für die historische Forschung unter spezifischen Fragestellungen besitzen. Hervorzuheben in den Jahren 2015/16 sind drei Publikationen, die die Bandbreite von Verfolgung und Überwachung verdeutlichen: „Auftrag: Menschenraub“ beschreibt Umfang und Fallbeispiele einer geheimdienstlichen Praxis der frühen DDR, nämlich „Feinde“ in West-Berlin zu kidnappen, um sie in Ost-Berlin oder gar der Sowjetunion zu richten. Der Sammelband „Annäherungen an Robert Havemann“ widmet sich den Facetten der Verfolgung des wohl prominentesten Dissidenten der DDR. Schließlich geht der Band „Hinter vorgehaltener Hand“ dem gesellschaftlichen Phänomen von Denunziation nach. Die Aufsätze eröffnen ein innovatives Forschungsfeld, das neue Einblicke in den Alltag der DDR gewährt.

Die Lebenswelt der DDR-Bürger steht auch im Mittelpunkt der Studie „Die Macht der Kirchen brechen“. Sie zeigt, in welchem hohem Maß die Staatssicherheit an der Durchsetzung der Jugendweihe und damit an der Zurückdrängung der evangelischen Kirche als gesellschaftlicher Kraft in der Frühphase der DDR beteiligt war. Im Berichtszeitraum konnte auch die Forschung über die Spionagetätigkeit der Stasi im Westen neu aufgestellt werden. In Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des BND (UHK) wurde eine Publikation „Geheimdienstkrieg in Deutschland. DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953“ vorgelegt. Perspektivisch von forschungspolitischer Bedeutung ist auch der Ansatz, das Ministerium für Staatssicherheit in seiner internationalen Verflechtung mit den anderen sozialistischen Staaten zu betrachten. Wie viel Potenzial darin liegt, belegt die Studie zu den Operativgruppen des MfS, die in den Bruderländern tätig waren („Kooperation und Kontrolle“), ebenso wie die zur Zusammenarbeit des MfS mit der rumänischen Securitate („Entzweite Freunde“). Beide Bände verdeutlichen, dass es sich hier um jeweils zumindest ambivalente Beziehungen handelte.

1.5 Unterrichtung der Öffentlichkeit

In diesem Arbeitsbereich hat der Bundesbeauftragte die im vorigen Berichtszeitraum begonnenen Ansätze mit neuen Projekten weiterentwickelt. Insbesondere die Generationen, die keine eigenen Erfahrungen in der DDR oder mit deutscher Teilung gemacht haben, sollen Zugang zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur finden. So wurde das vorbereitete Konzept einer Mediathek für online zugängliche Stasi-Dokumente Anfang 2015 realisiert und anschließend ausgebaut. Neu entwickelt wurden ein Modulsystem für die Bildungsarbeit mit individuell kombinierbaren Angeboten für Schulklassen sowie ein Veranstaltungsformat am historischen Ort der Stasi-Zentrale, bei dem das Archiv als Quelle im Mittelpunkt steht. Die 2013 gestartete Reihe „Dokumentenhäfte. Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“ wurde fortgesetzt und profiliert.

Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ist Ort der Repression, der Revolution und der Aufklärung. Der BStU unterstützt alle Initiativen, die Chancen dieses historischen Ortes für Bildung und Information zu nutzen. Das Areal bestätigte auch im Berichtszeitraum sein Potenzial, ein geeigneter Lernort zu sein. Der wichtigste Eckpfeiler ist die vom BStU und der Antistalinistischen Aktion Berlin-Normannenstraße e.V. (ASTAK e.V.) gemeinsam entwickelte Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“; diese wurde im Januar 2015 eröffnet und für den Besucherverkehr in Betrieb genommen. Die Ausstellung, die im ehemaligen Dienstsitz Erich Mielkes gezeigt wird, zählte rund 100 000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr. Die Etablierung der Dauerausstellung erleichterte es, weitere Bausteine für die Entwicklung des Lernorts anzugliedern. Im Juni 2016 wurde die Open-Air-Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft zur Friedlichen Revolution auf dem Gelände angesiedelt.

Damit hat die 2009 auf dem Alexanderplatz erfolgreiche Ausstellung endlich eine langfristige Berliner Heimstatt gefunden. Der Bundesbeauftragte hat im Sommer 2016 begonnen, das von ihm genutzte „Haus 7“ umzugestalten, um dort dem Publikum das Stasi-Unterlagen-Archiv zu präsentieren. Räume in vier Stockwerken dieses Hauses sollen öffentlich zugänglich gemacht werden, um die Inhalte des Archivs in einer multimedialen Form zu zeigen. Im Berichtszeitraum wurden dafür die inhaltlichen und baulich-planerischen Voraussetzungen geschaffen.

Der Großteil der Bildungsangebote des BStU für Schülerinnen und Schüler und für Lehrkräfte ist inzwischen auf dem Gelände mit seinem Archivstandort konzentriert. Schulklassen können dort im Modulsystem frei gestaltbare Projektstage wahrnehmen. Speziell ergänzend zur Dauerausstellung hat das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs passgenaue Angebote entwickelt; seit April 2016 liegen drei museumspädagogische Formate in gedruckter Form vor, passend einsetzbar zum individuellen Profil einer Schulklasse. Konzeptionell setzt die Bildungsarbeit verstärkt auf die Fortbildung von Lehrkräften, um über Multiplikatoreffekte eine größere Reichweite zu erzielen.

Neben der Konzentration auf den Lernort Stasi-Zentrale hat das Bildungsteam andere Angebote fortgesetzt, insbesondere das begleitende Bildungsprogramm zu den Wanderausstellungen. Die Außenstellen haben in der Bildungsarbeit und bei Veranstaltungen die Arbeitsteilung mit örtlichen oder regionalen Gedenkstätten bzw. Bildungsträgern weiterentwickelt.

Digitale und andere Angebote der Unterrichtung

Seit nunmehr zwei Jahren präsentiert der BStU mit der Stasi-Mediathek ein digitales Schaufenster in das Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Webseite bietet erstmalig einen breiten und multimedialen Zugang zu Stasi-Unterlagen: Videos, Audiofiles, Fotos und ausgewählte Akten zu unterschiedlichsten Themen und aus allen Jahrzehnten des Bestehens der DDR-Geheimpolizei, inzwischen über 1 000 Dokumente. Die Mediathek richtet sich gleichermaßen an Experten wie Laien und wird auch von Journalisten und sonstigen Antragstellern genutzt. Das technisch innovative Format erhielt im Berichtszeitraum drei Preise im Bereich Online-Kommunikation/Web-Design.

Als wichtige Bereicherung zur Grundlageninformation über das MfS ist das MfS-Lexikon des BStU jetzt auch online abrufbar. Fachartikel auf der Homepage sind nun mit Begriffen aus dem Lexikon zur schnellen Erklärung verlinkt. Auf www.bstu.de präsentiert der Bundesbeauftragte ausgewählte Themenschwerpunkte, oft zu Jahrestagen oder zu aktuellen Anlässen, insbesondere als Service für Journalisten. Im Berichtszeitraum waren dies u. a. die Themen „Stasi im Westen“, „40 Jahre Schlussakte von Helsinki“ oder der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess. Um auf seine Angebote aufmerksam zu machen, nutzt der BStU auch Facebook und Twitter. Über die Foto-Plattform Instagram soll insbesondere ein jüngeres Publikum Zugang zum Lernort Stasi-Zentrale bekommen. Vom mit der Mediathek konzeptionell vergleichbaren Format in

Print-Form, den Dokumentenheften, wurden im Berichtszeitraum vier neu herausgegeben, u. a. zu „Wolf Biermann und die Stasi“ und zur Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.

Ausstellungen

Als neues Produkt wurde ein Baukastensystem „Ausstellungen regional“ entwickelt; dieses zeichnet sich durch konkrete regionalspezifische wie auch biografische Bezüge aus und ist flexibel für verschiedenste Orte und Anlässe einsetzbar. Die Ausstellungsmodule sind in vier Hauptgruppen gegliedert – Grundkenntnisse zur Stasi, Biografien, Themen und Ereignisse. Die eingeführte Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ wurde im Berichtszeitraum in zehn Städten gezeigt, begleitet von Veranstaltungen für ein allgemeines Publikum sowie für Schülerinnen und Schüler, an sechs Orten unter Beteiligung des Bundesbeauftragten. Zwei Ausstellungen mit internationalen Komponenten waren ebenfalls von Bedeutung: die gemeinsame Ausstellung des „Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ über kommunistische Geheimpolizeien „By Any Means“, vom BStU mit den Partnern aus Polen und Ungarn erarbeitet, und die Ausstellung „Lernt Polnisch“ (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 75), welche an verschiedenen Stätten in Norddeutschland und in Polen gezeigt wurden, teils von Trägern, die in deutsch-polnischer Zusammenarbeit profiliert sind.

Archiv im Zentrum der Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Veranstaltungen des BStU konzentrieren sich in stärkerem Maß auf das Archiv und nutzen die Wirkung historischer Standorte. In Berlin wurde auf dem ehemaligen MfS-Gelände in Lichtenberg die Reihe „Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv. Aktuelles aus der Überlieferung der DDR-Geheimpolizei“ etabliert, mit sechs Veranstaltungen im Jahr 2016. Auch die Außenstellen folgten dem Prinzip, Arbeit und Wirken des MfS direkt am historischen Ort des Archivs anschaulich zu machen und so das Thema nachhaltig zu vermitteln. Dafür wurden Archivführungen zunehmend mit thematischen Veranstaltungen verbunden. In Veranstaltungsreihen wie „Geschichten aus den Stasi-Akten“ oder „Akten lesen“ stellen Außenstellen ihr Archiv und regionale Fälle aus den Unterlagen der Geheimpolizei vor.

2 Die Behörde des BStU

2.1 Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) wurde im Berichtszeitraum optimiert, in Details hat es einzelne Änderungen gegeben. So wurden beispielsweise die Außenstellen in der neu gebildeten Abteilung Regionale Aufgaben zusammengefasst (siehe Anhang 1).

Im März 2016 hat beim BStU eine flächendeckende Organisationsuntersuchung begonnen. Mit der Untersuchung

sollen die Weichen für eine zukunftsfähige und effiziente Struktur gestellt werden, die dem gesetzlichen Auftrag aus dem Stasi-Unterlagen-Gesetz weiterhin gerecht wird. Alle öffentlichen Verwaltungen sind verpflichtet, in regelmäßigen Abständen neben einer umfassenden Aufgabenkritik auch eine fortschreibungsfähige Personalbedarfsermittlung durchzuführen. Auch dies wird mit der Organisationsuntersuchung gewährleistet. Unter Einbezug des Bundesverwaltungsamtes wurde eine externe Beraterfirma beauftragt, die die Untersuchung federführend realisiert.

2.2 Beirat

Beim BStU ist nach § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ein Beirat eingerichtet. Der BStU berichtet dem Beirat über grundsätzliche und andere wichtige Angelegenheiten und berät diese mit ihm. Dem Beirat gehören neun Mitglieder an, die von den Landtagen der neuen Bundesländer gewählt werden, sowie acht Mitglieder, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden (siehe Anhang 3). Die Zusammensetzung des Gremiums trägt dem besonderen Interesse an Aufarbeitung in den neuen Bundesländern Rechnung. Im Berichtszeitraum fanden fünf Beiratssitzungen statt.

Der Beirat ließ sich aus dem Bereich der persönlichen Akteneinsicht von der Behördenpraxis beim novellierten § 15 des StUG (Zugang zu Unterlagen für nahe Angehörige von Vermissten und Verstorbenen) berichten; bei dessen Novellierung im Jahr 2011 hatte er sich mit Vorschlägen an den Gesetzgeber gewandt (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 21), insbesondere zur Abgrenzung des „berechtigten Interesses“. Vor diesem Hintergrund begrüßte der Beirat die diesbezügliche Richtlinie der Behörde und regte für die Beratungspraxis – auch der Landesbeauftragten – eine kurze, verständliche Handreichung an.

Über den Stand beim Projekt der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Unterlagen (siehe Abschnitt 3.7.2) hat sich der Beirat laufend informieren lassen; in seiner Sitzung im September 2016 hat er das von der Behörde vorgelegte Konzept zur Weiterführung des Projekts begrüßt (siehe Abschnitt 3.7). Bezüglich der Weiterentwicklung des Lernorts auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale stellte der BStU dem Beirat das Konzept der künftigen Präsentation des Stasi-Unterlagen-Archivs im „Haus 7“ vor (siehe Kapitel 6).

Der Vorstand des Beirats wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt: Prof. Richard Schröder als Vorsitzender, Ulrike Poppe als erste stellvertretende Vorsitzende und Jörn Mothes als zweiter Stellvertreter. Durch Änderung seiner Geschäftsordnung wurde die Amtszeit des Vorstands auf zwei Jahre verlängert; der jetzige amtiert bis November 2017.

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung

In den Haushaltsjahren 2015 und 2016 wurde dem BStU erneut eingeräumt, jeweils 40 Stellen mit kw-Vermerk wieder zu besetzen. Dies entsprach den Volumina aus

den Jahren seit 2013 und erfolgte insbesondere, um die weiterhin hohe Zahl von Anträgen auf Akteneinsicht mit dem stetig geminderten Personalbestand der Behörde bewältigen zu können und die Erschließungsarbeiten voranzutreiben. Von den Neueinstellungen entfallen 43 auf den Auskunftsbereich und 37 auf den Archivbereich.

Der Personalbestand des BStU ist im Berichtszeitraum nahezu konstant geblieben. Ende Dezember 2014 waren 1 605 Beschäftigte in der Behörde tätig (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 16); zum 31.12.2016 waren es 1 601 Beschäftigte (der Anhang 4 stellt die Personalentwicklung seit Beginn der Behörde dar). Personen, die nicht bei der Behörde tätig sind, weil sie in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, Elternzeit o.Ä. sind, sind hierin nicht erfasst.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde weiter gestärkt. 299 Beschäftigte nehmen individuelle Teilzeitmodelle in Anspruch, davon 84 Prozent weibliche Beschäftigte. An alternierender Telearbeit können nun 16 Beschäftigte teilnehmen. Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen liegt seit 2006 dauerhaft über 10 Prozent.

Auf dem Gebiet der manuellen Rekonstruktion zerrissener Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit bestand eine langjährige Zusammenarbeit zwischen dem BStU und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Eine gemeinsame Projektgruppe, hauptsächlich in Zirndorf (bei Nürnberg) tätig, umfasste zu Beginn des Berichtszeitraumes 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Angesichts des Aufwuchses im BAMF wurde die Zusammenarbeit zwischen dem BStU und dem BAMF in Zirndorf zum Jahresende 2015 beendet.

2.3.2 Fortbildung

Der mittel- und langfristigen Personalentwicklung und Fortbildung kommt weiterhin eine wichtige Rolle zu. Neben den fachlichen Fortbildungen wurde der Schwerpunkt auf eine systematische Führungskräftequalifizierung und -entwicklung gelegt. Im Berichtszeitraum standen Workshops und Inhouse-Seminare für Führungskräfte zu „Führen im Dialog – Feedbackorientiertes Führen“ im Mittelpunkt. Flankierend dazu fanden Seminare für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema „Argumentieren, überzeugen und Feedback geben“ statt. Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Kommunikation“ und „Arbeitsorganisation“ sowie archivfachliche Weiterbildungen wurden zahlreich nachgefragt, ebenso die Einführungsveranstaltungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Seminare zum Stasi-Unterlagen-Gesetz, zum Datenschutz und zur Arbeit des Archives. Für die beim BStU als Ausbilderinnen und Ausbilder tätigen 190 Beschäftigten wurden erneut Workshops zur Auffrischung des Wissens und zum gegenseitigen Austausch durchgeführt. Die seit einigen Jahren regelmäßig stattfindenden Supervisions-Sitzungen insbesondere für Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Auskunft in der Zentralstelle und den Außenstellen fanden weiter statt.

2.3.3 Ausbildung

Im September 2015 begannen 16, im September 2016 19 junge Frauen und Männer ihre Ausbildung beim BStU. Insgesamt erlernen derzeit 47 Auszubildende einen Beruf beim BStU. Seit 2007 bildet der BStU den Beruf der/des Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste aus. Bisher haben über 80 junge Menschen diese Ausbildung überwiegend mit guten und sehr guten Noten abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum beendeten insgesamt 37 junge Menschen in den drei angebotenen Ausbildungsberufen ihre Ausbildung beim BStU. Davon wurden acht Auszubildende in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen, 17 Stellen konnten für die Dauer von 24 Monaten für die ausgelernten Auszubildenden als Anschlussbeschäftigung zur Verfügung gestellt werden. Ferner bildet die Behörde Volontäre und Referendare aus; schließlich sind auch Praktikanten und Freiwillige im Sozialen Jahr beim BStU tätig.

2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung

Im Berichtszeitraum wurde die behördliche Dienstvereinbarung „Betriebliche Gesundheit“ novelliert. Sie ist die Basis für die betriebliche Gesundheitsförderung beim BStU. Die schon bestehenden umfangreichen Angebote zur Gesundheitsförderung wurden fortgesetzt und teilweise noch erweitert.

Im August 2015 fand eine Begehung durch die Unfallversicherung Bund und Bahn statt, die gezeigt hat, dass die Behörde im Bereich des Arbeitsschutzes gut aufgestellt ist.

Mithilfe einer Gefährdungsanalyse im Sinne von § 5 Abs. 3 Nr. 6 Arbeitsschutzgesetz werden seit Sommer 2015 die arbeitsplatzbezogenen psychischen Belastungen aller Beschäftigten des BStU ermittelt und bei festgestelltem Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingeleitet.

2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes

Auch im Berichtszeitraum war der BStU mit der Umsetzung der in § 37 a StUG niedergelegten Vorgabe befasst, ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes „ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung [zu versetzen], wenn ihnen dies im Einzelfall zumutbar ist“. Der BStU hat seine Bemühungen um gleichwertige Arbeitsplätze in den Bundesministerien und -behörden fortgesetzt.

Zum Jahresende 2016 waren von den ursprünglich 47 noch zwölf ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR beim BStU beschäftigt. Für sie liegt bis jetzt kein Verwendungsangebot aus den Bundesministerien und -behörden vor, das den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Sämtliche arbeitsrechtlichen Streitverfahren wurden bis hin zum Bundesarbeitsgericht zugunsten des BStU entschieden.

2.4 Haushalt

Im Kapitel 0408 des BStU sind im Haushaltsjahr 2015 Mittel in Höhe von 101 970 000 Euro verausgabt worden, wovon 79 426 000 Euro auf Personalausgaben entfielen (77,9 Prozent). Des Weiteren sind für sächliche Verwaltungsausgaben 19 098 000 Euro (18,7 Prozent), für Investitionen 2 822 000 Euro (2,8 Prozent) und für Zuweisungen sowie Zuschüsse 625 000 Euro (0,6 Prozent) verausgabt worden.

Aufgrund von Umstrukturierungen des Haushaltsplanes des Bundes existieren seit dem Haushaltsjahr 2016 zwei Kapitel, die die Haushaltsmittel des BStU abbilden. Das Kapitel 0455 ist das Kapitel des BStU und wird ergänzt durch das Zentralkapitel 0451, welches einen Teil der Einnahmen und Ausgaben verschiedener anderer Kapitel des Einzelplanes 04 – neben denen des BStU – ausweist. Die tatsächlichen Gesamtausgaben des BStU beliefen sich auf 103 535 000 Euro, wovon 102 663 000 Euro dem Kapitel 0455 zuzurechnen sind und weitere 872 000 Euro dem Zentralkapitel 0451. Diese Haushaltsmittel wurden wie folgt verausgabt: Für Personalausgaben wurden 79 877 000 Euro (77,1 Prozent) und für sächliche Verwaltungsausgaben 19 735 000 (19,1 Prozent des Gesamthaushaltes) verbraucht. Weiterhin wurden Ausgaben für Investitionen in Höhe von 3 705 000 Euro (3,6 Prozent) und Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 218 000 Euro (0,2 Prozent des Gesamthaushaltes) verausgabt.

Für das Haushaltsjahr 2017 sind Ausgaben in Höhe von 108 409 000 Euro (Kapitel 0455 – 106 106 000 Euro und Kapitel 0451 – 2 303 000 Euro) geplant, wovon für Personalausgaben Mittel in Höhe von 81 469 000 (75,1 Prozent) berücksichtigt wurden. Die Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben belaufen sich auf 19 715 000 Euro (18,2 Prozent). Weitere Haushaltsmittel sind für Investitionen in Höhe von 5 748 000 Euro (5,3 Prozent) sowie 1 477 000 Euro für Zuweisungen und Zuschüsse (1,4 Prozent) eingeplant.

2.5 Liegenschaften

Beim Vorhaben zur Zusammenführung der Zentralstelle des BStU am Standort Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg gehen die Planungen weiter. Aufgrund der Nutzung eines Hauses als Flüchtlingsunterkunft waren Umplanungen notwendig. Das bisher favorisierte „Haus 15/3“ steht seit seiner Bereitstellung zur dauernden Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf dem Gelände nicht mehr zur Verfügung. Gegenwärtig werden deshalb durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) andere Varianten am Standort geprüft. Parallel erarbeitet der BStU das erforderliche Anforderungsprofil zur Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, stimmt dieses ab und bereitet die Umsetzung vor.

Zur weiteren Vervollkommnung des Standortes wurden das „Haus 22“ und anliegende Flächen durch die BImA erworben. Dies diene der Zielstellung, dieses Haus als Bundeseigentum zu sichern und somit in die Entwicklung des Standortes einzubeziehen. Des Weiteren war

der Flächenzukauf eine wesentliche Voraussetzung, die Dauerausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft zur Friedlichen Revolution vor dem „Haus 7“ aufzustellen. Diese wurde am 15. Juni 2016 eröffnet (siehe Kapitel 6). Im „Haus 22“ wurde in Kooperation von BStU und Robert-Havemann-Gesellschaft ein Informationsbereich eröffnet, der über die Ausstellung und andere Angebote des Standortes informiert. Gleichfalls ergab sich hierdurch die Möglichkeit, das „Haus 22“ bis zu seiner Sanierung für die bildungspolitische Arbeit des BStU und anderer Aufarbeitungseinrichtungen zu nutzen. Hierzu hat der BStU Teile dieses Hauses bis zu seiner Sanierung angemietet. Für die Entwicklung des Gesamtstandortes Magdalenenstraße wurde im Berichtszeitraum eine komplette Unterbringung der Robert-Havemann-Gesellschaft durch die BImA geprüft. Dies erfolgte im engen Kontakt mit dem BStU.

Im Jahr 2018 werden für zwei Außenstellen (Dresden und Chemnitz) die Mietverträge auslaufen. Der BStU lässt deshalb Erkundungsverfahren durchführen. Mit dem Sächsischen Staatsarchiv wurden Verhandlungen aufgenommen, um eine Unterbringung der BStU-Außenstelle Chemnitz in der dort vom Staatsarchiv genutzten Liegenschaft zu prüfen.

Am Standort Halle hatte das Hochwasserereignis im Jahre 2013 unmittelbare Auswirkungen, die sogar den Kartebereich der Außenstelle betrafen (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 18). Im Ergebnis dieses Vorfalles wurden zwischenzeitlich sowohl bauliche Vorsorgemaßnahmen an der durch den BStU genutzten Liegenschaft getroffen als auch im technischen Bereich durch die Aufstellung leistungsstarker Pumpen entsprechende weitere Sicherungsmaßnahmen veranlasst. Dadurch sollen Notfälle soweit als möglich ausgeschlossen bzw. die Folgen minimiert werden. Außerdem hat die Stadt Halle zum Schutz der Neustadt vor Hochwasser im Jahr 2016 mit Bauarbeiten begonnen, u. a. zur Errichtung eines Deiches in unmittelbarer Nachbarschaft der Außenstelle. Aufgrund eines fehlenden Planfeststellungsverfahrens wurden die Bautätigkeiten wieder gestoppt. Die zeitliche Weiterführung ist ungewiss.

Eine weitere Konsequenz des Vorkommnisses war eine Modifizierung des Notfallmanagements beim BStU. Im Berichtszeitraum wurde aufbauend auf dem Standard 100-4 des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Implementierung eines Notfall- und Krisenmanagements beim BStU intensiviert (siehe Abschnitt 3.5.1). Dafür erforderliche Meldewege wurden aufgrund von geänderten Strukturen präzisiert, Notfalldokumente erstellt. Für die notwendigen Verfahrensweisen im Umgang mit und bei der Bergung und Behandlung von Archivgut etwa wurden Handlungshilfen entwickelt. In den Archiven wurden Notfallteams für die Bewältigung von Schadensereignissen gebildet. Zur möglichen Gefahrenabwehr und für die Hilfe im Notfall wurde in der Liegenschaft Magdalenenstraße im dortigen Zentralarchiv ein Erstversorgungszentrum konzipiert und eingerichtet. Bei bereits eingetretenen Schadensereignissen beim BStU im Berichtszeitraum konnten die Abläufe im Notfallmanage-

ment positiv greifen, und es gelang, Schäden bei technischen Havarien zu minimieren.

2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit

Der BStU nutzt den Informationsverbund der Bundesverwaltungen für die informationstechnischen Verbindungen zwischen allen Liegenschaften. Im Rahmen eines Konsolidierungsprojektes des Bundes sollen die unterschiedlichen Landes- und Bundesnetze zu einer einheitlichen Infrastruktur („Netze des Bundes“) zusammengeführt werden.

Für diese Konsolidierung wurden einheitliche Voraussetzungen definiert, welche von den Behörden eingehalten werden sollen. Der BStU hat in allen Außenstellen und den Standorten der Berliner Zentrale die bautechnischen und sicherheitstechnischen Voraussetzungen erfüllt. Mit diesem Projekt geht die Verantwortung für die Sicherheit bei der Datenübertragung vom BStU auf den Bund über. Dafür waren die Sicherheitsbeziehungen, basierend auf den Fachanforderungen, abzustimmen. Im 2. Quartal 2016 erfolgte der Aufbau der neuen Anschlüsse in allen Liegenschaften des BStU einschließlich ihrer Überprüfung. Mit der Abnahme der Anschlüsse wird der BStU zukünftig die Kommunikation zwischen seinen Liegenschaften über die neuen einheitlichen Anschlüsse des Bundes realisieren.

Neben diesem wichtigen Projekt der Konsolidierung der Netze wurden weitere Sicherheitsziele gemäß den Vorgaben des BSI in die Umsetzungsplanung des BStU aufgenommen. So wird Schritt für Schritt die Umstellung auf eine sichere Transportverschlüsselung erfolgen. Die konzeptionellen Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen worden. Der Erlass der Bundesregierung mit den im Umsetzungsplan Bund geforderten Zielen wird IT-strategisch berücksichtigt und gemäß den verfügbaren Kapazitäten und netztechnischen Gegebenheiten umgesetzt. So wurden sowohl eine Kurzrevison als auch die Durchführung von Auffrischungsschulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Fragen der Informationssicherheit beschlossen und in die Arbeitspläne für 2016 beginnend aufgenommen.

Der BStU ist gemäß E-Government-Gesetz stichtagsgerecht per De-Mail zu erreichen. Auf gleicher gesetzlicher Grundlage soll in einem weiteren Schritt die Möglichkeit eröffnet werden, dass Bürgerinnen und Bürger über den Internetauftritt des BStU online einen Antrag auf Akteneinsicht stellen und sich dabei mittels neuem Personalausweis authentifizieren können. Die Konzeption und Umsetzung dieser Dienstleistungen erfolgt mit externer personeller und finanzieller Unterstützung unter Einbeziehung des IT-Zentrums des Bundes.

Alle Rahmenbedingungen für eine stabile Informationstechnik und die Belange der Informationssicherheit sind über die Verantwortlichen und Beauftragten im Fokus des BStU. Zu nennen sind hier das gültige Sicherheitsgesetz mit seinen Meldepflichten und weiteren Festlegungen und die im Berichtszeitraum erfolgte Verabschiedung der EU-Datenschutz-Grundverordnung.

2.7 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Beim Beauftragten für das Informationsfreiheitsgesetz gingen im Berichtszeitraum insgesamt 13 Anträge sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Journalistinnen und Journalisten auf Einsicht vornehmlich in Behördenunterlagen zur eigenen Person ein. Davon betroffen waren klassische Verwaltungsunterlagen und sogenannte Behördenvorgänge, die bei der Bearbeitung von Anträgen nach dem StUG angelegt werden.

3 Archivbestände

3.1 Arbeitsschwerpunkte

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum waren die archivische Erschließung, Sach- und Personenrecherchen, die Bereitstellung von Online-Findmitteln, die vorbeugende Bestandserhaltung, die Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben sowie der Ausbau archivfachlicher Kooperationen, insbesondere mit dem Bundesarchiv.

Der Deutsche Bundestag hat mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) neben anderen Aufgaben aufgetragen, die Stasi-Unterlagen nach archivischen Grundsätzen zu erschließen, um sie für die vielfältigen Verwendungszwecke des StUG nutzen zu können. Danach haben u. a. alle Bürgerinnen und Bürger Anspruch darauf, Auskunft darüber zu verlangen, ob in den erschlossenen Stasi-Unterlagen Informationen zu ihrer Person vorhanden sind. Daher beinhaltet die archivische Verzeichnung stets zugleich die umfassende Aufnahme von Personendaten aus den Unterlagen.

Insgesamt sind von den mehr als 111 laufenden Kilometern Schriftgut rund 67 000 laufende Meter (lfd. M.), also 60 Prozent, personenbezogen zugänglich sowie ca. 40 600 lfd. M. (36 Prozent) inhaltlich erschlossen und damit gleichzeitig personenbezogen verfügbar. Insgesamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtszeitraum 658 716 Personenrecherchen und 10 425 Sachrecherchen bearbeitet sowie 461 399 Akten ausgehoben.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt ca. 1 850 lfd. M. Schriftgut archivisch bearbeitet, wobei die Priorität wiederum auf den Überlieferungsteilen lag, die 1989/90 in den Dienstzimmern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) geborgen werden konnten. Darüber hinaus wurden rund 115 600 Fotos, 484 Tonaufzeichnungen sowie 26 Filme und Videos erschlossen. Auch in diesem Berichtszeitraum konnte die Erschließungsarbeit an einer Reihe von Dienstleistungen abgeschlossen werden, so z. B. am Teilbestand MfS HA XIX (Hauptabteilung Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen) (siehe Abschnitt 3.2.1.2) sowie an weiteren Teilbeständen der Bezirksverwaltungen des MfS (siehe Abschnitt 3.2.2).

Im Berichtszeitraum wurden 89 Online-Findmittel – auch zu audiovisuellem Archivgut – neu erarbeitet oder wesentlich erweitert. Darunter sind auch Findmittel zu den

Bestandsbereichen aller MfS-Bezirksverwaltungen (BV) sowie für MfS-Kreisdienststellen (KD). Einbegriffen war dabei im Berichtszeitraum die Erstellung von Online-Findmitteln, die gleichzeitig zu digitalisiertem Archivgut führen. Schwerpunkte bildeten zum einen die Bereitstellung digitalisierter Tonaufzeichnungen, zum andern die weitere Bereitstellung digitalisierter Unterlagen aus der Sammlung zentraler dienstlicher Bestimmungen des MfS. Insgesamt hat das Stasi-Unterlagen-Archiv mittlerweile 230 Online-Findmittel veröffentlicht. Diese enthalten rund 70 600 Titelangaben von Archivgut und führen zusammen zu etwa 18 400 Seiten von digitalisiertem Archivgut sowie zu 113 digitalisierten Tondokumenten (siehe Abschnitt 3.3.3).

Auch in diesem Berichtszeitraum wurden Erschließungs-kooperationen weitergeführt. Mit diesem bewährten und erfolgreichen Verfahren werden gegenwärtig die Außenstellen Dresden, Leipzig und Suhl sowie die Zentralstelle von den Außenstellen Chemnitz, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin unterstützt.

Die Archive des BStU streben auf dem Gebiet der Digitalisierung die Sicherung und den Schutz des Archivguts sowie die Schaffung eines erleichterten Zugangs für die Öffentlichkeit an und stellen sich parallel dazu den Fragen der digitalen Langzeitsicherung. In der archivfachlichen Diskussion besteht Konsens, dass der digitale Wandel entsprechende Erwartungen an die Archive generiert und gleichzeitig große Herausforderungen zur Wirtschaftlichkeit, Ressourcenknappheit und Nachhaltigkeit in sich birgt.

Beim BStU hat die Digitalisierung von MfS-Ton- und Videoaufzeichnungen oberste Priorität, weil deren Trägermaterialien zerfallen. Deshalb stellt die Digitalisierung mit anschließender digitaler Langzeitarchivierung für diese Mediengattungen eine sinnvolle archivfachliche Lösung dar. Bewährt hat sich zudem das im Zwölften Tätigkeitsbericht erwähnte sogenannte ruhende Fotoarchiv (Nutzung von digitalisierten Fotografien anstelle der Originale).

Vielfach nachgefragtes Archivgut wird im Zuge der Nutzung digitalisiert, um die Originale zu schonen und eine parallele Verwendung zu ermöglichen. Schließlich gestatteten Digitalisate, die in den Internetauftritt der Behörde, in die Stasi-Mediathek oder in Online-Findmittel eingebunden sind, Nutzerinnen und Nutzern einen komfortablen Zugang zu ausgewählten Stasi-Unterlagen. Anhand archivfachlicher Kriterien unter Einbeziehung der nationalen und internationalen Praxis hat der BStU Standardformate für die einzelnen Medien und die unterschiedlichen Anwendungen festgelegt. Diese sollen im Zusammenspiel mit technischen und organisatorischen Prozessen sicherstellen, dass die überlieferten Informationen dauerhaft sicher und nachvollziehbar zur Verfügung stehen (siehe Abschnitt 3.4).

Gemeinsam mit dem für die Bundessicherungsverfilmung im Rahmen des Kulturgutschutzes zuständigen Bundes-

amtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) realisiert der BStU gegenwärtig ein Projekt, in dessen Rahmen eine Auswahl aus der Überlieferung getroffen wird, die exemplarisch Ziele, Strukturen und Arbeitsweisen des MfS dokumentiert. Dabei werden charakteristische Unterlagen ausgewählt, die ebenfalls zeitliche, regionale und inhaltliche Besonderheiten angemessen berücksichtigen. Diese Archivalien sollen digitalisiert und verfilmt werden. Anschließend werden die Filme dauerhaft im zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland, dem sogenannten Barbarastollen bei Freiburg im Breisgau, gesichert.

Mehrere archivfachlich orientierte Projekte mündeten in Publikationen und stehen somit der Öffentlichkeit zur Verfügung. Es handelt sich dabei um die – von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigte – Geschichte der Kartei- und Archivabteilung XII des MfS (siehe Abschnitt 5.2.5) und um den Band „Das Archiv der Stasi. Begriffe“ (siehe Abschnitt 5.2.4).

Auch die schon im Zwölften Tätigkeitsbericht (siehe S. 20) beschriebene aufwändige Retrokonversion ursprünglich analoger Daten aus den MfS-Archivregistrierbüchern wurde vorangetrieben. Damit werden die Grundlagen für die Einführung der im Bundesarchiv entwickelten Archivverwaltungssoftware BASYS 2 geschaffen (siehe Abschnitt 3.3.2.2). Insgesamt wurden in der Zentralstelle von 511 MfS-Archivregistrierbüchern 165 und in den Außenstellen 539 (von 998) erfasst.

Die Archivarinnen und Archivare des BStU wirken des Weiteren an der Unterrichtung der Öffentlichkeit mit und sind in die Begleitung von Besuchergruppen einbezogen, deren hohe Zahl das Interesse an Fragen der archivistischen Überlieferung des MfS und ihrer fachgerechten Bearbeitung durch die Behörde zeigt (siehe Abschnitt 6.1.2). Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Fachprojekten tätig, um die Kernaufgaben der Erschließung, Verwahrung und Nutzbarmachung auch zukünftig effektiv, nach inhaltlichen Prioritäten und mit Blick auf die Interessen der Nutzer und die Notwendigkeiten einer sicheren und authentischen Langzeitsicherung fortführen zu können.

3.2 Erschließungsergebnisse

3.2.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums

Die Überlieferung der Stasi-Unterlagen besteht im Wesentlichen aus zwei Schriftgutgruppen: einerseits die bereits vom MfS archivierten Akten, andererseits die zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes noch im Umlauf befindlichen, für die aktuelle Arbeit benutzten Unterlagen der einzelnen Dienstseinheiten. Sowohl in der zentralen Überlieferung als auch in den Unterlagen der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen halten sich beide Überlieferungsarten umfangmäßig etwa die Waage.

Das von der Abteilung XII des MfS geführte Zentralarchiv verwaltete die überwiegend personenbezogen geführten Vorgänge, die nach ihrem Abschluss vom MfS als aufbewahrungswürdig betrachtet wurden. Die dort aufgefunde-

nen Unterlagen im Umfang von ca. 20 000 lfd. M. sind grundsätzlich über die Karteien des MfS personenbezogen recherchierbar. Etwa 1 840 lfd. M. sind zudem inzwischen sachthematisch verzeichnet.

Die bis zuletzt in den Dienstseinheiten des MfS zirkulierenden Akten wurden dagegen bei dessen Auflösung überwiegend ungeordnet und ohne Findmittel aufgefunden. Ihre archivische Erschließung genoss daher und aufgrund der Aktualität der Vorgänge von Anfang an höchste Priorität. Von den zentralen MfS-Dienstseinheiten sind Unterlagen (einschließlich nachträglicher Übernahmen, Aktenfunde und bereits rekonstruierter zerrissener Seiten) im Gesamtumfang von knapp 24 000 lfd. M. überliefert. Bei einem Erschließungsstand von gegenwärtig 83 Prozent verbleibt eine Restmenge von weniger als 4 000 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden 965 lfd. M. Unterlagen aus den zentralen MfS-Dienstseinheiten geordnet sowie personen- und sachthematisch verzeichnet. Weitere 108 lfd. M. Unterlagen aus dem MfS-Zentralarchiv, die bislang nur personenbezogen zugänglich waren, wurden zusätzlich nach sachthematischen Gesichtspunkten erschlossen.

3.2.1.1 Ablagen des MfS-Zentralarchivs

Die Überlieferung im Zentralarchiv des MfS setzte sich aus neun sogenannten Archivbeständen und zwei „Speichern“ zusammen. Darin abgelegt wurden vom MfS als aufbewahrungswürdig eingestufte, meist personenbezogene Akten, insbesondere alle zentral registrierpflichtigen Unterlagen aus dem Ministerialapparat der Staatssicherheit. Trotz der Bezeichnung „Archivbestände“ handelt es sich eher um ressortarchivische Ablagen ohne echte endarchivische Funktion. Diese sind grundsätzlich anhand der dazu vom MfS hinterlassenen Nachweissysteme und damit überwiegend personenbezogen zugänglich.

Im Berichtszeitraum wurden 108 lfd. M. davon sachthematisch verzeichnet, um eine Auswertung der Unterlagen unter inhaltlichen Gesichtspunkten künftig zu erleichtern. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Archivbestand 1 – Operative Hauptablage. Diese umfasst verschiedene Aktenkategorien, u. a. Vorgänge zu inoffiziellen Mitarbeitern und Offizieren im besonderen Einsatz, Untersuchungs- und operative Vorgänge. Es handelt sich in der Regel um formierte, geordnete Aktenvorgänge, die durch die Nutzung stark frequentiert werden. Ein personenbezogener Zugriff ist grundsätzlich über Findmittel des MfS möglich. Die sachthematische Erschließung der Vorgänge wurde während des Berichtszeitraumes für die archivierten Untersuchungsvorgänge der Jahrgänge 1960 und 1961 fortgesetzt. Darüber hinaus wurden Einzelvorgänge erschlossen, aus denen audiovisuelle Medien entnommen und zur Nutzung bereitgestellt worden sind. Unter anderem handelte es sich um Vorgänge zu Zersetzungsmaßnahmen gegen Fluchthilfeorganisationen, Ermittlungen wegen Brandanschlägen auf die Berliner S-Bahn, Republikfluchten, Grenzverletzungen durch Personen aus West-Berlin und aus Bayern, zur Aufklärung der Polizei von West-Berlin und zu Maßnahmen gegen die Verbreitung illegaler Punkmusik.

Die sachbezogene Erschließung der archivierten Ablagen der Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen, siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 28) – der Öffentlichkeit als „NS-Archiv“ bekannt – wurde fortgesetzt. Die „Z-Ablagen“ wurden im Berichtszeitraum abschließend erschlossen. Bei diesen zur Aufklärung von NS-Verbrechen angelegten „Z-Ablagen“ handelt es sich um personenbezogene Unterlagen verschiedenster Provenienz (NS-Staat und NSDAP nebst Gliederungen; Entnazifizierungsunterlagen der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR). Die Unterlagen der Hauptabteilung IX/11 sind gegenwärtig über den personenbezogenen Zugang hinaus im Umfang von rd. 729 lfd. M. auch sachthematisch erschlossen (98 Prozent).

3.2.1.2 Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Dienstseinheiten

Im Berichtszeitraum wurden 965 lfd. M. Unterlagen aus den zentralen MfS-Dienstseinheiten geordnet sowie personen- und sachthematisch verzeichnet. Im Folgenden werden beispielhaft einige Arbeitsschwerpunkte dargestellt: Abgeschlossen werden konnte (mit Ausnahme des verfilmten Schriftguts und des zerrissenen Materials) die Bearbeitung des Teilbestandes Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen). Dieser oblag die Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs, des Transitverkehrs sowie des Post- und Fernmeldewesens. Der Umfang des erschlossenen materialintakten Archivgutes beläuft sich auf 309 lfd. M.

Am Teilbestand Hauptabteilung II (Spionageabwehr) wurden die Verzeichnungsarbeiten fortgeführt. Mittlerweile sind 1 595 von insgesamt 1 666 lfd. M. zugänglich (96 Prozent). Im Berichtszeitraum konnte die Verzeichnung wichtiger Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung II abgeschlossen werden. Sie vermitteln einen Überblick über den Erkenntnishorizont und das Handlungsspektrum des MfS auf dem Gebiet der Spionageabwehr. Die erschlossenen Unterlagen der Hauptabteilung II werden beispielsweise für das Forschungsvorhaben des BStU über die Tätigkeit des MfS zur Bekämpfung des BND in den Jahren bis zum Bau der Berliner Mauer herangezogen (siehe Abschnitt 5.3.2).

Die materialintakten Unterlagen des Teilbestands Abteilung X (Internationale Verbindungen) sind seit längerem durchgehend verzeichnet. Seit einigen Jahren konnten aber rekonstruierte Unterlagen sukzessive in die Überlieferung integriert werden (siehe Abschnitt 3.7.1). Die Verzeichnung der Unterlagen der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) wurde fortgesetzt. Hier sind aktuell 559 von insgesamt 803 lfd. M. (70 Prozent) verzeichnet.

Der Teilbestand Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) erfuhr weiterhin Zuwachs durch rekonstruierte Unterlagen, insbesondere in Form virtuell rekonstruierter Schriftgutes (siehe Abschnitt 3.7.2).

Die beim BStU überlieferten Dissertationen der Juristischen Hochschule des MfS Potsdam (JHS) werden für

die Online-Stellung digitalisiert. Zurzeit sind fünf Dissertationen als jpg-Images abrufbar. Gleichzeitig wurden Online-Findmittel für die Dissertationen sowie über die Studienanleitungen der JHS veröffentlicht.

Die Erschließung von Schriftgut des Teilbestands Wachregiment „Feliks E. Dzierzynski“ bildete erneut einen Arbeitsschwerpunkt. Dadurch sind mittlerweile 508 lfd. M. (57 Prozent) der insgesamt 892 lfd. M. nutzbar. Neu verzeichnet wurden u. a. Protokolle über den Einsatz zur Abschottung von Dienstobjekten des MfS und Einrichtungen der Staats- und SED-Parteiführung sowie Unterlagen über Organisation und Dienstbetrieb, welche die Kenntnisse über Strukturen und Arbeitsweise des Wachregiments erweitern.

Die Erschließungsarbeiten am Teilbestand ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. Aktuell sind 1 143 lfd. M. von insgesamt 1 448 lfd. M. verzeichnet (79 Prozent). Die inhaltlichen Prioritäten der Erschließung werden mit der Forschungsabteilung des BStU abgestimmt. Bei den Unterlagen aus dem ZAIG-Bereich 1 (Auswertung, Information) betraf dies erneut eine Priorisierung in Zusammenhang mit der Edition der geheimen Lage- und Stimmungsberichte an die Partei- und Staatsführung (siehe Abschnitt 5.2.3). Die neu aufgenommenen Verzeichnungsarbeiten an Unterlagen des ZAIG-Bereichs 6 (Öffentlichkeitsarbeit) unterstützen das BStU-Forschungsvorhaben über die Stasi-Tätigkeit zur Bekämpfung des BND in den Jahren bis zum Bau der Berliner Mauer (siehe Abschnitt 5.3.2). Darüber hinaus wurden weitere Unterlagen des ZAIG-Bereichs 3 (Elektronische Datenverarbeitung) verzeichnet.

Die Erschließung der materialintakten Papierüberlieferung des Teilbestandes ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung), dessen Umfang 417 lfd. M. beträgt, steht kurz vor dem Abschluss. Diese Dienstseinheit erhob Informationen über Antragstellerinnen und Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR, über geplante, vollendete und gescheiterte Fluchten, über DDR-Bürger, die von Reisen dienstlicher oder privater Natur nicht in die DDR zurückgekehrt waren, sowie über die Tätigkeit von Fluchthilfeorganisationen. Daraus erarbeitete die ZKG Analysen und Strategien für ein Zurückdrängen der Fluchten und Ausreisen.

3.2.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen

Priorität bei der Erschließung hatten, wie bereits in den letzten Berichtszeiträumen, die Unterlagen der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltungen (BV), der Kreisdienststellen (KD) und der Objektdienststellen (OD), um diese recherchierbar und somit nutzbar zu machen. Bei der Überlieferung von sieben der 15 ehemaligen Bezirksverwaltungen sind mittlerweile 100 Prozent der materialintakten, d. h. nicht zerrissenen Unterlagen erschlossen worden. Es handelt sich dabei um die Bezirksverwaltungen Berlin, Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Neu-

brandenburg, Rostock und Schwerin. Die Stasi-Unterlagen werden in ihrer Gesamtheit vom BStU nach einheitlichen Grundsätzen verwahrt und erschlossen. Daher werden das Archiv der BStU-Zentralstelle und Außenstellen mit großen Restumfängen in zunehmendem Maße durch andere Außenstellen bei der Erschließung unterstützt.

Nach Abschluss der Verzeichnung steht auch bei den Außenstellen die Veröffentlichung von Online-Findmitteln im Vordergrund. Die sachthematische Erschließung der bereits personenbezogen nutzbaren archivierten Ablagen der Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) des MfS wurde demgegenüber weitgehend zurückgestellt, bleibt jedoch im Interesse einer optimalen Zugänglichkeit für Forschung und Aufarbeitung perspektivisch ein wichtiges Anliegen.

Der Überlieferungs- und Erschließungsstand für die ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen wird in der Tabelle 1 (auf der folgenden Seite) dokumentiert, geordnet nach heutigen Bundesländern.

Die Erschließungsergebnisse des Berichtszeitraums werden im Folgenden beispielhaft dargestellt, zur leichteren Orientierung geordnet nach den heutigen Bundesländern und darunter nach den ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen.

3.2.2.1 Land Berlin

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Berlin

Im Berichtszeitraum wurde ein Online-Findmittel zur Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) erarbeitet. Die vom MfS zur Archivierung der Unterlagen genutzten Ablagen wurden in dieser Bezirksverwaltung erst 1986 eingeführt. Bis dahin wurden die Unterlagen der Bezirksverwaltung (BV) unmittelbar im MfS-Zentralarchiv archiviert.

3.2.2.2 Land Brandenburg

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Cottbus

Im Berichtszeitraum wurden 35 lfd. M. Unterlagen der Abteilung RD (Rückwärtige Dienste), der Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) und der Kreisdienststelle Lübben der BV Cottbus bearbeitet. Dazu gehören in erster Linie die im Jahre 2014 rückgeführten Bauunterlagen für das Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung Cottbus einschließlich des Bunkers, die ursprünglich von der Abteilung RD der BV angelegt worden waren. Es wurden vor allem Bauunterlagen zum Dienstkomplex „Am Nordrand“ erschlossen. Des Weiteren wurden technische Zeichnungen und Karten zum genannten Dienstkomplex, zu den Kreisdienststellen Calau und Senftenberg und zur Untersuchungshaftanstalt der BV Cottbus archivisch bearbeitet.

Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion (siehe Abschnitt 3.7.1) konnten Unterlagen aus der Kreisdienststelle Luckau wiederhergestellt werden. Dabei handelte es sich zum größten Teil um personenbezogene Unterlagen. Zudem wurden im Berichtszeitraum bisher über 3 400 Kar-

Tabelle 1

Überlieferungen der MfS-Bezirksverwaltungen und deren Erschließungsstand

Stand: Dezember 2016

Bundesland/ehemalige MfS-Bezirksverwaltung	Gesamt- bestand lfd. M.	davon vom MfS archivierte Ablagen ¹ lfd. M.	davon Unterlagen der Diensteinheiten ²			
			lfd. M.	davon erschlossen ³ lfd. M.	in Prozent	Rest lfd. M.
Berlin	2 326	1 125	1 201	1 201	100	0
Berlin	2 326	1 125 ⁴	1 201	1 201	100	0
Brandenburg	10 742	5 118	5 624	5 609	99,7	15
Cottbus	2 905	1 284	1 621 ⁴	1 621	100	0
Frankfurt (Oder)	3 086	1 670	1 416 ⁴	1 412	99,7	4
Potsdam	4 751	2 164	2 587 ⁴	2 576	99,6	11
Mecklenburg-Vorpommern	7 956	4 926	3 030	3 030	100	0
Neubrandenburg	2 385	1 447 ⁴	938	938	100	0
Rostock	3 199	2 179 ⁴	1 020	1 020	100	0
Schwerin	2 372	1 300 ⁴	1 072	1 072	100	0
Sachsen	21 581	9 944	11 637	11 299	97,1	338
Dresden	8 221	3 277 ⁴	4 944	4 810	97,3	134
Karl-Marx-Stadt	7 602	4 336 ⁴	3 266	3 266	100	0
Leipzig	5 758	2 331 ⁴	3 427	3 223	94,0	204
Sachsen-Anhalt	13 612	4 248	9 364	9349	99,8	15
Halle	6 790	2 400	4 390 ⁴	4 375	99,7	15
Magdeburg	6 822	1 848	4 974 ⁴	4 974	100	0
Thüringen	12 123	5 811	6 312	6 027	95,5	285
Erfurt	4 431	2 255 ⁴	2 176	2 175	99,95	1
Gera	3 931	2 017 ⁴	1 914	1 901	99,4	13
Suhl	3 761	1 539 ⁴	2 222	1 951	87,8	271
Gesamt	68 340	31 172	37 168	36 515	98,2	653

1 Schriftgut einschließlich audiovisueller Medien (Datenträger, Mikrofiches, Filme usw.).
Die Unterlagen sind grundsätzlich personenbezogen nutzbar.

2 Schriftgut einschließlich Karteien sowie audiovisueller Medien im unerschlossenen Bestand (Rest).

3 Die aufgeführten Umfänge sind personen- und/oder sachbezogen erschlossen.

4 einschließlich der sogenannten aktiven registrierten Vorgänge

teikarten der KD Luckau rekonstruiert. Die Rekonstruktionsarbeiten an der vorvernichteten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (VSH) dauern noch an. Die Karteikarten wurden nach der Rekonstruktion in der Datenbank Elektronisches Personenregister (EPR) erfasst und stehen damit für die Beauskunftung zur Verfügung.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)

Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion wurden Unterlagen der Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), der Abteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) und der Kreisdienststelle Frankfurt (Oder) wiederhergestellt und entsprechend ihrer Provenienz den Teilbeständen zugeordnet und erschlossen. Dabei handelt es sich um insgesamt mehr als sechs lfd. M. Unterlagen, u. a. aus dem Referat XX/1 zum Gesundheitswesen sowie aus dem Referat XVIII/3 zum Bauwesen (hier: VEB Spezialbau Potsdam und VEB Bau- und Montagekombinat Ost Frankfurt [Oder]). Die Bearbeitung der Formular- und Vordrucksammlung wurde abgeschlossen. Neue Online-Findmittel wurden zu den Teilbeständen Offizier für Sonderaufgaben (OfS) und Arbeitsgruppe Sonderbauten (AG S) veröffentlicht.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Potsdam

Für die Diensteinheiten Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug), Abteilung 26 (Telefonüberwachung), Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) und SR BCD (Selbständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst) wurden Online-Findmittel im Berichtszeitraum erarbeitet.

3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern

Die Unterlagen der Diensteinheiten für die Bestandsbereiche der MfS-Bezirksverwaltungen im Land Mecklenburg-Vorpommern sind mittlerweile vollständig erschlossen. Die Erschließungsarbeit im Berichtszeitraum war geprägt durch Kooperationen und die Erstellung von Online-Findmitteln.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg

Es wurden neue Findmittel zum SR PS (Selbständiges Referat Personenschutz), zur Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) und zur AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) der BV Neubrandenburg veröffentlicht.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Rostock

Neue Findmittel stehen zu den Unterlagen aus den Kreisdienststellen Greifswald und Rostock zur Verfügung.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Schwerin

Erarbeitet wurden neue Findmittel zu den Unterlagen des Leiters der BV, zum Stellvertreter Operativ sowie zu den Abteilungen XV (Aufklärung) und 26 (Telefonüberwachung).

3.2.2.4 Freistaat Sachsen

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Dresden

Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung der Teilbestände Abteilung N (Nachrichten), SR BCD (Selbständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst) sowie SV (Sportvereinigung) Dynamo abgeschlossen. In weiterer Bearbeitung befinden sich die Teilbestände Abteilung OT (Operative Technik), WSE (Wach- und Sicherungseinheit), Abteilung M (Postkontrolle), Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) und ZPL (Zentrale Parteileitung). Zu den Teilbeständen SR AWK (Selbständiges Referat Abwehr Wehrkommando), SR BCD, Abteilung XI (Chiffrierwesen) und SV Dynamo wurden Online-Findmittel veröffentlicht.

Beim Teilbestand Abteilung N sind Fernschreiben aus dem Zeitraum September 1989 bis Januar 1990 hervorhebenswert. Besonders interessant sind einige Mitteilungen vom 14. Dezember 1989. Der Regierungsbeauftragte von Dresden informierte darin den Ministerrat der DDR zur Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit sowie zur weiteren Aufrechterhaltung der Dienstfähigkeit der Abteilung N.

Aus den Unterlagen des SR BCD sollen Auswertungen von Todesfällen beim Umgang mit der Dienstwaffe sowie die Übergabeprotokolle von Waffen und Munition an die Volkspolizei 1989/90 genannt werden. Für das Büro der Bezirksleitung der SV Dynamo verdient die internationale Zusammenarbeit mit tschechoslowakischen und polnischen Sportgemeinschaften Erwähnung.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

Die Erstellung von Online-Findmitteln bildete im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt der Erschließungsaufgaben, um den allgemeinen Zugang zu Erschließungsinformationen über die Unterlagen der Diensteinheiten zu erleichtern. Neue Findmittel stehen zu den Unterlagen aus den Kreisdienststellen Flöha, Hainichen, Hohenstein-Ernstthal und Rochlitz zur Verfügung.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Leipzig

Mit den Kreisdienststellen (KD) Delitzsch und Wurzen sind nunmehr die Unterlagen aller Kreisdienststellen im ehemaligen Bezirk Leipzig erschlossen. Abschließend bearbeitet wurden zudem die Unterlagen der Abteilungen III (Funkaufklärung, Funkabwehr), VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel), XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen), 26 (Telefonüberwachung), der Zentralen Parteileitung (ZPL), des SR BCD (Selbständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst) und der AG AuE (Arbeitsgruppe Aktionen und Einsätze). Aus der Überlieferung der genannten Teilbestände konnten u. a. im Jahr 2015 Quellen zum Thema „Leipziger Messen“ zur Verfügung gestellt werden. Mit Unterstützung der Außenstellen Halle und Rostock befinden sich gegenwärtig sämtliche Teilbestände der Diensteinheiten mit unerschlossenen Unterlagen in Bearbeitung.

Im Berichtszeitraum ist die Veröffentlichung von Online-Findmitteln für die Leitung der BV, die Abteilung 26 (Telefonüberwachung) und die KD Torgau erfolgt.

3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Halle

Im Berichtszeitraum wurden die Verzeichnungsarbeiten an den Teilbeständen Abt. III (Funkaufklärung, Funkabwehr) und Abt. Finanzen abgeschlossen. Fortgeführt wurde die Erschließung der Teilbestände Abteilung KuSch (Kader und Schulung) und Kreisdienststelle (KD) Quedlinburg, während mit der Erschließung der manuell rekonstruierten Unterlagen der KD Eisleben begonnen werden konnte.

Darüber hinaus wurden Online-Findmittel zur AGL (Arbeitsgruppe des Leiters), zur Abteilung XI (Chiffrierwesen), zur Objektdienststelle Leuna sowie zu den KD Artern, Dessau, Merseburg und Zeit veröffentlicht.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg

Im Berichtszeitraum wurden die Erschließungsarbeiten an allen Teilbeständen aus der Bezirksverwaltung Magdeburg abgeschlossen. Exemplarisch für die neu verzeichneten Akten ist auf die Unterlagen der Abteilung VIII (Beobachtung und Ermittlung) hinzuweisen. Die Dokumente bezeugen in vielfältiger Weise die Überwachung der damaligen Transitautobahn. Einen Schwerpunkt bildete hierbei die Kontrolle und Beobachtung des „Rasthofes Börde“ mit dem Ziel, Republikfluchten und Treffen zwischen Bürgern der DDR und der Bundesrepublik zu verhindern.

Neue Online-Findmittel stehen zum 1. Stellvertreter des Leiters der BV Magdeburg sowie zum SR GS (Selbständiges Referat Grenzsicherheit) und zur AG XXII (Terrorabwehr) zur Verfügung.

3.2.2.6 Freistaat Thüringen

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Erfurt

Die Erschließungstätigkeit an den Unterlagen der Diensteinheiten konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf den Teilbestand Abteilung XII (Auskunft/Speicher) sowie die Kartensammlung und konnte bis auf geringe Restmengen abgeschlossen werden. Neue Online-Findmittel wurden zu Unterlagen der SV (Sportvereinigung) Dynamo, zur Abteilung Medizinischer Dienst, zur Abteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), zum SR AWK (Selbständiges Referat Abwehr Wehrkommando) und zur Wach- und Sicherungseinheit veröffentlicht.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Gera

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Verzeichnungsarbeiten auf Unterlagen aus dem Teilbestand Abteilung KuSch (Kader und Schulung). Daneben wurde die Erschließung der Gegenstandsablage fortgesetzt. Ziel ist es, den inhaltlichen Zusammenhang der Gegenstände zu jenen Akten, denen sie bereits vom MfS entnommen oder von denen sie heute aus Gründen der Überlieferungsschonung separiert werden müssen, kenntlich zu halten. Zu-

dem wurden neue Online-Findmittel zu Unterlagen der Diensteinheiten WSE (Wach- und Sicherungseinheit), Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) und Abteilung Operative Technik fertiggestellt.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Suhl

Im Berichtszeitraum wurden mit Unterstützung der Außenstellen Chemnitz, Erfurt und Gera Erschließungsarbeiten an den Teilbeständen Kreisdienststelle (KD) Ilmenau, Abteilung Finanzen und Leitung der Parteiorganisation aufgenommen. Die Bearbeitung des Teilbestandes BdL (Büro der Leitung) wurde fortgeführt. Des Weiteren wurden unerschlossene und zum Teil vermischte Karteien in erheblichem Umfang sortiert und den jeweiligen Diensteinheiten zugeordnet. Dadurch wurde z. B. die Kartei Ein-/Ausreiseanträge der KD Meiningen manuell recherchierbar gemacht; sie befindet sich wie die Kartei Postkontrolle aktuell in der elektronischen Erfassung. Zudem wurden Online-Findmittel zu den Teilbeständen MD (Medizinischer Dienst) und SR BCD (Selbständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst), AG XXII (Terrorabwehr) und Abt. RD (Rückwärtige Dienste) veröffentlicht.

3.2.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten

3.2.3.1 Filme und Videos

Die Überlieferung an Filmen und Videos des MfS ist grundsätzlich vollständig erschlossen. Die Gesamtmenge beträgt aktuell 2 855 Stück. Zuwächse ergeben sich nur noch vereinzelt, insbesondere aus Funden in bislang unverzeichneten Akten. Film- und Videodokumente werden ausschließlich im Archiv der BStU-Zentralstelle bearbeitet. Recherchen in den Erschließungsergebnissen sind auch in den jeweiligen Außenstellen möglich. Im Berichtszeitraum wurden 21 Filme und fünf Videos (Außenstellen und Zentrale) erschlossen. Bei den Aufnahmen handelt es sich zumeist um operative Beobachtungen sowie um Fernschnittschnitte.

3.2.3.2 Tondokumente

Derzeit sind 19 917 von 23 890 Tondokumenten erschlossen (83 Prozent). Auch die Tonaufzeichnungen werden in der Zentralstelle zusammengeführt. Recherchemöglichkeiten bestehen gleichermaßen in der Zentralstelle wie auch in den jeweiligen Außenstellen des BStU.

Im Zuge der abschließenden Bearbeitung der Tonüberlieferung wurden Tondokumente ohne MfS-Bezug, leere Tonträger und identische Kopien (Mehrfachüberlieferung) identifiziert und ausgesondert. Dies schlägt sich statistisch in einer Minderung der überlieferten Gesamtmenge um ca. 3 000 Tonbänder nieder. Den Schwerpunkt der Erschließung bildeten auch in diesem Berichtszeitraum Tonträger, die im Zusammenhang mit der Erschließung des dazugehörigen Schriftgutes zugänglich gemacht werden sollten. Inhaltlich überwiegen Aufnahmen von Raumüberwachungen, Vernehmungen, Gerichtsprozessen, Mitschnitte von Beratungen und Konferenzen, z. B. der Parteileitungen,

von Vorträgen sowie von Schulungsmaterialien und IM-Berichten.

Die Erschließung der Tondokumente der Bezirksverwaltungen Leipzig und Suhl wurde abgeschlossen. Im Rahmen der Bestandssicherungen durch Digitalisierung wurden Verzeichnungsangaben korrigiert bzw. ergänzt. Im Berichtszeitraum wurden zehn Teilbestände der Dienstseinheiten des MfS hinsichtlich der darin enthaltenen Tondokumente abschließend überarbeitet und als Findmittel online in der Recherche- und Präsentationsplattform „ArchivGutSuche“ (ARGUS) und im Archivportal Europa eingestellt (siehe Abschnitt 3.3.3). Es handelt sich dabei um Findmittel zu den Hauptabteilungen VII (Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei), KuSch (Kader und Schulung) und PS (Personenschutz), zu den Abteilungen XI (Chiffrierwesen) und XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) sowie zur AG XVII (Arbeitsgruppe Besucherbüros West-Berlin), zur SED-Kreisleitung, zum WR (Wachregiment Berlin), zur ZAGG (Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz) und zur ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung). Ein Teil der Findmittel ist mit den entsprechenden Tondigitalisaten verknüpft, sodass der Nutzer online direkt die Aufnahmen der Stasi anhören kann.

3.2.3.3 Fotodokumente

Bei der Fotosammlung des BStU handelt es sich um lose, oft in Bündeln überlieferte Fotodokumente. Fotos in Akten gehören nicht dazu, da sie im Verbund mit dem Schriftgut verbleiben und erschlossen werden. Fotografien werden sowohl in der Zentralstelle als auch in den Außenstellen des BStU erschlossen, recherchiert und genutzt. Im Berichtszeitraum wurden rund 115 600 Fotografien erschlossen. Damit liegen etwa 1,28 Millionen von insgesamt über 1,78 Millionen Fotodokumenten erschlossen vor (ca. 71 Prozent). Aufgrund fehlender personeller Ressourcen musste die Erschließung von Fotografien zugunsten der Bearbeitung von Recherchen zurücktreten. Zudem wurden und werden Digitalisierungsvorhaben realisiert (siehe Abschnitt 3.4).

Fortgeführt wurde die Erschließung der Fotografien der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), der Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) und PS (Personenschutz), der Bezirksverwaltung Berlin, der VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste), der ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung) sowie der SED-Kreisleitung.

Im Berichtszeitraum wurde ein Online-Findmittel für die Fotografien aus dem Teilbestand Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) veröffentlicht (siehe Abschnitt 3.3.3).

3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten

Im Berichtszeitraum wurden weitere Datenüberlieferungen in den Nachweis über die maschinenlesbaren Daten des MfS aufgenommen. Es handelt sich hier zumeist um unvollständige Restdaten aus der Diskettenüberlieferung,

also aus dezentralen PC-Anwendungen des MfS. Der Nachweis wurde um Feldlisten, Beispieldaten, Angaben zu Speichergrößen und Prüfsummen erweitert. Insgesamt sind damit nun 54 MfS-Datenprojekte nachgewiesen. Diese liegen in sehr unterschiedlicher Qualität und Quantität vor. Bei der Erschließung werden die Daten technisch so aufbereitet, dass sie mithilfe aktueller Software lesbar sind. Das trifft nunmehr für 46 Datenprojekte zu.

3.3 Findmittel

3.3.1 MfS-Karteien

Zu den wichtigsten personenbezogenen MfS-Karteien gehören die zentral geführten Karteien F 16 (Personenkartei) mit 5,45 Millionen Karteikarten und F 22 (Vorgangskartei) mit 1,14 Millionen Karteikarten. Sie ermöglichten von Beginn an den Zugang zu den bereits vom MfS und in den Bezirksverwaltungen archivierten Ablagen, den MfS-Archivbeständen. Unverzichtbar für die Recherchen sind weitere zentrale Karteien wie die F 77 (Decknamenkarteien) mit ca. 728 000 Karteikarten und die F 78 (Straßenkarteien) mit rund 254 000 Karteikarten.

Neben den zentralen Karteien werden auch die überlieferten dezentralen Karteien für die personenbezogenen Recherchen genutzt. Insgesamt stehen im Archiv der Zentralstelle über 940 dieser Karteien mit einem Umfang von ca. 12,2 Millionen Karteikarten für Recherchen zur Verfügung. In den Außenstellen können die Archivbereiche insgesamt über 4 200 dezentrale MfS-Karteien mit ca. 17,6 Millionen Karteikarten für Personenrecherchen nutzen. Zu den wichtigsten von den Dienstseinheiten geführten dezentralen Karteien gehört die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweis-kartei (VSH) der jeweiligen Dienstseinheit. Die VSH diente einerseits als interner Informationsspeicher zu den speziell von der jeweiligen Dienstseinheit operativ bearbeiteten Personen und andererseits als Findmittel für die hierzu angelegten Dossiers zu diesen Personen und ihrem persönlichen Umfeld, den Zentralen Materialablagen (ZMA).

Im Berichtszeitraum konnten sowohl die zentralen MfS-Karteien als auch die Karteien der MfS-Dienstseinheiten durch Informationen aus Aktenrecherchen und Erschließungsarbeiten inhaltlich weiter ergänzt werden. Diese Zusätze erfolgen nicht auf den originalen MfS-Karteikarten, sondern mittels farblich hervorgehobener BStU-Karteikarten. Im Bereich der Zentralstelle ergaben sich ca. 3 300 Ergänzungen und Korrekturen. Des Weiteren wurden ca. 900 Ergänzungen von den Außenstellen in ihren zentralen Karteien F 16 und F 22 veranlasst.

Die Karteibereiche des BStU in der Zentralstelle und in den Außenstellen ordneten im Berichtszeitraum zudem 145 dezentrale personenbezogene Karteien mit einem Umfang von mehr als 260 000 Karteikarten, die nunmehr für Personenrecherchen genutzt werden können.

Besonders hinzuweisen ist auf die über 3 400 Karteikarten aus der Kreisdienststelle (KD) Luckau, die im Berichtszeitraum manuell rekonstruiert und durch die Außenstelle Frankfurt (Oder) recherchierbar gemacht wurden. Die Rekonstruktionsarbeiten dauern aktuell noch an. Des Weiteren

konnte in der Außenstelle Erfurt eine Wehrdienstüberprüfungskartei der KD Erfurt recherchierbar gemacht werden.

Zentrale wie dezentrale Karteien sind nicht nur unerlässliche Findmittel, sondern parallel dazu auch Teil der MfS-Überlieferung. Sie bedürfen verstärkten konservatorischen und restauratorischen Interesses (siehe Abschnitt 3.5).

3.3.2 Datenbanken des BStU

3.3.2.1 Bestehende Fachanwendungen

Um den im StUG formulierten Aufgaben zur Beauskunftung der Stasi-Unterlagen nachkommen zu können, entwickelte der BStU verschiedene IT-Fachverfahren, die personenbezogene oder thematische Recherchen ermöglichen. Sowohl inhaltlich als auch technisch werden diese Datenbanken ständig weiterentwickelt und mit neuen – aus der Erschließung, aus Karteien oder aus dem Aktenlesen gewonnenen – Daten gespeist. Nachfolgend werden die größten und wichtigsten Datenbanken vorgestellt.

Das umfangreichste personenbezogene Findmittel in den Archiven des BStU ist die 1993 eingeführte Datenbank Elektronisches Personenregister (EPR). Sie verwaltet Fundstellen zu Personendaten, insbesondere aus den dezentralen Karteien und aus Erschließungsergebnissen. Für die Bestände der zentralen Ministeriumsebene umfasst das EPR gut 10,8 Millionen Datensätze. Hinzu kommen ca. 18,4 Millionen Datensätze zu den Überlieferungen in den ehemaligen Bezirksverwaltungen.

Als „Rosenholz“-Dateien werden die mikroverfilmten und später digitalisierten Materialien der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) bezeichnet, die 2003 aus den USA rückgeführt wurden. Die Datenbank verwaltet die Personenkartei F 16/HV A, die Vorgangskartei F 22/HV A und die Statistikbögen der HV A. Enthalten sind 293 114 Datensätze zu Personen, zu 57 471 Vorgängen und zu 1 702 Statistikbögen. Die Anzahl der erfassten Personen schwankt weiterhin, da die Prüfung des Datenbestandes immer wieder Mehrfacherfassungen zutage fördert.

Ebenfalls werden die Datenbanken Hauptverwaltung A/Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter/Offiziere im besonderen Einsatz (HHO) und Hauptamtliche Mitarbeiter/Wachregiment (HM/WR) im BStU geführt und ergänzt. Derzeit sind in der HHO-Datenbank 213 740 Datensätze und in der HM/WR-Datenbank 522 469 Datensätze enthalten.

Ende der 90er-Jahre wurde die vom BStU entwickelte IT-Fachanwendung zur Sachaktenerschließung (SAE) eingeführt. Das Programm ermöglicht seitdem, Schriftgut und Medien archivisch zu verzeichnen, zu recherchieren und elektronische Findmittel zu generieren. Über eine Schnittstelle können Personendaten in das EPR eingelesen werden. Aktuell sind ca. 1 116 000 Datensätze in der Datenbank erfasst.

Archivisch gesondert verzeichnet werden darüber hinaus die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS in der Datenbank Dokumentensammlung (DOSA).

3.3.2.2 Anpassung und Einführung von BASYS 2

Die langfristige Aufgabe, die Archivverwaltungssoftware von BStU und Bundesarchiv durch Adaptierung des Systems BASYS (Bundesarchiv-IT-System) zu harmonisieren, wurde weiter vorangetrieben. Das Projekt zielt auf die gemeinsame Entwicklung und Nutzung der beim Bundesarchiv in Entwicklung befindlichen und teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungssoftware BASYS 2. Damit sollen sowohl die Datenbanken Sachaktenerschließung, Aktenausgabe Magazin als auch DOSA beim BStU ersetzt werden. Perspektivisch sollen Metadaten zu Digitalisaten in BASYS 2 verwaltet und Schnittstellen zu digitalen Magazinen und Archiven eingerichtet werden. Im Berichtszeitraum wurden bezüglich der Anpassung von BASYS 2 B+M (Benutzungswesen und Magazinverwaltung) einige Meilensteine erreicht. Ein Lastenheft wurde im Entwurf fertiggestellt, welches sämtliche fachlich notwendigen Anpassungen an BASYS 2 (B+M) formuliert sowie die Rahmenbedingungen für dessen Einführung beim BStU aufzeigt.

Die neu eingerichtete Arbeitsgruppe von BStU und Bundesarchiv, die die kooperative Nutzung und Entwicklung von BASYS steuert, hat grundlegende Aspekte der Anpassung für die Nutzung durch den BStU thematisiert. Im Ergebnis wurden die Änderungsbedarfe gewichtet, um die Einführung von BASYS 2 (B+M) zügig und technisch nah an der IT-Lösung des Bundesarchivs zu ermöglichen.

3.3.3 Findmittel im Internet

Insgesamt hat das Stasi-Unterlagen-Archiv mittlerweile 230 Online-Findmittel veröffentlicht. Diese enthalten rund 70 600 Titelangaben von Archivgut und führen zusammen zu etwa 18 400 Seiten von digitalisiertem Archivgut sowie zu 113 digitalisierten Tondokumenten. Zum Online-Angebot gehört außerdem die regelmäßig aktualisierte Beständeübersicht mit 1 087 Kurzbeschreibungen zu den einzelnen MfS-Teilbeständen bzw. den Beständen von SED und Massenorganisationen im MfS. Alle Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs wurden im Berichtszeitraum gleichermaßen über die Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS (ARCHIVGUTsuche) und über das Archivportal Europa (Archives Portal Europe) veröffentlicht (zu diesen beiden Portalen siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 27). Auch die Beständeübersicht ist über die genannten Internetportale erreichbar.

Die Plattform ARGUS wird vom Bundesarchiv betrieben und vom Stasi-Unterlagen-Archiv mitgenutzt. Gemäß einer Vereinbarung hostet das Bundesarchiv auch die Digitalisate von Archivgut für die Online-Präsentationen, die in Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs eingebettet sind. In ARGUS können dadurch Erschließungsangaben und digitalisierte Archivalien, die aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv stammen, zusammen mit sachverwandten Unterlagen konsultiert werden, die das Bundesarchiv verwahrt bzw. die in die Obhut der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) gegeben sind.

Das Archivportal Europa wird seit Oktober 2015 von der gleichnamigen europäischen Stiftung mit Sitz in Den Haag getragen. Hunderte europäische Archive bringen Daten in dieses Portal ein. Die Erschließungsangaben aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv sind hier in einen transnationalen Recherchekontext eingebettet, der z.B. bei der Behandlung vergleichender Fragestellungen zur ost- und mitteleuropäischen Repressionsgeschichte von Bedeutung sein kann.

Im Berichtszeitraum wurden außerdem Vorbereitungen zur Teilnahme des Stasi-Unterlagen-Archivs am Archivportal-D der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) getroffen. Angestrebt wird dadurch, Online-Erschließungsangaben des Stasi-Unterlagen-Archivs auch über das Internetangebot der DDB zugänglich zu machen. Hierzu wurden im Berichtszeitraum größere Datenbestände für eine Teststellung an das Archivportal-D übergeben. Außerdem wurden die Modalitäten für einen Kooperationsvertrag mit der DDB erörtert.

Im Berichtszeitraum wurden 89 Online-Findmittel – auch zu audiovisuellem Archivgut – neu erarbeitet oder wesentlich erweitert. Für den Bereich der ehemaligen MfS-Zentrale wurden neue Findmittel u. a. zum Schriftgut aus den Diensteinheiten Hauptabteilung II/18 (Terrorabwehr), Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug), Arbeitsgruppe XVII (Besucherbüros West-Berlin), Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft), Hauptabteilung XX/10 (Überwachung von SED-Einrichtungen und Sonderobjekten) sowie weitere Teilfindmittel zum Schriftgut aus dem SdM (Sekretariat des Ministers) und der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) veröffentlicht. Gleichzeitig wurden weitere neue Online-Findmittel zu audiovisuellem Archivgut bereitgestellt, so zu den Fotografien im Teilbestand Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) oder zu den Tondokumenten in den Teilbeständen Hauptabteilung VII (Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei) und ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung).

Auch für die Bestandsbereiche aller MfS-Bezirksverwaltungen (BV) wurden zahlreiche neue Online-Findmittel publiziert (siehe Abschnitt 3.2.2). Herauszuheben sind an dieser Stelle die Teilbestände Leiter bzw. stellvertretender Leiter der BV in Leipzig, Magdeburg und Schwerin, AGL (Arbeitsgruppe des Leiters) der BV Halle, AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) der BV Neubrandenburg sowie Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) in den BV Gera, Magdeburg und Suhl.

Neu hinzugekommen sind im Berichtszeitraum außerdem Online-Findmittel zum Dienstschriftgut aus den MfS-Kreisdienststellen Artern, Dessau, Flöha, Greifswald, Hainichen, Hohenstein-Ernstthal, Merseburg, Rochlitz, Rostock, Torgau, Zeitz sowie aus der MfS-Objektdienststelle Leuna (Bezirk Halle).

Fortgesetzt wurde schließlich die Erstellung von Online-Findmitteln, die gleichzeitig auf digitalisiertes Archivgut verweisen. Hier war im Berichtszeitraum die Bereitstellung digitalisierter Tonaufzeichnungen ein Schwerpunkt.

Es können nun unter anderem die Tondokumente aus dem MfS-Teilbestand Hauptabteilung KuSch (Kader und Schulung) sowie aus dem MfS-Teilbestand Wachregiment (WR) Berlin „Feliks E. Dzierzynski“ im Internet systematisch über die Online-Findmittel erreicht und angehört werden, ebenso die Tondokumente aus dem Bestand SED-Kreisleitung im MfS. Zum anderen bildete die weitere Bereitstellung digitalisierter Unterlagen aus der Sammlung zentraler dienstlicher Bestimmungen des MfS – der sogenannten Dokumentensammlung (DOSa) aus der ehemaligen Dokumentenstelle beim Büro der Leitung des MfS – einen Schwerpunkt der Arbeiten. Im Berichtszeitraum konnte ein Online-Findmittel zur Kategorie Dienstanweisungen publiziert werden. Es weist die 772 dieser Kategorie zugehörigen zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS nach und führt gleichzeitig auf digitale Reproduktionen dieser Bestimmungen. Etwa 13 000 Seiten können dadurch im Kontext archivischer Erschließungsinformationen gelesen werden.

3.4 Digitalisierungsprojekte: Strategische Ausrichtung, Fachziele und Projekte

Der BStU verfolgt mit seinen Digitalisierungsprojekten – wie andere Archive auch – drei Intentionen: die dauerhafte Sicherung der Inhalte, den Schutz der wertvollen Originale vor Beschädigung bei der Benutzung sowie auch den erleichterten Zugang zu digitalisierten Quellen, insbesondere durch Veröffentlichung im Internet. Zu diesen drei grundsätzlichen Zielen sowie der damit zusammenhängenden Frage der Nachhaltigkeit digitaler Überlieferungsformen wurde bereits in der Vergangenheit über Digitalisierungs- und strategische Vorhaben beim BStU berichtet (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, Abschnitt 3.4). Im Berichtszeitraum wurden konkrete Fortschritte zur Digitalisierung erreicht. Parallel dazu erarbeitet der BStU Konzepte zur langfristigen digitalen Sicherung und zum Aufbau eines digitalen Archivs.

Die Herstellung eines Digitalisats ist eine Präventivmaßnahme für den Fall, dass das originäre Überlieferungsmedium in absehbarer Zeit nicht mehr genutzt werden kann oder verloren geht. Neben der Sicherung von Informationen wird mit der Digitalisierung auch die Schonung der Originale, also der Schutz von Archivgut, bezweckt. Dagegen wird vielfach nachgefragtes Schriftgut im Zuge der Nutzung auch digitalisiert, um eine parallele Verwendung durch mehrere Benutzer zu ermöglichen. Schließlich gestalten Digitalisate, die in den Internetauftritt der Behörde, in die Stasi-Mediathek oder in Online-Findmittel eingebunden sind, Nutzern den direkten Zugang zu ausgewählten Stasi-Unterlagen (siehe Abschnitt 6.2).

Der BStU hat anhand archivfachlicher Kriterien sowie der nationalen und internationalen Praxis und nach Austausch mit dem Bundesarchiv Standardformate für die einzelnen Medien und die unterschiedlichen Anwendungen festgelegt. Die Nutzung dieser Standardformate soll im Zusammenspiel mit technischen und organisatorischen Prozessen sicherstellen, dass die überlieferten Informationen dauerhaft sicher und nachvollziehbar zur Verfügung stehen.

Oberste Priorität hat die Digitalisierung von MfS-Ton- und -Videoaufzeichnungen, deren Trägermaterialien zerfallen. Für diese Mediengattungen stellt die Digitalisierung mit anschließender digitaler Langzeitarchivierung eine sinnvolle archivfachliche Lösung dar. Im Berichtszeitraum wurden 2 375 Tonträger mit einer Laufzeit von gut 4 100 Stunden digitalisiert. In der Datenbank AudioDigital sind damit 9 847 Verzeichnungseinheiten mit einer Laufzeit von rund 16 500 Stunden erfasst.

Die Digitalisierung der auf Videobändern überlieferten Eigenproduktionen des MfS wurde im Berichtszeitraum durch einen externen Dienstleister begonnen. Insgesamt wurden 137 Videokassetten im Format VCR sowie in diversen Sonderformaten mit insgesamt ca. 100 Stunden Spielzeit gesichert. Die Digitalisierung der Videokassetten im Format VHS steht noch aus.

Ferner wurden im Rahmen der systematischen Digitalisierung besonders gefährdeter oder besonders wertvoller fotografischer Überlieferungen (sogenanntes ruhendes Fotoarchiv; siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 29) ca. 15 400 Bilder und im Rahmen von Nutzungsaufträgen ca. 16 500 Bilder digitalisiert, sodass insgesamt ca. 31 900 Masterdigitalisate von Fotografien entstanden sind. Für besonders gefährdete Fotonegative aus Nitrozellulose wurde die Digitalisierung durch einen externen Dienstleister vorbereitet.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv sind in großem Umfang Mikrofilme überliefert, die vom MfS zu Sicherungszwecken von Teilen der damals archivierten Ablagen, aber auch innerhalb einzelner Dienstseinheiten angefertigt wurden. Es werden auch Unterlagen abgebildet, die physisch nicht mehr existieren, sogenannte Ersatzüberlieferungen. Diese Überlieferungsform ist im Hinblick auf die Bestandserhaltung problematisch, da das Filmmaterial zu Teilen aus Azetat besteht, welches zu einem sich selbst beschleunigenden Zerfallsprozess neigt. Gerade der Verlust solcher Aufzeichnungen, die ausschließlich auf Mikrofilm überliefert sind, soll durch eine Sicherungsdigitalisierung verhindert werden. Im Berichtszeitraum wurde damit begonnen, Mikrofilme, die ausschließlich als Ersatzüberlieferung vorliegen, zu digitalisieren. Parallel dazu wurde eine Matrix erarbeitet, nach der zukünftig – neben der Digitalisierung im Zuge der Ausleihe – Mikrofilme des Sicherungsfonds systematisch und planvoll digitalisiert werden.

Die Digitalisierung von Ausgangsinformationen der HV A wurde abgeschlossen. Alle bekannten Berichte der Auslandsaufklärung an die SED liegen damit digital vor und können Nutzerinnen und Nutzern auf Antrag zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt wurden im Projekt ca. 13 000 Dokumente mit einem Umfang von etwa 98 300 Seiten digitalisiert.

3.5 Bestandserhaltung

3.5.1 Präventive Maßnahmen

Auch in diesem Berichtszeitraum war das Ringen um verbesserte Lagerungsmöglichkeiten ein dringliches Anliegen des BStU. Bei der unterschiedlichen Beschaffenheit der

Liegenschaften ist es nicht durchgängig gewährleistet, die gültigen baulichen und raumklimatischen Anforderungen an die Aufbewahrung von Archivgut zu sichern. Auf diesem Gebiet sind weitreichende Maßnahmen erforderlich.

So wurde das laufende Projekt zur Verpackung der bisher offen lagernden Akten der Ablagen des früheren MfS-Zentralarchivs in säurefreie, basisch gepufferte und alterungsbeständige Archivkartons fortgeführt. Auch die Umstellung von stehender auf liegende Lagerung des Schriftguts wurde im Berichtszeitraum weiter verfolgt. Die Außenstellen Chemnitz und Dresden lagerten auf diese Weise 244 lfd. M. Akten um. In mehreren Außenstellen sind allerdings gegenwärtig die Bedingungen hinsichtlich Ausstattung und Raumbedarf für eine solche Umstellung nicht gegeben. Ebenso wurde der Sicherungsfonds (siehe Abschnitt 3.4) der MfS-Zentrale und der Bezirksverwaltungen des MfS – die verfilmten archivierten Ablagen – umgelagert.

Die Sicherungsverfilmung ausgewählter Aktenkategorien der archivierten Ablagen der Hauptabteilung IX/11 wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen. Ebenfalls beendet wurde die Verfilmung der Karteien F16 und F22 aus den Beständen der MfS-Bezirksverwaltungen. Ferner wurde im Berichtszeitraum die Duplizierung von Mikrofilmen der Sicherungsfonds der MfS-Bezirksverwaltungen fortgeführt.

Die Digitalisierung bietet inzwischen für die Sicherung von Archivgut gleichwertige und bessere Möglichkeiten als die Verfilmung auf Mikrofilm. Hinzu kommt, dass Material und Technik für die Verfilmung in Zukunft nicht oder nur noch begrenzt zur Verfügung stehen werden. Daher wird mit dem Abschluss der genannten Projekte die Verfilmung von Archivgut beendet. Im Bereich der AV-Medien (Ton, Film, Video und z. T. Fotos) beschreitet der BStU bereits seit Längerem den Weg der Bestandssicherung durch Digitalisierung. Entsprechende Maßnahmen wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt (siehe Abschnitt 3.4).

Im Berichtszeitraum fanden umfassende interne Multiplikatorenschulungen zur Bestandserhaltung statt. Ihr Schwerpunkt waren die Vermittlung der Aufgaben der Bestandserhaltung und die Betrachtung von Schadensformen, -faktoren, -risiken und -ursachen am Archivgut sowie das Erkennen von Schadensbildern und die Einstufung in Schadensklassen.

Die Ausstattung eines Erstversorgungszentrums für – in Notfällen – geborgene Unterlagen wurde konzipiert und nach der Beschaffung für den Einsatz vorbereitet. Für dieses Zentrum steht nun ein separater Raum mit den notwendigen Materialien bereit. Dabei handelt es sich z. B. um Zelte, Schutzmaterialien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Reinigungs- und Verpackungsmaterialien für die Erstversorgung von Archivgut innerhalb und außerhalb des Archivegebäudes bei einer Evakuierung. Für das Agieren in einem solchen Fall erarbeitete der für Bestandserhaltungsfragen federführende Bereich Handlungshilfen, bereitete diese in Form von Notfallkarten auf und stellte die entsprechenden Materialien für

das Notfallmanagement zur Verfügung. Ebenso wurden entsprechende Nachweismaterialien für die Logistik bei einer notwendigen Beräumung von Archivräumen erarbeitet. Das Archiv der Zentralstelle ist im Notfallverbund Berlin-Brandenburger Archive organisiert. Auch die BStU-Außenstellen Dresden, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig und Magdeburg sind in lokale Notfallverbände eingebunden (siehe Abschnitt 2.5).

3.5.2 Restaurierung und Konservierung

Die konzeptionellen und anlassbezogenen Aktivitäten der vergangenen Jahre wurden fortgeführt. Eine wichtige Konservierungsmaßnahme für holzhaltige, saure Papiere ist die Massensäuerung. Es wurden ca. 100 lfd. M. Aktenmaterial nach dem Bückeburger Verfahren (wässriges Einzelblattverfahren) entsäuert. In Vorbereitung ist die Testung eines weiteren Verfahrens in Form der nicht wässrigen Blockensäuerung. Nach Gegenüberstellung beider Verfahren kann eine kontinuierliche Behandlung der Unterlagen geplant werden.

Im Berichtszeitraum wurden 2 274 Akten, 1 661 Karteikarten, 73 MfS-Archivregistrierbücher, 1 818 Fotopositive, 844 Rollfilme sowie 432 Karten und Pläne restauriert. Die Restaurierung der im Juni 2013 während des Saale-Hochwassers in der Außenstelle Halle durch eindringendes Grundwasser beschädigten MfS-Karteien (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 30) konnte mit externer Unterstützung im Berichtszeitraum beendet werden.

3.6 Herausgabe und Übernahme von Unterlagen

Gemäß StUG hat der BStU ein Verwehrmonopol für Stasi-Unterlagen. Im Gesetz werden diese klar definiert und die Verfahrensweisen für die Rück- und Herausgaben anderer Unterlagen geregelt. So können Betroffene und Dritte vom Staatssicherheitsdienst widerrechtlich weggenommene oder vorenthaltene Gegenstände und Unterlagen (wie Fotografien oder Briefe) im Zuge der Akteneinsicht zurückerhalten. Auch andere Unterlagen fremder Provenienz werden an die zuständigen Stellen und Archive abgegeben, sofern sie keine Bearbeitungsspuren des MfS tragen. Im Berichtszeitraum waren dies 5,4 lfd. M., seit Gründung der Behörde ca. 320 lfd. M.

Gleichzeitig sind öffentliche und nicht-öffentliche Stellen dazu verpflichtet, dem BStU das Auffinden von Stasi-Unterlagen anzuzeigen und diese herauszugeben. Seit Anfang 2015 wurden auf diese Weise 1,4 lfd. M. Unterlagen vom Stasi-Unterlagen-Archiv akzessioniert, seit Gründung der Behörde waren es insgesamt mehr als 4 870 lfd. M.

3.7 Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

Der BStU hat 1990 knapp 16 000 Säcke mit von der Stasi zerrissenen Unterlagen in sein Archiv übernommen. Dies ist nur ein Teil des Materials, das das Ministerium für Staatssicherheit in den letzten Monaten seines Bestehens (bzw. der Nachfolgeorganisation AfNS) vernichtet hat. Im

Rahmen seines gesetzlichen Auftrags, die MfS-Unterlagen zu verwahren, zu sichern und für die Nutzung bereitzustellen, gehört zu den Aufgaben des BStU auch die Rekonstruktion dieser zerrissenen Unterlagen. Der Rekonstruktion kommt die Rolle einer begleitenden Erschließung zu. Sie erfolgt im Zusammenspiel manueller Verfahren und IT-basierter Verfahren (virtuelle Rekonstruktion, die noch in der Entwicklung ist). Durch Vorsichtung entscheiden die Arbeitsbereiche des BStU, ob das eine oder andere Verfahren besser geeignet ist. Grundsätzlich ist für Säcke mit größeren Schnipseln – mit Blättern, die ein oder zwei Mal zerrissen sind – die manuelle Rekonstruktion vorzuziehen. Insgesamt konnten bisher durch die Rekonstruktion zerrissener Unterlagen sowohl personen- als auch sachbezogene wichtige Erkenntnisse gewonnen werden: So wurden wichtige Grundsatzdokumente zur internationalen Zusammenarbeit kommunistischer Geheimpolizeien ebenso wiederhergestellt wie etwa Teile eines umfangreichen Untersuchungsvorgangs zu einem NS-Kriegsverbrecher oder die Ausspähung der Friedensbewegungen in Ost und West der 80er-Jahre. Für manchen inoffiziellen Mitarbeiter mit wichtigen Funktionen in der DDR wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit erst durch die Rekonstruktion bekannt, ebenso ließen sich Unterlagen zu einzelnen Mitarbeitern der Hauptverwaltung Aufklärung rekonstruieren.

3.7.1 Manuelle Rekonstruktion

Auf dem Gebiet der manuellen Rekonstruktion haben BStU und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) langjährig in einer gemeinsamen Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“ zusammengearbeitet, überwiegend am Standort Zirndorf (bei Nürnberg) des BAMF. Angesichts des Aufwuchses im BAMF wurde die Zusammenarbeit zwischen dem BStU und dem BAMF zum Jahresende 2015 beendet. Seitdem wird die manuelle Rekonstruktion ausschließlich vom BStU fortgeführt.

Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion wurden im Berichtszeitraum zerrissene Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 84 000 Blatt wiederhergestellt und an die Erschließungsbereiche des BStU übergeben. Hinzu treten wiederum einige Teilrekonstruktionen (Blattfragmente), die erst vervollständigt werden können, wenn in anderen Behältnissen die zugehörigen Teile gefunden werden. Seit Bestehen des BStU wurden mittlerweile zerrissene Unterlagen im Umfang von insgesamt über 1 615 000 Blatt händisch rekonstruiert.

Inhaltlich lag der Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtszeitraum weiter auf der Wiederherstellung von Unterlagen aus der MfS-Abteilung X (Internationale Verbindungen). Zahlreiche Unterlagen betrafen erneut die Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Geheimdienst, z. B. zur Überwachung von Begegnungen zwischen Menschen aus beiden deutschen Staaten in der ČSSR oder zur Verhinderung von Fluchtversuchen in die Bundesrepublik über die tschechoslowakische Grenze. Auch Schriftgut im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ 1968 konnte

rekonstruiert werden. Andere Dokumente belegen die Zusammenarbeit mit dem polnischen Geheimdienst seit den 50er-Jahren und namentlich in den 80er-Jahren, als die oppositionellen Kräfte in Polen erstarkten. Schließlich konnten Unterlagen rekonstruiert werden, die bei der Zusammenarbeit des MfS mit den Geheimpolizeien aus einer Vielzahl weiterer Ostblock-Staaten entstanden (Albanien, Bulgarien, Kuba, Laos, Mongolei, Rumänien, Sowjetunion, Vietnam, Ungarn).

Weitere Rekonstruktionen betrafen im Berichtszeitraum beispielsweise Schriftgut zur Überwachung des Bezirkskrankenhauses in Frankfurt (Oder), u. a. in Form von IM-Akten, und aus der MfS-Kreisdienststelle in Luckau (BV Cottbus): Dort konnten mehrere Arbeitskarteien wiederhergestellt werden, darunter wesentliche Teile der sogenannten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (VSH). Diese Karteikarten können mittlerweile in die Beauskunftung von Anfragen und Anträgen einbezogen werden.

3.7.2 Virtuelle Rekonstruktion

Das Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen war vom Deutschen Bundestag initiiert worden, um die Inhalte solcher zerrissenen Stasi-Unterlagen zugänglich machen zu können, die durch manuelle Rekonstruktion nicht wiederhergestellt werden könnten (siehe vorigen Abschnitt). Dazu war das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) in Berlin mit der Entwicklung eines IT-Systems beauftragt worden, dessen Kernstück eine spezielle Software zur virtuellen Rekonstruktion digitaler Schnipselbilder darstellt (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 32 f.).

Im Herbst 2013 hatte das Fraunhofer IPK nachgewiesen, dass der sogenannte „ePuzzler“, also die Rekonstruktionssoftware, prinzipiell funktioniert. Seitdem wurden 23 Säcke mit zerrissenem Material automatisiert zusammengesetzt und dem BStU in Form digitaler Daten sowie als Papiausdruck (rund 90 600 Seiten) übergeben; davon sind inzwischen 15 Säcke mit rund 47 400 Seiten erschlossen.

Im Berichtszeitraum konnten u. a. 2 000 Seiten einer vermutlich fast kompletten Spitzelakte eines hochkarätigen DDR-Juristen rekonstruiert werden, zu dem bislang nur eine Karteikarte im Archiv des BStU existierte. Das Zusammenspiel der virtuellen und der manuellen Rekonstruktion wird an der Akte eines promovierten Historikers deutlich, der in den 70er- und 80er-Jahren ein wichtiger Zuträger der Hauptabteilung XX des MfS war. Im Stasi-Unterlagen-Archiv befanden sich noch etwa 1 300 Seiten aus dessen Akte. Im Laufe der vergangenen Jahre konnten weitere 1 600 Seiten per Hand gepuzzelt werden; durch die virtuelle Rekonstruktion kamen nun noch mehr als 1 300 Seiten hinzu, die durch das manuelle Verfahren nicht hätten wiederhergestellt werden können.

Mit der derzeitigen Scantechnologie sieht sich das Fraunhofer IPK allerdings nicht in der Lage, die im Pilotprojekt vereinbarte Menge von 400 Säcken in vertretbarer Zeit

und mit den vorhandenen Mitteln zu bewältigen. Das derzeitige System ist für einen Massenbetrieb nicht ausreichend. Der bisher genutzte Scanner erwies sich auch nach diversen Anpassungen als nicht leistungsstark genug, um Hunderttausende Schnipsel zu verarbeiten. Darüber hinaus ist der Automatisierungsgrad der Software deutlich zu niedrig.

Da insofern der vom Deutschen Bundestag gestellte Forschungsauftrag teils nicht erfüllt war, hat der BStU zunächst keine weiteren Mittel freigegeben. Der BStU prüfte die Fortsetzung dieses Vorhabens. Dabei galt es einerseits, den politischen Auftrag des Deutschen Bundestages zu beachten, der durch die Etatisierung von zwei Millionen Euro im Haushaltsjahr 2015 verdeutlicht wurde, und andererseits für eine wirtschaftliche Verwendung der Haushaltsmittel zu sorgen. Das Fraunhofer IPK legte eine Projektskizze „Pilotsystem 2.0“ vor. Das System enthält die Entwicklung und den Aufbau einer Scanneranlage für größere Mengen sowie die Weiterentwicklung der Rekonstruktionssoftware „ePuzzler“. Nach Vorlage dieser Skizze erarbeitete der BStU einen Konzeptentwurf zur Weiterführung der virtuellen Rekonstruktion. Der Entwurf enthält Berechnungen zu Leistungsfähigkeit und Output des vorgeschlagenen Folgeprojekts sowie Kostenprognosen für BStU-eigenes Personal und Räume. Die Bearbeitung aller noch verbliebenen 15 500 Säcke in einem Massenverfahren wird in diesem Konzept nicht angestrebt.

Der Konzeptentwurf sieht die Entwicklung eines Scansystems vor, das rund 50 Säcke im Jahr rekonstruieren könnte. Um die Leistungsfähigkeit dieses Systems fundiert einschätzen zu können, sollen zunächst 160 Säcke rekonstruiert werden, d. h. rund 1 Prozent der Gesamtzahl aller Säcke mit zerrissenen Unterlagen. Das überarbeitete Konzept wurde im Beirat beim BStU vorgestellt. Der Beirat begrüßt den Konzeptentwurf nach seiner Intention und Dimensionierung und hält ihn für förderungswürdig.

3.8 Kontakte mit anderen Institutionen zu Archivthemen

Der Berichtszeitraum stand erneut im Zeichen eines regen fachlichen Austauschs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs mit Kolleginnen und Kollegen außerhalb der Behörde. Dazu gehört zunächst die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv bei der Veröffentlichung sämtlicher Online-Findmittel des BStU über die Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS („ARchivGUtSuche“). Aber auch die Kooperation bei der sich im Bundesarchiv in Entwicklung befindlichen und teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungssoftware BASYS 2 (Bundesarchiv-IT-System) hat im Berichtszeitraum substanziell zugenommen, um die Einführung von BASYS 2 im BStU zügig und technisch nah an der IT-Lösung des Bundesarchivs zu ermöglichen (siehe Abschnitt 3.3.2.2).

Zu den archivfachlichen Kontakten gehören weiterhin Besuche der Deutschen Archivtage (2015 in Karlsruhe, 2016 in Koblenz) sowie der Landesarchivtage der ostdeutschen Bundesländer. An Organisation und Durchführung der

Sächsischen Archivtage in Chemnitz (2015) und Dresden (2016) waren die BStU-Außenstellen in den jeweiligen Ortskomitees beteiligt. Bei der internationalen Tagung „Technology meets Scholarship, or how Handwritten Text Recognition will Revolutionize Access to Archival Collections“, die Anfang 2015 beim Staatsarchiv Hessen in Marburg stattfand und sich dem Thema Handschrifterkennung widmete, war der BStU mit zwei Referaten im Programm vertreten. Des Weiteren waren im Januar 2016 Beschäftigte der Stiftung Topografie des Terrors zu einem Erfahrungsaustausch zum NS-Archiv des Staatssicherheitsdienstes beim BStU in Berlin zu Gast.

Eine gut etablierte Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Einrichtungen gibt es im Bereich der Ausbildung von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste z. B. mit dem Bundesarchiv, der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig, dem Landeshauptarchiv Schwerin oder der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. Kontakte zu Fragen der Digitalisierung, insbesondere von audiovisuellen Medien, bestehen u. a. mit dem Bundesarchiv und dem Tonfilmmuseum Babelsberg. Besuchte Tagungen auf diesem Gebiet waren z. B. der Nestor-Praktikertag 2015 in Duisburg, ein Workshop zum Thema Langzeitarchivierung von Bildformaten beim Leibniz-Informationszentrum Lebenswissenschaften in Köln 2015 oder die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Bildarchive und Landesmedienzentren der öffentlichen Hand 2016 in Marburg.

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen

Seit über 25 Jahren nehmen Bürgerinnen und Bürger Einsicht in die Unterlagen, die das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in den 40 Jahren der SED-Diktatur zu ihnen gesammelt hat. Neben der Akteneinsicht dient die Verwendung der Unterlagen der Rehabilitierung politisch Verfolgter, der Überprüfung bestimmter Personengruppen insbesondere des öffentlichen Dienstes auf eine

Stasi-Verstrickung sowie der Unterstützung von Forschung und Medien bei der Aufarbeitung der Vergangenheit. Insgesamt wurden die Unterlagen in rund 7,1 Millionen Anträgen und Ersuchen für die Aufarbeitung verwendet, davon im Berichtszeitraum ca. 150 000. Der in der Friedlichen Revolution begründete politische Wille, die Stasi-Unterlagen langfristig zugänglich zu machen, wird in der Abteilung Auskunft im direkten Kontakt mit den Antragstellerinnen und Antragstellern sowohl in der Antragsbearbeitung als auch durch die Beratung umgesetzt.

4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

4.1.1 Antragseingänge und Erledigungen

Im Bereich der privaten Akteneinsicht gingen im Berichtszeitraum insgesamt 111 178 Anträge ein, davon 62 544 im Jahr 2015 und 48 634 im Jahr 2016. Das sind 2015 rund 5 200 und 2016 rund 4 050 pro Monat. Von den über 111 000 Anträgen waren rund 64 000 Erstanträge und rund 25 000 Wiederholungsanträge; die weiteren waren Anträge auf Decknamenentschlüsselung und auf Herausgabe von Kopien (siehe Tabelle 2). Von allen Anträgen gehen nach wie vor knapp drei Viertel in den zwölf Außenstellen der Behörde ein (siehe Tabelle 3 auf der folgenden Seite).

Die Gründe, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch nach langer Zeit noch entscheiden, einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen, sind sehr vielfältig. Der Beginn eines neuen Lebensabschnittes, der zum Beispiel mit der Pensionierung oder dem Renteneintritt einhergeht, und die Zeit, die nun zur Beschäftigung mit der eigenen Lebensgeschichte zur Verfügung steht, wird oft zum Anlass

Tabelle 2

Anträge zur persönlichen Akteneinsicht nach Antragsarten

Anträge	1990/91– 2000	2001– 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	gesamt
Erstanträge	1 252 967	547 245	49 756	55 771	38 869	40 994	37 499	27 348	2 050 449
Wiederholungsanträge	141 935	187 560	19 032	21 232	15 698	15 982	14 756	11 674	427 869
Decknamenanträge	293 352	181 716	10 308	9 822	8 330	9 270	8 742	8 175	529 715
Kopieranträge nach Akteneinsicht	105 215	39 493	1 515	1 406	1 349	1 517	1 547	1 437	153 479
gesamt	1 793 469	956 014	80 611	88 231	64 246	67 763	62 544	48 634	3 161 512

Tabelle 3

Bürgeranträge gesamt
Verteilung der Antragseingänge auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland davon Standort	Anträge gesamt	davon Anträge 2015	davon Anträge 2016
Berlin – Zentralstelle	769 202	17 671	13 198
Bundesländer			
Mecklenburg-Vorpommern	345 921	7 000	5 832
Neubrandenburg	83 024	1 719	1 265
Rostock	133 791	2 607	2 263
Schwerin	129 106	2 674	2 304
Brandenburg	303 366	2 996	2 506
Frankfurt (Oder)	185 042	2 996	2 506
Potsdam*	118 324	0	0
Sachsen-Anhalt	398 195	9 640	6 672
Halle	170 431	4 085	2 666
Magdeburg	227 764	5 555	4 006
Thüringen	517 994	10 117	7 903
Erfurt	246 116	4 954	3 600
Gera	138 680	2 175	1 990
Suhl	133 198	2 988	2 313
Sachsen	826 834	15 120	12 523
Chemnitz	312 971	5 343	4 060
Dresden	286 313	5 369	4 770
Leipzig	227 550	4 408	3 693
Gesamt BStU	3 161 512	62 544	48 634

* bis 31.12.2008; seitdem werden diese Anträge bei der Zentralstelle erfasst

genommen, sich stärker mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Insbesondere ältere Bürgerinnen und Bürger berichten, dass sie den Antrag stellen, um ihren Enkeln, die die DDR-Zeit nur aus Erzählungen kennen, mit authentischen Informationen und Unterlagen diese Zeit näherzubringen. Manche haben bewusst länger gewartet angesichts der Ungewissheit, was sie in den Unterlagen erwartet. Mitunter werden Beschäftigungsnachweise für die Rentenregelung benötigt. Im Zusammenhang mit Heimeinweisungen und Haftzeiten in der DDR werden immer noch Anträge gestellt, um durch Nachweise aus den Stasi-Unterlagen Rehabilitation und Entschädigungen zu erreichen.

Insgesamt sind die Antragszahlen in der privaten Akteneinsicht um rund 16 Prozent gegenüber dem vorhergehenden

den Berichtszeitraum 2013/14 zurückgegangen. Gestiegen ist der Anteil der Anträge naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener nach § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG): nach ca. 12,5 Prozent in 2014 und ca. 14 Prozent im Jahr 2015 sind dies im Jahr 2016 15,3 Prozent aller Erstanträge (siehe dazu Abschnitt 4.1.4).

Im Berichtszeitraum wurden 139 008 Anträge auf private Akteneinsicht erledigt, davon 77 109 Anträge im Jahr 2015 und 61 899 Anträge im Jahr 2016 (siehe Anhang 9). Das bedeutet gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum einen Anstieg um ca. 1,1 Prozent. In den Jahren 2015/16 ist es gelungen, die Zahl der noch nicht abschließend bearbeiteten Anträge um rund 28 000 bzw. rund 34 Prozent zu reduzieren: von zuvor gut 82 000 auf knapp 54 000.

4.1.2 Antragsbearbeitung

Antragstellerinnen und Antragsteller haben Anspruch auf die Zugänglichmachung der zu ihrer Person vorhandenen und erschlossenen Unterlagen (§ 3 Abs. 1 StUG). Bei der Bearbeitung eines Antrags auf Akteneinsicht wird in allen aufgrund der Angaben im Antrag infrage kommenden Beständen recherchiert. Zusätzlich können die Erkenntnisse aus den aufgefundenen Signaturen bzw. Unterlagen auf weitere Recherchemöglichkeiten hinweisen. Konkrete Angaben des Antragstellers zur eigenen Geschichte und den sich daraus ergebenden Vermutungen zu Kontaktpunkten mit der Stasi erleichtern diese Recherchen. Der Rechtsanspruch des Antragstellers auf Zugang zu allen zur Person vorhandenen und erschlossenen Unterlagen bezieht sich auch auf die Erwähnung in Akten anderer Personen. Allerdings dürfen diese Recherchen nicht außer Verhältnis zu dem vom Antragsteller geltend gemachten Informationsinteresse stehen (§ 13 Abs. 7 StUG). Bis zur vollständigen Erschließung der Archivbestände kann allerdings keine abschließende Aussage darüber getroffen werden, ob sich nicht noch Veränderungen im jeweils zu recherchierenden Bestand ergeben und dadurch weitere Unterlagen aufgefunden werden könnten.

Aufgrund der Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt einen Wiederholungsantrag zu stellen, werden mitunter Menschen im Rahmen der Antragsbearbeitung über Jahre in der Aufarbeitung ihres Schicksals begleitet. Erwähnenswert ist hier der Fall eines Antragstellers, der auch mithilfe seiner wiederholten Akteneinsicht nachweisen konnte, dass seine Unterbringung in DDR-Kinderheimen eine freiheitsentziehende Maßnahme im Sinne des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes war, und so eine Rehabilitierung erreichte.

Bei den Anträgen, bei denen Dokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv gefunden werden, werden im Interesse einer Beschleunigung der Antragsbearbeitung bereits seit vielen Jahren in geeigneten Fällen anonymisierte Kopien der Unterlagen (bis zur Grenze von 85 Seiten) an die antragstellende Person übersandt; das StUG stellt die Einsicht in Originalunterlagen oder in Duplikate gleich. Dies waren im Berichtszeitraum 47 742 Anträge, während bei 4 904 Anträgen auf Akteneinsicht die Unterlagen persönlich übergeben wurden. Es ist jeweils zu entscheiden, in welcher Form der Antrag erledigt wird (siehe Tabelle 4 auf der folgenden Seite mit einer Aufschlüsselung aller Bearbeitungsformen). Manche Antragstellerinnen und Antragsteller möchten bei einer persönlichen Akteneinsicht „ihre“ Akte körperlich in den Händen halten. Vor allem aber ist in Einzelfällen aufgrund des Akteninhalts mit einer psychischen Belastung zu rechnen, sodass die Betroffenen mit den Unterlagen besser nicht allein gelassen und im persönlichen Gespräch beraten werden sollten.

Die Zusendung von Unterlagen in Kopie hat sich in der Antragsbearbeitung bewährt und reduziert die Wartezeiten. Viele Antragstellerinnen und Antragsteller sind erfahrungsgemäß erleichtert, wenn sie nicht für vergleichsweise wenige Seiten in die Zentralstelle oder eine der Außenstellen kommen müssen. Zusätzlich liegt den versandten

Kopien immer eine Auskunft mit Erläuterungen zum Rechercheergebnis und zu den Inhalten der Unterlagen bei. Natürlich kann es bei diesem Verfahren zu Nachfragen über die Deutung des Inhalts oder zu den vorgenommenen Schwärzungen kommen, die bei einer Akteneinsicht vor Ort sofort beantwortet werden könnten. In solchen Fällen werden diese Fragen schriftlich beantwortet oder in einem persönlichen Gespräch oder Telefonat geklärt.

Aufgrund der unterschiedlich hohen Antragesgänge in den Außenstellen und der Zentralstelle in Berlin könnte es zu stark differierenden Wartezeiten kommen. Um dem entgegenzuwirken, werden mittels einer zentralen Steuerung gegebenenfalls Anträge unter den Referaten und Außenstellen der Behörde umverteilt. Auf diese Weise werden die für die Antragsbearbeitung zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal genutzt. An Art und Umfang der Bearbeitung ändert sich dadurch nichts.

4.1.3 Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger

Der Bundesbeauftragte (BStU) berät zu den gesetzlichen Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen sowohl durch seine Zentralstelle als auch durch die zwölf Außenstellen. Allein durch die Bürgerberatung der Berliner Zentralstelle wurden im Berichtszeitraum 1 595 persönliche Beratungen, 8 177 Beratungsgespräche am Bürgertelefon und 875 Beratungen durch die Beantwortung von E-Mail-Anfragen durchgeführt. Die Beratungsangebote des BStU werden von Privatpersonen, Vertretern von Forschung und Medien sowie den verschiedensten Institutionen genutzt. Nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland wird die Beratung durch den BStU gesucht, zum Beispiel durch Bürgerinnen und Bürger, die über persönliche oder berufliche Kontakte in die ehemalige DDR verfügten. Vielfach informieren sich auch Wissenschaftler oder Journalisten aus dem Ausland über die Modalitäten der Antragstellung oder die Bestände des Archivs.

Ein besonderer Beratungsbedarf ergibt sich bei der Sensibilisierung zur Entstehungsweise der Unterlagen. Die durch das MfS angelegten Akten basieren in vielen Fällen auf menschenrechtswidrig gesammelten Informationen und müssen daher für eine Sichtung entsprechend vorbereitet werden. Anonymisierungen in den vorgelegten Unterlagen werden oft hinterfragt. Hier erläutern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU die Vorgaben des StUG. Wenn es sich thematisch anbietet, verweisen sie auch auf weitere Anlaufstellen für die persönliche Aufarbeitung. Beispielfähig seien das Bundesarchiv und andere Archive in Deutschland genannt sowie die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (LStU), der Personensuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes oder auch Einrichtungen, welche bei der Aufarbeitung durch politische Haft bedingter Traumata unterstützen können.

Die Außenstellen bieten in ihren Regionen regelmäßig Beratungstage an und präsentieren sich zu verschiedenen Anlässen in der Öffentlichkeit, sei es bei den jeweiligen Landes-Tagen, den in der Region stattfindenden Tagen der offenen Tür in den Landtagen sowie bei Museumsnächten,

Tabelle 4

**Erledigte Erst- und Wiederholungsanträge zur persönlichen Akteneinsicht 2015 und 2016:
Übersicht über die Bearbeitungsformen**

	Summe der Erledigungen	Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	Zusendung von Informationen			Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und persönlich vorgelegt wurden
			Anträge, zu denen keine Erfassungen in den Karteien vorliegen	Anträge, zu denen nur Karteikarten gefunden und in Kopie übersandt wurden	Anträge, zu denen weitere Unterlagen gefunden und in Kopie komplett übersandt wurden	
Mecklenburg-Vorpommern	12 993	599	4 335	2 295	4 938	826
Neubrandenburg	3 754	127	1 048	591	1 628	360
Rostock	4 771	287	1 872	795	1 487	330
Schwerin	4 468	185	1 415	909	1 823	136
Brandenburg	6 673	164	1 634	1 386	3 361	128
Frankfurt (Oder)	6 673	164	1 634	1 386	3 361	128
Sachsen-Anhalt	14 310	645	4 635	2 826	5 439	765
Halle	6 044	341	2 649	1 352	1 546	156
Magdeburg	8 266	304	1 986	1 474	3 893	609
Thüringen	20 338	636	4 654	5 485	8 884	679
Erfurt	8 384	289	2 073	2 355	3 357	310
Gera	7 137	175	1 617	1 864	3 344	137
Suhl	4 817	172	964	1 266	2 183	232
Sachsen	29 153	1 137	8 873	5 099	12 837	1 207
Chemnitz	8 735	278	3 383	1 898	2 646	530
Dresden	10 157	516	3 259	1 712	4 428	242
Leipzig	10 261	343	2 231	1 489	5 763	435
Summe Außenstellen	83 467	3 181	24 131	17 091	35 459	3 605
Zentralstelle	32 941	2 254	10 799	6 306	12 283	1 299
BStU Gesamt	116 408	5 435	34 930	23 397	47 742	4 904

Projektmesen, Veranstaltungen und Ausstellungen. Durch diese Form der Öffentlichkeitsarbeit bekommt die Behörde des Bundesbeauftragten ein Gesicht. Gerade in ländlichen Gegenden werden solche Angebote von den Bürgerinnen und Bürgern gern genutzt, um sich zu informieren oder einen Antrag auf persönliche Akteneinsicht zu stellen. Durch die Außenstelle Frankfurt (Oder) wurden beispielsweise im Jahr 2015 insgesamt elf Informationstage in verschiedenen Städten des Landes Brandenburg durchgeführt. Dabei wurden mehr als 800 Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Wo es sich thematisch anbietet, werden die Beratungstermine mit Bildungsangeboten in Form eigener Ausstellungen oder von Vorträgen über das Wirken des MfS ergänzt.

Der BStU und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unterstützen sich gegenseitig bei Beratungstagen in den Regionen. Dabei ergänzen sich das Know-how und die verschiedenen Beratungskompetenzen. Die Zusammenarbeit der Außenstellen mit den Landesbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer wird insgesamt als sehr positiv und für beide Seiten gewinnbringend eingeschätzt.

Wie in den vorherigen Jahren wirkten sich auch im Berichtszeitraum aktuelle Ereignisse mit medialer Berichterstattung direkt auf die Frequentierung der Bürgerberatung beim BStU aus. Durch diverse und an Informationsgehalt unterschiedliche Presseveröffentlichungen haben offenbar viele Bürgerinnen und Bürger den Eindruck gewonnen, mit dem Jahr 2019 ende die Möglichkeit der Aufarbeitung der MfS-Geschichte. In diesem Zusammenhang wurde oft die Frage nach dem Fortbestehen der Behörde und ihrer Außenstellen an den bisherigen Standorten gestellt. Die Bürgerberatung klärt über die aktuellen Gegebenheiten auf und unterstreicht den breiten politischen Konsens, dass es einen grundsätzlichen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des MfS als Teil der SED-Diktatur nicht geben wird.

4.1.4 Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener

Im Berichtszeitraum nahmen Fragen zum Zugang von nahen Angehörigen zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu vermissten oder verstorbenen Personen einen großen Raum bei der Beratung zur Antragstellung ein. Wie bereits in Abschnitt 4.1.1 angedeutet, gewann dieser Bereich der Antragstellung in den letzten Jahren u. a. aufgrund einer Novellierung des § 15 StUG im Jahr 2011 an Bedeutung (siehe auch Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 38).

§ 15 StUG regelt das Zugangsrecht naher Angehöriger zu den MfS-Unterlagen vermisster oder verstorbener Personen. Dieses Zugangsrecht bildet eine Ausnahme von dem Grundsatz des Gesetzes, dass jeder Einzelne ausschließlich Zugang zu den Unterlagen und Informationen des Staatssicherheitsdienstes erhalten kann, die seine eigene Person betreffen. Die Antragstellung als naher Angehöriger ist daher an bestimmte Voraussetzungen gebunden, insbesondere erfordert sie die Glaubhaftmachung eines Antragszwecks. Nach dem 2011 neu in das Gesetz einge-

fügten § 15 Abs. 1 Satz 2 StUG können nunmehr Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister Zugang zu den Unterlagen Vermisster oder Verstorbener erhalten, wenn sie sonstige berechnigte Interessen glaubhaft machen, die in Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des StUG stehen. Dabei muss der Antrag die Aufklärung und Aufarbeitung möglicher staatlicher Maßnahmen und Einwirkungen auf die vermisste oder verstorbene Person zum Gegenstand haben. Hierfür bedarf es der Darlegung entsprechender tatsächlicher Anhaltspunkte. Durch den Aktenzugang dürfen keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen des Vermissten oder Verstorbenen oder anderer Personen beeinträchtigt werden. Informationen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung, insbesondere die Intimsphäre betreffen, sind aus Gründen des postmortalen Persönlichkeitsrechtsschutzes vom Aktenzugang nicht umfasst. Jeder Antragsteller hat nach StUG die Möglichkeit zu verfügen, dass die zu ihm angelegten Unterlagen bzw. Teile dieser Unterlagen nach seinem Tod Familienangehörigen nicht zugänglich gemacht werden sollen. Liegt ein solcher entgegenstehender Wille vor, ist eine Akteneinsicht naher Angehöriger zum Verstorbenen nicht bzw. nur eingeschränkt möglich. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass der nahe Angehörige nicht an die Stelle des Vermissten oder Verstorbenen tritt, sondern eigene Zugangsrechte nach § 15 StUG wahrnimmt. Auskunft wird jeweils nur entsprechend dem geltend gemachten Antragszweck erteilt.

Viele Menschen, deren Angehörige verstorben sind, begehren Zugang zu deren Unterlagen. Hier bedarf es oft einer eingehenden Beratung. Denn je umfassender die Beratung der Antragsteller zu den rechtlichen Möglichkeiten vorab erfolgt, desto präziser können sie ihren Antrag formulieren. Viele Angehörige haben Schwierigkeiten, die notwendigen Nachweise, zum Beispiel zum Verstorbenen- bzw. Vermisstenstatus oder zum Verwandtschaftsverhältnis beizubringen oder den Gesetzesbegriff des berechtigten Interesses richtig zu interpretieren. Die Prüfung der Zulässigkeit dieses Antragszwecks erweist sich in der Praxis häufig als schwierig. Manche Angehörige reagieren mit Unverständnis, weil sie den Eindruck haben, von ihnen werde der Vortrag von Umständen verlangt, die sie ja gerade erst in den Unterlagen zu finden hoffen. Zu dieser Frage hatte sich auch ein Antragsteller an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gewandt. Er hatte gefordert, das berechnigte Interesse aus dem StUG zu streichen und den Aktenzugang für nahe Angehörige Vermisster oder Verstorbener nicht an eine Begründung zu knüpfen. Der Petitionsausschuss hat dies abgelehnt. Die bestehende Regelung berücksichtige ausgewogen das berechnigte Auskunftsinteresse naher Angehöriger und den postmortalen Persönlichkeitsschutz, der sich aus der Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes ergebe.

Im Einzelfall schwierig zu entscheiden sind auch Anträge auf Auskunft zu vermissten nahen Angehörigen. Hier ist der Vermisstenstatus vom Antragsteller glaubhaft zu machen. Es reicht dabei nicht aus, dass der Aufenthaltsort des Angehörigen über längere Zeit nicht bekannt ist. Vielmehr müssen – in Anlehnung an die Definition des Ver-

schollenheitsgesetzes – ernsthafte Zweifel am Fortleben der Person hinzukommen. Nicht zulässig sind Anträge, die mit dem Ziel gestellt werden, mithilfe der MfS-Unterlagen vermisste Familienangehörige lebend im Ausland wiederzufinden. In einem Fall wurde geltend gemacht, der Bruder sei nach der Haftentlassung über die Bundesrepublik nach Kanada ausgewandert. Da die Stasi über die sogenannten Rückverbindungen doch sicher den Wohnsitz in Kanada ermittelt habe, hatte der Antragsteller die Hoffnung, so Informationen über den möglichen Aufenthaltsort des Bruders zu erhalten. Anträge dieser Art werden als unzulässig abgelehnt.

Im Berichtszeitraum wurden rund 2 Prozent der Anträge nach § 15 formell abgelehnt. Bei weiteren rund 15 Prozent konnten die Antragsteller die erforderlichen Nachweise nicht erbringen. Hierin eingeschlossen sind solche Fälle, in denen das erforderliche berechnete Interesse nicht ausreichend dargelegt wurde. Seit Inkrafttreten der Regelung ist der Anteil der Anträge nach § 15 StUG an allen Erstanträgen leicht gestiegen (siehe Tabelle 5).

4.1.5 Decknamenentschlüsselung

Die Zahl der Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen war im Berichtszeitraum leicht rückläufig. Während in den Jahren 2013/14 noch die Entschlüsselung der Klarnamen von 17 600 Personen, die an das MfS Informationen geliefert hatten, begehrt wurde, lag diese Zahl im Berichtszeitraum der Jahre 2015/16 bei 16 917 Fällen. Gegenläufig zu den verringerten Antragszahlen sind die Erledigungen der Decknamenansprüche angestiegen. Während in den Jahren 2013/14 insgesamt zu 18 304 Personen die Anträge abschließend bearbeitet werden konnten, belief sich diese Summe in den beiden letzten Jahren auf 19 599, also 7 Prozent mehr.

Unverändert konnten in ca. 65 bis 70 Prozent der Anträge die Klarnamen bekannt gegeben werden. Bei den übrigen Anträgen konnten trotz Ausschöpfung aller Recherchemöglichkeiten entweder keine Klarnamen ermittelt werden oder es konnte aus den entsprechenden Unterlagen des inoffiziellen Mitarbeiters (IM) kein Bezug zu den Betrof-

fenen hergestellt werden. Ohne diesen Bezug kann dem Antragsteller der Klarnamen nicht eröffnet werden (siehe dazu im Detail Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 41).

Die IM, deren Klarnamen den Betroffenen bekannt gegeben werden können, gehörten oft dem Arbeitsumfeld der Betroffenen an. Informationslieferanten aus dem Freundes- und Familienkreis sowie dem Wohnumfeld bilden eine wesentlich kleinere Gruppe. Hinzu kommen als weitere Gruppe vom MfS eingesetzte Ermittler, die also die Betroffenen zuvor nicht kannten und von deren Wirken sie mitunter auch damals nichts geahnt haben. In diesen Fällen sind die Antragsteller oft erleichtert, dass sich aus der Kenntnis der Klarnamen keine Belastung für ihr soziales Umfeld ergibt.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Die Auseinandersetzung mit zugefügtem SED-Unrecht war und ist ein aufarbeitungspolitisches Kernelement in dem durch die Vereinigung am 3. Oktober 1990 erweiterten Bundesgebiet.

4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung

Auf der Grundlage des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) können mit rechtsstaatswidriger Freiheitsentziehung verbundene Gerichts- oder Behördenentscheidungen auf Antrag betroffener Personen aufgehoben werden. Ebenso steht die nach derzeitigem Stand bis zum 31. Dezember 2019 bei Gericht noch mögliche Antragstellung nicht nur den Betroffenen selbst, sondern im Falle deren Versterbens auch ihren Angehörigen ebenso zu wie das Recht, ein bereits eingeleitetes Verfahren fortzusetzen.

Stasi-Unterlagen sind in diesem Zusammenhang ein unverzichtbarer Bestandteil der Aufarbeitung, weil die benötigten gerichtlichen Akten der DDR-Justiz nach Abschluss

Tabelle 5

Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz

	Erstanträge gesamt	davon nach § 15 StUG	
		Anzahl	in Prozent
2012	55 771	5 581	10,0
2013	38 869	4 930	12,7
2014	40 181	4 964	12,5
2015	37 499	5 215	13,9
2016	27 348	4 184	15,3

der Verfahren vielfach vom MfS übernommen wurden. Für die Landgerichte ist dies neben den vom MfS selbst angelegten sonstigen personenbezogenen Unterlagen mit Hinweisen auf Freiheitsentzug oft die einzige Möglichkeit, einschlägiges Archivmaterial zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung zu erhalten.

Seit Geltung des StrRehaG haben sich die Gerichte mit rund 102 000 Ersuchen um Mitteilung und Herausgabe an die Stasi-Unterlagen-Behörde gewandt. Im Zeitraum des vorliegenden Berichts der Jahre 2015 und 2016 lag die Eingangszahl bei 1 788 Ersuchen, womit sich der zuletzt rückläufige Trend erwartungsgemäß fortgesetzt hat (siehe Anhang 8). Dabei haben die Recherchen zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung in 77 Prozent der Fälle zum Auffinden von Unterlagen geführt, gegenüber 70 Prozent im vorigen Berichtszeitraum.

4.2.1.2 Wiedergutmachung

Ob Wiedergutmachungsleistungen wegen erlittener rechtsstaatswidriger Maßnahmen als Folgeansprüche gewährt werden können, wird von den Rehabilitierungsbehörden auf Antrag der Betroffenen festgestellt. Belege dafür, dass hoheitliche Eingriffe in wichtige Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freizügigkeit, Eigentum oder Berufsfreiheit stattgefunden und zu persönlichen Nachteilen geführt haben, lassen sich häufig nur mithilfe von Stasi-Unterlagen finden. Auf ein Ersuchen der dafür zuständigen Stelle hin wird beim BStU nach anspruchsbegründenden Sachverhalten recherchiert; ebenso danach, ob die Person gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit verstoßen hat; dies würde einen Anspruch auf Wiedergutmachung ausschließen (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 42 f.).

Die Eingänge an Ersuchen sind gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum um knapp 6 Prozent zurückgegangen (siehe Anhang 8). Mithilfe der Stasi-Unterlagen können zu Wiedergutmachungszwecken wie bisher in etwa einem Drittel der Fälle Sachverhaltsmitteilungen gemacht werden. Bei 10 Prozent der Ersuchen liegen Gründe vor, die den Erhalt einer Opferrente ausschließen könnten.

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Hintergrund von Ersuchen zu diesem Verwendungszweck waren vorwiegend in der DDR begangene Tötungsdelikte, die bisher nicht aufgeklärt werden konnten. Sieben Verfahren richteten sich gegen noch lebende Beschuldigte im Rahmen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. In einem anderen Fall, in dem ein Pressebericht zu Ermittlungen wegen des Verdachts der systematischen Tötung angeblich nicht lebensfähiger frühgeborener Säuglinge in DDR-Kliniken geführt hatte, konnten in den Stasi-Unterlagen keine Hinweise zum Sachverhalt gefunden werden.

Zur Gruppe nicht vollständig aufgeklärter Straftaten gehörte weiterhin ein terroristischer Anschlag aus den 80er-Jahren. Das entsprechende neue Ersuchen führte durch Recherchen in den MfS-Unterlagen zu einem darin

verwahrten Briefumschlag, den die verdächtige Person damals an eine DDR-Adresse gerichtet und offenkundig selbst frankiert hatte. Umschlag und Briefmarke kamen somit für die Ermittler als Spurenlager in Betracht, um mithilfe vorhandener Sekretreste unter der Marke einen Abgleich mit weiterem noch vorhandenem DNA-Material vornehmen zu können.

Andere Ersuchen wiederum befassten sich beispielsweise mit geheimdienstlicher Agententätigkeit, schwerer Brandstiftung und groß angelegtem illegalen Handel mit Betäubungsmitteln. Einem Straftatverdacht wegen Titelmisbrauchs konnte in Stasi-Unterlagen nur deshalb nachgegangen werden, weil der Verdächtige MfS-Mitarbeiter war und weil der § 23 StUG (Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr) in seinem Absatz 2 die Verwendung von Unterlagen dieser Personengruppe erlaubt. Wären es Unterlagen zu einem Betroffenen gewesen, hätte das Ersuchen abgelehnt werden müssen. Weitere Beispiele von rechtspolitischen Problemen in diesem Zusammenhang finden sich auch in den letzten beiden Tätigkeitsberichten (siehe Elfter Tätigkeitsbericht S. 52 f. und Zwölfter Tätigkeitsbericht S. 43).

Im Berichtszeitraum gab es wiederum Veranlassung zu sogenannten Mitteilungen ohne Ersuchen in Strafsachen nach § 27 StUG. Neben vier Verdachtsfällen von in der DDR begangenen Tötungsdelikten war einer Staatsanwaltschaft Mitteilung zu einem Wachmann im Konzentrationslager Auschwitz zu machen. Diese Unterlagen waren gelegentlich eines Ersuchens angefallen, bei dem es um die Recherche nach Gründen für eine sogenannte Ordensunwürdigkeit geht. Die dabei erlangten Erkenntnisse durften allerdings zu diesem Verwendungszweck nicht mitgeteilt werden, da sich die Rechtsgrundlage „Verwendung in Ordensangelegenheiten“ nach § 20 Abs. 1 Nr. 10 StUG nur auf Unterlagen mit Informationen zu MfS-Mitarbeitern bezieht. Würden Ordensangelegenheiten auch zum Katalog der Verwendungszwecke in § 21 StUG gehören, wäre der Sachverhalt mitteilbar gewesen. Das aufgezeigte Problem weist somit einen gleichgelagerten gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf wie im vorstehend geschilderten Fall des § 23 StUG.

Wegen Vorliegens von Anhaltspunkten für eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit wurde ohne Ersuchen Mitteilung gemäß § 27 Abs. 2 Nr. 3 StUG zu dem dokumentierten und damals nicht aufgeklärten Verlust von scharfen Raketen der Nationalen Volksarmee der DDR in Peenemünde gemacht.

4.2.3 Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Im Bereich der Personenüberprüfungen sind bei einem Teil der angefragten Personen die Sachverhalte bereits durch frühere Überprüfungen bekannt und es gibt keine neuen Erkenntnisse. Bei erstmals angefragten Personen spielt häufig die Altersstruktur eine Rolle, das heißt, diese Menschen können aufgrund ihres jüngeren Alters gar nicht mit dem MfS zusammengearbeitet haben.

Von erheblicher praktischer Bedeutung sind in erster Linie noch die Tatbestände der Überprüfung von Abgeordneten sowie von Funktionsträgern im kommunalen Bereich nach den §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 b StUG. Hier gibt es nach wie vor sehr viele Anfragen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich durch Neuwahlen anders zusammengesetzte Gremien abermals mit dieser Thematik befassen wollen, selbst wenn aus einer vorangegangenen Wahlperiode bei bestimmten Mitgliedern eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bereits bekannt ist. Daneben geht es auch um ältere Personen, die in der Vergangenheit noch nicht überprüft wurden oder um Personen, die erstmals für ein Amt kandidierten bzw. in ein Amt berufen wurden. In 3,5 Prozent der Fälle führen diese Anfragen zur Mitteilung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Die Quote von Mitteilungen mit Hinweisen auf eine Tätigkeit bei den Tatbeständen in §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 a StUG – Regierungsmitglieder in Bund und Ländern – liegt bei 2,7 Prozent und bei Personen mit Leitungsfunktionen aus dem öffentlichen Dienst nach den §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d (1. Bereich des Verwendungszwecks) bei 2,6 Prozent.

Insgesamt ist das Ersuchenaufkommen für den Berichtszeitraum zur Überprüfung auf Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in Bezug auf die einzelnen Verwendungszwecke differenziert zu betrachten. Parlamenten und kommunalen Vertretungen war es wie im vorangegangenen Berichtszeitraum ein Anliegen, ihre Mitglieder zu überprüfen. Dies gilt auch für Beschäftigte öffentlicher Stellen bzw. des öffentlichen Dienstes, zu denen durch die Achte StUG-Novellierung seit dem 31. Dezember 2011 eine erweiterte Zugangsmöglichkeit zu Unterlagen geschaffen wurde. Überdenkenswert erscheint die Regelung zu den Ersuchen nach den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes und einiger Länder, nach denen an den Bundesbeauftragten eine Anfrage bereits dann zu richten ist, wenn der Betreffende oder die einbezogene Person vor dem 1. Januar 1970 geboren wurde und in der ehemaligen DDR wohnhaft war. Diese Bestimmung führt zu einem hohen Ersuchenaufkommen. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen, bei denen der Bundesbeauftragte bereits früher eine inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit mitgeteilt hatte, zuständige Stellen bzw. Behörden zu derselben Person, die offenbar dort weiterhin eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt hat, an den BStU eine Wiederholungsanfrage gerichtet hatten.

4.2.3.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder

Landesparlamente überprüfen ebenso wie der Deutsche Bundestag die Abgeordneten in den meisten Fällen nur auf deren Antrag hin oder wenn Tatsachen einen Verdacht auf Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst begründen. Lediglich in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen, die in ihren Abgeordnetengesetzen die anlasslose Überprüfung obligatorisch geregelt haben, werden Abgeordnete nach Annahme des Mandats bzw. nach Neukonstituierung infolge von Parlamentswahlen beim BStU

zur Überprüfung eingereicht. Vom Deutschen Bundestag wurde in der Wahlperiode 2013–2017 zu 185 Personen, die dies gewünscht hatten, um Mitteilung ersucht. Davon waren 19 Parlamentarier nach Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht überprüfbar, weil sie bei Auflösung der Staatssicherheit jünger als 18 Jahre waren. Eine Vielzahl von Abgeordneten hatte sich bereits in früheren Legislaturperioden überprüfen lassen. Es ergaben sich in keinem Fall in den Akten Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Auch die Parlamente der sechs ostdeutschen Länder einschließlich Berlins sowie der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben im Berichtszeitraum die Möglichkeit zur Überprüfung ihrer Abgeordneten genutzt.

Von der Überprüfbarkeit der Mitglieder kommunaler Vertretungen (Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte) ist im Berichtszeitraum in 2 610 Fällen Gebrauch gemacht worden. Ersuchen wurden wie folgt eingereicht: zu einer Person aus Berlin, zu 525 Personen aus Brandenburg, 535 aus Mecklenburg-Vorpommern, 391 aus Sachsen, 1 062 aus Sachsen-Anhalt und zu 96 aus Thüringen. Zu dem weiteren im Kommunalbereich gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 b StUG überprüfbaren Personenkreis zählen neben den kommunalen Wahlbeamten (z. B. Landräte, hauptamtliche Bürgermeister und Beigeordnete) die ehrenamtlichen Bürgermeister sowie die entsprechenden Vertreter eines Gemeindeteils (z. B. Ortsteilbürgermeister und Ortsvorsteher). Im Berichtszeitraum wurde aus diesem Bereich zu insgesamt 385 Personen um Mitteilung ersucht. Davon wiederum bezogen sich 291 Fälle auf Ersuchen von Kommunalaufsichtsbehörden des Freistaats Thüringen, da hier das Landesrecht für alle neugewählten kommunalen Wahlbeamten eine obligatorische Überprüfung beim BStU vorsieht, was sich im Zuge der Thüringer Bürgermeisterwahlen im Jahr 2016 entsprechend bemerkbar machte.

Bezogen auf alle im Kommunalbereich nach §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 b StUG überprüfbaren Personen, hat sich die Zahl der Ersuchen mit 2 995 Personen gegenüber der Zahl aus dem vorhergehenden Berichtszeitraum verdoppelt. Die Ursache ist im Wesentlichen, dass im Jahr 2014 in den ostdeutschen Bundesländern Kommunalwahlen sowie in den Jahren 2015 und 2016 regional Bürgermeisterwahlen stattfanden. Dabei lag die Quote mitzuteilender Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst insgesamt bei 4,6 Prozent und bei der Teilgruppe der Bürgermeister einschließlich der ehrenamtlichen Bürgermeister sowie entsprechender Vertreter eines Gemeindeteils bei 9,7 Prozent.

Für die Kommunen von Sachsen-Anhalt waren die Verfahrensanregungen hilfreich, die die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in einer Handreichung bereitgestellt hat. Sie informieren Stadt- bzw. Gemeinderäte und Kreistage mit Mustertexten darüber, wie die Ersuchen gestellt und wie mit den durch den Bundesbeauftragten gegebenen Mitteilungen umgegangen werden kann. Eine solche Handreichung hatte die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur für ihren Bereich bereits im Jahr 2010 herausgegeben.

Was die gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 a StUG überprüfbaren Mitglieder der Bundesregierung oder der Landesregierungen betrifft, erreichten den BStU aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen in den Jahren 2015 und 2016 22 Ersuchen zu 39 Personen, darunter einem Ministerpräsidenten, zu Ministern bzw. Senatoren/Staatsräten und Staatssekretären. Hierbei ergaben sich in 36 Fällen keine sowie in einem Fall Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Ersuchen zu zwei Personen mussten abgelehnt werden, da sie zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.

4.2.3.2 Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Die Überprüfbarkeit leitender Funktionsträger (1. Bereich des Verwendungszwecks gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG) ist durch die Achte Novellierung des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 erweitert worden. Die meisten der insgesamt 291 Ersuchen zu 422 Personen betrafen Schulleiterinnen und Schulleiter aus Berlin und Sachsen-Anhalt. Des Weiteren wurde unter anderem um Mitteilung zu Präsidenten bzw. Kanzlern von Hochschulen und Universitäten, leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus ost- und westdeutschen Länderministerien, zu Funktionsträgern des Polizeibereichs und leitenden Mitarbeitern aus verschiedenen Stadtverwaltungen und anderen kommunalen Einrichtungen gebeten. Bei 2,4 Prozent der Personen fanden sich in den Akten Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.

Ersuchen waren dann abzulehnen, wenn entweder keine leitende Funktion vorlag oder weil die gesetzlich vorgeschriebene Bewertung des Dienstpostens mit mindestens der Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe A9/E9 nicht gegeben war. In einigen Fällen hatten die betreffenden Personen zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes aber auch noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet. Insgesamt ist die Zahl der Ersuchen zu diesem Zweckteil gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in etwa gleich geblieben.

Zum zweiten Bereich des Verwendungszwecks nach §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG – das sind die von der öffentlichen Hand bestellten Mitglieder in Vertretungs- und Aufsichtsorganen von Stellen in öffentlicher Hand – gab es im Berichtszeitraum neun Ersuchen zu 37 Personen. Sie betrafen unter anderem Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Angehörige der Verbandsversammlung von kommunalen Zweckverbänden sowie ein Mitglied im Verwaltungsrat einer Sparkasse. Bei einer Person wurden Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit der Stasi gefunden.

Im tatsächengestützten Verdachtsfall bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst, also dem dritten Bereich des Verwendungszweckes, kommt es nicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Leitungsfunktion und Besoldungs- bzw.

Entgeltgruppe an. Hier wurden insgesamt 25 Ersuchen aus vier ostdeutschen Ländern und dem Bundesbereich gestellt. In drei Fällen waren sie abzulehnen, weil entweder nur ein Verdacht, aber keine Tatsachen vorgebracht werden konnten bzw. die Person doch nicht im öffentlichen Dienst tätig war; ein Ersuchen wurde zurückgezogen. Bei allen anderen bestätigte sich der Verdacht.

4.2.3.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter

In den Jahren 2015 und 2016 wurden aus den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt zu 84 Berufsrichtern Ersuchen eingereicht, im vorherigen Berichtszeitraum waren es Ersuchen zu 78 Personen. Soweit erkennbar, waren Bewerbungen um ein Beförderungsamtsamt der Anlass. Zu zwei Berufsrichtern mussten Erkenntnisse auf eine Zusammenarbeit mitgeteilt werden. Zwei Ersuchen waren abzulehnen, da die Personen zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Von den ehrenamtlichen Richtern lagen nur noch zu 22 Personen Ersuchen vor, wobei sich zu einer Person Erkenntnisse auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben. Daneben durften fünf Friedensrichter aus dem Land Sachsen und der Beisitzer einer Spruchstelle in Brandenburg nicht überprüft werden, da deren Funktionen nicht zur Gruppe der ehrenamtlichen Richter gehören.

4.2.3.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) richtet seit 2008 vor allem in Vorbereitung von Olympischen Spielen Überprüfungsersuchen an den BStU. Im Jahr 2015 betraf das in Vorbereitung der European Games in Baku unter anderem Trainer und verantwortliche Betreuer der deutschen Nationalmannschaft. Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben sich in knapp 8 Prozent der 117 zur Überprüfung eingereichten Fälle. Im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro erreichte den BStU ein Ersuchen mit insgesamt 223 Personen, bei denen in rund 6 Prozent der Fälle eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitzuteilen war. Hierbei handelte es sich unter anderem neben Mitgliedern von DOSB-Verbandsorgans um medizinisches Personal und Trainer. Aktive Sportler sind nach dem Gesetz nicht überprüfbar.

4.2.3.5 Beiratsmitglieder des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen

Drei Mitglieder des Beirats beim BStU sind nach §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 a StUG überprüft worden. Ferner fand im Jahr 2016 die nach den §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 b StUG mögliche Überprüfung des Bundesbeauftragten und seiner Beschäftigten statt. Darin einbezogen waren insgesamt 1 180 überprüfbare Personen. Neue Erkenntnisse zu Belastungen ergaben sich dabei nicht (zur Beschäftigung

hauptamtlicher Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes siehe Abschnitt 2.3.5).

Zu einer Landesbeauftragten und den bei zwei Beauftragten tätigen Beschäftigten wurden gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 c StUG Ersuchen zu insgesamt elf Personen gestellt. Zwei dort Tätige hatten zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet und waren nicht überprüfbar. Eine mit Rehabilitierungsanträgen befasste Stelle des Landes Brandenburg reichte gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 d StUG eine bei ihr beschäftigte Person zur Überprüfung ein. Aus den Ländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie von einem Opferverband und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurden gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 e StUG 20 Ersuchen um Mitteilung zu insgesamt 39 Beschäftigten und Gremienmitgliedern eingereicht. Zu zwei Personen war die Bearbeitung mit Verweis auf das am 12. Januar 1990 noch nicht vollendete 18. Lebensjahr abzulehnen. In zwei von 37 Fällen ergaben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.

4.2.3.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder haben im Berichtszeitraum zu 14 197 Personen Ersuchen um Mitteilung eingereicht. In den Jahren 2013 und 2014 lag das Aufkommen bei 15 659 Personen. Des Öfteren handelte es sich um Wiederholungsüberprüfungen (siehe dazu schon Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 13). Hierzu gehören auch Fälle, bei denen eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bereits mitgeteilt worden war. Insgesamt liegt bei diesem Verwendungszweck die Quote von Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS bei 6 Prozent.

4.2.3.7 Rentenangelegenheiten

Der Anwendungsbereich dieses Verwendungszwecks betrifft die Überführung aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung durch dafür zuständige Stellen. Zu allen insoweit angefragten Versicherten recherchiert der BStU danach, ob Zeiten hauptamtlicher oder verdeckt-hauptamtlicher Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vorliegen. Ferner gilt der Zweck auch für das Verfahren der Anerkennung von Beschäftigungs- bzw. ruhegehaltfähigen Zeiten von Beamtinnen und Beamten. Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum ist die Zahl mit 5 060 Ersuchen in Rentenangelegenheiten um 17 Prozent zurückgegangen. Die Quote mitgeteilter Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst liegt bei rund 3 Prozent.

4.2.3.8 Ordensangelegenheiten

Derjenigen Person, die sich eines verliehenen Titels oder einer verliehenen Auszeichnung als unwürdig erweist, kann der Verleihungsberechtigte den Titel oder die Auszeichnung entziehen und die Einziehung der Verleihungsurkunde anordnen. Um Fälle von Ordensunwürdigkeit bereits im Vorfeld einer solchen Verleihung feststellen zu

können, dürfen Stasi-Unterlagen in Ordensangelegenheiten von den ersuchungsberechtigten Stellen des Bundes und der Länder nach der nur auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS zugeschnittenen Nr. 10 des § 20 Abs. 1 StUG verwendet werden.

Bezogen auf Betroffene stehen die Stasi-Unterlagen in diesem Fall nicht zur Verfügung, was mitunter zu nicht-unproblematischen Ergebnissen führt (siehe dazu Abschnitt 4.2.2 – Mitteilung ohne Ersuchen). Die Ersuchenszahl war im Berichtszeitraum mit 704 Fällen gegenüber den beiden Vorjahren rückläufig. Hinweise auf Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst ergaben sich hier in 7,3 Prozent der Fälle.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung ist das Interesse von Forschung und Medien an den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ungebrochen. In den Anfangsjahren der Behörde hatten die Medienanträge die tägliche Arbeit des Bereichs dominiert. Inzwischen gibt es jedoch mehr Forschungsanträge. Die Antragszahlen der letzten Jahre sind relativ konstant. Im Berichtszeitraum gingen beim Bundesbeauftragten insgesamt 2 650 Forschungs- und Medienanträge gemäß §§ 32 ff. StUG ein (siehe Tabelle 6 und die Grafiken 1 und 2 auf den folgenden Seiten). 1 773 Anträge stellten Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen. 877 Anträge kamen von Medien. Leicht gestiegen ist der Anteil an Forschungs- und journalistischen Anträgen aus dem Ausland. 388 Anträge wurden von ausländischen Wissenschaftlern und Medienvertretern gestellt. Dies entspricht einem Anteil von rund 15 Prozent.

Die Anzahl der eingegangenen Anträge von Forschern und Journalisten ist im Berichtszeitraum mit durchschnittlich 110 pro Monat konstant geblieben. Das Spektrum der Interessenten reichte, wie auch schon in früheren Jahren, von renommierten Forschern unterschiedlichster Wissenschaftszweige bis hin zu international, regional und lokal tätigen Journalisten. Auch Studenten und Doktoranden sowie Schriftsteller, Museen, Mahn- und Gedenkstätten sowie Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände wenden sich mit ihren Forschungsfragen an den BStU.

Abhängig von den jeweiligen Anforderungen werden im Zuge der Recherchen nicht selten 50 000 Seiten oder mehr gelesen, um themenbezogene Informationen zu ermitteln. Die fortschreitende Digitalisierung von MfS-Akten erleichtert es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Unterlagen für die Nutzerinnen und Nutzer vorzubereiten. Wie berichtet (siehe Abschnitt 3.4), werden im Archiv im Interesse der Bestandserhaltung vordringlich solche Akten digitalisiert, die aufgrund von Schädigung absehbar nicht mehr genutzt werden können. Solche Akten werden dann nicht mehr in Papierform zur Verfügung gestellt. Das

Pilotprojekt „Digitalisierung zur Nutzung“ wird seit 2014 von den Bereichen Forschung und Medien durchgeführt. Für dieses Projekt werden den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern sowie letztendlich auch den Antragstellern Archivalien digital zur Verfügung gestellt. Die Akte kann am Computerbildschirm gelesen und gegebenenfalls anonymisiert werden. Im Lesesaal wird dann ein Ausdruck des Digitalisates vorgelegt bzw. die Akte über den Computer bereitgestellt.

Für die Antragsteller ist es wegen enger Zeitpläne oft wichtig, die forschungsrelevanten Stasi-Unterlagen zügig bereitzustellen. Im Interesse einer schnellen Antragsbearbeitung haben sich beim BStU in der Vergangenheit Schwerpunktfelder herausgebildet, um ähnliche Antrags-themen parallel bearbeiten zu können. Diese sachthema-tische Aufteilung hat sich als zweckmäßig erwiesen. Im Folgenden werden diese Schwerpunktbereiche anhand ausgewählter Anträge vorgestellt.

4.3.1 „Westarbeit“ des MfS

Der Themenkomplex „Westarbeit“ des MfS ist sowohl in Forschungs- als auch in Medienanträgen immer wieder präsent. Ein Antrag der „Lausitzer Rundschau“ bezog sich darauf, dass sich das MfS der Identität einer Person aus dem südbrandenburgischen Raum bedient hatte, um einen Agenten mit dessen Personalien in die Bundesrepublik zu schleusen. Ein DDR-Spion, der 1977 in Düsseldorf verhaftet wurde, hatte den Namen, das Geburtsdatum, den Geburtsort und darüber hinaus dessen echte Geburtsurkunde für die Legendierung seiner eigenen Person benutzt. Erst durch einen alten Zeitungsartikel war der Brandenburger auf seinen Namen im Zusammenhang mit einem Spionageprozess gestoßen. Tatsächlich ließ

sich anhand von Karteikarten eine Verbindung zu diesem Fall herstellen.

Im Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stand im zurückliegenden Berichtszeitraum zunehmend die Einflussnahme des MfS auf Parteien der Bundesrepublik. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen beauftragte Jens Gieseke und Andrea Bahr vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam mit einem Gutachten zum Thema „Die Einflussnahme des MfS auf die Partei Die Grünen 1983 bis 1989/90“. Zahlreiche Personen wurden gemäß § 32 a StUG darüber benachrichtigt, dass beabsichtigt war, Unterlagen zu ihrer Person zu dem genannten Vorhaben zur Verfügung zu stellen. Schlussendlich konnten 360 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt werden. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden im Oktober 2016 unter dem Titel „Die Staatssicherheit und die Grünen“ veröffentlicht.

Die vom BStU verwahrten Unterlagen des DDR-Staats-sicherheitsdienstes wurden in der Vergangenheit bereits mehrfach für Filmprojekte beantragt. Die Filmemacher benötigen den „authentischen“ Blick auf das Material, das in ihren Spiel- und Fernsehfilmen eine Rolle spielen soll, so auch für das amerikanische Drama „Bridge of Spies – Der Unterhändler“ des Regisseurs Steven Spielberg. Der Film basiert auf Tatsachen. Im Kalten Krieg wurde ein US-amerikanisches Flugzeug über der Sowjetunion abgeschossen, und die CIA beauftragte einen Juristen, mit den Vertretern der Sowjetunion die Freilassung des Piloten zu verhandeln. Im Ergebnis wurde im Jahre 1962 der in der DDR inhaftierte US-Bürger Frederic Pryor gegen einen sowjetischen Agenten ausgetauscht. Für die Herrichtung von Szenenbildern, die sich möglichst nah an den realen Unterlagen orientieren sollten, stellte die Produktions-

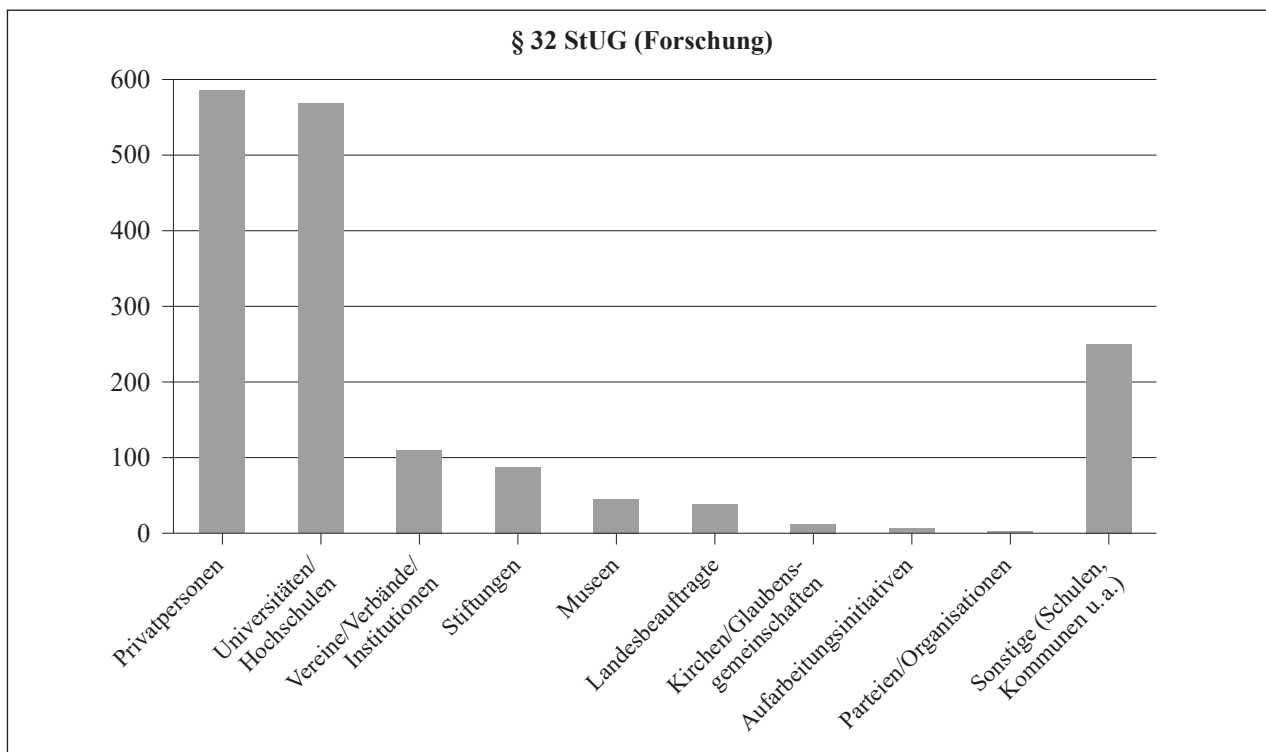
Tabelle 6

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG (Forschung/Medien)

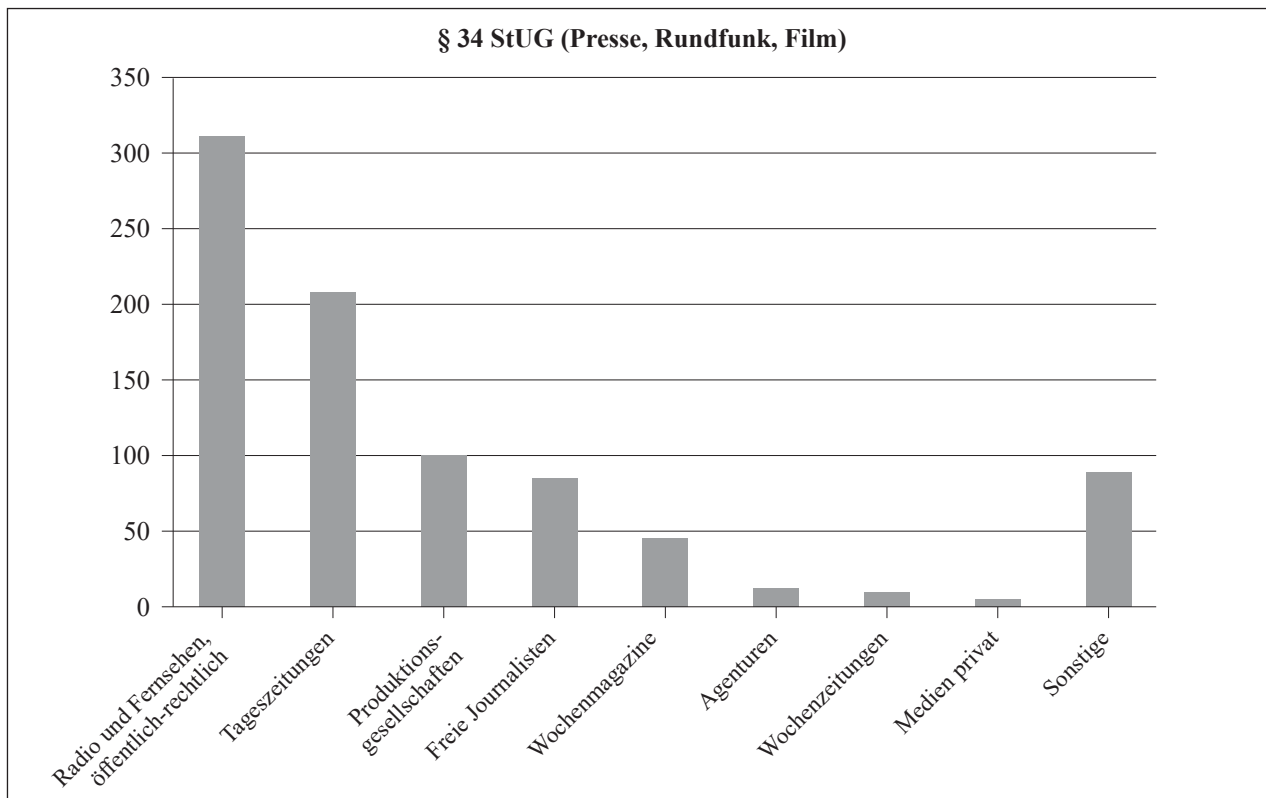
Themenkomplexe	Eingänge gesamt (1993–2016)	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum
Politik/Internationale Beziehungen	6 171	442	17%
Kunst/Kultur/Medien	4 768	420	16%
Nationalsozialismus (NS)	2 919	243	9%
MfS	3 080	217	8%
Recht/Justiz/Polizei	2 066	217	8%
Wissenschaft/Medizin/Sport	3 225	205	8%
Militär/Grenze/Republikflucht	2 251	196	7%
Wirtschaft	2 323	192	7%
Bildung/Jugend/Familie/Sexualität	1 189	164	6%
Opposition in der DDR	1 852	131	5%
Geheimdienste (außer MfS)/Terrorismus	1 041	127	5%
Religionsgemeinschaften	2 221	96	4%
gesamt	33 106	2 650	

Verteilung der Antragsteller

Grafik 1



Grafik 2



firma einen Medienantrag und begehrte die Sichtung der Aktendeckel des vom MfS zu Frederic Pryor angelegten Untersuchungsvorgangs. Ein Fotograf mit spezieller Technik fertigte Bilder dieser Aktendeckel, und der ebenfalls anwesende Szenenbildner bekam vor Ort einen Eindruck von Ausmaß und Beschaffenheit der Akten.

Zu einem Antrag des WDR recherchierte der BStU personenbezogen zu inoffiziellen Mitarbeitern und sachbezogen allgemein zur Arbeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) sowie speziell zum Bundesland NRW. Insgesamt wurden 48 000 Seiten, 2 Filme und ca. 1 400 Fotos vorge-sichtet. Zur Einsicht konnten 2 800 Seiten und 200 Fotos bereitgestellt werden. Im November 2015 lief in der ARD die 30-minütige Dokumentation „Westagenten für die Stasi“. Eine weitere Veröffentlichung (45 Minuten) erfolgte im März 2016 beim WDR. Kopien der Filme befinden sich in der BStU-Bibliothek.

4.3.2 Grenzregime, Fluchten und Militär

Im Berichtszeitraum abgeschlossen wurde ein umfangreicher Antrag des Forschungsverbunds SED-Staat, der im Juli 2012 begonnen worden war. Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Projekt hat zum Ziel, die Geschichte der Toten an der innerdeutschen Grenze aufzuarbeiten. Für dieses Projekt wurden umfangreiche Sachunterlagen gesichtet und zu über 1 000 Personen recherchiert. Dem Forschungsverbund wurden weit über 550 000 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt. Auch die Herausgaben haben mittlerweile einen Umfang von mehreren Tausend Seiten. Als Ergebnis wird der Forschungsverbund ein Totenbuch veröffentlichen. Darin wird jedem Todesopfer an der innerdeutschen Grenze ein eigener Abschnitt gewidmet sein, in dem neben einer Kurzbiografie auch Informationen über die Umstände enthalten sein werden, die zum Tode geführt haben. Damit wird es erstmals nach einer Geschichte der Toten an der Berliner Mauer auch eine Übersicht über die Toten an der innerdeutschen Grenze geben und es wird auf diese Weise eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Teilung aufgearbeitet.

Nach wie vor sind die Medien an Fluchtgeschichten über die Ostsee interessiert. 2015 strahlte der Hörfunksender NDR-Kultur einen längeren Beitrag zur Flucht einer ostdeutschen Familie aus. Im Sommer 1975 hatte sich die Familie mit ihrer Yacht mit einem Schiff des Bundesgrenzschutzes auf See getroffen, das sie nach Schleswig-Holstein begleiten sollte. Boote der Volksmarine hatten noch versucht, die Flucht zu verhindern und bedrängten das Schiff des Bundesgrenzschutzes massiv – jedoch ohne Erfolg, die Flucht glückte. Grundlage des Beitrags waren unter anderem Stasi-Akten.

2014 gründeten engagierte Bürgerinnen und Bürger im ehemaligen Grenzgebiet des Bezirks Rostock zur Bundesrepublik einen Verein, um die Aufarbeitung des DDR-Grenzregimes in ihrer Region voranzutreiben. Daraus entstand das Projekt, im Raum Dassow-Lübeck einen Erinnerungspfad zu schaffen. Die Außenstelle Rostock unterstützte das Vorhaben durch die Bereitstellung von

Dokumenten und Fotos aus dem MfS-Bestand. Erste Erfolge des Projekts bestehen darin, dass entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze Stelen aufgestellt wurden, die an Fluchtversuche, aber auch an ausradierte Dörfer, die Zwangsaussiedlungen und die LPG-Zwangskollektivierung erinnern.

Im Frühjahr 2015 stellte das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst einen Antrag zum Manöver „Waffenbrüderschaft“ vom Oktober 1970, an dem Streitkräfte der meisten Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages teilnahmen. Es stellte sich heraus, dass im Stasi-Unterlagen-Archiv neben Führungsdokumenten, Ablaufplänen, Fotodokumenten usw. insbesondere operative Akten lagern, welche die Absicherung des Manövers gegenüber der Bevölkerung dokumentieren. Aus dem Material ließen sich zudem Schlussfolgerungen über die Bedeutung des Manövers für das Selbstverständnis der Nationalen Volksarmee sowie der DDR als Vertragsstaat des Warschauer Vertrages ziehen. Mit der Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, an dem Großmanöver in der DDR teilzunehmen, fühlte sich die ostdeutsche Armee als gleichberechtigt anerkannt. Die Ausstellung zum Manöver „Waffenbrüderschaft“ wurde am 31. März 2016 in Lieberose, in der Nähe eines ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatzes, eröffnet. Seit September 2016 ist sie im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst zu sehen.

4.3.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei

Als Reaktion auf die Forschungen zu geheimdienstlichen Tätigkeiten des MfS in Bezug auf die West-Berliner Polizei richtete sich der Fokus des wissenschaftlichen Interesses auch auf die Kriminalpolizei der DDR und deren Beeinflussung durch das MfS. Ein entsprechender Forschungsantrag wurde im Jahr 2009 vom Berliner Polizeipräsidenten gestellt. Bisher erschienen dazu drei Bände einer wissenschaftlichen Schriftenreihe. Gegenwärtig arbeitet der Autor an einem weiteren Band, in welchem anhand konkreter Fälle die Arbeitsweise der Ermittlungsabteilungen von Kriminalpolizei und Staatssicherheit veranschaulicht werden soll.

Eine Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge regte die Anbringung einer Gedenktafel an der früheren DDR-Strafvollzugseinrichtung Reichenhainer Straße in Chemnitz an. Dafür wurde der Nachweis verlangt, dass in der Haftanstalt neben kriminellen Straftätern auch politische Häftlinge einsaßen. Durch einen Forschungsantrag der Stiftung Sächsische Gedenkstätten konnte vor allem im Bestand der Außenstelle Chemnitz nachgewiesen werden, dass eine große Anzahl politischer Häftlinge in diesem DDR-Gefängnis inhaftiert war. Die Gedenktafel an der Justizvollzugsanstalt Chemnitz wurde im Mai 2016 enthüllt.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden zwei Forschungsprojekte der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden/Stiftung Sächsische Gedenkstätten bearbeitet. Der Forschungsantrag „Politische Justiz in Dresden 1933–1945/1945–1957“ wurde abgeschlossen. Die Forschungsergebnisse werden in der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte „Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden

1933–1945/1945–1957“ gezeigt und flossen auch in den gleichnamigen Ausstellungskatalog ein. Noch gearbeitet wird an einem Forschungsprojekt zur sogenannten Totila-Bande – einer Widerstandsgruppe aus der Region Dresden. Diese Gruppe stand in den 50er-Jahren in engem Kontakt mit der West-Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Die zu diesem Thema vorhandenen Stasi-Unterlagen zeichnen ein umfangreiches Bild über die Struktur und Methoden des MfS bei der Verfolgung und Verurteilung der Gruppierung.

Hervorzuheben ist ferner ein Forschungsantrag der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zum Thema „Die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Dresden“. Dem Antragsteller wurden bisher ca. 16 000 Seiten vorgelegt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der grundlegenden Erforschung der Belegung des Hafthauses, der Häftlingsstruktur und den Haftbedingungen in der Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Dresden. In der BStU-Außenstelle Dresden liegen die Vorgangsbücher der UHA des MfS seit ihrer Gründung, eine Kartei mit über 8 000 personenbezogenen Karten zur Belegung der Haftanstalt in den 70er- und 80er-Jahren sowie umfangreiche Aufzeichnungen unter anderem zu den medizinischen und hygienischen Bedingungen während der Untersuchungshaft. Die Forschungsergebnisse aus den Stasi-Unterlagen wurden unter anderem zur historisch-politischen Bildung am historischen Ort in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden eingesetzt.

4.3.4 Bürgerprotest

Viele Anfragen in diesem Bereich haben die Ereignisse im Herbst 1989 zum Gegenstand und wollen die Akteure der Friedlichen Revolution in der Region würdigen. Lokalredakteure, Stadtmuseen und Aufarbeitungsinitiativen widmen sich u. a. den Demonstrationen vor Ort und beantragten MfS-Unterlagen, insbesondere Foto- oder Filmmaterial, die die Geschehnisse kurz vor dem Fall der Mauer aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes dokumentieren.

Im Juni 2016 eröffnete im Innenhof der ehemaligen Zentrale des MfS in Berlin-Lichtenberg die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft. Auf 1 300 Quadratmetern dokumentiert die zweisprachige Dauerausstellung die wichtigsten Stationen der Revolution in der DDR, von den Anfängen des Protests über den Mauerfall bis zur deutschen Einheit. Sie war teilweise bereits im Jahr 2009 auf dem Berliner Alexanderplatz zu sehen. Schon damals hatte der BStU viele Unterlagen bereitgestellt. Für die überarbeitete Ausstellung sichteteten die Antragsteller nochmals rund 3 500 Seiten und 1 706 Fotos.

Ein besonders berührender Fall ist der von Matthias Domaschk, dessen Tod in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera sich 2016 zum 35. Mal jährte. Die Erklärung des Thüringer Ministerpräsidenten, in der ehemaligen DDR geschehenes Unrecht aufarbeiten zu wollen, nahm Renate Ellmenreich – einstige Weggefährtin Matthias Domaschks – zum Anlass, Bodo Ramelow aufzufordern, auch die Todesumstände Domaschks untersuchen zu lassen. Im

März 2015 wurde die Arbeitsgruppe „Tod von Matthias Domaschk“ im Auftrag der Thüringer Landesregierung gebildet. Zu dem beim BStU eingereichten Forschungsantrag der Arbeitsgruppe recherchierte die Außenstelle Gera. Neben den Akten zu Matthias Domaschk wurden u. a. Bauunterlagen der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Gera gesichtet. Überprüft wurden die IM aus dem Umfeld von Domaschk und der Jungen Gemeinde Stadt-Mitte in Jena, die hauptamtlichen Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Gera, die an der Auswertung des Todes Domaschks beteiligt waren, sowie die ehemaligen Mitarbeiter der Pathologie der Universität Jena.

Zu den konstant zu Jahrestagen nachgefragten Themen gehören der 17. Juni 1953 oder der „Prager Frühling“. Ein Forschungsprojekt des tschechischen Netzwerkpartners Institut zur Erforschung totalitärer Regime beschäftigt sich mit dem Thema „Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste der ČSSR und der DDR von 1968 bis 1989“. Es geht dabei um die Informationen zur Opposition des jeweiligen anderen Landes und den gegenseitigen Informationsaustausch beider Geheimdienste bei der Verfolgung der Opposition und der vorbeugenden Kontrolle der Gesellschaft. Den Forschungsbeauftragten wurden im Rahmen dieses Antrags über 45 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt und über 2 000 Kopien bereitgestellt.

Die LStU Mecklenburg-Vorpommern hat einen Forschungsantrag zur Überwachung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Bezirk Rostock gestellt. Ab Anfang der 80er-Jahre erfuhren die zunehmenden Umweltprobleme in der DDR größere Aufmerksamkeit. Naturschützer begannen sich zu organisieren und protestierten auf vielfältige Art und Weise gegen fehlenden Umweltschutz. Um die Organisation besser kontrollieren zu können, versuchte das SED-Regime, die GNU im Kulturbund anzusiedeln. Außerdem warb das MfS eine Reihe von IM an. Zu dem Forschungsantrag hat die Außenstelle Rostock bisher über 12 000 Seiten vorgelegt.

4.3.5 Kirche

Auch die Kirchen bzw. kirchliche Einrichtungen standen immer wieder im Fokus des MfS. Das zu diesem Themenbereich vorhandene Material wird in vielen Forschungs- und Medienanträgen genutzt.

Im Berichtszeitraum wurden elf Forschungs- bzw. Medienanträge zum Fall des Theologen Aleksander Radler bearbeitet. Radler wuchs in der DDR auf, erhielt aber – wahrscheinlich aufgrund der Nationalität seiner Mutter – zusätzlich die österreichische Staatsbürgerschaft. 1965 wurde er vom MfS angeworben und gab sich selbst den Decknamen „Thomas“. Er studierte Evangelische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin, später an der Universität Jena, und berichtete regelmäßig über Kontakte zu Kommilitonen und Professoren. Im Juli 1968 verriet er die Namen mehrerer Mitstudenten, die ihm Briefe nach West-Berlin anvertraut hatten. Daraufhin erhielten sechs Studenten wegen „geplanter Republikflucht“ langjährige Haftstrafen. Mithilfe der Ergebnisse seiner IM-Tätigkeit wurden weitere Personen verhaftet und verurteilt, darunter

Fluchtwillige und Fluchthelfer. Um Radler vor Enttarnung zu schützen, ließ ihn das MfS sein Studium in Schweden fortsetzen und unterstützte ihn finanziell. 1977 promovierte er an der Universität Lund und vertrat von 1982 bis 1985 eine Professur an der Åbo Akademi in Finnland. Mit Unterstützung des MfS wurde er 1988 zum Theologieprofessor an der Universität Jena berufen, nachdem er bereits zuvor am Katechetischen Oberseminar in Naumburg als schwedischer Gastdozent gelehrt hatte. Die in der Außenstelle Frankfurt (Oder) zu IM „Thomas“ aufgefundenen Unterlagen einschließlich der Sachakten umfassen über 2 800 Seiten. Sie wurden seit 2011 manuell rekonstruiert. Erst durch die Rekonstruktion der Unterlagen wurde das Ausmaß seiner inoffiziellen Tätigkeit für das MfS bekannt. Radler, inzwischen schwedischer Staatsbürger, bestritt zunächst eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, legte aber noch im selben Jahr sein Pfarramt in der Schwedischen Kirche nieder, nachdem Untersuchungen gegen ihn eingeleitet worden waren.

4.3.6 Kinder und Jugendliche

Im Frühjahr 2015 erschien das Buch „Vater, Mutter, Stasi“ von Angela Marquardt, das sie zusammen mit Miriam Hollstein geschrieben hat. Die Aufarbeitung von Marquardts Leben hat in der Öffentlichkeit viel Beachtung gefunden. Marquardt hatte als Jugendliche mit 15 Jahren eine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Sie wurde schon in jungen Jahren auf ihre Mitarbeit beim MfS vorbereitet. Ergänzend zu den ihr aus der persönlichen Akteneinsicht vorliegenden Unterlagen wurden weitere Dokumente, wie z. B. die Diplomarbeiten der Juristischen Hochschule zum Thema „Jugendliche IMs“, in die Bearbeitung des Antrages einbezogen. In dem sehr persönlichen Buch wird auch das System der Ausnutzung und der ideologischen Ausbeutung Jugendlicher durch die Staatssicherheit dargestellt.

In letzter Zeit erreichten den BStU vermehrt Anträge zu Adoptionen in der DDR, sowohl zu einzelnen Personen, als auch allgemein zum Verfahren der Adoption. Ein im Rahmen einer Masterarbeit für die Universität Rostock gestellter Antrag befasste sich mit „Zwangsadoptionen als politisches Repressionsinstrument in der DDR“. Dafür wurden aus über 15 500 durchgesehenen Seiten 440 Seiten in Kopie zur Verfügung gestellt.

Eine deutliche Zunahme in den Anträgen konnte beim Thema Kinderheime verzeichnet werden. So stellte im Jahr 2016 eine Privatinitiative ehemaliger Heimkinder einen Antrag auf Akteneinsicht zum Kinderheim A. S. Makarenko, dem größten Kinderheim der DDR. Dazu wurden bisher 23 600 Seiten durchgesehen. Für einen Antrag der Evangelischen Hochschule Berlin zum Durchgangsheim Alt-Stralau sind bisher ca. 18 700 durchgesehene Seiten zusammengekommen. Im Gegensatz zu Anträgen, die sich auf ein spezielles Kinderheim beziehen, recherchierte zum Beispiel die Fachhochschule Potsdam das Thema Kinderheime übergreifend. Dafür wurden ca. 2 900 Seiten durchgesehen und 1 250 Seiten sowie 14 Fotos vorgelegt.

4.3.7 Ausländer und Minderheiten

Für einen Dokumentarfilm über das Leben von vietnamesischen und mosambikanischen Vertragsarbeitern in der DDR beantragte eine Produktionsfirma im Auftrag des Fernsehsenders rbb Einsichtnahme in die dazu vorhandenen Unterlagen des MfS. Im Mittelpunkt der Recherchen standen die Absicherungs- und Überwachungsmaßnahmen des MfS sowie der zielgerichtete Einsatz inoffizieller Mitarbeiter. Außerdem wurde zu den Konsequenzen der Überwachung, z. B. den Folgen krimineller Delikte für die ausländischen Vertragsarbeiter, recherchiert. Im November 2015 lief der Film in der ARD unter dem Titel „Honeckers Gastarbeiter“.

Gleichermaßen im Fokus des MfS standen nationale Minderheiten in der DDR – am bekanntesten dürften die Sorben sein, die auch schon in Zeiten der NS-Herrschaft unter Repressalien zu leiden hatten. Die Außenstelle Dresden bearbeitete einen Antrag des Sorbischen Instituts e. V. Bautzen zum Thema „Sorben, Deutsche, Fremde: Die zweisprachige Oberlausitz im Zweiten Weltkrieg“. Dabei stehen die politischen und gesellschaftlichen Prozesse während der Zeit des NS-Regimes als auch deren Folgen in der DDR-Zeit im Mittelpunkt dieser Untersuchung, die die Entwicklung in den sorbischen und wendischen Gebieten beleuchtet. Mithilfe der Unterlagen des BStU konnten insbesondere Repressionen und Diskriminierungen gegenüber der sorbischen Bevölkerung u. a. durch Verbote von Publikationen oder Gottesdiensten in sorbischer Sprache belegt werden. Es wurden insgesamt 13 800 Seiten personen- und sachbezogener Unterlagen zur Einsicht vorgelegt.

4.3.8 Medien

Ein ausländischer Student untersucht in einem Forschungsantrag das Zusammenwirken des MfS mit dem DDR-Fernsehen und fokussiert dabei auf die Fernsehproduktion „Das unsichtbare Visier“ aus den 70er-Jahren, die in Kooperation mit dem MfS entstand. Im Mittelpunkt der 16 Folgen der Serie und der vier Romane zur Serie steht ein in der Bundesrepublik Deutschland wirkender Agent des MfS. Die Autoren der Serie wurden für ihre Drehbuch- und Romanvorlagen mit Hintergrundmaterialien versorgt und erhielten auf Beratungen mit Mitarbeitern der dem Minister für Staatssicherheit direkt unterstellten Abteilung Agitation Anregungen zu einzelnen Szenen. Das Drehbuch zur zweiten Staffel schrieb der von 1957 bis 1975 amtierende Leiter der Abteilung Agitation selbst. Im Ergebnis der Recherchen wurden u. a. detaillierte Jahrespläne der Abteilung Agitation aus dem Zeitraum 1971 bis 1985 ermittelt, die erst kürzlich erschlossen wurden. Zudem fanden sich etliche Querverweise auf andere Produktionen, an denen das MfS im Hintergrund mitgewirkt hatte. Auch die konkrete Tätigkeit und die Kaderarbeit der Abteilung Agitation konnte anschaulich belegt werden.

Der Regisseur und Grimme-Preisträger Andreas Voigt befasst sich in einem neuen Projekt mit einem Journalistenehepaar; beide jahrelange inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Für den Medienantrag wurden die IM-Akten der Ehepartner und die Kaderakten der Führungsoffiziere als

auch sachbezogene Unterlagen der IM-führenden Dienst-einheit recherchiert. Der Film, der auch ausgewählte Originale zeigte, feierte zum Auftakt des Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmfestivals am 25. Oktober 2015 unter dem Titel „Alles andere zeigt die Zeit“ seine Premiere, am 25. Januar 2016 wurde er in Vorbereitung der Berlinale gezeigt. Mittlerweile war der Dokumentarfilm im Fernsehen zu sehen.

Lokalzeitungen wie die ehemalige Neubrandenburger Bezirkszeitung „Freie Erde“, der heutige „Nordkurier“, und die „Lausitzer Rundschau“ arbeiten zunehmend ihre Vergangenheit auf. Als erste Thüringer Zeitung erteilte die „Thüringer Allgemeine“ den Auftrag, die Geschichte ihrer Vorgängerzeitung aufzuarbeiten und dazu beim BStU zu recherchieren. Die Ergebnisse verarbeitete eine unabhängige Publizistin in einer Artikelserie zur SED-Bezirkszeitung „Das Volk“.

4.3.9 Sport

Im Berichtszeitraum gingen in der Zentralstelle insgesamt 17 Forschungs- und Medienanträge zum Thema Sport und Sportüberwachung ein, hier speziell im Bereich des Fußballs. Konkret ging es um bestimmte Mannschaften der DDR-Oberliga, aber auch um die bundesdeutsche Nationalmannschaft. Es wurden insgesamt über 93 000 Seiten gesichtet und davon rund 14 000 zur Einsicht vorgelegt.

Die Außenstelle Erfurt hat einen umfangreichen Antrag des Bayerischen Rundfunks bearbeitet, der sich mit dem Einfluss der Stasi auf das Leben und die Karriere der Leichtathletin Heike Drechsler befasst und in einen Hörfunkbeitrag mündet.

4.3.10 Wirtschaft

Die Absicherung der Volkswirtschaft stellte eine Hauptaufgabe des MfS dar, vor allem da Interventionen aus dem westlichen Ausland in der Form von Sabotage oder Wirtschaftskriminalität vermutet wurden. Gleichzeitig war die Stasi in Aktivitäten involviert, die darauf ausgerichtet waren, in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten Valuta für die DDR zu beschaffen. Ein freischaffender Schweizer Journalist recherchierte zu diesem Thema in den Stasi-Unterlagen und veröffentlichte dazu 2015 das Buch „Operationsgebiet Schweiz“.

Der Fernsehsender rbb beantragte für einen Filmbeitrag Material zur Geschichte des Flughafens Schönefeld. Zu den recherchierten Ereignissen gehörte u. a. eine geplante Flugzeugentführung. Zu diesem breiten Themenfeld wurden über 6 000 Seiten und über 500 Fotos, sieben Filme und zwei Tonbänder vorgelegt und schließlich 685 Seiten, 66 Fotos und sieben Filme herausgegeben.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Erdgastrasse aus Sibirien in den Süden der DDR durch die Sowjetunion und die DDR wurde in der kleinen Erzgebirgsstadt Sayda eine Erdgasverdichterstation gebaut. Mit der Inbetriebnahme dieser Station kam es im Juli 1978 zu einer folgenschweren Katastrophe. Die Station explodierte und es kamen zwei Mitarbeiter zu Tode. Die jetzigen Betreiber dieser

Station beantragten für ihre Betriebshistorie den Zugang zu Unterlagen des MfS zur Katastrophe. Die Recherchen ergaben eine große Anzahl von Unterlagen aus verschiedenen Hauptabteilungen und der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. Diese waren zum Teil sehr aussagekräftig, auch in der technischen Bewertung des damaligen Geschehens, und waren mit Fotodokumentationen ergänzt.

Weite Teile der DDR waren ländlich geprägt, insbesondere im Norden. Hier hatte die Landwirtschaft ein großes Gewicht, und damit auch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Nach der Zwangskollektivierung galt es für das MfS, nicht nur Widerstand gegen die „sozialistische Landwirtschaft“ aufzuspüren, auch die Mangel- und Planwirtschaft forderte aus Sicht der Geheimpolizei ihren Einsatz. So war die Stasi häufig an sogenannten Komplexkontrollen im Agrarwesen beteiligt. In seiner Staatsexamensarbeit hat sich ein Student der Universität Rostock intensiver mit der Rolle des MfS im Agrarwesen des Bezirks Rostock beschäftigt und dazu über 4 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt bekommen.

4.3.11 Medizin

Im März 2015 wurden in einer Veranstaltung mit der LStU Sachsen-Anhalt erste Ergebnisse eines von ihr unterstützten Forschungsantrags von Prof. Florian Steger über die Venerologische Station in Halle vorgestellt. Thematisiert wurden dabei die teils massiven körperlichen Eingriffe und psychologischen Maßnahmen der Station, um zwangseingewiesene Mädchen und Frauen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umzuerziehen. Der Antrag befasst sich mit Art, Form und Umfang dieser Eingriffe und fragt spezifisch nach den Funktionen des MfS auf der Station. Dieses Thema stieß in der Öffentlichkeit auf großes Interesse und führte u. a. zu Filmbeiträgen des MDR.

4.3.12 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Wie in den vorangegangenen Jahren wandten sich im Berichtszeitraum zahlreiche Wissenschaftler und Journalisten an den BStU, um die nationalsozialistische Vergangenheit politisch und historisch aufzuarbeiten. Die frühere Hauptabteilung IX/11 des MfS hat umfangreiche Materialien hinterlassen (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 52 f.). Im Jahr 2015 wurden insgesamt 116 Forschungs- und Medienanträge mit NS-Bezug beim BStU eingereicht. Im Jahr 2016 wurde diese Zahl mit 127 Anträgen noch übertroffen.

Neben den Forschungsprojekten namhafter Gedenkstätten, wissenschaftlicher Institutionen, Stiftungen und Museen haben auch internationale Forscher und Einrichtungen nach wie vor wissenschaftliches Interesse an der Nutzung dieser Unterlagen. So hat das polnische Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) Kopien von Unterlagen beantragt, die Verbrechen der Nationalsozialisten in Polen betreffen und an deren Aufklärung die damaligen polnischen Behörden (1945–1990) beteiligt waren. Zum Beispiel sind im Zuge der damaligen Aufklärung auch IM des MfS als Kriegsverbrecher enttarnt und in der DDR verurteilt worden. Zu diesem Thema sind unzählige Unterlagen im

Archiv vorhanden. Dazu sind bisher 11 000 Seiten in digitalisierter Form dem IPN zur Verfügung gestellt worden.

Zu den Verbrechen des Dritten Reichs gehört auch die Ermordung von Behinderten. In beiden deutschen Staaten kamen viele ehemalige Täter aus dem medizinischen Sektor ungeschoren davon. 1950 gab es einen Prozess zur Euthanasie in Schwerin. Angeklagt war u. a. der Leiter der psychiatrischen Klinik in Rostock-Gehlsdorf, der mangels Beweisen freigesprochen wurde. Die Außenstelle Rostock bearbeitete im Berichtszeitraum zwei Forschungsanträge zur Euthanasie in den psychiatrischen Anstalten auf dem Sachsenberg in Schwerin und in Rostock.

Eine Doktorandin der Schlesischen Universität Katowice stellte zum Thema „SS-Aufseherinnen der Konzentrationslager Auschwitz sowie Ravensbrück und Majdanek – deren Biographien, Motivationen und Strafverfolgung nach 1945“ einen Forschungsantrag. Umfangreiche Recherchen zu dem großen Personenkreis wiesen in den meisten Fällen auf Unterlagen der MfS-Hauptabteilung IX/11 hin. Bei Hinweisen auf Unterlagen im Bestand des Bundesarchivs wurden der Nutzerin die Signaturen mitgeteilt.

4.3.13 Kunst und Kultur

Den Kunst- und Kulturbetrieb der DDR überwachte der Staatssicherheitsdienst mit immensem Aufwand. Zu den weltweit bekanntesten deutschen Schriftstellern zählt Uwe Johnson (1934–1984). 1952 bis 1956 studierte er in Rostock und geriet hier und darüber hinaus ins Visier der SED und des MfS, als er sich öffentlich für Meinungs- und Religionsfreiheit einsetzte. Für eine „Uwe-Johnson-Gesamtausgabe“ forscht ein Team des Instituts für Germanistik der Universität Rostock auch in MfS-Unterlagen zu seinem Leben und Wirken. Im Zuge eines Forschungsantrags sahen die zuständigen Sachbearbeiterinnen bisher fast 200 000 Seiten durch.

Ein oft von Wissenschaftlern und Journalisten beantragtes Thema ist die Ausbürgerung Wolf Biermanns vor 40 Jahren und deren Folgen. Wolf Biermann selbst beantragte im Berichtszeitraum Zugang zu den Stasi-Unterlagen in Vorbereitung seiner Autobiografie, die im Oktober 2016 unter dem Titel „Warte nicht auf bessere Zeiten!“ erschienen ist. Für diesen Antrag wurden über 20 000 Seiten gelesen, rund 4 500 Seiten vorgelegt und 352 Seiten herausgegeben.

Ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Medienunternehmen und einer BStU-Außenstelle ist ein Antrag der Zeitung „Dresdner Neueste Nachrichten“ zum Thema „Aktion Semperoper“. 575 von der Außenstelle Dresden vorgelegte Seiten sowie 266 herausgegebene Duplikate führten zu einem Artikel in der Zeitung über die Maßnahmen des MfS zur Wiedereröffnung der Semperoper am 13. Februar 1985. Darüber hinaus referierte der Autor in einer Abendveranstaltung in der Außenstelle Dresden über seine Erkenntnisse aus den Akten. Der MDR berichtete darüber in seiner Abendsendung.

Der MDR beantragte Zugang zu den Akten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit dem Ziel,

ein Feature über den Roman „Nackt unter Wölfen“ und dessen Erstverfilmung mit weiteren Informationen zu unterfüttern. Anlass war die Neuverfilmung des Buches. Insbesondere interessierten ihn Unterlagen über Bruno Apitz, der von der Stasi als IM geführt wurde. Aber auch Unterlagen über den Lektor und Vertrauten Apitz', Martin Gustav Schmidt, sowie den Regisseur Frank Beyer wurden aufbereitet. Das Feature wurde am 11. April 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, im MDR Figaro gesendet.

4.3.14 Terrorismus, Extremismus

Im Berichtszeitraum gingen zu diesem Themenbereich wieder zahlreiche Forschungs- und Medienanträge aus dem In- und Ausland ein. Überwiegend wurden Unterlagen zu rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Strömungen angefordert. So wurden insbesondere Stasi-Akten mit Informationen über die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung rechtsextremer Gruppen beantragt und nach entsprechender Recherche und Aktensichtung zur Verfügung gestellt. Zu einem Forschungsantrag der LStU Sachsen-Anhalt zu „Rechtsextremen Strukturen in den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg“ wurden bislang ca. 20 000 Seiten gelesen.

4.3.15 MfS

Nach wie vor sehr groß ist das wissenschaftliche Interesse an den Strukturen des MfS, vor allem aber an den Akteuren. So wurde über mehrere Jahre hinweg ein Medienantrag zu Erich Mielke bearbeitet und im Jahr 2015 mit der Erstaufführung des Films „Meister der Angst“ sowie der Veröffentlichung eines Begleitbuchs, in dem zahlreiche von der Behörde zur Verfügung gestellte Fotos abgedruckt wurden, abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum wurde ein umfangreiches Forschungsvorhaben der Universität Leipzig mit dem Titel „Hauptamtliche Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit“ beendet. Das Forscherteam untersuchte dabei die Motivation und Lebenswege ehemaliger hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen Karl-Marx-Stadt und Rostock. Biografische Interviews, ausgewertet mit sozialwissenschaftlichen Methoden, in Kombination mit Erkenntnissen aus MfS-Unterlagen bildeten dafür die Grundlage. Seit 2012 erfolgten allein 700 Personenrecherchen. Zur Einsicht wurden ca. 21 000 Seiten vorgelegt und ca. 10 000 Seiten Aktenmaterial herausgegeben. Die Forschungsergebnisse wurden im Herbst 2016 von Uwe Krähnke u. a. unter dem Titel „Im Dienst der Staatssicherheit. Lebensverläufe von hauptamtlichen Mitarbeitern des DDR-Geheimdienstes“ publiziert.

Vielfach beantragt wurde die Herausgabe von Dokumenten und Bildern zu Wladimir Putin. Besonderes Aufsehen erregte dabei ein neu erschlossenes Bild, das Putin bei der Ordensverleihung durch das MfS zeigt. Nicht nur inländische Medienvertreter zeigten Interesse. So gab es Anfragen von schwedischen, französischen und britischen Medienunternehmen wie der BBC.

Insgesamt ist aus dieser exemplarischen Zusammenstellung einiger Medien- und Forschungsanträge ersichtlich, wie vielfältig die in der Behörde archivierten Stasi-Unterlagen genutzt werden können und genutzt werden. Besonders deutlich wird auch, dass die Bereitstellung der Unterlagen für Forschung und Medien, anders als in herkömmlichen Archiven, eine umfassende Vorbereitung erfordert, bevor Aktenseiten gelesen, Tonbänder gehört sowie Fotos und Filme gesichtet werden können.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU

Trotz umfassender und fundierter Beratung über die Zugangsrechte zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Vorfeld der Antragstellung und während der Bearbeitung sind Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU nicht zu vermeiden. Jedoch ist die Anzahl der Widerspruchsverfahren im Vergleich zur Gesamtzahl der Anträge und Ersuchen und im Hinblick auf die Schwierigkeit der rechtlichen Materie gering. So wurde im Berichtszeitraum in insgesamt 42 Fällen Widerspruch gegen einen Bescheid des BStU erhoben, davon die meisten, nämlich 40, wiederum im Bereich der privaten Akteneinsicht, ferner zwei zu Forschungs- und Medienanträgen. Diese beiden Widersprüche wurden zurückgewiesen, da die zugrunde liegenden Anträge wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen abzulehnen waren.

In 36 der insgesamt 42 Widerspruchsverfahren ergab die Prüfung, dass die Entscheidungen der Behörde rechtmäßig ergangen waren. Diese Widersprüche wurden zurückgewiesen. In sechs Fällen hob der BStU die Ausgangsbescheide vollständig auf, wobei in vier Verfahren zu § 15 StUG die Widerspruchsführer ihre Anträge erst im Widerspruchsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben glaubhaft gemacht oder erforderliche Begründungen nachgereicht hatten. Sechs Widersprüche wurden nach ausführlichen erläuternden Schreiben zur Rechtslage durch die Widerspruchsführer zurückgenommen. Der überwiegende Anteil der Widersprüche im Bereich der privaten Akteneinsicht richtete sich gegen die Ablehnung von Anträgen naher Angehöriger auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten Personen gemäß § 15 StUG (siehe Abschnitt 4.1.4). In einem Großteil dieser Verfahren gehörten die Antragsteller, wie zum Beispiel als Stiefkinder oder als geschiedene Ehepartner, nicht zum antragsberechtigten Personenkreis nach § 15 StUG.

Zu Widerspruchsverfahren kam es außerdem, weil die Behörde Anträge wegen fehlender Rechtsgrundlage ablehnen musste. Hierbei handelte es sich um Anträge von Bürgern, die Auskünfte zu anderen Personen wünschten, um diese auf eine vermeintliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu überprüfen, sowie um Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen inoffizieller Mitarbeiter.

Zudem wandten sich auch in diesem Berichtszeitraum Bürgerinnen und Bürger gegen die vorgenommene Einstufung der zu ihnen aufgefundenen MfS-Unterlagen als Mitarbeiterunterlagen sowie gegen die damit verbundene Kostenerhebung. Auch in derartigen Fällen erläutert der

BStU vor Erlass eines kostenpflichtigen Widerspruchsbescheides ausführlich die Sach- und Rechtslage. Dabei wird auf die hier maßgebliche archivische Betrachtung der Unterlagen und die dazu bestehende gefestigte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Berlin hingewiesen. In der Mehrzahl dieser Fälle wurde der Widerspruch nach dem erläuternden Schreiben zurückgenommen.

Es hat sich bewährt, in Einzelfällen Bürgerinnen und Bürgern im laufenden Widerspruchsverfahren vor Erlass eines Widerspruchsbescheides die Sach- und Rechtslage ausführlich zu erläutern. Dem BStU ist es in jedem Falle ein wichtiges Anliegen, dass seine Entscheidungen und Bescheide nachvollziehbar sind, auch wenn im Einzelfall einem Widerspruch nicht abgeholfen werden kann.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Im Berichtszeitraum sind beim Bundesbeauftragten zehn Klagen bzw. Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen, die sich auf die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beziehen. Diese Rechtsstreitigkeiten haben in erster Linie Fragen des Umfangs der bei der persönlichen Akteneinsicht zugänglich zu machenden Unterlagen zum Gegenstand. Insgesamt neun Verwaltungsstreitverfahren zu Rechtsfragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden im Berichtszeitraum durch eine gerichtliche Entscheidung abgeschlossen.

Auch im aktuellen Berichtszeitraum weitergeführt wurde ein Verfahren, das die Herausgabe von Dokumenten aus Behördenvorgängen der Forschungsgruppe Rosenholz an einen Journalisten zum Gegenstand hat (siehe Siebenter Tätigkeitsbericht, S. 29 f., Achter Tätigkeitsbericht, S. 13, Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 58 f.). Ausgangspunkt des Rechtsstreits war ursprünglich ein Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf Herausgabe dieser Behördenunterlagen. Bereits im Jahr 2009 war in dieser Sache ein Urteil ergangen, in dem das Verwaltungsgericht Berlin entschieden hatte, dass der Kläger im Hinblick auf solche Unterlagen, die personenbezogene Informationen aus MfS-Unterlagen enthalten, auf der Grundlage der Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes neu zu bescheiden sei (VG Berlin, Urteil vom 8. September 2009, Az. 2 A 8.07, siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 29). In der Folgezeit wurden die Akten der Forschungsgruppe Rosenholz nach den Maßgaben dieser Entscheidung umfassend zugänglich gemacht. Streitig blieb allein die Herausgabe von in den Behördenvorgängen enthaltenen, von den Mitarbeitern der Forschungsgruppe erstellten internen Arbeitslisten. Diese enthalten Angaben zu über 2 000 Personen, zu denen von der Hauptverwaltung A des MfS sogenannte Statistikbögen angelegt worden waren und bei denen eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass sie als inoffizielle Mitarbeiter für die HV A tätig waren. Eine Aussage hierzu, die den Anforderungen des StUG an eine Herausgabe oder Veröffentlichung von personenbezogenen Informationen genügt, lässt sich jedoch nur anhand umfassender Recherchen im jeweiligen Einzelfall treffen. Grundsätzlich werden Unterlagen mit personenbezogenen Informationen,

auch solche zu inoffiziellen Mitarbeitern des MfS, vom BStU bei Forschungs- und Medienanträgen themenbezogen und nach Maßgabe einer Abwägung zur Verfügung gestellt; eine Herausgabe oder Veröffentlichung in Listenform sieht das Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht vor. Dementsprechend konnte die gewünschte vollständige Deanonymisierung der Arbeitslisten nicht vorgenommen werden.

Der Antragsteller erhob gegen den entsprechenden Bescheid Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht Berlin. Im Zuge weiterer Verhandlungen zwischen den Beteiligten wurde beim BStU geprüft, ob und inwiefern eine teilweise Deanonymisierung der Listen möglich sei. Zugänglich gemacht wurden in der Folgezeit die Namen derjenigen Personen, die wegen Spionage rechtskräftig verurteilt worden waren bzw. deren Tätigkeit für das MfS bereits Gegenstand öffentlicher Berichterstattung gewesen war. Die vom Antragsteller trotz der erfolgten teilweisen Deanonymisierung der Listen weiterbetriebene Klage wurde vom Verwaltungsgericht nach mündlicher Verhandlung als unzulässig abgewiesen (VG Berlin, Urteil vom 23. April 2015, Az. VG 1 K 233.13). Der vom Kläger gestellte Antrag auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil wurde vom Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abgelehnt.

Parallel zu diesem Verfahren stellte der Antragsteller einen weiteren Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin auf Vollstreckung aus dem rechtskräftigen Urteil vom 8. September 2009. In diesem Verfahren machte er geltend, der BStU sei der in dieser Entscheidung ausgesprochenen Verpflichtung zur Neubescheidung nach den Maßgaben des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nicht ausreichend nachgekommen. Er verlangte umfassende Recherchen zu jeder einzelnen der über 2 000 in den Listen enthaltenen Personen, soweit diese nicht bereits deanonymisiert worden waren. Demgegenüber machte der BStU geltend, dass eine derartige Prüfung aufgrund der Komplexität der nach StUG durchzuführenden Recherchen die Arbeitskraft in dem zuständigen Bereich über Jahre binden würde, der Aufwand im Rahmen eines Antrags auf Zugang zu Behördenvorgängen mithin unverhältnismäßig sei. Das Verwaltungsgericht lehnte den Antrag des Journalisten auf Durchführung der Zwangsvollstreckung ab (VG Berlin, Beschluss vom 28. August 2015, Az. VG 2 M 427.15). In seiner Entscheidung führte es aus, dass die Behörde ihrer Verpflichtung aus dem Urteil vom 8. September 2009 nachgekommen sei, soweit dessen Bindungswirkung reiche. Die daraufhin erhobene Beschwerde gegen diese Entscheidung wurde durch das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zurückgewiesen, ebenso eine gegen diesen Beschluss eingelegte Anhörungsgrüße des Vollstreckungsgläubigers.

5 Forschung und Publikationen

In den Jahren 2015 und 2016 hat der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) elf Monografien, vier Sammelbände, zwei Akteneditionen und einen Handbuchband publiziert. Einzelheiten zu den verschiedenen Bänden finden sich unten (siehe Abschnitt 5.2).

Herauszuheben sind einige über das Einzelthema hinausweisende Veröffentlichungen. Mit dem Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei „Staatssicherheit“ in Deutsch und Englisch hat Daniela Münkler einen Reader zum Repressionsapparat der DDR herausgegeben, der über das Fachpublikum hinaus Interesse findet. Dieses Ziel, einen breiteren Leserkreis anzusprechen, verfolgt auch die neue Reihe zur Staatssicherheit in den neuen Bundesländern. Sie verbindet gut lesbar wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse mit Fallbeispielen aus den behandelten Regionen und bietet so einem regionalen Publikum konkrete Anknüpfungspunkte zur Beschäftigung mit der Geschichte der Staatssicherheit. Den ersten Band zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Sachsen-Anhalt konnten Peter Boeger und Elise Catrain 2016 vorlegen. Dass der Ansatz, verlässliches Wissen kompakt zur Verfügung zu stellen, angenommen wird, belegt die Tatsache, dass das MfS-Lexikon 2016 in einer dritten, wiederum aktualisierten Version als Taschenbuch erscheinen konnte.

Die Veröffentlichung des Handbuchbandes zur Hauptabteilung IX (Untersuchung) von Roger Engelmann und Frank Joestel schließt nicht nur eine Lücke im Überblick über die Tätigkeitsfelder der Staatssicherheit (siehe Abschnitt 5.2.2), sondern bildet auch den Abschluss der grundlegenden Reihe der MfS-Handbücher „Anatomie der Staatssicherheit“. In 28 Bänden liegt nun Basiswissen zur Struktur und Arbeit der Staatssicherheit vor.

Im zweiten umfangreichen Vorhaben des Forschungsbereichs, der Edition der ZAIG-Bände (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), konnte im Berichtszeitraum der neunte Band vorgelegt werden – zum Krisenjahr 1956 von Henrik Bispinck. Mit 537 Dokumenten handelt es sich hier um einen ungewöhnlich umfangreichen Bestand, der tiefe Einblicke in die Stimmung der DDR-Bevölkerung gewährt – freilich jeweils gesehen durch die Brille der Stasi-Mitarbeiter. Deren Wahrnehmung als auch die der Bürgerbewegung im Herbst 1989 werden in einer Publikation zur letzten Phase der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt thematisiert. Diese Studie von Holger Horsch erschien zum 25. Jahrestag der Auflösung des MfS und seiner Nachfolgeinstitution.

Die Veröffentlichung seiner Studie zu den Operativgruppen der Staatssicherheit in den sogenannten Bruderländern konnte ihr Verfasser, Christian Domnitz, tragischerweise nicht mehr erleben. Er verstarb plötzlich, schon an einem neuen Projekt am Deutschen Historischen Institut in Warschau arbeitend. Die Arbeit sorgfältig zu publizieren, war seinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem Forschungsbereich eine besondere Verpflichtung.

Der Forschungsbereich hat die Aufgabe übernommen, die Frage zu beantworten, in welchem Umfang Akten im Herbst 1989 und in den ersten Monaten des Jahres 1990 vorsätzlich vernichtet wurden (siehe Abschnitt 5.3.1). Diese Frage stellte sich stets beim Blick auf die großen Überlieferungslücken und die rund 16 000 Säcke mit zerrissenen Akten. Nun hat sich eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern, unterstützt aus allen Bereichen der Behörde, daran gemacht, ein Fundament für die Beant-

wortung der Frage zu erarbeiten. Die Ergebnisse dürfen auf großes Interesse der Öffentlichkeit und der vom Tun der Staatssicherheit besonders Betroffenen rechnen. Viele von ihnen erwarten Aufklärung darüber, warum die Staatssicherheit welche Akten wann vernichtet hat und ob möglicherweise Unterlagen zu ihrer Person darunter gewesen sein könnten.

Die Kooperationen der Forschung haben auch in den vergangenen zwei Jahren Früchte getragen. Zusammen mit der Robert-Havemann-Gesellschaft hat Bernd Florath einen Sammelband herausgegeben, der die verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Facetten im Leben ihres Namensgebers ausleuchtet. Die Zusammenarbeit mit der „Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes“ – forschungspolitisch bedeutsam, weil hier erstmals Sachverhalte in der Gegenüberstellung der Überlieferung zweier, wenn auch grundverschiedener Geheimdienste betrachtet werden können – hat zu einer Veröffentlichung unter Beteiligung von Daniela Münkkel und Elke Stadelmann-Wenz geführt, die auf ein ganz neues Niveau der Forschung zum „deutsch-deutschen Geheimdienstkrieg“ in den 50er-Jahren gelangen konnte.

Die internationale Zusammenarbeit auf vielen Feldern mit den Partnerbehörden des BStU hat im Forschungsbereich insbesondere im gemeinsamen Projekt der digitalen Veröffentlichung von Dokumenten zur Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste des ehemaligen sowjetischen Blocksystems ihren Niederschlag gefunden. Dieses Projekt wird derzeit gemeinsam vom „Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ unter Federführung des polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) umgesetzt.

Der Austausch mit den großen zeitgeschichtlichen Instituten – Institut für Zeitgeschichte, München/Berlin, Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung, Potsdam, und Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden – blieb konstant eng, auch wenn daraus im Berichtszeitraum keine konkreten Projekte erwachsen. Mehrere wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der universitären Lehre tätig, und zwar an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin und der Leibniz-Universität Hannover. Drei Mitarbeiter wurden mit Arbeiten, die im Kontext ihrer Forschung beim BStU entstanden, promoviert.

Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Beiräten von Forschungsinstituten und Gedenkstätten mit. In diesem Zusammenhang besonders herauszustellen ist die Berufung von Daniela Münkkel als ordentliches Mitglied in die Enquetekommission des niedersächsischen Landtages „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“.

5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

In den Jahren 2015 und 2016 hat sich das Wissenschaftliche Beratungsgremium (WBG) dreimal zusammenge-

funden. Wiederum stand die gründliche und differenzierte Beurteilung von ausgearbeiteten Forschungsvorhaben im Vordergrund der Arbeit des Gremiums. Die fünf behandelten Projekte wurden zur Bearbeitung empfohlen. Das WBG würdigte wiederholt sowohl die Produktivität als auch die Qualität der Arbeit des Forschungsbereichs beim BStU.

5.2 Forschungsergebnisse: abgeschlossene und publizierte Projekte

Das Sachgebiet Publikationen begleitet die in der Forschungsabteilung entstehenden Manuskripte und Editionsprojekte von der Manuskriptkorrektur über den Satz bis hin zur Drucklegung. Die Publikationen erscheinen entweder als Verlags- oder als Eigenveröffentlichung bzw. als elektronische Publikationen, die als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt werden. Betreut werden ferner Nachschlagewerke wie das „Abkürzungsverzeichnis“ der häufig verwendeten Begriffe des MfS, das nunmehr in 11., ergänzter und korrigierter Auflage vorliegt. Im Berichtszeitraum konnten zudem erneut Veröffentlichungen retrodigitalisiert werden. Dieses Vorhaben wird fortgesetzt, bis nahezu alle Bücher aus dem Selbstverlag der Behörde als Download zur Verfügung stehen.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt. Eine Liste sämtlicher Publikationen des BStU befindet sich im Anhang 14.

5.2.1 Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei

2015 erschien der Sammelband „Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei“, herausgegeben von Daniela Münkkel. Er bietet eine Gesamtschau wichtiger Aspekte der DDR-Diktatur und ihrer Geheimpolizei und soll zugleich Begleitband für die Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ im Stasi-Museum Berlin sein. In wissenschaftlich fundierten und leicht lesbaren Texten, angereichert mit Bildmaterial, behandelt das Lesebuch zentrale Aspekte der Geschichte des MfS in der DDR – eine Reise in die Abgründe einer Diktatur, in der die massenhafte Bespitzelung der Bevölkerung und die Verfolgung Andersdenkender 40 Jahre lang Bestand hatten. Dabei gerät das Verhältnis des MfS zur Staatspartei SED genauso in den Blick wie die hauptamtlichen und die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) und die Orte, an denen die Geheimpolizei wirkte, von der Stasi-Zentrale in Berlin bis zu den Haftanstalten. Die Beteiligung der Stasi am blutigen DDR-Grenzregime, die Verfolgung von Oppositionellen, ihre Überwachungsmethoden und ihre Präsenz im Alltag der Menschen werden ebenfalls thematisiert. Wissenswerte erfährt man auch über das Wirken der Staatssicherheit außerhalb der Grenzen der DDR sowie ihr Verhältnis zu den Geheimpolizeien in anderen sozialistischen Ländern. Schließlich werden das Ende der Staatssicherheit als Folge der Friedlichen Revolution von 1989, die Sicherung und Öffnung der Akten sowie deren Nutzung für die Strafverfolgung im wiedervereinigten Deutschland an-

schaulich gemacht. 2016 erschien die englische Ausgabe des Lesebuchs unter dem Titel „State Security. A Reader on the GDR Secret Police“.

5.2.2 Die Hauptabteilung IX: Untersuchung – Reihe „MfS-Handbuch“

Die Reihe „Anatomie der Staatssicherheit – MfS-Handbuch“ wurde im Berichtszeitraum mit dem Beitrag von Roger Engelmann und Frank Joestel über das MfS-Untersuchungsorgan abgeschlossen. Wie alle kommunistischen Geheimpolizeien verfügte die Staatssicherheit über diese Dienst Einheit, in der die exekutiven, durch straf- und strafverfahrensrechtliche Bestimmungen geregelten Kompetenzen einer Ermittlungsbehörde konzentriert waren. Die Hauptabteilung IX erwirkte Haftbefehle, vernahm Beschuldigte und Zeugen, beschaffte sonstige Beweismittel und fasste den sogenannten Schlussbericht ab, der die Grundlage für die spätere Anklage durch den Staatsanwalt bildete. Kaum ein MfS-Bereich hat in den 40 Jahren seines Bestehens eine so tiefgreifende Entwicklung durchgemacht, wengleich auch einige Konstanten festzustellen sind wie die Methode der weitgehenden Isolierung der Untersuchungshäftlinge. Aufgrund ihrer primär offiziellen Tätigkeit stand die Hauptabteilung IX stärker im Rampenlicht als der Rest des MfS-Apparates und war erheblich von den jeweiligen allgemein- und justizpolitischen Konjunkturen abhängig. Die Studie zeichnet die Entwicklung der Hauptabteilung im Kontext der politischen und rechtlichen Entwicklungen der DDR nach und widmet sich dabei insbesondere ihrer Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Beleuchtet wird auch ihr Verhältnis zu den anderen „Rechtspflegeorganen“. Die Arbeit präsentiert umfassende statistische Daten zur strafrechtlichen Ermittlungstätigkeit des MfS und zu anderen Tätigkeitsfeldern der MfS-Untersuchungsorgane, etwa dem Einsatz von sogenannten Zelleninformatoren und von Abhörtechnik.

5.2.3 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1981 und 1956

Die Reihe zur Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Im Jahr 2015 erschien der Jahrgang 1981 „Die DDR im Blick der Stasi“, bearbeitet von Matthias Braun und Bernd Florath. Während die SED-Führung im Jahr 1981 mit dem X. Parteitag ganz auf Kontinuität unter dem Stichwort der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik setzte, vollzogen sich in den Augen der Stasi bedrohliche Entwicklungen: In der DDR wuchs, auch durch entsprechende Impulse aus dem Westen, eine unabhängige Friedensbewegung. Gleichzeitig machte das Erstarken der Gewerkschaft Solidarność in Polen den Machtverlust der Kommunisten immer deutlicher. Die Ängste der Machthaber und ihre Feindbilder spiegeln sich in den Berichten des Ministeriums für Staatssicherheit zur Situation im Nachbarland Polen genauso wie zu den friedenspolitischen Aktivitäten und gesellschaftspolitischen Überlegungen innerhalb der evangelischen Kirchen der DDR. Zum Jahresende dominieren Stimmungsbilder zum Treffen von Erich Honecker

und Helmut Schmidt sowie zur „Berliner Begegnung“ von Schriftstellern aus Ost und West.

Im Herbst 2016 erschien der Jahrgang 1956 der Reihe, bearbeitet von Henrik Bispinck. Die Berichte spiegeln die völlige Verunsicherung der Bevölkerung in der DDR, ausgelöst durch den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Abkehr von Stalin. Die Machtbasis der SED schien zu bröckeln, umso dichter informierte die Stasi die Partei- und Staatsführung über die Stimmung im Land. Nach dem Arbeiteraufstand in Posen im Juni und dem Volksaufstand in Ungarn im Oktober wuchs die Unruhe in der DDR. Es kam immer wieder zu kurzen Streiks und zu Protesten in Betrieben sowie an den Universitäten. Mithilfe von punktuellen Zugeständnissen versuchte die SED eine Eskalation zu verhindern. Aus der Edition wurden darüber hinaus im Berichtszeitraum die Jahrgänge 1965 und 1981 online gestellt.

5.2.4 Das Archiv der Stasi

Im Februar 2015 erschien im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht der Band „Das Archiv der Stasi. Begriffe“, herausgegeben von Roland Lucht. Das Nachschlagewerk erklärt knapp und präzise 865 Begriffe und Kurzbezeichnungen der geheimdienstlichen Terminologie, die von der Stasi bei der Erfassung von Personen, der Registrierung von Vorgängen sowie der Aktenablage verwendet wurden. Ein Glossar und Abbildungen von typischen Karteien sowie Akten und Strukturschemata ergänzen das Sachbuch. Dieser Band richtet sich gleichermaßen an Benutzer von Stasi-Unterlagen, Forschung, Medien und Öffentlichkeit.

5.2.5 Das Gedächtnis der Staatssicherheit – Die Kartei- und Archivabteilung des MfS

Der Sammelband „Das Gedächtnis der Staatssicherheit – Die Kartei- und Archivabteilung des MfS“, herausgegeben von Karsten Jedlitschka und Philipp Springer, wurde im Dezember 2015 in der Reihe „Archiv zur DDR-Staatssicherheit“ vorgelegt. In einem mehrjährigen archivwissenschaftlich orientierten Projekt hatte eine Arbeitsgruppe die Geschichte der Abteilung XII erforscht, die für die Verwaltung der verschiedenen Karteien und der abgelegten Akten im Archiv verantwortlich war. Als zentrale Instanz der Informationsverwaltung entwickelte sich diese Abteilung seit ihrer Gründung im Jahr 1950 zu einem wichtigen Baustein im Machtapparat des MfS. Sie ermöglichte den operativen Dienst Einheiten den Zugriff auf die gesammelten Erkenntnisse und bildete somit ein wichtiges Instrument für die Repression und Überwachung der Bevölkerung – sie war das „Gedächtnis“ der Staatssicherheit.

Im Zentrum der Untersuchungen der Arbeitsgruppe standen neben der strukturellen Entwicklung und der Analyse der Tätigkeitsbereiche auch Herkunft und Alltag der hauptamtlichen Mitarbeiter. Darüber hinaus konnten u. a. Erkenntnisse über zentrale Bestände wie die „Geheime Ablage“, über den Bau des Archivzweckbaus an der Magdalenenstraße in Berlin, über das Karteisystem und über die Unterstützung, die die Abt. XII befreundeten Geheimpolizeien gewährte, gesammelt werden. Der multiperspektivi-

sche Blick auf diese besondere, von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigte Dienstleistung liefert nicht nur Grundlagen für eine notwendige Quellenkritik im Rahmen künftiger Forschungen zur Geschichte des MfS. Darüber hinaus bietet der Sammelband sowohl Anregungen für die Erforschung der Archivgeschichte der DDR als auch für eine moderne Institutionengeschichte des MfS.

5.2.6 Hinter vorgehaltener Hand – Studien zur Denunziationsforschung

Im Januar 2015 wurde der Sammelband „Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung“ als Band 39 der wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ von Anita Krätzner herausgegeben. Der Band ging aus dem Workshop „Historische Denunziationsforschung: Methoden, Längsschnitte, Vergleichsperspektiven“ hervor und war erstes Ergebnis des Projekts „Politische Denunziation in der DDR“ (siehe Abschnitt 5.3.1). Im Band werden verschiedene Erscheinungsformen der Denunziation in unterschiedlichen Gesellschaftsformen und Epochen untersucht. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom Vormärz über den Nationalsozialismus und legt einen besonderen Fokus auf die DDR und die Interaktionen von Denunzianten mit der Staatssicherheit, aber auch mit anderen Institutionen. Die vergleichende Perspektive des Bandes soll dazu dienen, den Blick bezüglich der Frage nach gesellschaftlicher Verankerung der Denunziation und Mitwirkung des Einzelnen auch im SED-Regime zu schärfen. Zudem geht der Band quellenkritisch der Frage nach, inwieweit die verschiedenen Systembedingungen Denunziation förderten und wie sich Motive der Zuträger ermitteln lassen.

5.2.7 Auftrag: Menschenraub

Bis heute ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass die DDR-Staatssicherheit in den 50er- und 60er-Jahren etwa 400 Menschen aus West-Berlin und der Bundesrepublik entführen ließ. Viele kehrten erst nach Monaten oder Jahren zurück. 24 Entführte wurden hingerichtet, mindestens zehn weitere starben in der Haft infolge von Krankheit, Selbsttötung oder Misshandlung. Die Methoden des MfS reichten dabei von perfiden Täuschungen bis zu brutalen Überfällen auf offener Straße. Auf Grundlage von umfangreichem Archivmaterial beleuchtet Susanne Muhle in ihrer Studie „Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR“ dieses Kapitel der deutschen Teilung. Dabei widmet sie sich insbesondere den als Entführern eingesetzten IM. Die Arbeit erschien 2015 in der wissenschaftlichen Reihe des BStU „Analysen und Dokumente“ als 42. Band. Im gleichen Jahr wurde die Untersuchung mit dem „Opus Primum“ der Volkswagenstiftung für die beste wissenschaftliche Nachwuchspublikation des Jahres ausgezeichnet.

5.2.8 Annäherungen an Robert Havemann

In keinem anderen Intellektuellen der DDR fand das SED-Regime einen so scharfen Kritiker wie in Robert

Havemann. Der überzeugte Kommunist und NS-Widerstandskämpfer wirkte nach dem Krieg führend am Aufbau der DDR mit. Sein Eintreten gegen soziale und politische Knechtschaft ließ ihn jedoch bald zum Gegner des Regimes werden und in den Fokus der Staatssicherheit geraten. Die Beiträge des von Bernd Florath herausgegebenen Sammelbandes „Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente“ beleuchten Wendepunkte der politischen Biografie Havemanns und die ihnen zugrunde liegenden geistigen Voraussetzungen. Sie arbeiten seine Bedeutung für die historische Entwicklung in der DDR heraus. Die Aufsätze werden ergänzt durch autobiografische Schlüsseldokumente aus Havemanns Nachlass, Dokumente über die Überwachung des Dissidenten durch das MfS sowie durch die Fortführung der Robert-Havemann-Bibliografie. Der Band erschien 2016 in der Reihe „Analysen und Dokumente“ als Band 43.

5.2.9 In Haft bei der Staatssicherheit – das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen

Im Ost-Berliner Stadtbezirk Hohenschönhausen befand sich das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS. Die Geheimpolizei ermittelte an diesem streng geheimen Ort gegen rund 11 000 politische Gegner und andere Personen, die für das SED-Regime von außerordentlicher Bedeutung waren. In Hohenschönhausen konzentrierten sich Verfahren gegen in Ungnade gefallene Politiker, Dissidenten und Bürgerrechtler. Daneben wurde hier auch gegen NS-Täter und straffällige MfS-Mitarbeiter ermittelt. Die von Julia Spohr vorgelegte Studie „In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989“ stellt exemplarische Häftlingsschicksale vor und untersucht Haftbedingungen und Vernehmungsmethoden. Es wird deutlich, dass sich die Alltagssituation der Insassen und die Praktiken der MfS-Vernehmer im Laufe der Jahrzehnte erheblich veränderten. Konstant blieben dagegen die völlige Isolierung der Gefangenen und die extreme Abschottung des Geschehens nach außen mit all ihren angsteinflößenden Wirkungen. Die Studie ist 2015 als Band 44 der wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ erschienen.

5.2.10 Die Macht der Kirchen brechen – Mitwirkung des MfS bei der Durchsetzung der Jugendweihe

Die 2016 in der Reihe „Analysen und Dokumente“ als Band 45 erschienene Studie „Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR“ von Markus Anhalt untersucht anhand der überlieferten Archive des Staatssicherheitsdienstes, welcher Anteil der Stasi bei der Einführung der Jugendweihe zukam. Sie zeichnet die Anfänge der Jugendweihe in der DDR bis zum Ende der 50er-Jahre nach und klärt über die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung kirchenpolitischer Ziele auf. Mit Erfolg beeinflusste das MfS geistliche Amtsträger und versuchte, einen Keil zwischen die Gläubigen und ihre Seelsorger zu treiben. Ende der 50er-Jahre war das Ziel

erreicht, die Gegner der Jugendweihe weitgehend mundtot zu machen.

5.2.11 Kooperation und Kontrolle

Der im Sommer 2016 erschienene Band „Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland“ in der Reihe „Analysen und Dokumente“ (Band 46) bietet einen Einblick in die „geheimpolizeiliche Außenpolitik“ des MfS. Der Autor Christian Domnitz (†) hat Vorrecherchen der früheren BStU-Mitarbeiterin Monika Tantzsch aufgenommen und eine detailgenaue Darstellung mit einer kulturgeschichtlichen Analyse verbunden. Da im Laufe der Zeit immer mehr DDR-Bürgerinnen und Bürger ins sozialistische Ausland reisten oder dort arbeiteten, wurde das MfS in den verbündeten Ländern überwiegend aktiv. So stationierte es in der Sowjetunion, in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien dauerhaft Operativgruppen, also eigene Offiziere, die die Kontrollmaßnahme des MfS über die eigenen Landesgrenzen hinaus ausweiteten und die Freiheiten der Bürger einengten. Die Studie beschreibt die Struktur und Arbeitsweise der Operativgruppen und deren Zusammenarbeit mit den verbündeten Staatssicherheitsdiensten, die sich von Land zu Land sehr unterschiedlich gestaltete.

5.2.12 Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit

Im Mittelpunkt des im Herbst 2016 erschienenen Buches von Georg Herbstritt „Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989“ stehen die Beziehungen zwischen dem MfS und der rumänischen Securitate. Kooperierten beide Geheimpolizeien zunächst wie selbstverständlich, so entzweiten sie sich im Laufe der 60er-Jahre dauerhaft. Fortan wurde Rumänien von der DDR-Staatssicherheit als Problemfall begriffen und ausspioniert. Gestützt auf Akten aus beiden Ländern untersucht das Buch die politischen Hintergründe dieses Konflikts und betrachtet das vielschichtige Beziehungsgefüge sowie die einzelstaatlichen Interessen der sozialistischen Geheimdienste. Neben Mitarbeitern und Informanten kommen so auch die Menschen in den Blick, gegen die die Geheimpolizeien vorgingen: Menschen, die bei gemeinsamen Aktionen in Berlin gekidnappt wurden, die Opfer von Erpressung und Überwachung wurden, die über das jeweils andere Land in den Westen zu fliehen versuchten, aber auch junge kritische Schriftsteller wie der Kreis um die spätere Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller.

5.2.13 Sperrgebiete in der DDR – ein Atlas

Im 2015 erschienenen Band 34 der Reihe „BF informiert“ „Sperrgebiete in der DDR“ werden in vier Serien aus jeweils 15 Bezirkskarten die Standorte des MfS, des Ministeriums des Innern, der Nationalen Volksarmee und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland dargestellt. Alle ca. 6 000 Objekte werden mit einer Punkt-signatur und dazugehöriger Nummer in Karten verzeich-

net. Die Karten und Standortverzeichnisse erarbeiteten Horst Henkel und Wolfgang Scholz, herausgegeben und eingeleitet wurde der Band von Christian Adam und Martin Erdmann. Entstanden ist ein thematischer Atlas zur DDR, bestehend aus gedrucktem Kartenwerk, das auch die Sperrgebiete an der innerdeutschen Grenze verzeichnet, und einer fast 1 000 Seiten starken Liste auf CD-ROM, die die Nummer auf den Karten dem damaligen Nutzer der Liegenschaft zuordnet.

5.2.14 „Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral“ – Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt war mit ihren zuletzt 3 827 Mitarbeitern eine der größten Regionaldienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit. Der seit 1958 an ihrer Spitze stehende Generalleutnant Siegfried Gehlert sicherte Ende 1989 mit allen ihm zur Verfügung stehenden geheimpolizeilichen Mitteln die Herrschaft der SED. Bis Mitte Oktober 1989 ging die Bezirksleitung davon aus, die Lage jederzeit in den Griff zu bekommen. Im November hielt sie es noch für möglich, sich mit den neuen politischen Kräften zu arrangieren. Gleichzeitig begannen die Mitarbeiter damit, brisante Unterlagen zu vernichten. Die fortwährenden Demonstrationen führten dann schließlich zur Auflösung der Geheimpolizei der DDR. Holger Horsch analysiert diese letzte Phase der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt in seiner Studie „Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral“. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt“. Die Untersuchung erschien 2015 als Band 35 in der Reihe „BF informiert“.

5.2.15 Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg

Die erste Publikation der neuen Reihe „Stasi in der Region“ zur „Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg“ wurde am Sachsen-Anhalt-Tag im September 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Mittelpunkt der wissenschaftlich fundierten und zugleich allgemein verständlichen Beiträge zum MfS in der Region stehen insbesondere regionale Auswirkungen von politischen Ereignissen und die Reaktionen der Stasi entlang der großen historischen Zäsuren. Komplexe Inhalte sind auf leicht lesbare Weise angeboten, die Interessierten auch ohne einschlägige Vorkenntnisse über die DDR-Geheimpolizei einen thematischen Zugang bietet. Wesentliche Merkmale der Reihe sind biografische Fallbeispiele aus der Region sowie die ausgeprägte Visualisierung mit Fotos und Dokumentenabbildungen. Für die Publikation gewannen Peter Boeger und Elise Catrain zahlreiche Koautoren, die bereits einschlägig zu regionalen Themen wie dem 17. Juni 1953 in Halle und Magdeburg, Postkontrolle, Umweltbelastung im Chemiedreieck, Volkswirtschaft oder zum 1. FC Magdeburg geforscht haben.

5.2.16 Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk

Zur Feier des Tages der Deutschen Einheit 2016 in Dresden erschien der Folgeband der Reihe „Stasi in der Region“ zur Geheimpolizei in Dresden. Er wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte im ehemaligen DDR-Bezirk. Er zeigt, wie sich im Juni 1953 Bürgerinnen und Bürger in Niesky gegen die Regierung stellten. Er beschreibt aber auch, mit welchen Mitteln und Methoden die Stasi gegen unliebsame Ausreiseartragsteller oder prominente Dynamo-Fußballspieler vorging. Auch dieser von Peter Boeger und Elise Catrain herausgegebene Band „Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk“ ist mit biografischen Fallbeispielen angereichert und mit zahlreichen Fotos und Dokumentenfaksimiles ausgestattet.

5.2.17 Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953

In Kooperation zwischen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968 (UHK) und der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten erschien 2016 im Ch. Links Verlag die Monografie „Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953“ von Ronny Heidenreich, Daniela Münkler und Elke Stadelmann-Wenz. Der Kalte Krieg war auch ein Krieg der Geheimdienste. Erstmals zeigen bislang unbekannte Akten des Bundesnachrichtendienstes und der Staatssicherheit, welche Hintergründe, Ziele und vor allem Folgen der erste von Ost-Berlin geführte „konzentrierte Schlag“ gegen die Organisation Gehlen im Herbst 1953 hatte. Betroffen waren vor allem mehrere Hundert verhaftete vermeintliche Spione in der DDR, deren Schicksal im Spiegel der Akten beider Geheimdienste beleuchtet wird. Dieser Geheimdienstkrieg spielte sich nicht im Verborgenen ab: Die Staatssicherheit versuchte mit einer bis dahin beispiellosen Medienkampagne, den Gehlen-Dienst öffentlich zu diskreditieren.

5.2.18 „Akten-Einsichten“. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit

Die Beiträge dieses von Helge Heidemeyer herausgegebenen Sammelbandes reflektieren an ausgewählten Beispielen das Potenzial der Quellengattung „Stasi-Unterlagen“. Die Unterlagen der Staatssicherheit sind im Zuge der Friedlichen Revolution von Bürgerrechtlern gesichert worden, um sie insbesondere den Betroffenen zugänglich zu machen. Die Stasi-Dokumente haben darüber hinaus einen hohen wissenschaftlichen Wert, wofür schon die Oppositionellen in der heißen Revolutionsphase 1989/90 ein Gespür hatten. Der Sammelband vereint Fragestellungen zum Quellenwert der Akten mit Beiträgen zur Funktion, aber auch zur Dysfunktionalität der Staatssicherheit im Herrschaftssystem. Aus dem Nebeneinander unterschiedlicher Perspektiven entstehen so Einsichten in die Möglichkeiten des Stasi-Unterlagen-Archivs.

5.3 Laufende Forschungsprojekte

5.3.1 Widerstand und Anpassung im Alltag

Der von Ilko-Sascha Kowalczyk geleitete Forschungsbereich befasst sich mit der Wirkungsgeschichte des MfS und nimmt dabei auch Opposition und Widerstand sowie Repressionsgeschichte in den Blick.

Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit der NVA in Schwedt

Schwedt als Standort des DDR-Militärstrafvollzugs (1968–1990) war für nahezu jeden männlichen DDR-Bürger ein negativ besetzter Begriff. Das vorliegende Projekt beschreibt die dortigen Verhältnisse und untersucht die spezielle Rolle der Staatssicherheit. Angesichts der schwierigen Überlieferungslage in den Archiven geht es darum, das Bild von „Schwedt“ über die personengebundenen Akten des MfS zu Insassen und Strafvollzugspersonal zu rekonstruieren. Das MfS war sowohl offiziell als auch inoffiziell im Militärstrafvollzug verankert. Neben zuletzt zwei hauptamtlichen Mitarbeitern infiltrierten insgesamt mehr als 200 inoffizielle Mitarbeiter sowohl das Personal als auch die Insassen. Wegen der Kombination von Haft mit Schichtarbeit, militärischer Ausbildung und ideologischer Schulung stellte „Schwedt“ eine verschärfte Variante von Freiheitsentzug dar. Dennoch kann der zu DDR-Zeiten aufgebaute Mythos zumindest in Teilen entzaubert werden: Schwedt war nicht die schlimmste Haftanstalt in der DDR – womit das Leid der Betroffenen keinesfalls relativiert werden soll. Die Publikation der Untersuchung in der wissenschaftlichen Reihe des BStU ist 2017 vorgesehen.

Politische Denunziation in der DDR

Das Hauptziel des Forschungsprojekts zur politischen Denunziation ist die Untersuchung, auf welche Weise in der DDR Anzeigen und Zuträgerschaft unterstützt, gefördert und instrumentalisiert wurden. Es konnten bisher unterschiedliche Formen von Denunziationen herausgearbeitet werden – von der persönlichen Anzeige auf den Dienststellen des MfS und der Polizei über Briefe, auch anonymen Natur, bis hin zu institutionalisierter Denunziation – wie zum Beispiel durch die inoffiziellen Mitarbeiter. Das Projekt untersucht zugleich die häufigsten Inhalte der Denunziation, aber auch, wie die Staatssicherheit und die Polizei im Alltag diese Meldungen nutzten, in Auftrag gaben oder teilweise auch ablehnten. Zwei Schwerpunkte stehen im Zentrum der Untersuchungen:

1. Wie lässt sich die Denunziation als Kommunikation und Interaktion von Bürgerinnen und Bürgern mit der Staatsmacht begreifen?
2. Wie lässt sich die Denunziation als soziales Phänomen in der DDR beschreiben und welche Auswirkungen hatte sie auf das Gesellschaftshandeln in der DDR?

Dabei wird unter anderem den Fragen nachgegangen, ob und wie sich Motive der Denunzianten ermitteln lassen und welche Konsequenzen die Denunziationen hatten.

Die Ergebnisse sollen in einer Monografie veröffentlicht werden.

SED und MfS

Im Rahmen eines neuen Forschungsprojektes wird das Verhältnis von SED und MfS untersucht. Zwar war das MfS formal eine staatliche Institution, die aber de facto jeder staatlichen Kontrolle entzogen war. Es geht um die Frage, inwiefern die Staatssicherheit ein Instrument der SED war oder ob es nicht historisch zutreffender ist, die Stasi als einen Teil des SED-Parteiapparates anzusehen. In dieser Perspektive jedenfalls stellen sich manche Fragen in der „Beziehungsgeschichte“ anders, als wenn man von zwei Institutionen und ihrer Beziehung zueinander ausgeht. Weniger deutlich ist bislang in der Forschung konturiert worden, wie sich die gemeinsame Arbeit von SED und Stasi konkret realisierte. Und wenn dies geschah, dann ist diese Perspektive fast ausschließlich auf die zentrale Ebene (MfS-Leitung, SED-Politbüro, Apparat des Zentralkomitees der SED, insbesondere „Abteilung Sicherheit“) gerichtet worden. Im Zentrum dieses Projekts hingegen stehen untere Hierarchieebenen. Es wird gefragt nach Kompetenzen und Kompetenzstreitigkeiten, gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen, nach Befehls-, Anleitungs- und Unterstellungsstrukturen sowie danach, in welchen gesellschaftlichen Räumen das MfS nicht anwesend war. Prinzipiell wird dabei von der These eines reaktiven Instruments ausgegangen, das nur in Ausnahmefällen operativ-prophylaktisch tätig wurde. Das Ziel der Studie besteht darin, das konkrete Wirken des MfS als Teil des SED-Apparates herauszuarbeiten und dabei zugleich die These zu prüfen, dass die Stasi Teil des SED-Apparates war.

Sicherheitsstrukturen in der DDR – Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Ministerium für Staatssicherheit, Ministerium des Innern und regionalen Strukturen der Volkspolizei

Das Projekt untersucht, wie sich im Laufe der DDR-Geschichte die konkrete Zusammenarbeit, aber auch das Kompetenzgebaren der verschiedenen Sicherheitsinstitutionen der Volkspolizei und des MfS in der DDR entwickelten und wie sie regional funktionierten. Das setzt zum einen die Untersuchung der kommunikativen Strukturen voraus und richtet zum anderen den Blick auf weitere Kontroll- und Überwachungsinstanzen in der DDR. Es soll zudem geklärt werden, wie stark der jeweilige Anteil der Sicherheitsinstanzen an der Verfolgung war und wie das „politisch-operative Zusammenwirken“ gestaltet wurde. Dabei wird herausgearbeitet, ob es sich in der Zusammenarbeit eher um ein Miteinander, Nebeneinander oder Konkurrenz handelte. Hierzu sollen die Schwerpunkte in der Zusammenarbeit von Volkspolizei und MfS (wie die Überschneidungen bei bestimmten Deliktgruppen, Amtshilfe z. B. bei „Zuführungen“, die gemeinsame Nutzung von Speichern, aber auch der Austausch von Informationen und Personal) bezogen auf das Alltagshandeln der beiden Institutionen ausgewertet werden.

Vernichtete Unterlagen

Ziel des Projektes ist es zu klären, welche Akten im Bestand des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit in den Jahren 1950–1989 unter welchen Bedingungen vernichtet worden sind, sowohl im quantitativen als auch im qualitativen Sinne. Eine Analyse der Kassationen, die diesen gesamten Zeitraum berücksichtigt, ist deshalb notwendig, weil nur so zwischen den „wildern Vernichtungen“ ab November 1989 und der üblichen Kassation differenziert werden kann und die „wildern Vernichtungen“ in ihrem Ausmaß und ihrer Zielrichtung zu erfassen sind: Es ist zu fragen, was von dem ab Herbst 1989 vernichteten Schriftgut unter gewöhnlichen Verhältnissen vom MfS tatsächlich archiviert worden wäre und in welchen Fällen es sich bei dem vernichteten Papier um weitgehend irrelevantes Material (Vordrucke) oder in hoher Stückzahl vorliegende Dokumente (Schulungsmaterial u. Ä.) handelte. Die Ergebnisse werden in Form eines Gutachtens vorgelegt. Eine Publikation ist geplant.

5.3.2 ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt

In dem von Daniela Münkler geleiteten Forschungsbereich werden die geheimen Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS herausgegeben und ausgewertet. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungstätigkeit liegt auf der Konfrontation der Geheimdienste in Ost und West.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Die Edition der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS zur Information der Partei- und Staatsführung seit dem Juni-aufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt (zur Konzeption siehe u. a. Elfter Tätigkeitsbericht, S. 74). In der Bearbeitung befinden sich derzeit die Jahrgänge 1954, 1963 und 1964.

Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit

Das Forschungsprojekt „Geheimdienstkonfrontation im Kalten Krieg. MfS contra BND“ untersucht die Rolle der Staatssicherheit in der Konfrontation mit der „Organisation Gehlen“ bzw. dem Bundesnachrichtendienst im deutsch-deutschen Systemkonflikt. Der Zeitrahmen des Projekts erstreckt sich von 1950 bis 1961 und erfasst damit die Hochphase des Geheimdienstkrieges in den 50er-Jahren bis zur Zäsur des Mauerbaus im Jahr 1961. Ziel des Projektes ist, die deutsch-deutsche Geheimdienstkonfrontation als gesellschaftsgeschichtliches Problemfeld des Kalten Krieges in die asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte der beiden deutschen Staaten einzubetten. Nachdem die erste Studie 2016 erschienen ist (siehe Abschnitt 5.2.17), konnte im Berichtszeitraum auch eine umfassende Monografie zur Spionageabwehr des MfS gegen den BND in den 50er-Jahren erstellt werden, die 2017 publiziert wird. Die Kooperation mit der UHK ermöglicht

erstmals, Dokumente der Staatssicherheit und des Bundesnachrichtendienstes abzugleichen.

5.3.3 Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste

Mit der Erforschung der Zusammenarbeit des MfS mit den osteuropäischen Staatssicherheitsdiensten beschäftigt sich der von Douglas Selvage geleitete Forschungsbereich. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die nachfolgend genannten Projekte.

Das MfS und der KSZE-Prozess

Im Berichtszeitraum wurde die Manuskriptarbeit im Rahmen des Forschungsprojekts „Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung“ für den Zeitraum von 1973 bis 1989 fortgesetzt. Zwischenergebnisse wurden auf internationalen Konferenzen in Washington und Paris und in Vorträgen bei den Außenstellen des BStU in Chemnitz, Rostock und Schwerin präsentiert.

MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989

Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellt das Projekt „MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989: Strukturen, Inhalt und Grenzen ihrer Beziehungen“ dar. Trotz der engen Verflechtung hinsichtlich Struktur und Arbeitsweise stehen die Forschungen zur Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KGB erst am Anfang. Neben den laufenden hausinternen Recherchen wurden Archivrecherchen bei der tschechischen Partnerbehörde des BStU ÚSTR (Ústav pro studium totalitních režimů – Institut zur Erforschung totalitärer Regime) und im Nachlass des ehemaligen KGB-Archivars Wasili Mitrochin beim Archiv des Churchill College der Cambridge University abgeschlossen. Weil die meisten Akten der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zerstört wurden, sind Recherchen in diesen und anderen externen Archiven notwendig, in denen größere Teile der Akten über die Auslandsaufklärung erhalten und zugänglich sind.

Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KGB bei der Bekämpfung der „politisch-ideologischen Diversion“ im Bereich der Kirchen und der Kultur in den 70er- und 80er-Jahren

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Forschungsschwerpunkt steht das neue Forschungsvorhaben „Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KGB bei der Bekämpfung der ‚politisch-ideologischen Diversion‘ im Bereich der Kirchen und der Kultur in den 1970er- und 1980er-Jahren“. Ziel der Untersuchungen ist eine möglichst genaue Rekonstruktion der Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB in diesem Bereich. Den Schwerpunkt bildet dabei die Erforschung der Kooperation auf der Abteilungs- und Referateebene sowie die Analyse wichtiger operativer Vorgänge, um daraus Rückschlüsse auf die Umsetzung der auf höherer Ebene vereinbarten Abkommen und die Modalitäten der Zusammenarbeit der IM zu ziehen. Zeitlich umfasst das Projekt die Jahre 1967–1989

und damit den Zeitraum seit der Schaffung der V. Hauptverwaltung des KGB, in der die Zuständigkeiten für die Bekämpfung politisch-ideologischer Gegner zusammenliefen und die mit der in Hinblick auf Struktur und Funktion analogen Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) eng zusammenarbeitete. Da es in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, in entsprechendem sowjetischen Aktenmaterial zu forschen, werden die Recherchen im Archiv des BStU durch die Auswertung persönlicher Nachlässe russischer und ostdeutscher Dissidenten, die im Visier beider Geheimdienste standen, ergänzt.

Digitale Dokumentensammlung

Das gemeinsame Projekt mit dem polnischen IPN und den anderen Partnerbehörden im Europäischen Netzwerk zur Digitalisierung und Online-Veröffentlichung von Dokumenten über die multilaterale Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste des ehemaligen sowjetischen Blocksystems wurde fortgesetzt (siehe Kapitel 7). Das IPN plant, die gesammelten Digitalisate des BStU und der anderen Partnerbehörden auf einer entsprechenden Webseite zu veröffentlichen.

5.3.4 Herrschaft und Gesellschaft

Das unter Leitung von Roger Engelmann stehende Forschungsprojekt zu den regionalen Strukturen von Herrschaft und Gesellschaft im Landkreis Halberstadt konnte nur nachrangig weitergeführt werden, weil die personellen Ressourcen in anderen Projekten eingesetzt waren.

Die Rolle des MfS in der Volkswirtschaft am Beispiel der DDR-Chemieindustrie in der Ära Honecker

Am Beispiel der Chemiekombinate Buna, Leuna und Bitterfeld wird das Wirken des MfS in einem ökonomischen Schlüsselsektor der DDR beleuchtet. Die Studie arbeitet heraus, dass das MfS durch steuernde Eingriffe die planwirtschaftlichen Abläufe kaum effektivierte, sondern den wirtschaftlichen Modernisierungsprozess hemmte. Probleme führte die Staatssicherheit regelmäßig auf individuelles Fehlverhalten von Funktionären zurück; mit ihren Aktivitäten behinderte sie die Außenhandelsgeschäfte der Kombinate. Trotzdem wurde das MfS zum Krisengewinnler, weil die eskalierenden Probleme die Legitimation für eine Ausweitung geheimpolizeilicher Aktivitäten lieferten. Das Forschungsprojekt wurde von Mark Schiefer als Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Es soll in der wissenschaftlichen Reihe des BStU veröffentlicht werden.

Die Rolle des MfS beim Umgang mit Umweltproblemen im Chemie-Bezirk Halle 1968–1989

Die Studie behandelt das Hallenser „Chemiedreieck“, das als hochgradiger Umweltbrennpunkt in den 80er-Jahren ins Visier der Staatssicherheit rückte. Dabei ging es vor allem darum, technisch prekäre Produktionsprozesse zu stabilisieren; dass die Beschäftigten rechtswidrig hohen toxischen Belastungen ausgesetzt waren, wurde dagegen hingenommen. Das MfS konzentrierte sich darauf, die

Geheimhaltung von Umweltdaten sicherzustellen, Eingaben zu Umweltverschmutzungen zu überwachen und unabhängige Umweltgruppen zu bekämpfen. Das Forschungsprojekt wurde von Martin Stief als Dissertation an der Universität Hannover eingereicht und soll in der Reihe „Analysen und Dokumente“ veröffentlicht werden.

Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989

Das Projekt untersucht am Beispiel der viertgrößten Haftanstalt der DDR auf der Grundlage neu ausgewerteter Akten sämtliche Aspekte des Strafvollzugs unter den politischen Vorgaben der SED: die Gefangenen, die Haftbedingungen, das Gefängnispersonal und die Staatssicherheit. Das MfS führte verdeckt Regie, indem es Häftlinge ebenso wie deren Bewacher als Spitzel anwarb. Die Haftwirklichkeit war durch kleinliche Regeln und Benachteiligung der politischen Gefangenen geprägt. Es herrschte eine harte Disziplinarpraxis, die durch Willkürhandlungen noch unerträglich wurde. Die Häftlinge von Brandenburg-Görden mussten in unterschiedlichen Betrieben hart arbeiten. Zusätzlich ausgebeutet wurden sie durch den langjährigen Leiter der Haftanstalt, der für sich und seine Leitungskader von den Gefangenen illegal Eigenheime bauen ließ. Die Untersuchung wurde im Berichtszeitraum fertig gestellt und erscheint 2017 in der wissenschaftlichen Reihe des BStU.

5.3.5 MfS und DDR-Justiz

Im von Christian Booß koordinierten Forschungsbereich „MfS und DDR-Justiz“ standen im Berichtszeitraum die folgenden Forschungsvorhaben im Mittelpunkt:

Rechtsanwälte in der Ära Honecker

Das Projekt zu Rechtsanwälten und dem MfS in der Ära Honecker wurde 2016 abgeschlossen und wird für die Publikation in der wissenschaftlichen Reihe vorbereitet. Untersucht wurde die Entwicklung der DDR-Anwaltschaft unter besonderer Berücksichtigung des Leitbildes vom sozialistischen Anwalt und der Einbettung in die bezirklichen Anwaltskollegien. Dabei wurde der Frage nachgegangen, welchen Einfluss das MfS im Verhältnis zu anderen Einflussträgern wie der SED und dem Justizministerium auf die Selbstverwaltungsorgane der Anwälte hatte. Ein Schwerpunkt lag auf der Analyse des Anwaltsverhaltens in politischen Prozessen. Hierfür wurden ca. 1 800 Fälle in einer Datenbank erfasst und mit explorativen statistischen Methoden analysiert.

Das Verhältnis von Staatsanwaltschaft und MfS in politischen Prozessen

In Vorbereitung ist ein Projekt zur Untersuchung des Verhältnisses von Staatsanwaltschaft und MfS in politischen Prozessen. Dieses wurde bisher als ein eindeutiges Unterordnungsverhältnis dargestellt. Allerdings gibt es zahlreiche Indizien, dass die Generalstaatsanwaltschaft bei der Erstellung von Kriminalstatistiken, der Berichterstattung über wichtige Fälle an die SED-Führung und der Ent-

wicklung von Rechtsnormen eine wichtigere Rolle spielte, als bisher oft angenommen. Fraglich ist auch, ob sich die Staatsanwaltschaft nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens an Vorgaben des MfS orientierte. Dieser Frage soll an exemplarischen Verfahrensakten nachgegangen werden.

5.3.6 Schwerpunktstudien

In der Abteilung Bildung und Forschung wurde unter der Leitung von Peter Boeger das Sachgebiet Schwerpunktstudien eingerichtet, das in enger Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU regionale Forschungsthemen aufgreift. In diesem Sachgebiet entstehen Beiträge für die neuen Publikationsreihen „Stasi in der Region“ und „BF informiert – regional“.

Stasi in der Region

Bei der Reihe „Stasi in der Region“ handelt es sich um ein neues Format, das sich ausdrücklich auch an historisch interessierte Laien wendet. Jede Ausgabe ist ein stark verdichtetes Kompendium und folgt inhaltlich einem Themenraster, das insbesondere regionale Auswirkungen von politischen Ereignissen und die Reaktionen der Stasi entlang der historischen Zäsuren aufgreift. Wesentliche Kennzeichen sind biografische Beispiele aus der Region sowie die Visualisierung mit Fotos und Dokumentenabbildungen. Die erste Publikation erschien im September 2016 zur „Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg“ (siehe Abschnitt 5.2.15). Die Reihe ist auf sechs Ausgaben angelegt; Bände zu den Ländern Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg und Berlin sind in Vorbereitung.

BF informiert – regional

Unter dem Reihentitel „BF informiert – regional“ erscheinen monografische Studien mit regionalem Schwerpunkt. Im Berichtszeitraum wurden dazu die nachfolgend angeführten Forschungsprojekte begonnen.

Das MfS und der Sportclub „Traktor Schwerin“

Am Beispiel des Sportclubs „Traktor Schwerin“ wird untersucht, welche politischen Ziele die SED mit der Förderung von Sportlern verfolgte und wie das MfS steuernd in den Sportbetrieb eingriff. Der „SC Traktor“ und die angeschlossene Kinder- und Jugendsportschule förderten die Sportarten Boxen, Leichtathletik, Volleyball und Segeln. Anhand ausgewählter biografischer Fallbeispiele wird die Erwartungshaltung von MfS und SED an Clubchefs, Trainer und vor allem Sportler insbesondere in Hinblick auf eine SED-konforme politische Haltung analysiert. Schon ein marginaler Verdacht konnte dazu führen, dass das MfS rücksichtslos junge und leistungsstarke Sportler aus dem Spitzensport drängte.

Die MfS-Objektdienststelle im Kernkraftwerk Greifswald

Das Atomkraftwerk (AKW) bei Greifswald war in technischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein be-

sonderer Betrieb. Vier Reaktoren waren zuletzt in Betrieb, weitere vier sollten folgen. Damit hätte das AKW 25 Prozent der Energie im ostdeutschen Staat produziert. Das MfS überwachte mit einer Objektdienststelle auf dem Werksge­lände die zuletzt knapp 15 000 Angestellten und Arbeiter. Die Studie fragt, welchen Einfluss das MfS nahm, um dem Personalmangel, den materialtechnischen Engpässen und technologischen Sicherheitslücken abzu­helfen. Weiterhin wird untersucht, wie die Stasi über spezifische Aufgaben in der Nuklear-Anlage hinaus auch ihren üblichen ge­heimpolizeilichen Aufgaben nachging, insbesondere bei der Überwachung und Kontrolle politischer Gegner und Ausreisewilliger sowie beim Verhindern politischen Protests. Erstmals werden in dieser Tiefe die Gründung, der Aufbau, die Arbeitsweise, die Tätigkeitsfelder sowie das Ende einer MfS-Objektdienststelle analysiert.

Der Ärztekreis „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ in Halle 1982–1989

Seit 1982 engagierte sich unter dem Dach der Evangelischen Kirche eine Gruppe von Medizinern, Psychotherapeuten und Krankenhausesorgern aus Halle für die Aufklärung über die unterschätzten Folgen eines atomaren Krieges. Die „Christlichen Mediziner in sozialer Verantwortung“ standen den „Internationalen Ärzten zur Verhütung eines Atomkriegs“ (IPPNW) nahe und stellten sich gegen eine vorbereitende Katastrophenmedizin für den Fall eines nuklearen Konflikts. 1985 hatte die IPPNW den Friedensnobelpreis erhalten. Die SED verstand sich selbst als alleinige Friedenshüterin und gründete eine staatlich gelenkte DDR-Sektion der IPPNW. Die Studie untersucht, inwieweit es dem MfS gelang, den Hallenser Ärztekreis zurückzudrängen, und welche Auswirkungen die nationale IPPNW-Gründung der DDR auf die private Initiative hatte.

Die Kreisdienststellen Nordhausen, Brandenburg und Schleiz

Mit der Studie zur Kreisdienststelle (KD) Nordhausen wird die erste grundlegende Untersuchung von Struktur und Geschichte einer MfS-Kreisdienststelle vorgelegt. Hierfür sind die Archivalien umfassend untersucht und sowohl systematisch nach Struktur, Personal, politischer Verankerung und Aktivitäten analysiert worden. Der Kreis Nordhausen vereint eine ganze Reihe charakteristischer Sektoren in einem Flächenkreis (Industrie, Landwirtschaft, Militär, Grenzregime, Erholung) und ist insoweit repräsentativ für DDR-Kreise ähnlich gemischter Struktur (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 65 f.). Die detaillierte Untersuchung der Arbeit der MfS-KD verdeutlicht typische Strukturen dieser Dienstebene der Staatssicherheit und schließt damit eine Lücke in der Erforschung von Struktur und Wirkungsweise des MfS. Die Studie ist für die Publikation 2017 vorbereitet.

Der Kreis Brandenburg hatte große wirtschaftliche Bedeutung innerhalb der DDR. Hier befanden sich eine Reihe überregional agierender Betriebe und das Zuchthaus Brandenburg, das neben Bautzen als eine der gefürchtetsten Haftanstalten der DDR galt. Konkreter Analysegegen-

stand wird die historische und systematische Darstellung der Arbeit der KD im Sinne einer Feldstudie sein. In einem nach Dekaden aufgeschlüsselten Überblick zur Entwicklungsgeschichte dieser Dienststelle soll die Studie am genauen Zahlenmaterial sowohl die Mitarbeiterprofile der Kreisdienststelle als auch die von ihnen geführten inoffiziellen Mitarbeiter dokumentieren.

Eine weitere Untersuchung befasst sich mit dem thüringischen Kreis Schleiz. Dieser Kreis war – anders als Nordhausen – weitgehend ländlich geprägt und relativ dünn besiedelt. Die Grenzsicherung spielte hier eine größere Rolle, da es eine Transitstrecke gab und der größte Betrieb in der Sperrzone lag. Er war wiederholt Schauplatz von Fluchten. Die Studie schildert die Tätigkeitsfelder und die Arbeitsweise des MfS anhand kontextualisierter Fallbeispiele, wobei vor allem die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt stehen soll. Bei den Studien zu Nordhausen und Brandenburg liegt der Blick stärker auf der Struktur des MfS und den Mitarbeitern.

5.4 Bibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des BStU sammelt und verwaltet neben Veröffentlichungen zum Ministerium für Staatssicherheit und anderen Geheimdiensten auch Publikationen zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur SBZ und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke. Hauptaufgabe der Bibliothek ist die Informationsbeschaffung für die Beschäftigten des BStU. Durch die Bereitstellung des Bibliothekskatalogs und der Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR auf der Internetseite der Bibliothek im Berichtszeitraum konnte die Nutzung für die interessierte Öffentlichkeit verbessert werden. Der Zeitschriftenbestand ist über die Zeitschriftendatenbank online recherchierbar. Die Mitgliedschaft in mehreren bibliothekarischen Verbänden ermöglicht einen konstanten fachlichen Austausch mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Berichtszeitraum konnte der Bestand durch gezielte Erwerbung, Tausch und Geschenke um über 1 300 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend rund 120 Zeitschriften sowie 15 Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine.

6 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Im Aufgabenbereich der Unterrichtung der Öffentlichkeit hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) Methodik und Formate seiner Dienstleistungen fortentwickelt und sich weiter auf das Archiv als historischen Gegenstand konzentriert. Im Zentrum stehen die Stasi-Unterlagen selbst, die im Zuge der Friedlichen Revolution von Bürgerinnen und Bürgern gesichert wurden und heute staatliches Handeln in einer Diktatur transparent machen können. Sie stehen als einzigartige Quelle Nutzern zur Verfügung und sind die Grundlage der Angebote, die das Stasi-Unterlagen-Archiv der Öffentlichkeit macht. So können Einzelpersonen, Forscher und Medien

sich ein Bild vom Funktionieren der DDR-Geheimpolizei machen, ebenso nächste Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der Diktatur haben. Die Beschäftigung mit Informationen und Sichtweisen in den Dokumenten kann dazu beitragen, die Wirkmechanismen nicht nur der Stasi, sondern der SED-Diktatur insgesamt zu erfassen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv will als sichtbar eigenständiger Bestand diesen Prozess auch in Zukunft unterstützen.

Im vorigen Tätigkeitsbericht war an gleicher Stelle (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 69 f.) ausführlich die Aufgabenstellung beschrieben, für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihrer Geheimpolizei auch diejenigen in geeigneter Weise anzusprechen, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen und insofern keine Erfahrungen mit den Repressionsmechanismen dieser Diktatur haben. Die notwendige Umorientierung findet sich in den meisten im Folgenden beschriebenen Aktivitäten wieder.

6.1 Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg nimmt unter den geschichtsträchtigen Orten der Hauptstadt eine zunehmend wichtige Rolle ein: Im Januar 2015 öffnete in „Haus 1“ die Dauerausstellung „Staatsicherheit in der SED-Diktatur“, erarbeitet vom Bundesbeauftragten und der Antistalinistischen Aktion Berlin-Normannenstraße e. V. (ASTAK e. V.). Zur Dauerausstellung bietet der BStU nun spezielle Arbeitsmaterialien und Bildungsformate insbesondere für Schülerinnen und Schüler an. Zudem richtet er auf dem Gelände und in früheren Gebäuden des Ministeriums für Staatssicherheit regelmäßig Veranstaltungen, Archiv- und Geländeführungen aus. Mit der Installation der Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft im Juni 2016 bekam der Lernort eine weitere Attraktion. Die Dauerausstellung dokumentiert die Ereignisse der Friedlichen Revolution von 1989/90 – von den Anfängen des Protests über den Mauerfall bis zur deutschen Einheit.

Der BStU und die Robert-Havemann-Gesellschaft haben auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in „Haus 22“ einen zentralen Anlaufpunkt für Besucherinnen und Besucher geschaffen. Im ehemaligen Offizierskasino des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) erhalten Interessierte Auskünfte und Informationsmaterialien und können sich Videodokumente der Stasi anschauen. Der BStU präsentiert sich so auf dem historischen Gelände mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv und der Gesamtheit seiner Angebote.

Im Berichtszeitraum wurde außerdem eine Archivausstellung konzipiert, die zusätzliche Informationen über Entstehung, Arbeit und Nutzung des Stasi-Unterlagen-Archivs bieten soll. Sie soll 2017 in einem dann umgestalteten „Haus 7“ für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

6.1.1 Dauerausstellung

Die neue Dauerausstellung „Staatsicherheit in der SED-Diktatur“ – am früheren Dienstsitz des Stasi-Ministers Erich Mielke in „Haus 1“ – wurde am 14. Januar

2015 durch die Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, und den Leiter des Stasi-Museums und Geschäftsführer der ASTAK e. V., Jörg Drieselmann, feierlich eröffnet. Sie bietet auf drei Etagen vielfältige Informationen über Entstehung, Funktion, Struktur und Methoden der Stasi, über ihr Selbstverständnis und die hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter sowie schließlich über die Verzahnung mit anderen „Organen“ des Sicherheitsapparats.

Die Ausstellung hatte nach Auskunft der ASTAK im Jahr 2015 rund 105 000 und im Jahr 2016 rund 108 000 Besucherinnen und Besucher aus dem deutschen und internationalen Raum; dabei nahm der Anteil von Einzelbesuchern zu. Die deutschen und englischen Ausstellungstexte werden durch einen Audioguide in mehreren Fremdsprachen (Italienisch, Spanisch, Französisch, Polnisch) ergänzt, um dem internationalen Publikum entgegenzukommen.

6.1.2 Archivführungen

In den Archiven der Zentralstelle und der Außenstellen des BStU können sich Besucherinnen und Besucher über die Arbeitsweise des MfS informieren und sich einen Eindruck von Erschließung, Verwahrung der Unterlagen und Funktion des Archivs heute verschaffen.

Im Jahr 2015 besuchten insgesamt 308 Gruppen mit rund 3 800 Besucherinnen und Besuchern das Archiv der Zentralstelle. 2016 waren 358 Gruppen mit gut 3 900 Personen zu Gast.

Archivführungen werden zunehmend in thematische Veranstaltungen integriert, um das Publikumsinteresse am historischen Stasi-Gelände zu nutzen und Geschichtsinteressierten einen Mehrwert zu bieten. So wurden etwa beim bundesweiten „Tag der Archive“ Führungen mit weiteren Elementen kombiniert (siehe Abschnitt 6.1.4). Häufig sind diese Archivbesuche auch Teil eines umfassenden Bildungsangebotes externer Institutionen, wie etwa des Diplomatenkollegs für Nachwuchsdiplomaten oder von Dienststellen der Bundeswehr. Neben diesen Führungen für Gruppen fanden in der Regel an einem Abend im Monat Archivführungen für Einzelbesucher statt. Auch das ausländische Interesse an Archivbesuchen ist nach wie vor hoch. Gruppen und Repräsentanten aus über 35 Ländern besuchten das ehemalige Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zwischen April und Oktober bietet das Archiv außerdem öffentliche Geländeführungen zur Geschichte des „Stasi-Reviers“ sowie zu einzelnen Gebäuden und den ehemals darin tätigen Dienstseinheiten an.

6.1.3 Bildungsangebote für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Nach der Eröffnung der Dauerausstellung „Staatsicherheit in der SED-Diktatur“ in „Haus 1“ begann die Umsetzung der museumspädagogischen Ideen zur selbstständigen Arbeit von Schülerinnen und Schülern mit der Ausstellung. Seit April 2016 liegen drei museumspädagogische

Formate für Schülerinnen und Schüler in gedruckter Form vor. Diese erlauben unterschiedliche Vertiefungsgrade und Erarbeitungszeiten, sodass je nach den individuellen Möglichkeiten und Interessen einer Schulklasse beim Ausstellungsbesuch das passende Format gewählt werden kann.

Den Großteil der Bildungsveranstaltungen nahmen im Berichtszeitraum Projektstage für Schülerinnen und Schüler ein. Auf Anfragen von Schulen wurden auch Schülerseminare mit besonderen inhaltlichen und methodischen Ansätzen durchgeführt. Die Themen dieser Projektstage entsprachen häufig den Schwerpunkten des Zentralabiturs im Fach Geschichte. Zu den Gästen gehörten auch Schülergruppen von speziellen Bildungsträgern und weiterführenden Schulen wie dem Oberstufenzentrum Informations- und Medizintechnik Berlin, der Jugendpflege Schauenburg oder der Staatlichen Ballettschule Berlin. Das Bildungsteam führte am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale im Berichtszeitraum insgesamt 159 Projektstage und Seminare durch, davon 74 für Schülerinnen und Schüler aus Berliner und Brandenburger Schulen und 85 für solche aus den alten Bundesländern. Für viele Schülergruppen stellte ein Besuch des Stasi-Unterlagen-Archivs einen besonders eindrucksvollen Programmteil dar. An einem Wochenende im Juli 2016 lud die Stasi-Unterlagen-Behörde erstmals zu einem Bildungsangebot des Berliner Familienpasses ein. Die Dauerausstellung und das ehemalige Stasi-Gelände in Lichtenberg standen dabei im Mittelpunkt. Eine didaktische Herausforderung war es, das Programm so zu gestalten, dass es Erwachsene, Jugendliche und Kinder gleichermaßen ansprach. Während des Wochenendes wurde das Gelände mit GPS-Geräten erkundet und die Dauerausstellung familienfreundlich vermittelt.

Im Berichtszeitraum ist das Bildungsteam dazu übergegangen, pro Jahr mindestens fünf öffentliche Fortbildungen für Berliner Lehrerinnen und Lehrer am Lernort anzubieten. Viele Lehrergruppen haben sich darüber hinaus im Rahmen von Fortbildungen oder Exkursionen über das Potenzial des Lernorts ehemalige Stasi-Zentrale und die Bildungsmaterialien des BStU informiert. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum im „Haus 1“ 72 Weiterbildungsveranstaltungen für 1 367 Lehrkräfte realisiert. Vom 25. bis 29. April 2016 fand erstmals eine „Kennenlern-Woche“ des Bildungsteams in „Haus 1“ statt. Zielgruppe dieser Woche waren Berliner Referendarinnen und Referendare der Fächer Geschichte und Politik. Sowohl die didaktische als auch die methodische Ausrichtung der Materialien und die zahlreichen Kurse des BStU wurden von den erfahrenen Fachseminarleitern und den jungen Lehrerinnen und Lehrern positiv gewürdigt.

In einem mehrtägigen Seminar mit Referendarinnen und Referendaren eines Studienseminars aus Bielefeld beschäftigten sich die angehenden Lehrkräfte mit den archiv- und museumspädagogischen Möglichkeiten des Lernorts ehemalige Stasi-Zentrale und erarbeiteten selbst Vorschläge für Unterrichtseinheiten mit den Materialien des BStU. Die so erworbene Expertise wollen sie in ihrer Heimatregion weitervermitteln. Die langjährige, intensive Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bil-

dung im Bereich Lehrerfortbildung konnte fortgesetzt werden. Im Juni 2015 und 2016 fand jeweils eine mehrtägige Fortbildung in Berlin statt. Die Teilnehmenden bekamen die Möglichkeit, das Thema Stasi aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten, indem sie sowohl den Lernort ehemalige Stasi-Zentrale und die Bildungsangebote des BStU als auch andere Berliner Gedenkorte und deren Bildungskonzeptionen kennenlernen konnten. Ein neues Format stellte eine zweitägige Lehrerfortbildung mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Elf meist junge Lehrkräfte arbeiteten gemeinsam mit einem wissenschaftspropädeutischen Seminar eines bayerischen Gymnasiums mit den ausstellungspädagogischen Aufgaben sowie den „Quellen für die Schule“.

Fortgesetzt wurden Seminare für die universitäre Ausbildung zum Lehramt und die Tagesveranstaltungen für Rechtsreferendarinnen und -referendare des Berliner Kammergerichts zum Thema „Politische Justiz in der DDR“ (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 73). Mit einem ganz besonderen Anliegen besuchten die Teilnehmenden eines Seminars der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Juni 2016 ein zweitägiges Seminar. Sie werden zukünftig fast alle für Nachrichtendienste der Bundesrepublik, vor allem den Bundesnachrichtendienst (BND), arbeiten. Für sie ist es besonders wichtig, sich bewusst zu sein, was die Stasi ausmachte, welches Selbstverständnis die Stasi-Mitarbeiter hatten und was es für die Menschen in der DDR bedeutete, einer Geheimpolizei ausgeliefert zu sein, die im Auftrag der SED die eigene Bevölkerung kontrollierte und einschüchterte. Die Teilnehmenden erarbeiteten mit den Bildungsmaterialien des BStU ein Konzept zur Vermittlung des Themas DDR-Staatssicherheit für ihre Kommilitonen.

Auf mehreren schulbezogenen Fachtagungen und Konferenzen im Bundesgebiet präsentierte der BStU sein erweitertes Bildungsprogramm am Lernort der ehemaligen Stasi-Zentrale. Neue Bildungsangebote wurden auch auf den Geschichtsmessen 2015 und 2016 der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl vorgestellt. Zur weiteren Akzeptanz der ehemaligen Stasi-Zentrale als Lernort trug auch bei, dass der BStU dort im September 2016 das Berlin-Brandenburgische Forum für zeitgeschichtliche Bildung ausrichtete. Rund 100 Gedenkstättenpädagogen, Multiplikatoren und Lehrkräfte setzten sich mit der Frage auseinander, wie eine subjektorientierte Pädagogik an Gedenkstätten und Museen aussehen kann. Subjektorientierung zielt darauf ab, mit speziellen Konzepten auf die zunehmend heterogenen biografischen Hintergründe der Lernenden sowie die immer stärker ausdifferenzierten Lernvoraussetzungen und -erfahrungen zu reagieren. Breiteren Interessentenkreisen konnten der Lernort und die Bildungsangebote bei der „Langen Nacht der Museen“ im August 2015 und 2016 und beim Bürgertag anlässlich des 15. Januar 1990 bekanntgemacht werden.

Neben der Realisierung von Veranstaltungen für Lehrende und für Schulklassen setzte das Bildungsteam im Berichtszeitraum die Erarbeitung von Bildungsmaterialien

fort. Hervorzuheben ist ein Kooperationsprojekt mit der Stiftung Berliner Mauer. Es thematisiert einen der vielen Berliner Fluchttunnel, die nach dem August 1961 unter der Mauer hindurch gegraben worden waren. Dazu existieren Aufzeichnungen in den MfS-Unterlagen im Umfang von über 40 Bänden. Ein wichtiges Ergebnis der Kooperation war die vom Bildungsteam herausgegebene neue Themenmappe „... Liquidierung einer Personenschleuse: Akten zu einer gescheiterten Tunnelflucht in Berlin“. Das Kooperationsprojekt mündete ferner in einen seitdem buchbaren, gemeinsamen Schülerprojekttag in beiden Gedenkorten. An diesem Projekttag können die Schülerinnen und Schüler das Thema sowohl aus Sicht eines Zeitzeugen als auch aus der Perspektive der Stasi-Akten bearbeiten.

6.1.4 Veranstaltungen am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Einen bedeutenden Teil seiner Veranstaltungen führte der BStU am Lernort der ehemaligen Stasi-Zentrale durch, mit dem Ziel, Arbeit und Wirken des MfS direkt am historischen Ort anschaulich zu machen. Dabei kooperierte der BStU u. a. mit ASTAK e. V., Robert-Havemann-Gesellschaft, Stattbau GmbH Berlin, Ziegler Film und Museum Lichtenberg.

Aus Anlass der Besetzung der Stasi-Zentrale vor 25 Jahren fand am 17. Januar 2015 eine ganztägige Veranstaltung unter dem Motto „Demokratie statt Diktatur!“ mit rund 7 000 Bürgerinnen und Bürgern statt. Im Fokus standen die damalige Rettung von Akten vor der Vernichtung und ihre Nutzung zur Aufklärung über Diktatur. Zum Programm gehörten Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen, Geländeführungen und Filmvorführungen sowie Beratungen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv war durchgehend zugänglich und bot einen Einblick in das Innenleben der DDR-Geheimpolizei.

Eine Veranstaltung am 2. Juli 2015 drehte sich um den Rockmusiker Udo Lindenberg: Auf dem Programm standen ein Zeitzeugengespräch zum Lindenberg-Konzert im Palast der Republik 1983, eine Diskussion mit Schülern zum Thema „Die junge Generation und das Thema Stasi“ und der Film „Die Akte Lindenberg“. Zeitgleich wurde im Stasi-Museum auf dem Gelände die Sonderausstellung „Mit dem Sonderzug nach Pankow – Udo Lindenberg in Ost-Berlin“ eröffnet.

Bei der Langen Nacht der Museen stellt das Stasi-Unterlagen-Archiv regelmäßig Potenzial und Nutzungsmöglichkeiten der Dokumente vor, um besonders Menschen mit wenig Vorwissen zum Thema „DDR und Diktatur“ über die Stasi zu informieren. Hierzu gab es am 29. August 2015 und am 27. August 2016 ein breit gefächertes Programm mit Stasi-Schulungsfilmern, Archiv-, Ausstellungs- und Geländeführungen, einer Präsentation der Stasi-Mediathek und Zeitzeugengesprächen zum Jahr 1990, als der politische Streit um die Öffnung der Stasi-Akten bis zu einem Hungerstreik führte. Im Jahr 2016 stand die Lange Nacht im Zeichen des Sports. Themen waren unter anderem die Verfolgung von Fußball-Fans durch das MfS, die WM 1974 und Doping in der DDR.

2016 startete der BStU in den Räumen des Archivs eine neue Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv. Aktuelles aus der Überlieferung der DDR-Geheimpolizei“. Die mit Terminen im Abstand von zwei Monaten stattfindende Reihe dient dazu, die Überlieferung des Stasi-Unterlagen-Archivs und Arbeitsergebnisse der Behörde einschließlich Publikationen der Öffentlichkeit vorzustellen und für das Wirken der Stasi am historischen Ort zu interessieren. Kombiniert wurden die Vorträge mit jeweils thematisch passenden Führungen durch Teile des Archivs wie z. B. die Ton- oder die Restaurierungswerkstatt, durch die Dauerausstellung im Stasi-Museum oder über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale. Das neue Format hat sich unter anderem bei jüngeren Zielgruppen und beim Fachpublikum etablieren können. Bisherige Themen waren:

- 9. Februar 2016: „Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Entwicklung, Struktur und Funktion der Archivabteilung des MfS“,
- 12. April 2016: „Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei“,
- 7. Juni 2016: „Bilder, Töne, Filme sichern – im Wettlauf gegen die Zeit. Herausforderungen für den Erhalt des Materials im Stasi-Unterlagen-Archiv“,
- 12. Juli 2016: „Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland“,
- 13. September 2016: „Handwerker des Archivs. Die Restaurierungswerkstatt des BStU“,
- 8. November 2016: „Feindseliges Auftreten gegenüber der DDR. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns in den Stasi-Akten“.

Insgesamt besuchten 375 Personen eine Veranstaltung dieser Reihe.

Am 15. Januar 2016 lud das Stasi-Unterlagen-Archiv zu einer Kurzfilm-Wanderung auf das Gelände. Für dieses Format mit historischem Filmmaterial und einem Ausschnitt aus der aktuellen TV-Serie „Weissensee“ wurde unter dem Titel „Macht das Tor auf!“ die Besetzung der Stasi-Zentrale nachempfunden; beteiligt waren die damals vom Gelände berichtenden Journalisten Peter Wensierski und Ulrich Leidholdt sowie die Macher der Serie „Weissensee“.

Am 5. März 2016 lud das Stasi-Unterlagen-Archiv zum „Tag der Archive“ unter dem bundesweiten Motto „Mobilität im Wandel“. Es gab Vorträge zur Überwachung von Kreuzfahrtschiffen und zu Fluchten über die DDR-Grenze, Präsentationen der Stasi-Mediathek und des Educaching-Projekts des Bildungsteams für das Gelände sowie Führungen durch das Archiv. Auch die Außenstellen in Frankfurt (Oder), Magdeburg, Erfurt, Schwerin, Neubrandenburg, Halle, Gera und Dresden präsentierten an diesem Tag ihre Archivbestände.

Am 10. September 2016 beteiligte sich der BStU am „Tag des offenen Denkmals“ mit dem Thema „Vom Sperrgebiet

zum historischen Denkmal“. Besucher konnten den ganzen Tag über an Gelände- und Archivführungen teilnehmen, ein Vortrag beleuchtete die baulichen Herausforderungen, die das Stasi-Areal an Stadtplaner stellt, sowie die Nutzungsperspektiven. Zum jährlichen „UNESCO-Tag des audiovisuellen Erbes“ bot der BStU am 27. Oktober 2016 am authentischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale eine Veranstaltung mit einer interaktiven Audioinstallation zum Thema Überwachung an. Hierbei präsentierte die Künstlergruppe „ÜB3R“ originale von der Stasi abgehörte Telefonate und veranschaulichte, wie es sich anfühlt, überwacht zu werden. Ergänzend bestand die Möglichkeit, das Tonstudio des Archivs zu besuchen und mehr über die Erhaltung und Erschließung von Tondokumenten zu erfahren.

Die im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes entstandene Studie „Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953“ (siehe Abschnitt 5.2.17) stellte der Bundesbeauftragte gemeinsam mit den Autoren Ronny Heidenreich, Daniela Munkel und Elke Stadelmann-Wenz am 7. November 2016 vor. Zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Uli Grötsch und Hans-Wilhelm Saure („Bild“-Zeitung) thematisierten sie die spannungsgeladene Konfrontation zwischen der DDR-Staatssicherheit und der Vorläuferorganisation des BND, der „Organisation Gehlen“, und diskutierten aktuelle Fragen zum Auftrag und zur Kontrolle von Geheimdiensten.

Der in der ZAIG-Reihe erschienene Band „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1956“ wurde am 14. November 2016 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Hierbei diskutierten der Historiker György Dalos mit dem Bearbeiter des Bandes, Henrik Bispinck, über die Bedeutung des XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und seine Folgen für die DDR im Jahr 1956, umrahmt von einer Lesung aus Stasi-Akten durch ein Ensemblemitglied der Berliner Volksbühne.

Der BStU stellte in einigen Fällen externen Veranstaltern Räumlichkeiten in der ehemaligen Zentrale der DDR-Geheimpolizei zur Verfügung. Am 9. September 2015 fand die 6. FAN-Konferenz (Konferenz zur Zukunft des Gebiets Frankfurter Allee Nord) in der ehemaligen Stasi-Zentrale statt. Unter dem Titel „Lernort für Demokratie braucht FANS“ lud die Stadtbau GmbH Interessierte aus dem Gebiet Frankfurter Allee Nord ein, die in diesem Stadtteil wohnen oder arbeiten und sich engagieren wollen. Die Initiatoren der Citizen Art Days – eine künstlerische Plattform, über die Bürger, Künstler und Stadtakteure zusammengebracht werden – nahmen die Einladung des Bundesbeauftragten an, an einem Ort der Repression und Revolution die Auseinandersetzung über Diktatur und Demokratie zu führen. Die Künstlergruppe veranstaltete vom 23. bis 29. Mai 2016 Workshops und Vorträge auf ihrem „Campus für Kunst und Demokratie“.

6.2 Internetpräsenz des BStU

Die Angebote des Stasi-Unterlagen-Archivs im Netz haben im Berichtszeitraum wachsendes Interesse erfahren. Im Fokus stand die Veröffentlichung von Originaldokumenten, um Nutzern direkten Einblick in die Stasi-Unterlagen zu ermöglichen.

6.2.1 Online-Portal Stasi-Mediathek (Mediathek ausgewählter Dokumente)

Die Stasi-Unterlagen-Behörde startete im Januar 2015 die Stasi-Mediathek. Dieses neue Online-Portal bietet erstmalig einen breiten und multimedialen Zugang zu Inhalten des Stasi-Unterlagen-Archivs. Internetnutzer haben durch die Mediathek Zugriff auf vielfältige Videos, Audio-Dokumente, Fotos und ausgewählte Akten zu unterschiedlichsten Themen aus allen Jahrzehnten des Bestehens der DDR-Geheimpolizei. Die Seite www.stasi-mediathek.de ist auf verschiedene Zielgruppen orientiert, als „Schaukasten ins Archiv“ richtet sich die Mediathek gleichermaßen an Experten und Laien als zeitgemäßes Web-Angebot zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Zentrales Bedienelement ist eine semantische Suche. Sie ermöglicht qualifizierte Suchergebnisse, weil die inhaltliche Bedeutung von Texten für die Suchanfrage berücksichtigt werden kann. Alle Unterlagen werden vorab vollständig transkribiert. Die Suche kann daher auch die Inhalte von Dokumenten, Filmaufnahmen und Audiomitschnitten der Stasi erfassen und recherchierbar machen. Seit dem Start wurden die Inhalte der Mediathek kontinuierlich erweitert. Zurzeit befinden sich 439 Textdokumente (ca. 3 200 Seiten), 525 Fotos, 16 Audios und 33 Videos in der Mediathek, die für die Öffentlichkeit aufbereitet und online gestellt wurden. Die in der Stasi-Mediathek veröffentlichten Unterlagen verfügen über eine hohe Informationsdichte, stehen exemplarisch für die Inhalte des Archivs und sind Wegweiser zu weiteren Dokumenten. Sie verdeutlichen in der Auswahl größere Zusammenhänge bei einem Thema und behandeln konkrete Fallbeispiele oder Ereignisse. Zu Beginn einer Sammlung ordnet ein redaktioneller Text das Geschehen in seine historischen Zusammenhänge ein, ehe dann die Akten selbst den Verlauf eines Ereignisses dokumentieren.

Der BStU bereitet außerdem Dokumentensammlungen zu spezifischen Themen auf. So gehören zum Beispiel sämtliche Unterlagen in der Mediathek zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 einer Sammlung an. Seit dem Start der Stasi-Mediathek sind 13 Ereignisschwerpunkte und Sammlungen entstanden, darunter:

- Friedliche Revolution,
- Die Stasi und die RAF,
- Tschernobyl: „Unter Kontrolle halten“,
- Udo Lindenberg rockt für den Weltfrieden,
- „Erziehung mit der Guillotine“ – Der Tod von Manfred Smolka.

Die Mediathek ist im Berichtszeitraum mit drei Preisen in den Kategorien Online-Kommunikation und Website ausgezeichnet worden: mit dem Deutschen Designerpreis, dem iF-Award des Internationalen Forums Design und mit dem Lead-Award.

6.2.2 Online-Schwerpunkte und Dokumentensammlungen zu Archivunterlagen

Seit Ende 2015 steht Interessierten das MfS-Lexikon digital zur Verfügung. Das Lexikon ist ein kompaktes Nachschlagewerk zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Erläutert werden u. a. Arbeitsweisen, Methoden, Abteilungen und wichtige Schlüsselbegriffe. In neu publizierten Artikeln auf der Website werden Begriffe aus dem MfS-Lexikon verlinkt, sodass die Erklärungen per Klick sofort angezeigt werden.

Ein thematischer Schwerpunkt auf www.bstu.de im Berichtszeitraum war „Die Stasi im Westen“. Durch das Zusammenspiel mit der Mediathek ergaben sich Synergieeffekte. Alle in diesem Schwerpunkt verwandten Dokumente liegen in der Stasi-Mediathek und sind mit den Artikeln zum jeweiligen Bundesland verknüpft. Weitere Schwerpunkte als Dienstleistung insbesondere für Medienvertreter sind im Abschnitt zur Pressearbeit dargestellt (siehe Abschnitt 6.7). Seit April 2016 sind unter dem Navigationspunkt „BStU in Zukunft“ grundlegende Informationen zur öffentlichen Debatte um die Zukunft der Behörde zu finden.

6.2.3 BStU und Social Media

Für einen einfachen und breiten Zugang zu den im Netz abrufbaren Originaldokumenten und -sammlungen nutzt der BStU auch Verweise auf seiner Facebook-Präsenz. Hier erfahren Follower von neuen Themen aus dem Archiv, können Fragen stellen, Feedback geben und gelangen über einen Link zu Informationen auf www.bstu.de oder in der Stasi-Mediathek.

Seit Dezember 2015 betreibt der BStU ein Konto bei der Foto-Plattform Instagram, um die Bekanntheit des Geländes der ehemaligen Stasi-Zentrale zu erhöhen. Auf dem Account [@stasizentrale](https://www.instagram.com/stasizentrale) werden regelmäßig Fotos vom Gelände hochgeladen mit Verweisen auf die Geschichte des Ortes sowie auf gegenwärtige Angebote des BStU und seiner Partner vor Ort. Dieses Online-Format bietet die Möglichkeit, mit Besucherinnen und Besuchern des Areals in Dialog zu treten und ihre Fragen zum Wirken der DDR-Staatssicherheit zu beantworten. Geschichtsinteressierte Instagram-Fotografen konnten spezielle Archiv- und Geländeführungen am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale wahrnehmen.

6.3 BStU-Dokumentenhefte

Das Format der Dokumentenhefte soll Einblick geben in das Stasi-Unterlagen-Archiv und zur Beschäftigung mit den Dokumenten des MfS anregen. Die Hefte stellen jeweils eine Quellensammlung zur Verfügung. Sie präsentieren Vielfalt und Potenzial der BStU-Archive und

ermöglichen einer breiten Öffentlichkeit, in einem unkomplizierten Format Stasi-Dokumente selbst zu lesen. Sie eignen sich damit für Menschen mit wenig Vorwissen zum Thema, für Archiv- und Geschichtsinteressierte sowie bei entsprechender Anleitung auch für die Arbeit an Schulen. Ihre Themen sollen konkret sein – daraus ergeben sich abgesteckte historische Ereignisse.

In der Auseinandersetzung mit der DDR stehen die Dokumentenhefte für eine von mehreren möglichen Perspektiven, Geschichte zu erzählen. Es ist die Perspektive der Stasi und der übrigen an der Repression beteiligten Staats- und Parteiorgane in der Diktatur. Über die thematische Dokumentenauswahl soll über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS unterrichtet werden. Die Interpretation des Dargestellten liegt jedoch allein bei den Nutzern. Hier unterscheiden sich die Dokumentenhefte von geschichtswissenschaftlichen Publikationen. Sie verstehen sich als Türöffner zu einer eigenen Themenrecherche auf Grundlage von Stasi-Dokumenten.

Die BStU-Dokumentenhefte sind kostenlos als Print- und Onlineversion erhältlich. Im Berichtszeitraum sind erschienen:

- „Stasi raus – es ist aus!“ Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei,
- Hessen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“,
- Tschernobyl. Der Super-GAU und die Stasi,
- „Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“. Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR 1976.

6.4 Regionale und überregionale Ausstellungen

6.4.1 Dauerausstellungen

Der BStU verfügt über eine breite themenspezifische Palette an Dauer- und Wanderausstellungen. Dauerausstellungen hält der BStU – neben der kooperativ entwickelten Dauerausstellung im Stasi-Museum im „Haus 1“ (siehe Abschnitt 6.1.1) – an mehreren Standorten bereit: in den Informations- und Dokumentationszentren seiner Außenstellen in Dresden, Erfurt, Halle und Frankfurt (Oder). Hier können sich die Besucher über die Funktion und Tätigkeit des DDR-Staatssicherheitsdienstes informieren, über seine Mitarbeiter, seine Methoden und nicht zuletzt über die Auswirkungen der Stasi-Repressionspolitik. Auch das Ende der Staatssicherheit 1989/90 und Fragen zum weiteren Umgang mit den überlieferten Stasi-Akten werden thematisiert. Unter anderem zeigen die Ausstellungen Originalgegenstände, die im Arbeitsalltag der Stasi eingesetzt wurden. Insbesondere die operative Technik zur verdeckten Beobachtung findet stets große Aufmerksamkeit.

Eine eigene Wirkungskraft entwickeln die Dauerausstellungen an historischen Orten. Seit 2004 zeichnete die Außenstelle Frankfurt (Oder) für den Betrieb der Gedenkstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft verantwortlich. Mit

ihrer Ausstellung „Eingesperrt ... Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit in Frankfurt (Oder)“ in diesem ehemaligen, auch von der Stasi genutzten Gefängnisgebäude erläuterte sie anhand von biografischen Beispielen die Stasi-Haft. Zum Ende des Jahres 2015 wurde die Gedenkstätte an den Träger, die Stadt Frankfurt (Oder), zurückgegeben. Die Dokumentations- und Gedenkstätte ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt (DuG) in Rostock wird von der dortigen BStU-Außenstelle betreut. Die in der DuG präsentierte Dokumentation findet in ihrem konkreten Ortsbezug und ihren Biografiedarstellungen ein breites Publikum. Nach Beendigung der für Mitte 2017 geplanten Sanierungsarbeiten wird das Land Mecklenburg-Vorpommern die Trägerschaft für die DuG übernehmen.

6.4.2 Wander- und Wechselausstellungen

Im Berichtszeitraum wurde ein neues modulares Ausstellungskonzept entwickelt, das Baukastensystem „Ausstellungen regional“. Dieses gliedert sich inhaltlich in vier Modulgruppen. Das Basismodul bündelt die wichtigsten Grundkenntnisse zur DDR-Staatssicherheit; diese allgemeinen Informationen werden durch regionale Darstellungen zur Stasi vor Ort unteretzt. Weitere Bausteine, die mit den Basismodulen verknüpft werden können, sind die Themenmodule, beispielsweise zu „Stasi und Umweltschutz“ oder „Stasi und DDR-Jugend“, die Biografiemodule, die Betroffene und hauptamtliche sowie inoffizielle Stasi-Mitarbeiter vorstellen, sowie die Ereignismodule, die relevante historisch-politische Ereignisse wie den Volksaufstand am 17. Juni 1953 darstellen und seine Bedeutung für die Entwicklung der Stasi erläutern. Alle Module bieten in ihrer Anbindung an konkrete Fälle einen klaren Regionalbezug. Mit diesem modularen System wird die Ausstellungsarbeit des BStU konzeptionell neu orientiert, um die Kräfte zu bündeln und das Ausstellungsprofil zu schärfen. Mittelfristig soll ein breit gefächertes Katalog an Ausstellungsmodulen bereitstehen, der es ermöglicht, für unterschiedlichste thematische Anlässe eine Ausstellung zusammenzusetzen, je nach Bedarf und Raum in knapper oder in ausführlicherer Version. Nicht zuletzt sollen derartige Ausstellungen in den Außenstellen bzw. an historischen Orten der Region präsentiert werden und mit anderen Angeboten des BStU wie insbesondere Bürgerberatungen in Paketen kombiniert werden.

Das erste Produkt in dieser neuen Reihe, das konsequent die Regionen in den Mittelpunkt stellt und mit geschichtlichen Schwerpunktthemen verknüpft, war die Ausstellung des BStU „Die Stasi in Köthen“ zum Sachsen-Anhalt-Tag 2015. Hier konnten sich die Besucherinnen und Besucher über die Aktivitäten der Stasi in der betreffenden Region informieren; eine Karte veranschaulichte die Dichte an konspirativen Wohnungen der Stasi in Köthen. 2016 wurden für die Öffentlichkeit mehrere Module bereitgestellt, primär im Kontext der Ländertage in Mecklenburg-Vorpommern im Juli, in Sachsen-Anhalt und Sachsen im September sowie zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden. Die dort präsentierten Ausstellungselemente konkretisieren anhand regionaler Biografien, wie die Stasi arbeitete und wie sich die geheimpolizeiliche Kontrolle und Ma-

nipulation auf das Leben der Betroffenen auswirkte, und sie vermitteln anhand ausgewählter Themenfelder, wie die Stasi in den verschiedenen Bereichen des Alltagslebens intervenierte. Nicht zuletzt die Station in Dresden zeigte, wie produktiv allgemeine Wissensvermittlung mit konkreten Einzeldarstellungen verknüpft werden kann. Die Darstellung „Stasi in der Oper“ stieß vor Ort auf großes Interesse.

Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ ist das zentrale Angebot in den alten Bundesländern, in denen es an thematisch einschlägigen Orten zur Information und Aufarbeitung mangelt. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Funktion, Struktur und Methoden der DDR-Staatssicherheit und spiegelt auf der Grundlage der überlieferten Stasi-Akten zudem anschaulich wider, welche Bedeutung die Stasi-Thematik für die gesamtdeutsche Geschichte hat. Für das jeweilige örtliche Publikum bietet der BStU ergänzend konkrete regionalbezogene Anknüpfungspunkte an. Anhand von Fallbeispielen, die auf Tafeln dargestellt werden, erfahren die Besucher, wo und wie die Stasi in der betreffenden Region aktiv war, und sie erkennen, wie nah die vermeintlich entfernte ostdeutsche Geschichte tatsächlich war und ist. Mit der Ausstellung werden außerdem quellenbasierte Schülerprojekte sowie Fortbildungen für Lehrkräfte zu „DDR und Stasi als Thema im Schulunterricht“ verknüpft. Der BStU hat zu den Wanderausstellungen in den alten Bundesländern in den Jahren 2015 und 2016 sechs Lehrerfortbildungen und 28 Schülerprojekttage durchgeführt. Daran nahmen 141 Lehrkräfte und 1 259 Schülerinnen und Schüler teil.

Die Wanderausstellung wird in Kooperation mit Vertretern von Stadt und Land oder mit regionalen Bildungsträgern präsentiert, die durch ihr Engagement und ihre Vernetzung maßgeblich zur Wirkung der Ausstellung vor Ort beitragen. Die Ausstellungseröffnung nimmt der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem Kooperationspartner vor, wobei auf die aktive Einbeziehung junger Menschen Wert gelegt wird. So fand in Heidelberg ein BStU-Workshop für Abiturienten statt, dessen Ergebnisse sich auf der Eröffnungsveranstaltung in einem offenen, lebhaften Interview der Schülerinnen und Schüler mit dem Bundesbeauftragten manifestierten. Ergänzt wird das Programm zu „Feind ist, wer anders denkt“ oft durch Vorträge, in denen Referenten des BStU dem Publikum einzelne Schwerpunkte näherbringen, beispielsweise zu den Themen „Wie die DDR-Staatssicherheit die Bevölkerung überwachte“, „Die DDR, die Stasi und die Anwälte“ oder „Die Stasi und der Deutsche Bundestag“.

Im Berichtszeitraum war die Ausstellung in zehn deutschen Städten zu besichtigen; mehr als 12 000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über die Geheimpolizei der SED-Diktatur zu informieren (siehe Anhang 16). So war die Ausstellung im Landgericht Aachen, in der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und im Hanns-Dieter-Hüsch-Bildungszentrum in Moers zu sehen. Hervorhebenswert waren auch die Stationen im Schleswig-Holsteinischen Landtag in Kiel und in der Justus-Liebig-Universität in

Gießen. Die Präsentation in Gießen erfolgte anlässlich des Tages der Deutschen Einheit und wurde in Gegenwart des Bundesbeauftragten und des Ministerpräsidenten des Landes Hessen feierlich eröffnet.

Ein besonderes Vorhaben stellte die Wanderausstellung „By any means. Communist Secret Police and People’s Everyday Life“ dar. In Zusammenarbeit mit den Partnerinstitutionen des „Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ aus Polen und Ungarn entwickelte der BStU eine Übersichtsausstellung, die die Ideologie und Praxis der kommunistischen Geheimpolizeien in Ostmitteleuropa dokumentiert. Die Besucher erfahren, wie die Geheimpolizeien entstanden, was ihr politischer Auftrag war, wer für sie gearbeitet hat und welche Methoden sie anwandten. Exemplarische Biografien von Betroffenen aus den sieben Netzwerk-Ländern führen darüber hinaus die konkreten Auswirkungen der geheimpolizeilichen Repressionen nachdrücklich vor Augen. So lernt der Besucher die Gemeinsamkeiten in der Ausrichtung der verschiedenen Geheimpolizeien kennen, nimmt aber auch landesspezifische Prägungen wahr. Sichtbar wird zudem, wie die DDR-Staatssicherheit – gleichsam der westliche Vorposten der kommunistischen Geheimpolizeien – in diesem Rahmen verortet ist. Die Ausstellung ist in englischer Sprache produziert, Begleithefte in Deutsch, Polnisch und Französisch liegen zur Information bereit. Die Ersteröffnung der Ausstellung fand im Oktober 2015 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin statt. Eine weitere wichtige Station war im Herbst 2016 die Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel (siehe Kapitel 7).

Die bereits im vorigen Berichtszeitraum erarbeitete Ausstellung „Lernt Polnisch. Solidarność, DDR und die Stasi“ (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 75 und 83 f.) liegt inzwischen als Plakatausstellung auch in englischer Sprache vor, ferner gibt es Begleitbroschüren in Deutsch, Polnisch und Englisch. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Hoffnungen auf Reformen, die die DDR-Opposition aus der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność schöpfte, und die Angst der DDR-Führung, der Funke des Widerstands könne überspringen. Im Berichtszeitraum war die Ausstellung in mehreren Außenstellen des BStU zu sehen und wurde bei Anlässen wie dem Bürgertag auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin-Lichtenberg gezeigt. Sie wurde ferner zusammen mit polnischen oder im deutsch-polnischen Dialog tätigen Partnern dem Publikum zugänglich gemacht, so mit dem Willy-Brandt-Zentrum an der Universität Wrocław, dem Deutsch-Polnischen Gymnasium in Löckwitz und anschließend in dessen polnischer Partnerschule in Police. Daraus erwuchs eine weitere Station in der Stadt Police selbst. Die Veranstalter verstanden diese zweisprachige Ausstellung zu einem gemeinsamen historischen Thema als einen wichtigen Beitrag für die Gegenwartskontakte. Die Ausstellung „Lernt Polnisch“ war zudem im Sommer 2015 in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel präsent. Dass im selben Haus auch die Vertretung der Woiwodschaft Wielkopolska residiert, war angesichts des deutsch-polnischen Themas ein sehr trefflicher Umstand.

Weitere Stationen waren die Deutsche Botschaft Bangkok im Sommer 2016 und die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus im November des Jahres.

Die Ausstellung „Überwachen – Verängstigen – Verfolgen“ gibt einen gestrafften Überblick zur Funktion und Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit, zeichnet anhand von Betroffenenbiografien die Auswirkungen der Stasi-Praxis nach und informiert über das Ende der Geheimpolizei und die Errichtung des BStU. Die Ausstellung wird in Deutsch, Englisch und Spanisch bereitgestellt. Präsentiert wurde sie in BStU-Außenstellen, in verschiedenen regionalen Einrichtungen, so in Schwedt und Lauchhammer, sowie im Rathaus der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.

Darüber hinaus fördern die Außenstellen des BStU mit einer Reihe weiterer eigener Ausstellungen die Aufklärung über die Geschichte der DDR-Staatssicherheit. Dieses Engagement der Außenstellen, ihre Vernetzung in der jeweiligen Region und ihre vielfältigen Kontakte ermöglichen einen hohen Wirkungsgrad in der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Die Ausstellungen, die in den Außenstellen selbst gezeigt oder externen Leihnehmern zur Verfügung gestellt werden und möglichst mit Bürgerberatungen oder Veranstaltungen des BStU verknüpft werden, beziehen sich auf örtlich relevante Themen und Ereignisse oder stellen besondere Schwerpunkte dar. Hierzu zählen

- „Stasi Ohn(e)Macht“, eine bildreiche Dokumentation über die Überwindung der Stasi in den verschiedenen Regionen der DDR durch die Friedliche Revolution,
- „Die Stasi-Zentrale in Berlin 1950–1989“,
- „Im Fokus der Staatssicherheit. Willy Brandt in Erfurt“,
- „Postgeheimnis – die Stasi und die Cottbuser Briefe“,
- „Grenzgebiet“: zur Rolle der Stasi bei der Grenzüberwachung und Grenzkontrolle in Mecklenburg-Vorpommern,
- die jugendbezogenen Ausstellungen „Zwischen Aufbegehren und Anpassen. Jugend in der DDR“ und „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“,
- die frauenthematische Dokumentation „Kämpfen an der Seite der Genossen. Mitarbeiterinnen der Stasi“ sowie
- die Darstellung „Schmutzige Geschäfte“ über das Vorgehen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Kontext des Antikhandels Pirna.

Erhebliches Interesse rufen regelmäßig sporthistorische Ausstellungen des BStU hervor, z.B. „Kaderschmiede Sport“ über die Rolle der Stasi bei der Kinder- und Jugendsportausbildung, „Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit“, aufgezeigt an der Entwicklung in Sachsen, oder „Fußball für die Stasi. Der BFC Dynamo“. Dem Selbstverständnis und der Selbststilisierung der DDR-Staatssicherheit ist die Sonderausstellung „Stasi-Propagandaplakate“ gewidmet. Diese Auswahl einschlägiger Propagandaplakate vermittelt dem Publikum

zum einen die Sicht des Apparats auf sich selbst sowie seine Außerdarstellung, zum anderen schafft sie durch inhaltliche Erläuterungen die erforderliche Kontextualisierung und Einordnung.

Die eigenen Ausstellungen und archivbezogenen Angebote werden insbesondere in den Außenstellen des BStU durch themenrelevante externe Präsentationen erweitert.

6.5 Regionale und überregionale Bildungsangebote

Seit 2015 wurden begleitende Schülerprojekttage zur Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ konsequent auf die Ausstellung bezogen. Auch die ausstellungsbegleitenden Lehrerfortbildungen konzentrieren sich darauf, Lehrkräfte zu befähigen, die Ausstellungsinhalte selbstständig mit ihren Schülerinnen und Schülern zu erschließen. Dafür wurden die didaktischen Begleitmaterialien zur Wanderausstellung grundlegend aktualisiert und erweitert.

Regionale Schulprojekttage werden darüber hinaus vor allem in den Außenstellen realisiert. Auch hier finden Bildungsprojekte des BStU seit 2013 fast ausschließlich in Einrichtungen des BStU statt. Insgesamt führten die Außenstellen im Berichtszeitraum 538 Schülerprojekttage durch. Neben dem Regelbetrieb waren besondere Kooperationen oder besondere historische Daten Anlässe für Projekttage.

In Erfurt fand im Berichtszeitraum wieder die jährliche Projektwoche des Christlichen Gymnasiums Jena statt. Sie ist ein Kooperationsprojekt mit dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Ettersberg/Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße.

Die Außenstelle Suhl arbeitete eng mit der Gedenk- und Bildungsstätte Point Alpha zusammen. Viele Schulklassen aus Hessen reisten im Rahmen von Exkursionen zu dieser Gedenk- und Bildungsstätte. Ohne die Unterlagen der Staatssicherheit lassen sich die Funktionsweise des Grenzregimes der DDR und die zahlreichen Fälle, in denen Menschen mit Gewalt an Flüchtlingen gehindert wurden, nicht erforschen.

Gera war im April 2015 Gastgeber und Mitveranstalter der Sozialkundeolympiade Ostthüringen für die Klassenstufe 10. Zu den Veranstaltungen mit Schülern gehörte 2016 der Projekttag anlässlich des 35. Todestages von Matthias Domaschk. Er wurde von der Außenstelle Gera zusammen mit der Gedenkstätte Amthordurchgang e. V. und der Kunstschule Gera e. V. gestaltet. Schülerinnen und Schüler des Karl-Theodor-Liebe-Gymnasiums beschäftigten sich mit der Frage, wie Jugendliche ins Visier der Stasi geraten konnten. Dazu fand ein Gespräch mit dem aus Jena stammenden Künstler und Bildhauer Thomas Kretschmer statt.

Unter der Überschrift „Halt – Grenzposten – Stehenbleiben oder ich schieße!“ 25 Jahre Deutsche Einheit – Leben an und mit der Grenze“ fand vom 15. bis 19. September 2015 das Sächsische Geschichtscamp in Plauen

statt. Ausrichter und Träger des Camps ist das Sächsische Staatsministerium für Kultus. Die sächsischen Außenstellen unterstützen diese Veranstaltung seit Jahren. In den Geschichtscamps konnten Schülerinnen und Schüler Einblick in vorbereitete Stasi-Akten nehmen, Gespräche mit Zeitzeugen führen und sich mit anderen Schülern verschiedener Altersklassen austauschen; die Teilnahme an den Camps soll die eigene Projektarbeit an den Schulen fördern. Die Außenstelle Chemnitz stellte Aktenmaterial zur Verfügung, außerdem führte sie einen Workshop mit dem Zeitzeugen Klaus Hopf durch. 2016 fand das Geschichtscamp unter Beteiligung des BStU in der Gedenkstätte Bautzen statt. Die Veranstaltung „Ab nach Bautzen!“ – Politische Verfolgung und Haft in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR“ ging dem Umgang mit politischen Häftlingen und Besonderheiten der regionalen Geschichte nach.

Das Theaterprojekt „Im Fokus der Deutschen Einheit: ‚Freiheit für meine Akte!‘“ war ein Kooperationsprojekt der drei sächsischen Außenstellen mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. In diesem Ost-West-Schulprojekt befassten sich drei Schulklassen aus Leipzig und Schweinfurt mit den damaligen kontroversen Debatten um das Stasi-Unterlagen-Gesetz und verarbeiteten diese in Theaterstücken. Sowohl die Aufführung im Leipziger Theater der Jungen Welt als auch die anschließende Podiumsdiskussion zeigten, wie sehr um Positionen, Texte und Ausrichtung in den Parlamenten sowie zwischen Ost und West gestritten wurde. An der Veranstaltung nahm die Sächsische Kultusministerin und damalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth, teil. In der Außenstelle Leipzig führte die Roland-Berger-Stiftung im Oktober 2015 mit Stipendiaten ein Projektwochenende durch. 25 Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren wurden kreativ an das Thema „Unterdrückungsapparat Staatssicherheit“ herangeführt. Hierfür wurden u. a. die „Untold Stories“-Caches genutzt, Ergebnisse eines Bildungsprojekts zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 86 f.).

Die Außenstelle Halle führte im Berichtszeitraum zwei mehrtägige Schülerprojekte durch. Teilnehmer am ersten Projekt waren Schulklassen des Georg-Cantor-Gymnasiums und des Herder-Gymnasiums. Im Mittelpunkt dieses Projektes stand der Zeitzeuge Matthias Waschitschka. Er berichtete über die Besetzung und spätere Auflösung der MfS-Bezirksverwaltung Halle. Das zweite Schülerprojekt fand in der Hutten-Gesamtschule in Kooperation mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle statt und stand unter dem Thema „Fluchtversuch und Haft“. Es beschäftigte sich mit dem Fall „Versuchter Grenzdurchbruch zweier Schüler“ aus dem BStU-Bildungsmaterial „Quellen für die Schule“. Als Ergänzung zu den Bildungsmaterialien wurden sowohl das Radiofeature „Lange Schatten“ (2012) als auch der Fernsehfilm „Tödliche Grenze – Der Schütze und sein Opfer“ (2015) des Regisseurs Thomas Gaevert in das Projekt integriert. In einer Podiumsdiskussion beantwortete Gaevert Fragen der Schülerinnen und Schüler. Im Rahmen der landesweiten Schulprojektwoche „DDR-Ge-

schichte“ im Juli 2015 besuchte eine große Anzahl von Schülern die Außenstelle Magdeburg. Sie kamen vom Hegel- und vom Domgymnasium, mit denen seit Jahren stabile Kontakte bestehen. Den Schülerinnen und Schülern wurde mit Überblicksdarstellungen und Fallbeispielen die Rolle des Staatssicherheitsdienstes in der SED-Diktatur verdeutlicht. Diese Veranstaltungen fanden wieder in enger Kooperation mit der Gedenkstätte Moritzplatz und dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg statt.

Ein häufiges Thema in Schwerin war die ehemalige innerdeutsche Grenze des früheren Bezirkes. Im Mittelpunkt standen dabei das Leben an und mit der Grenze sowie die Flucht aus der DDR. Weitere Projekttag hießen „Leben im Überwachungsstaat“ sowie „Verantwortung tragen – Ist das Thema Stasi noch aktuell?“. 2015 arbeiteten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Am Sonnenberg“ in Crivitz während der Projektwochen „Gegen das Vergessen“ mit der Plakatausstellung des BStU „Stasi. Was war das?“. 2016 stand die BStU-Ausstellung „Zwischen Anpassen und Aufbegehren“ im Mittelpunkt der Projektarbeiten. Zum Abschluss der Projektwochen organisierte die Außenstelle eine öffentliche Veranstaltung, in der die Schülerinnen und Schüler ihre Ergebnisse der zweiwöchigen Projektarbeit vorstellten und der Leiterin der Außenstelle übergaben. Besonders gelungene Präsentationen wurden in der Dauerausstellung in Görslow der Öffentlichkeit präsentiert. Schwerpunkte der Bildungsarbeit in Neubrandenburg waren 2015 und 2016 die Tage der offenen Tür am 9. November. An diesen Tagen bot die Außenstelle Schulklassen jeweils acht Themenworkshops an. In deren Zentrum standen Zeitzeugen, die den Schülerinnen und Schülern über Aufbegehren in der DDR, Fluchten und über jugendliche inoffizielle Mitarbeiter berichteten.

In einigen Außenstellen fanden im Berichtszeitraum regelmäßig Weiterbildungen für Lehrende statt. Nach Erfurt kamen hauptsächlich Lehrerinnen und Lehrer aus dem benachbarten Bayern und Hessen. In Gera informierten sich Schulleiter und Mitarbeiter des Schulamtes Ostthüringen über die Bildungsangebote der Behörde. Fachberater für Geschichte sächsischer Schulen und Lehramtsanwärter der Regionalstelle Chemnitz besuchten die dortige Außenstelle zur Projektarbeit. Mehrere Außenstellen realisieren Angebote für Studierende oder Stipendiaten. Journalistik-Studenten der Hochschule Magdeburg/Stendal hielten sich zweimal pro Jahr in der Außenstelle Magdeburg auf. Hier befassten sie sich mit rechtlichen und methodischen Fragen der Ermittlung und Verwendung von Quellenmaterialien aus den Archivbeständen des BStU. Im Rahmen eines Seminars „Rechtsstaat – Unrechtsstaat. Ambivalenzen moderner Staatlichkeit“ informierten sich angehende Juristen und Historiker der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Mai 2015 über das Wirken des MfS in Gera. Zweimal jährlich begrüßte die Außenstelle Erfurt Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Jakob-Kaiser-Akademie Königswinter, die Kurzseminare in Thüringen absolvierten.

6.6 Veranstaltungen des BStU

Mittels Veranstaltungen – eigenen oder in Kooperation mit anderen Institutionen – kommt der BStU seiner Aufgabe nach, über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes zu unterrichten. Er richtet sich dabei an die breite Öffentlichkeit mit Interesse an historischen Themen und Aufarbeitung. Dazu gehören die Generationen mit eigener Diktaturerfahrung und vom SED-Unrecht betroffene Menschen. Ebenso werden Interessierte der nächsten Generation angesprochen, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen. Fachleute aus Forschung und Archivwesen sind eine weitere Zielgruppe.

Bei der überwiegenden Zahl der Veranstaltungen bieten Dokumente, Fotos, Videos oder Tonaufnahmen direkten Einblick in das Stasi-Unterlagen-Archiv. In drei Fällen nahmen ehemalige MfS-Mitarbeiter an Veranstaltungen teil und stellten sich Debatten auf dem Podium. Außerdem war der BStU bei bundesweiten Anlässen mit einer breiten Palette an Informationen vertreten. Dazu gehörten die Bürgerfeste zum Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt/Main (2015) und Dresden (2016). Besucherinnen und Besucher konnten sich anhand von auf Informationstafeln zusammengestellten Unterlagen informieren, wie das MfS in ihrer Region agierte. Zur Vertiefung und zum Mitnehmen wurden zusätzliche Archivalien in Broschüren zusammengestellt. Für Frankfurt/Main entstand so das Dokumentenheft „Hessen und die Stasi – Die Überwachung im ‚Operationsgebiet West‘“, in dem es unter anderem um die Überwachung des Notaufnahmehagers Gießen geht. 2016 lag das Heft „Die Stasi in Dresden“ aus der neu entwickelten Regionalreihe des BStU vor (siehe Abschnitt 5.2.16). Informationen zu den archivischen Bildungsangeboten und Beratung zur Antragstellung gehörten in beiden Städten zum Programm. Ebenso war der BStU regelmäßig mit thematisch passenden Informationen aus dem Archiv, Besuchermaterialien und Beratungsständen bei bundespolitischen Anlässen (z. B. Tag der offenen Tür der Bundesregierung) und auf den Ländertagen der ostdeutschen Bundesländer vertreten.

6.6.1 Veranstaltungen der Zentralstelle

Insgesamt bot der BStU im Berichtszeitraum 2015 und 2016 in Berlin und Potsdam 31 Veranstaltungen, teils in Kooperationen, mit rund 12 300 Besucherinnen und Besuchern an. Dazu gehörten Formate wie Tage der offenen Tür, Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Vorträge, Buchvorstellungen und Ausstellungseröffnungen. Im Fokus standen BStU-Arbeitsergebnisse und Archivrecherchen. Die Behörde kooperierte dabei mit Akteuren der Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft wie der ASTAK e. V., der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Berliner Mauer und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Um neue Zielgruppen anzusprechen, gab es außerdem Kooperationen mit verschiedenen Verlagen, der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Musical „Hinterm Horizont“, dem Schwulen Museum, Ziegler-Film, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und dem

Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk. Das historische MfS-Gelände in Berlin-Lichtenberg, der heutige Lernort ehemalige Stasi-Zentrale, wurde schwerpunktmäßig für Veranstaltungen genutzt (siehe Abschnitt 6.1.4).

Veranstaltungen zu Forschungsergebnissen

Die Publikationen des Forschungsbereichs beim BStU wurden in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt, insbesondere in Berlin, etliche auch in den Außenstellen; hervorzuheben sind ferner Präsentationen auf der Leipziger und der Frankfurter Buchmesse.

Die Studie von Susanne Muhle mit dem Titel „Auftrag Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit“ (siehe Abschnitt 5.2.7) wurde am 24. März 2015 gemeinsam mit der Stiftung Berliner Mauer und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorgestellt. Der 1955 aus West-Berlin entführte Karl Wilhelm Fricke saß auf dem Podium und teilte Erinnerungen und Einschätzungen mit dem Sohn des 1961 entführten Heinz Brandt, dem Historiker Jens Giesecke und Roger Engelmann (BStU).

Die Untersuchung „Die AIDS-Verschöpfung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB“ (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 69) wurde in einer Veranstaltung am 7. Mai 2015 in Kooperation mit dem Schwulen Museum in dessen Ausstellungsräumen präsentiert. Douglas Selvage und Christopher Nehring, Autor und Koautor der Studie, der Journalist Kuno Kruse und Sabine Weinmann, Vertreterin der Deutschen AIDS-Hilfe e. V., sprachen über die Rolle von KGB und Stasi bei der Verbreitung der Verschwörungstheorie zur Entstehung des HI-Virus als ein in den USA entwickelter biologischer Kampfstoff.

Das Buch „In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989“ von Julia Spohr (siehe Abschnitt 5.2.9) wurde in einer Veranstaltung am 8. Oktober 2015 gemeinsam mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in deren Räumen vorgestellt. Die Podiumsdiskussion zeigte, wie sich Haftlingsalltag und die Vernehmungspraxis vor dem Hintergrund der sich verändernden Praktiken der Vernehmer im Laufe der Jahrzehnte wandelten.

Der ZAIG-Band 1981 wurde am 30. November 2015 in der Samariterkirche der Öffentlichkeit präsentiert. Unter dem Titel „Staat. Kirche. Opposition. Das Jahr 1981 im Blick der Stasi“ (siehe Abschnitt 5.2.3) diskutierten Rainer Eppelmann, damals Pfarrer der Samaritergemeinde Berlin-Friedrichshain, und Manfred Stolpe, 1981 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, unter Moderation von Hans-Jürgen Börner, ehemaliger ARD-Korrespondent in der DDR, wie sich die Kirche in den 80er-Jahren zwischen den oppositionellen Gruppen, dem Staat und der Stasi positionierte.

Das Buch „Vom Kommunisten zum Dissidenten. Annäherungen an Robert Havemann“ (siehe Abschnitt 5.2.8) wurde mit einer Veranstaltung am 25. April 2016 in der Arminius-Markthalle in Berlin-Moabit unter Beteiligung

des Herausgebers Bernd Florath, des Zeitzeugen Thomas Klingenstein und einer Schülerin des Robert-Havemann-Gymnasiums vorgestellt. Das Podiumsgespräch über wissenschaftliches Werk und politisches Leben von Robert Havemann und die Bedeutung seiner Ideen für die heutige Gesellschaft wurde von Filmsequenzen zu seiner Biografie umrahmt.

Der Förderverein Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde stellte am 25. Oktober 2016 in Kooperation mit dem BStU die Publikation von Georg Herbstritt „Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatsicherheit 1950 bis 1989“ (siehe Abschnitt 5.2.12) vor. In der Veranstaltung wurden (ost)deutsch-rumänische Beziehungen, Konflikte im Ostblock und das Wirken der Geheimdienste thematisiert.

Weitere Veranstaltungen des BStU

Am 22. Juni 2015 diskutierte der Bundesbeauftragte als Kooperationspartner des Mitteldeutschen Verlages mit Alexander Kobylinski, dem Autor der Publikation „Der verrätene Verräter“, in der Berliner Sophienkirche über Wolfgang Schnur, den Bürgerrechtsanwalt und einen der wichtigsten inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

Am 19. Oktober 2015 bot der BStU im Rahmen des zweitägigen Treffens des Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizei zuständigen Behörden (siehe Kapitel 7) eine Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung an mit dem Titel „Transparenz des Geheimen. Die osteuropäischen Geheimpolizeiarchive und demokratischer Wandel“. Hierbei wurde die vom Netzwerk erarbeitete Ausstellung „By Any Means. Communist Secret Police and People's Everyday Life“ eröffnet. Eine Podiumsdiskussion zum Umgang mit dem Unrecht aus der diktatorischen Vergangenheit verschiedener europäischer Länder schloss sich an.

30 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl fand am 20. April 2016 eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Keinerlei gesundheitliche Gefährdungen. Tschernobyl, die Stasi und die Rolle der Umweltbewegungen“ in der Berliner Zionskirche statt. Zeitzeugen und Experten diskutierten die Impulse, die von dem Ereignis auf Umweltaktivisten in der DDR ausgingen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv präsentierte ein Dokumentenheft zum Thema.

Zum zweiten Mal beteiligte sich die Stasi-Unterlagen-Behörde am 11. Juni 2016 an der „Langen Nacht der Wissenschaft“. Unter dem Titel „Die Stasi: Geheimpolizei in der SED-Diktatur“ gab es in der Universitätsbibliothek der TU Berlin verschiedene Vorträge zu aktuellen Projekten des BStU.

Am 1. November 2016 informierte der Bundesbeauftragte als Kooperationspartner der Wista Management GmbH (Betreiber des heutigen Technologiezentrums Berlin-Adlershof) im Rahmen einer Veranstaltung im Forum Adlershof über den historischen Ort Adlershof, an dem einst das Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ stationiert war.

6.6.2 Veranstaltungen und Archivpräsentationen in den Regionen

Auch die Außenstellen kamen ihrem Unterrichtsauftrag durch archivbezogene Veranstaltungen oder die Teilnahme an übergreifenden Veranstaltungen nach. So präsentierten sie sich im Rahmen der jährlichen Ländertage in den ostdeutschen Ländern mit Informationen zur Arbeit des BStU, Beratung zur Antragstellung und mit Dokumenten, die das Wirken der Stasi in den jeweiligen Regionen veranschaulichten.

Die Präsentation von regionalen Themen ermöglicht auf leicht zugängliche Weise einen Einblick in das Stasi-Unterlagen-Archiv und soll zur Beschäftigung mit den Mechanismen in der SED-Diktatur anregen. Dafür werden Unterlagen und Fotos aus dem Archiv verwendet, die exemplarisch den Blick der Stasi auf bestimmte Personen oder Ereignisse verdeutlichen. Die Rechercheergebnisse kommen auf mobilen Flächen bei Anlässen wie Ländertagen oder Tagen der offenen Tür zum Einsatz oder vertiefen die Inhalte von bereitliegenden Dokumentenheften.

Als solche thematische Archivpräsentationen (Roll-Ups) wurden eingesetzt:

Außenstelle Suhl:

- „Stasi als Dauergast. Inoffizielle Mitarbeiter im Ringberghaus“

Außenstelle Neubrandenburg:

- „Fluchtversuch mit einem Ballon. Traum geplatzt“,
- „Flucht über die Berliner Mauer: ‚Kratzspuren durch Menschenhand‘“

Außenstelle Leipzig:

- „Keine Privatsphäre. Konspirative Wohnungsdurchsuchung bei einem Grufti“,
- „Tatort Friedhof. Gruftis unter Verdacht“,
- „Depeche Mode. Fantreffen in Annaberg“.

Außerdem boten die Außenstellen regelmäßig Archivführungen an. Dabei sind die vielfältige Nutzung der Akten durch Privatpersonen, Institutionen, Forschung und Medien ein Thema, ebenso die Rekonstruktion zerstörter Dokumente. Viele Vorträge oder Ausstellungen waren mit Beratungstagen der Außenstellen in den Regionen verbunden, bei denen Interessierte Anträge auf Akteneinsicht stellen und Informationsmöglichkeiten der Behörde nutzen konnten (zur Bürgerberatung siehe Abschnitt 4.1.3).

Brandenburg

Die regelmäßigen Führungen durch das Archiv der Außenstelle Frankfurt (Oder) werden seit 2016 mit einem spezifischen Thema gekoppelt. Zum Archivtag im März 2016 beispielsweise wurden anonymisierte Akten-Beispiele zu Fluchtereignissen genutzt, um die Brutalität des Grenzregimes und die Willkür des DDR-Justizapparates zu dokumentieren.

Bei Veranstaltungen präsentierte die Außenstelle mehrfach den auf Unterlagen ihres Archivs (siehe Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 85) basierenden Film „Der Stasimann in Schweden“ und vertiefte das Thema in Podiumsgesprächen (siehe Abschnitt 4.3.5).

Die von der Außenstelle seit 2004 betriebene Gedenkstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft befindet sich seit Ende 2015 im Interesse einer regionalen Arbeitsteilung wieder in Trägerschaft der Stadt Frankfurt (Oder), um personelle Ressourcen für die Antragsbearbeitung beim BStU freizusetzen. Die Stadt hält die Gedenkstätte zu den bisherigen Zeiten offen. Die Außenstelle nutzt die Gedenkstätte weiterhin an vier Sonntagen im Jahr als Veranstaltungsort.

Mecklenburg-Vorpommern

2015 präsentierte die Außenstelle Neubrandenburg die Veranstaltungsreihe „25 Jahre Wiedervereinigung“, in deren Rahmen die Podiumsdiskussion „‚feindlich-negativ‘ – Das Ende der Stasi in Neubrandenburg“ im Regionalmuseum stattfand. Dabei berichteten Zeitzeugen und ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der Stasi über die Ereignisse während der Auflösung der Geheimpolizei in Neubrandenburg. Ihre monatlichen Archivführungen setzt die Außenstelle seit 2015 mit einem neuen Konzept fort: Der Rundgang wird verbunden mit Informationen zu regionalen Fällen, Geschichten und Begebenheiten aus den Neubrandenburger Stasi-Akten.

Im April 2015 führte die Außenstelle Rostock in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der früheren Stasi-U-Haft Rostock (DuG) erstmals ein deutsch-deutsches Zeitzeugen-Gespräch „Stasi-Haft statt Freiheit. Zwei Rostocker, zwei Bremer und eine gescheiterte Flucht“ durch. Auf der Grundlage von Stasi-Akten und den Erinnerungen der Protagonisten wurden die Schicksale von zwei Westdeutschen vorgestellt, die als Jugendliche zwei Rostockern bei der Flucht helfen wollten. Der Versuch endete mit Haft für alle vier Jugendlichen. Am authentischen Ort der Haftanstalt fand auch die Veranstaltung „Gefangen im Netz der Dunkelkammer. Ein Gespräch zur Stasi-Überwachung“ statt. Der frühere Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Berndt Seite, und der Bundesbeauftragte Roland Jahn debattierten über die Folgen von Überwachung und Repression durch die Stasi.

Im Dezember 2015 eröffnete in der DuG die Ausstellung „Eigentor. Der FC Hansa Rostock und die Stasi“. Zeitzeugen debattierten mit den Gästen, warum und mit welchen Folgen die DDR-Geheimpolizei im Auftrag der SED den Fußball so umfassend überwachte. Von April bis Juni 2016 wurde in der DuG erstmals eine Ausstellung zur „Westarbeit“ der Stasi gezeigt. Die Exposition „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ wurde von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg der Bundeswehr erarbeitet. Sie stieß insbesondere bei Besuchern aus den alten Bundesländern auf großes Interesse.

Mit der Veranstaltungsreihe „Samstag im Archiv“ führte die Außenstelle Schwerin im Berichtszeitraum ein neues Format ein. Eine themenbezogene Archivführung wird

dabei einmal im Monat mit einer Lesung, einem Zeitzeugengespräch oder einem Vortrag mit regionalen Beispielen kombiniert. Durch diese inhaltliche Aufwertung der Führungen erreicht die Außenstelle ein deutlich breiteres Publikum.

Die Außenstelle setzte außerdem auf Veranstaltungsformate mit Kooperationspartnern. Beispielsweise wurde eine Reihe mit dem Schweriner Schleswig-Holstein-Haus fortgesetzt, in deren Rahmen Buchvorstellungen wie „West-Ost-Migranten – Wie die Stasi Aufnahmelager überwachte“ oder „Hinter vorgehaltener Hand – Politische Denunziation in der DDR“ stattfanden. Weitere Kooperationen bestanden mit dem Grenzhof Schlagsdorf und dem Dokumentationszentrum des Landes für Opfer der Diktaturen in Deutschland. Auf dem gemeinsamen Programm standen dort beispielsweise das Thema „Stasi, KSZE und Menschenrechte in der DDR“ und der Vortrag „Volksaufstand und Staatssicherheit – Der 17. Juni 1953 in den geheimen Berichten an die SED-Führung“.

Sachsen

Im Berichtszeitraum hat sich die Außenstelle Chemnitz auf Veranstaltungen zum Wirken der Stasi in der Region, Archivführungen, die Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Festen und kommunalen Kulturveranstaltungen konzentriert. Im Jahr 2016 startete die Außenstelle ein neues archivbezogenes Format: „Führung spezial“; dieses bietet Archivführungen zu spezifischen Themen, in die durch einen kurzen Vortrag, ein öffentliches Interview mit Zeitzeugen oder einen Expertendialog eingeführt wird. Hauptverantwortlich realisierte die Außenstelle im Berichtszeitraum u. a. Veranstaltungen zur Musikszene in der Region im Visier der Stasi, zum Häftlingsfreikauf mit Bezug auf die Untersuchungshaftanstalt Kaßberg, zur Motivation hauptamtlicher Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt und zur Verfolgung und Zersetzung einzelner regional bekannter Schriftsteller und Künstler. Wie in den vergangenen Jahren beteiligte sich die Außenstelle an der Chemnitzer Museumsnacht. Mit einem Infostand und einer Bürgerberatung war sie in beiden Jahren beim Behördenfest der Stadt Chemnitz im Areal des Wasserschlosses Klaffenbach präsent.

Mit den „Geschichten aus den Stasi-Akten“ etablierte die Außenstelle Dresden im Februar 2015 eine neue Veranstaltungsreihe, um ihr Archiv und interessante Fälle aus den Unterlagen der Geheimpolizei vorzustellen. So gibt das Format Einblick in die Methoden der Geheimhaltung, Täuschung und Tarnung wie auch des Eindringens in die Privatsphäre des Einzelnen durch das MfS. Unter dem Titel „Rock und Revolution“ beteiligte sich die Außenstelle an der Dresdner Museumssommernacht im Juli 2015. Bei einer Podiumsdiskussion wurde der Umgang mit Subkulturen in der DDR durch Beispiele aus Stasi-Akten anschaulich gemacht. Besucher konnten sich außerdem selbst im Anonymisieren von Stasi-Unterlagen versuchen.

Im November 2015 referierte der Journalist Ingolf Pleil zum Thema „Stasi im Publikum. Die Wiedereröffnung der Semperoper 1985“. Die Akten zeigen, wie die Großveran-

staltung mit mehreren Hundert Ehrengästen nach achtjähriger Bauzeit zu einer Mammutaufgabe für die Stasi geriet. Mit 1 734 MfS-Mitarbeitern war es einer der größten Einsätze der Stasi-Bezirksverwaltung Dresden. Die dazugehörigen Dokumente sind in der Stasi-Mediathek einsehbar.

Mit Unterstützung des BStU eröffnete in der Gedenkstätte Bautzner Straße am 20. April 2016 die Dauerausstellung „STASI. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“, eine Leihgabe des BStU. Bei der Podiumsdiskussion „So, als sei nichts gewesen ... SED, Stasi und das Unrecht in der DDR“ mit rund 120 Gästen diskutierten der Bundesbeauftragte Roland Jahn, der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, und Bernd Roth, ehemaliger MfS-Major.

Die Außenstelle Leipzig organisierte im Berichtszeitraum eine Reihe von themenbezogenen Veranstaltungen und öffnete mehrfach die Türen ihres Archivs für Besucher.

Bei zwei Veranstaltungen standen die Aktivitäten der Staatssicherheit gegenüber Frauen im Mittelpunkt. Ende Januar 2015 wurde die Überwachung lesbischer Gruppierungen und Personen durch das MfS beleuchtet. Die Expertin Barbara Wallbraun belegte in einem Vortrag anhand zahlreicher Aktenauszüge das hohe Interesse der DDR-Geheimpolizei an der lesbischen Szene. Zeitzeugin Ursula Sillge ergänzte die aktenbasierten Ausführungen. Einen Monat später befasste sich ein Zeitzeugengespräch unter dem Titel „Das Leipziger ‚Wespennest‘ im Fokus der Stasi“ mit der Gruppe „Frauen für den Frieden“.

An der Leipziger Museumsnacht beteiligte sich die Außenstelle im April 2015 unter dem Titel „Kopfkino. Vorhang auf im Stasi-Archiv“, im April 2016 hieß das Motto „Entzauberte Macht. Alltag der Tscheckisten“ – jeweils mit der Präsentation von Stasi-Unterlagen. Themenspezifische Vorträge und szenische Lesungen rundeten das Programm ab. Zu den jährlichen Leipziger Lichtfesten lud die Außenstelle Interessierte zu einer „Nacht der offenen Tür“. Zahlreiche archivische Angebote wie die Präsentation von Aktenauszügen zur Region Leipzig sowie thematische Archivbegehungen informierten über die DDR-Staatssicherheit. Filmvorführungen und Ausstellungen komplettierten das Programm.

Sachsen-Anhalt

Die Außenstelle Halle präsentierte bei ihren Veranstaltungen insbesondere Forschungsergebnisse und aktuelle Publikationen des BStU. Im Oktober 2015 wurde etwa im Hallenser Stadthaus das Buch „Auftrag Menschenraub“ von Susanne Muhle (siehe Abschnitt 5.2.7) über die Entführung von insgesamt etwa 400 Bundesbürgern und West-Berlinern in die DDR vorgestellt. Zur Museumsnacht am 25. April 2015 nutzten die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, nicht nur das Stasi-Unterlagen-Archiv zu besichtigen, sondern auch heute leerstehende Teile des früheren MfS-Hauptgebäudes zu erkunden, u. a. den „Dzierzynski-Saal“. In der ehemaligen Bar der früheren Stasi-Oberen organisierte die Außenstelle eine szenische Lesung mit der Schauspielerin Nele Heyse

und dem Intendanten des Neuen Theaters Halle, Matthias Brenner. Eine weitere Neuerung waren Geländeführungen über das Areal der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS in Halle. Bei den Führungen werden Details der Bau- und Nutzungsgeschichte des Gebäudekomplexes erläutert und mit Originalfotos und Bauplänen der Stasi veranschaulicht. Die Geländeführungen sind seither immer wieder im Programm, beispielsweise zum Tag der Archive 2016, an dem sich die Außenstelle mit vielfältigen Informationen zum Thema Republikflucht beteiligte.

Neben monatlichen Archivführungen veranstaltete die Außenstelle Magdeburg anlässlich des bundesweiten Tages der Archive am 6. März 2016 einen Tag der offenen Tür. Unter dem Motto „Mobilität im Wandel“ wurden Informationen über das Stasi-Unterlagen-Archiv, Beispielakten und eine Ausstellung mit Dokumenten über „Transitreisen im Visier der Stasi“ präsentiert. In thematischen Veranstaltungen, meist mit Kooperationspartnern, wurden Publikationen des BStU vorgestellt wie „Knastware für den Klassenfeind“ von Tobias Wunschik oder in einem Podium über „Missglückte Versuche zur Anwerbung von Stasi-Spitzeln“ diskutiert.

Thüringen

Seit 2015 bietet die Außenstelle Erfurt jeden Monat eine thematische Archivführung in Verbindung mit einem Vortrag unter dem Titel „Stasi-Akte spezial“ an. Das regionale Wirken der Stasi und Besonderheiten aus dem Archiv stehen bei der Reihe im Mittelpunkt. Zusätzlich bietet die Außenstelle wöchentlich Archivführungen und einmal monatlich Führungen für Senioren an. An beiden im Berichtszeitraum liegenden Tagen des offenen Denkmals beteiligte sich die Außenstelle mit einem Programm aus Vorträgen, Sonderausstellungen und Archivführungen.

Seit 2015 besteht die monatliche Vortragsreihe „Der Quellenwert der Stasi-Akten für die zeitgeschichtliche Forschung“. In Kooperation mit dem Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur organisierte die Außenstelle in diesem Rahmen beispielsweise Vorträge zu den Themen „MfS an Thüringer Universitäten am Beispiel der TH Ilmenau“ oder „Briefe im Wasserdampf – Die Postkontrolle der Staatssicherheit“.

Neben der Teilnahme an der Geraer Museumsnacht am 29. August 2015 oder dem Tag der Archive am 5. März 2016 konzipierte die Außenstelle Gera im Berichtszeitraum zwei neue Veranstaltungsformate. Seit April 2015 findet monatlich eine Archivführung für Senioren statt, die auf deren Bedürfnisse und Tempo eingeht. Im Juli 2015 startete die Außenstelle Gera die Themenreihe „Aufgegriffen – Geschichten aus den Stasi-Akten“. Nach einer Archivführung werden Akten vorgestellt und anhand von regional interessanten Fällen die Methoden der Stasi veranschaulicht. Themen waren beispielsweise „Die Be- und Entwaffnung der Geraer Stasi-Zentrale“ oder „Das Interhotel Gera im Blick der Stasi“.

Im Januar 2015 bot die Außenstelle Gera ein umfangreiches Programm anlässlich des 25. Jahrestages der Beset-

zung der Stasi-Bezirksverwaltung Gera, u. a. mit Führungen durch das Archiv und über das Gelände der ehemaligen Bezirksverwaltung. Auf einem Podium zur Besetzung stellte sich mit Michael Trostorff erstmals der ehemalige Leiter einer MfS-Bezirksverwaltung der öffentlichen Diskussion. Neben ihm nahmen der Bundesbeauftragte Roland Jahn und weitere Zeitzeugen an der Debatte teil. Im April 2016 widmete sich eine Veranstaltung dem Gedenken an den 35. Todestag Matthias Domaschks. Unter der Fragestellung „Was bleibt?“ setzten sich im Alten Schwurgerichtssaal des Landgerichts Gera Roland Jahn, der Thüringer Landesbeauftragte Christian Dietrich, der Zeitzeuge Peter Rösch und die Historikerin Katharina Lenski mit den Umständen von Domaschks Tod auseinander.

Im Rahmen des 2013 ins Leben gerufenen Formats „Geschichte lesen“ organisierte die Außenstelle Suhl im Berichtszeitraum eine Reihe von Veranstaltungen. „Geschichte lesen“ setzt sich zusammen aus einer Archivführung und einer themen- und regionalbezogenen Lesung aus den Stasi-Akten. Im Fokus stand dabei im Jahr 2015 die Verfolgung unangepasster Jugendlicher im ehemaligen DDR-Bezirk Suhl, zum Beispiel beim Wasunger Karneval. Weitere Themen waren unter anderem das Peter Maffay-Konzert in Suhl 1987, die geheime Waffenproduktion der Stasi im Bezirk Suhl, die Rolle der DDR-Geheimpolizei bei den regelmäßigen Motorrad-Grand-Prix im tschechischen Brno oder die Stasi-Aktionen beim Besuch des russischen Astronauten Juri Gagarin in Suhl. Die Veranstaltung „Geschichte lesen am authentischen Ort“ findet an einem Ort statt, der in Bezug zu den Dokumenten steht.

6.7 Pressearbeit

Auch für die Pressearbeit ist die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi eine zentrale Aufgabenstellung. Daher kommunizierte die Pressestelle nicht nur die Themen der Behördenleitung und der Fachabteilungen des Hauses über ihre Kanäle an Pressevertreter. Sie recherchierte auch selber Themen für ihre Zielgruppe, die sie auf der Homepage www.bstu.de zum Anreiz für eine Berichterstattung zur Verfügung stellte. Die Pressestelle war zudem für viele Journalistinnen und Journalisten aus dem In- und Ausland Ansprechpartner, wenn sie grundlegend erfahren wollten, wie man einen Antrag für die Recherche in Stasi-Unterlagen beim BStU stellt. Sie organisierte und begleitete zudem Dutzende von Dreharbeiten im Archiv und Lesesaal. Um die Antragstellung für externe Forscher und Journalisten zu erleichtern, entwickelten Pressestelle und Abteilung AU gemeinsam ein PDF-Formular, mit dem ein Rechercheantrag online ausgefüllt werden kann. Auf der englischen Seite des Webauftritts wurde dies für internationale Interessenten ebenfalls ermöglicht.

Ein Schwerpunkt der Pressearbeit lag auf der Kommunikation der Themen und Strategien des Bundesbeauftragten. Dazu zählten Interviews des Bundesbeauftragten mit nationalen und internationalen Medien, aber auch die Pressebegleitung von Terminen und Auftritten des

Bundesbeauftragten sowie die Begleitung von presserelevanten Besuchergruppen im Archiv. Im Jahr 2016 lag ein besonderes Medieninteresse auf der Diskussion um die Zukunft des BStU. Dazu nahm der Bundesbeauftragte in vielen Interviews Stellung. Die Pressestelle initiierte für die externe und interne Kommunikation des Transformationsprozesses des BStU einen spezifischen Online-Bereich, den sie kontinuierlich betreute.

Die Pressestelle kommunizierte im Berichtszeitraum neue Publikationen der Forschungsabteilung, neue Geschichten und Sammlungen der Stasi-Mediathek sowie die Veranstaltungen des BStU an die Presse. Neben dem üblichen Instrument der Pressemitteilung vermittelte sie die Themen über den Twitterkanal der Pressestelle, über bildbasierte E-Mails sowie den viermal pro Jahr erscheinenden Newsletter. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext die Begleitung des Launches der Stasi-Mediathek Anfang 2015, die Kommunikation der Eröffnung der neuen Dauerausstellung in „Haus 1“ sowie des anschließenden Bürgertages. Intensiv betreute Themen waren der multimedial vermittelte 30. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl sowie der von der BBC weltweit publik gemachte Videofilm eines Vortrags des Doppelagenten Kim Philby aus dem Archiv des BStU.

Weiterhin begleitete die Pressestelle die Wanderausstellung des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ mit spezifischen Stasi-Unterlagen mit regionalem Bezug für die Presse. Mehrfach griffen so regionale und landesweite Medien Themen auf und vertieften diese, auch mithilfe von nachfolgenden Rechercheanträgen an den BStU. Insbesondere der Bayerische Rundfunk berichtete 2015 multimedial über die Ausstellungs-Station Nürnberg. In Aachen berichteten regionale Zeitungen ausführlich über die lokalen Stasi-Bezüge, der Westdeutsche Rundfunk intensivierte Recherchen NRW-weit.

Bei den Online-Schwerpunkten nahm 2015 der 50. Jahrestag der Verkündung der Urteile im ersten Auschwitz-Prozess sowie die Erinnerung an die Stasi-Tätigkeiten bei den Olympischen Sommerspielen in Seoul 1988 parallel zu den aktuellen Spielen in Brasilien 2016 breiten Raum ein. Auch an das Auftrittsverbot von Wolf Biermann 1965 sowie die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 erinnerten die Presse-Schwerpunkte. Auf einer als fortlaufendes Projekt angelegten Webseite mit dem Titel „Stasi im Westen“ stellte die Pressestelle die vielfältigen Aktivitäten der Stasi in der Bundesrepublik dar. Über Punkte auf einer Deutschland-Karte können ausgewählte Unterlagen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv angeklickt und so ein Einblick in die vielschichtigen Aktionen der Stasi in allen Regionen der Bundesrepublik gewonnen werden. Das Projekt „Mauerfall 89 – Heute vor 25 Jahren“, eine Kooperation der BStU-Pressestelle mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam und der „Bild“-Zeitung, wurde im Berichtszeitraum mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation in der Kategorie „Kampagnen von Institutionen“ ausgezeichnet.

Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten

Die Pressestelle ermöglichte es verschiedenen Interessenten aus den Medien und anderen Multiplikatoren, das Archiv und damit die Arbeitsweise des BStU, aber auch die Strukturen und Methoden der Staatssicherheit kennenzulernen. Unter den Besuchergruppen waren Journalistik-Studenten verschiedener deutscher und amerikanischer Universitäten, Teilnehmer von Austauschprogrammen der Bertelsmann Stiftung, der Fulbright-Kommission oder des German Marshall Funds, aber auch türkische und kubanische Journalisten. Interessiert zeigten sich die Gäste zunehmend an den Entwicklungen auf dem Stasi-Gelände. Hier war für internationale Besucher besonders die Kooperation einer staatlichen Einrichtung, also des BStU, mit zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der ASTAK e. V. oder der Robert-Havemann-Gesellschaft bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit spannend, aber auch die vom Land Berlin initiierte Unterbringung von Flüchtlingen in den ehemaligen Stasi-Büros der Auslandsspionage des MfS. Immer wieder waren Bezüge zu heutigen Fragestellungen der Werte einer Demokratie ein viel diskutiertes Thema.

7 Internationale Bezüge

Im Berichtszeitraum besuchten wiederum viele Gäste aus dem Ausland die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), um sich über die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs und den deutschen Weg der Aufarbeitung einer Diktatur und ihrer Geheimpolizei zu informieren. Die meisten Gäste kamen aus Südkorea, Lateinamerika und den Ländern des sogenannten Arabischen Frühlings. Unter diesen Ländern zeigte Tunesien aufgrund seiner politischen Entwicklung stärkere Nachfrage danach, wie mit den Akten eines vormaligen diktatorischen Regimes umgegangen werden könnte. Aber auch führende Mitarbeiter internationaler Organisationen, die zu anderen Unrechtsregimes als kommunistischen arbeiten, besuchten das Archiv: so z. B. die Chefarchivarin der Unterlagen aus den beiden internationalen Strafgerichtsprozessen zu Ruanda und Ex-Jugoslawien sowie eine Historikerin des niederländischen Instituts für Kriegs-, Holocaust- und Genozid-Studien.

Darüber hinaus intensivierte der Bundesbeauftragte seine Kontakte in den Balkan. Obwohl dort der transparente Umgang mit Geheimpolizeiakten entweder nicht im gesellschaftlichen Fokus oder nicht auf der politischen Agenda steht, gibt es teils doch vielversprechende Ansätze. Die jahrelangen Anstrengungen von zivilgesellschaftlichen und politischen Kräften in Albanien (siehe auch frühere BStU-Tätigkeitsberichte) führten schließlich im April 2015 zu einem Aktenöffnungsgesetz für den noch erhalten gebliebenen Bestand der Geheimpolizeiakten. Von den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens kam das stärkste Engagement aus Kroatien.

7.1 Die Arbeit des Netzwerks

Im Jahr 2015 führte der BStU zum zweiten Mal die Geschäfte im „Europäischen Netzwerk der für die Geheim-

polizeiakten zuständigen Behörden“. Im Mittelpunkt stand die von der Behörde ausgerichtete zweitägige Tagung des Netzwerks im Oktober 2015 im „Haus 1“ auf dem ehemaligen Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit. In der Klausurtagung berichteten die Institutionen von aktuellen Erfolgen als auch Problemen bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in ihren Ländern. So informierten beispielsweise mehrere Netzwerkpartner über Haushaltskürzungen. Da die Beratungen in Deutschland zur Zukunft des BStU in den Ländern des Netzwerks aufmerksam verfolgt wurden und vermeintliche Änderungen laut Berichten von Partnern dort innenpolitisch instrumentalisiert wurden, informierte der BStU aus erster Hand über den Beratungsverlauf in Deutschland.

Dass es bei der Aktenöffnung unterschiedliche Ansätze gibt, zeigte sich am Beispiel des neuen Archivgesetzes Sloweniens; aus diesem Staat gehören dem Netzwerk zwei Einrichtungen als Beobachter an: das Staatsarchiv und das Studienzentrum für nationale Aussöhnung (SCNR; Study Center for National Reconciliation). Während das Staatsarchiv meinte, dass nun mehr Dokumente offen zugänglich seien, kritisierte das SCNR, dass durch die Ausgestaltung der Anonymisierungsregeln der Sachzusammenhang historischer Ereignisse kaum zu erkennen sei. Die Tagung bot beim Erfahrungsaustausch über die alltägliche Arbeit auch nützliche Anregungen, z. B. für die Hardwareausstattung zum Entschlüsseln von elektronischen Aufzeichnungen der Geheimpolizeien aus den 70er- und 80er-Jahren.

Höhepunkt der Tagung war die öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Transparenz des Geheimen. Die osteuropäischen Geheimpolizeiarchive und demokratischer Wandel“, die in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung in deren Berliner Zentrale stattfand. 25 Jahre nach der Einrichtung der Stasi-Unterlagen-Behörde und der später gegründeten Aufarbeitungsinstitutionen in Osteuropa wurde als Kernfrage debattiert: „Welchen Wert hat das Modell des Aktenzugangs für den Umgang mit vergangenem Unrecht?“ Das Gespräch zwischen Dr. Łukasz Kamiński (Präsident des Instituts für Nationales Gedenken, IPN, Polen), Elisabeth Baumgartner (Swiss Peace, Schweiz), Nikita Petrov (Nichtregierungsorganisation Memorial Russland) und Prof. Horst Möller (Historiker, Deutschland) ist auf der Homepage des BStU dokumentiert (www.bstu.de/netzwerktreffen).

Gleichzeitig konnte während des Treffens die Gemeinschaftsausstellung des Europäischen Netzwerkes „By Any Means. Communist Secret Police and People’s Everyday Life“ (siehe Abschnitt 6.4.2) feierlich eröffnet werden; sie wurde von den Institutionen aus Polen, Ungarn und Deutschland erstellt. Sie gibt Einblick in die Ideologie und Praxis der kommunistischen Geheimpolizeien in Ostmitteleuropa und vermittelt, wie sich die geheimpolizeiliche Kontrolle und die Repression auf das Leben der Bevölkerung auswirkten. Diese Wanderausstellung wurde im Oktober 2016 in Brüssel in der Hessischen Landesvertretung bei der Europäischen Union präsentiert. Auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich und der Konrad-Adenauer-Stiftung diskutierten in der Eröffnungs-

veranstaltung am 26. Oktober Repräsentanten der drei Netzwerkpartner, die die Ausstellung produziert hatten: Prof. Krzysztof Szwarzzyk, stellvertretender Präsident des IPN, Dr. Cseh Gergő Bendegúz, Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste Ungarns, und Roland Jahn.

Im Jahr 2016 hatte das polnische IPN die Leitung im Netzwerk inne und richtete im April einen Workshop aus. Ziel war es, eine gemeinsame Sammlung von digitalisierten Dokumenten über die multilateralen Treffen der Staatssicherheitsdienste aus allen Archiven des Netzwerks auf einer gemeinsamen Website online zu stellen. Auf der gemeinsamen Tagung der Netzwerkpartner im November 2016 in Krakau, bei der der Direktor die Behörde vertrat, fand die zunächst interne Präsentation dieser digitalisierten Unterlagen zu den multilateralen Treffen der Staatssicherheitsdienste statt, die aus den Archiven Polens, Rumäniens, Ungarns und Deutschlands stammen. Eine dazugehörige Testversion der Netzwerk-Internetseite wurde den Tagungsteilnehmern vorgestellt. Eine Panel-Diskussion zu elektronischen Computersystemen kommunistischer Geheimdienste in Zentral- und Osteuropa mit Schwerpunkt auf Magnetbandaufzeichnungen führte vor Augen, mit welchen Problemen einige Partnereinrichtungen inzwischen konfrontiert sind: Der Erhalt des Trägermaterials wie auch die Funktionstüchtigkeit der Hardware stellen eine Herausforderung dar. Die Lesbarkeit und Zugriffsfähigkeit dieser Informationen sollen gewährleistet werden.

7.2 Ausgewählte internationale Kontakte

Seit vielen Jahren bekunden Besucher aus Südkorea ein starkes Interesse an der Aufarbeitung von Diktatur und an der Überwindung der Teilung in Deutschland. Im Mai 2015 war der Bundesbeauftragte als Teilnehmer an der 5. Sitzung des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums für Vereinigungsfragen nach Seoul eingeladen. Roland Jahn reiste mit der Delegation der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke. In einem Programmpunkt zu politischen, juristischen und administrativen Aspekten der Aufarbeitung sprach er zur „Transparenz staatlichen Handelns und Persönlichkeitsschutz“ sowie zu den Erfahrungen in der Diktaturaufarbeitung mittels Akten einer Geheimpolizei. Ein praxisorientiertes Gespräch gab es mit dem Vizeminister des Vereinigungsministeriums, welches über die letzten Jahre immer wieder Verwaltungsexperten zum BStU entsandt hat.

Im Berichtszeitraum wurde der Kontakt nach Albanien intensiviert, nachdem die Behörde zuvor schon verschiedene Institutionen dieses Landes beraten hatte (siehe u. a. Zwölfter Tätigkeitsbericht, S. 92). Seit über einem Jahrzehnt wird dort um ein Aktenöffnungsgesetz gerungen; nun hat das albanische Parlament im April 2015 ein Gesetz beschlossen. Nach Angaben des Albanischen Instituts für die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen wurden in den Jahren der Diktatur nachweislich allein 6 027 Albaner hingerichtet. Die Zahl derer, die darüber hinaus ohne Gerichtsverfahren exekutiert wurden, ist unbekannt.

Das Gesetz regelt nun für die Bürgerinnen und Bürger die Einsicht in die sie betreffenden Akten und erlaubt Medienvertretern und Wissenschaftlern Einblicke in das Dokumentenerbe. Der Aktenbestand weist nach größeren „Säuberungsaktionen“ in den 90er-Jahren allerdings erhebliche Fehlbestände auf. Das Gesetz sieht keine Lustrationsregeln für Amts- und Funktionsträger vor. Auf Einladung des MdB Johannes Selle nahm der Bundesbeauftragte Anfang Juni 2015 an einer Bundestags-Delegationsreise nach Tirana, Albanien, teil. Er traf sowohl den Präsidenten als auch den Ministerpräsidenten des Landes; daneben gab es Gespräche mit dem Bürgermeister Tiranas und Regierungsmitgliedern. Der Präsident Albaniens erwiderte den Besuch wenige Tage später in Berlin.

Im Juni 2015 war Roland Jahn als Gastredner und Diskutant anlässlich des 15-jährigen Bestehens des polnischen IPN in Warschau eingeladen. Die internationale Konferenz „Reappraisal of Communist Dictatorship. 25 Years of European Experience: Achievements and Failures“ war ein zentraler Programmpunkt der Feier; viele hochrangige Persönlichkeiten der Republik Polen nahmen daran teil.

Im September 2015 reiste der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem MdB Josip Juratovic nach Zagreb (Kroatien). Bisher wurde in keinem der Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine Behörde eingerichtet, die sich mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Geheimdienstes befasst. Zentraler Bestandteil des Programms war ein Treffen mit dem Justizminister des Landes. Ferner war der Bundesbeauftragte zu einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel: „Lustration in Kroatien? Chancen, Risiken, Perspektiven“ eingeladen, an der auch die Staatspräsidentin Kroatiens teilnahm. Eine zweite Reise mit dem MdB Juratovic führte ihn Ende Mai 2016 nach Belgrad (Serbien). Roland Jahn nahm – neben einem Besuch beim Direktor des Jugoslawischen Staatsarchivs und Terminen mit dem Leiter des Zentrums für Demokratie sowie der Direktorin des Zentrums für Menschenrechte – an einer Podiumsdiskussion zum Umgang mit den Unterlagen der früheren Geheimpolizei teil; diese fand in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft statt.

Termine mit Gästen aus dem Ausland

Der BStU und andere deutsche Institutionen hatten schon in der Vergangenheit Bemühungen in der Ukraine zur Öffnung von Dokumenten aus der Zeit der UdSSR begleitet (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 87). Ein nun erneut im Aufbau befindliches ukrainisches Institut für Nationale Erinnerung ist seit Mai 2015 auch für die Verwaltung des staatlichen Zweigarchivs verantwortlich, dem die Unterlagen der Sicherheitsdienste und Strafverfolgungsbehörden der ehemaligen UdSSR zu übergeben sind. Nach dem Gesetz sollen die Aufzeichnungen aus repressiven Einrichtungen der sowjetischen Ukraine in dem Archiv des Instituts zusammengeführt werden. Dazu gehören neben Unterlagen der Geheimdienste auch Akten der zuständigen Ministerien, der Staatsanwaltschaften, des Obersten Gerichts bis hinunter zu den Kreisgerichten sowie von diversen Tribunalen. Jedermann soll ein staatlich garan-

tiertes Zugriffsrecht auf die Dokumente haben. Aus dem Aufbaustab dieses Instituts kamen im Januar 2016 fünf leitende Angestellte zu einer Studienwoche beim BStU nach Berlin und in die Außenstelle Frankfurt (Oder). Darüber hinaus war der BStU in dem vom Auswärtigen Amt und der Europäischen Akademie aufgelegten Programm „Akademie für gute Regierungsführung“ Fachpartner bei fünf Workshops, an denen überwiegend Verwaltungsbeamte und Juristen aus der Ukraine, teils auch aus Georgien und Moldau, teilnahmen.

Bei einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Exkursion kam der Bundesbeauftragte im Mai 2016 mit Journalistinnen und Journalisten des türkischen online-Nachrichtenportals P24 zusammen. Angesichts der massiven Einschränkungen für Medienvertreter in der Türkei bis hin zu Verhaftungen stand der Austausch unter dem Motto: Journalismus in Zeiten der Konflikte.

Einen räumlichen Schwerpunkt bildete Lateinamerika mit den Staaten Kolumbien und Uruguay. Im Juni 2015 besuchte auf Initiative der Maximilian-Kolbe-Stiftung eine Delegation aus Kolumbien den BStU. In dem Workshop, an dem der Direktor der Behörde teilnahm, wurden die deutschen Erfahrungen beim Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit diskutiert. Im November 2015 fand ein Gespräch mit Teilnehmern einer über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit organisierten Studienreise aus Kolumbien statt. Dabei ging es um Erfahrungen bei kommunaler Erinnerungsarbeit ebenso wie um Möglichkeiten pädagogischer Vermittlung und die Organisation von Gedenkstätten bei Beibehaltung deren politischer Unabhängigkeit. Ende Mai 2016 empfing der Bundesbeauftragte eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Deutschland eingeladene kolumbianische Delegation und diskutierte in einem Panel über das Thema „Ein schmerzhafter Weg – Opfer, Täter, Aufarbeitung und Versöhnung“.

Im Juni 2016 besuchte der bis 2015 amtierende Präsident der Republik Uruguay, José Mujica, den Bundesbeauftragten. Nach einem Militärputsch Anfang der 70er-Jahre war es in Uruguay gelungen, ab 1985 wieder demokratische Strukturen aufzubauen. Nach mehreren Rückschlägen wurde im Jahr 2000 eine „Kommission des Friedens“ eingerichtet, die das Schicksal zumindest der während der Herrschaft der Militärs Verschwundenen aufklären sollte. Themen der Gespräche zwischen José Mujica und Roland Jahn waren Formen der Aufarbeitung von Diktatur sowie Menschenrechte und Menschenwürde als entscheidende Prinzipien.

Aus den Ländern des sogenannten Arabischen Frühlings kamen im Berichtszeitraum die meisten Gäste mit Interesse an der Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde aus Tunesien. Ziel eines befristeten Spezialgesetzes dort ist die Offenlegung von früheren Menschenrechtsverletzungen und die Haftbarmachung der Verantwortlichen mit dem Ziel der nationalen Versöhnung; eine sogenannte „Kommission für Wahrheit und Würde“ ist das zentrale Instrument. Nach dem Gesetz hat jeder Bürger das Recht, in die Unterlagen des vorigen Regimes Einsicht zu erhalten, wobei der Schutz personenbezogener Daten gesichert sein

muss. Dabei sollen sowohl das Schicksal Verstorbener und Vermisster als auch die Identität der Täter offengelegt werden. Im Hinblick auf die Umsetzung dieser Ziele hatte die Präsidentin dieser Instanz, Frau Sihem Bensedrine, detaillierte Beratungen mit dem Bundesbeauftragten und verschiedenen Fachbereichen. Insgesamt fanden im Jahr 2015 drei Besuche der Präsidentin, teils mit Kommissionsmitgliedern, in Berlin statt. Darüber hinaus waren tunesische Gäste aus der Politik, Wahlbeobachter und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen beim BStU.

Delegationen aus Südkorea kamen wegen der besonderen Situation der Teilung Koreas überdurchschnittlich oft, insbesondere um sich über Vergleiche zur deutschen Teilung und die Vernetzung im Ostblock zu informieren. Hervorzuheben ist neben einem Besuch des Außenministers bei Roland Jahn ein vom Botschafter Südkoreas vermittelter Gedankenaustausch mit dem stellvertretenden Direktor der neu gegründeten Erfassungsstelle zur Ermittlung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea. Südkorea baut eine Einrichtung analog der „Erfassungsstelle Salzgitter“ (Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung) in der Bundesrepublik auf. Wichtig war den Gästen, welche Wirkung die Erfassungsstelle Salzgitter einerseits für die Geflüchteten, andererseits auf das DDR-Regime entfaltete. Roland Jahn stellte dar, wie man aus einer Verknüpfung von Unterlagen der Erfassungsstelle Salzgitter und von Stasi-Akten Erkenntnisse gewinnen kann.

Wie in den Jahren zuvor stand der Bundesbeauftragte auch mehrfach für Gesprächsrunden innerhalb der Diplomatenprogramme und -kollegs des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Auf der Ebene der internationalen Diplomatie sind Besuche des kroatischen Außenministers, des US-Botschafters, des schwedischen, des spanischen Botschafters und der schweizerischen Botschafterin ebenso zu nennen wie der Besuch des Apostolischen Nuntius, des Botschafters des Vatikans. Erzbischof Eterović sprach mit dem Bundesbeauftragten über die jüngere deutsche Geschichte, unter anderem zum staatlichen Umgang mit den Kirchen in der DDR. Die Botschaft Thailands initiierte einen Besuch der Prinzessin Maha Chakri Sirindorn in der ehemaligen Stasi-Zentrale. Das Gespräch und eine Führung durch das Archiv fanden auf ausdrücklichen Wunsch der Prinzessin statt, die sich außerordentlich interessiert zeigte.

Im November 2016 sprach eine vom Auswärtigen Amt eingeladene Delegation aus Russland mit dem BStU über verschiedene Aspekte der Aufarbeitung; ihr gehörten neben Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen der Zivilgesellschaft wie Memorial auch leitende Direktoren verschiedener staatlicher Museen an.

Anhang

	Seite
Anhang 1 Organisationsplan	78
Anhang 2 Anschriftenverzeichnis	79
Anhang 3 Mitglieder des Beirats	81
Anhang 4 Entwicklung des Personalbestandes des BStU 1992–2016	82
Anhang 5 Papier des BStU „Reformbedarf für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den Folgen kommunistischer Diktatur“	83
Anhang 6 Bericht der „Expertenkommission zur Zukunft des BStU“ (Bundestags-Drs. 18/8050)	85
Anhang 7 Beschluss des Deutschen Bundestages „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (Drs. 18/8705)	95
Anhang 8 Eingang von Anträgen und Ersuchen	97
Anhang 9 Erledigung von Anträgen und Ersuchen	98
Anhang 10 Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2016	99
Anhang 11 Eingang von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG 1993–2016	100
Anhang 12 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums	101
Anhang 13 Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung	102
Anhang 14 Publikationsreihen	103
Anhang 15 Lernort ehemalige Stasi-Zentrale – Campus für Demokratie, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, Gedenkstätten	112
Anhang 16 Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“	114
Anhang 17 Abkürzungsverzeichnis	115

Anhang 1

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Beirat
Vorsitzender: Prof. Dr. Schröder

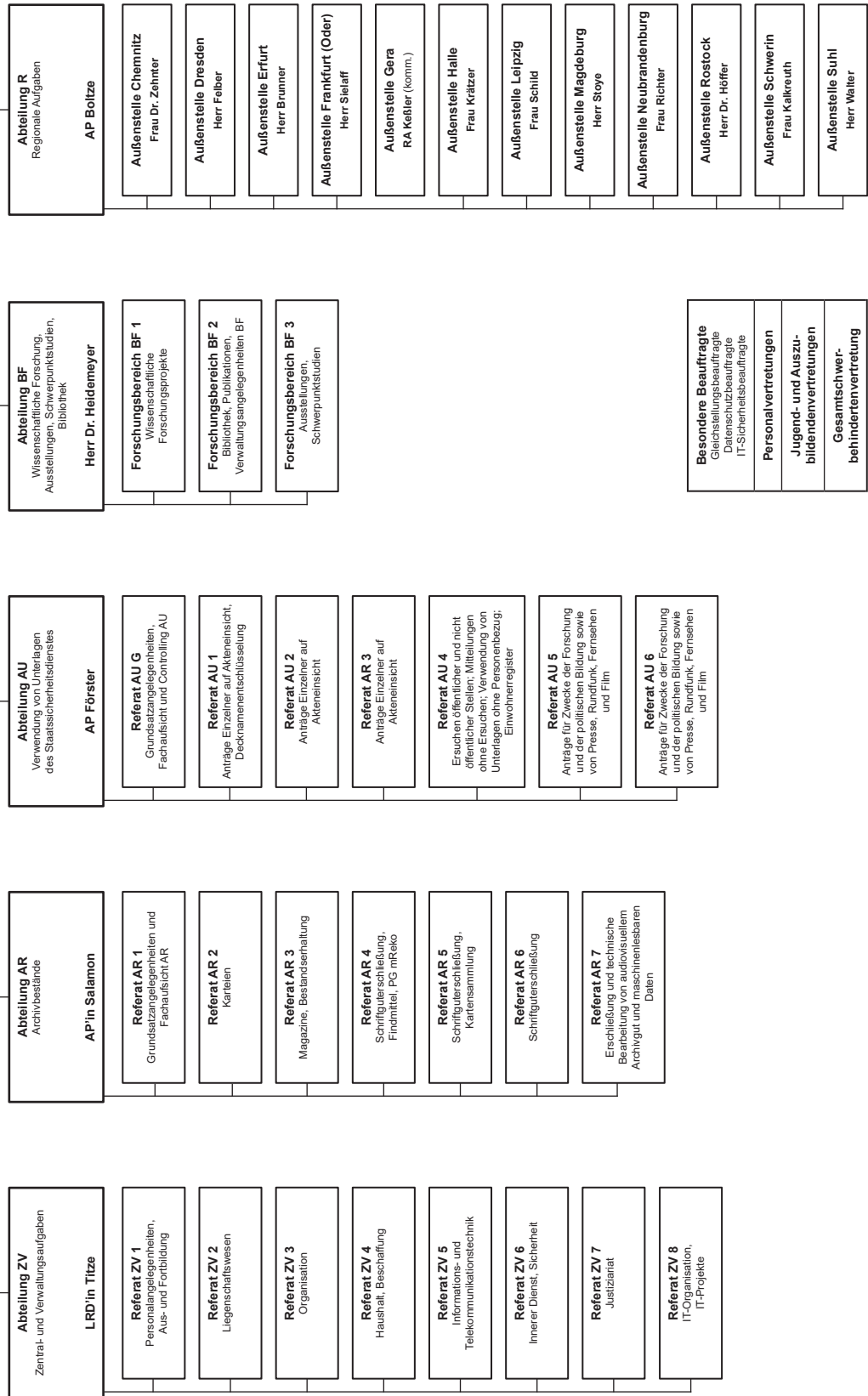
Wissenschaftliches Beratungsgremium
Vorsitzender: Prof. Dr. Veen

Organisationsplan
Januar 2017

Stabsbereich
Pressensprecherin
Öffentlichkeitsarbeit
Referent des BSU
Büroleitende
Interne Revision
Frau Hovestadt
Frau Stöckert
Herr Schuiderski
Herr Schöler
ORR/in Michalsky
ORR Koch

Der Bundesbeauftragte
Roland Jahn

Direktor
Björn Deicke



Anhang 2**Anschriftenverzeichnis****Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik****Anschriften, Telefon- und Faxnummern der
Zentralstelle des BStU****Postanschrift:**

10106 Berlin

**Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/
Antragstellung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon/Fax/E-Mail/Internet:

Telefon: 030 2324-50
Telefax: 030 2324-7799
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-50
Telefax IVBB-Netz: 030 18 665-7799
E-Mail: post@bstu.bund.de
Internet-Adresse: www.bstu.bund.de

Telefonische Bürgerberatung:

Telefon: 030 2324-7000
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000

Persönliche Bürgerberatung:

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

**Anschrift/Telefon- und Faxnummer der
Außenstelle in Brandenburg****Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Telefon: 0335 6068-0
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern****Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Telefon: 0395 7774-0

Telefax: 0395 7774-1619
E-Mail: astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 038208 826-0
Telefax: 038208 826-1219
E-Mail: astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

19067 Görslow
Telefon: 03860 503-0
Telefax: 03860 503-1419
E-Mail: astschwerin@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Sachsen****Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Telefon: 0371 8082-0
Telefax: 0371 8082-3719
E-Mail: astchemnitz@bstu.bund.de

Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Telefon: 0341 2247-0
Telefax: 0341 2247-3219
E-Mail: astleipzig@bstu.bund.de

Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Sachsen-Anhalt****Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)
Telefon: 0345 6141-0
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

noch Anhang 2

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Telefon: 0391 6271-0

Telefax: 0391 6271-2219

E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 0361 5519-0

Telefax: 0361 5519-4719

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera

Telefon: 0365 5518-0

Telefax: 0365 5518-4219

E-Mail: astgera@bstu.bund.de

Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

Telefon: 03681 456-0

Telefax: 03681 456-4519

E-Mail: astsuhl@bstu.bund.de

Anhang 3

Mitglieder des Beirats

Stand: Dezember 2016

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

1. Prof. Dr. Richard Schröder Vorsitzender
2. Siegmund Ehrmann, MdB
3. Patrick Kurth
4. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
5. Petra Morawe
6. Beatrix Philipp
7. Prof. Dr. Manfred Wilke
8. Jörn Wunderlich, MdB

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

9. Ulrike Poppe Brandenburg
erste stellvertretende Vorsitzende
10. Jörn Mothes Mecklenburg-Vorpommern
zweiter stellvertretender Vorsitzender
11. Ludwig Große Thüringen
12. Martin Gutzeit Berlin
13. Prof. Dr. Ulrike Höroldt Sachsen-Anhalt
14. Prof. Dr. Georg Machnik Thüringen
15. Uwe Schwabe Sachsen
16. Jürgen Schwarz Sachsen
17. Prof. Dr. Florian Steger Sachsen-Anhalt

Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

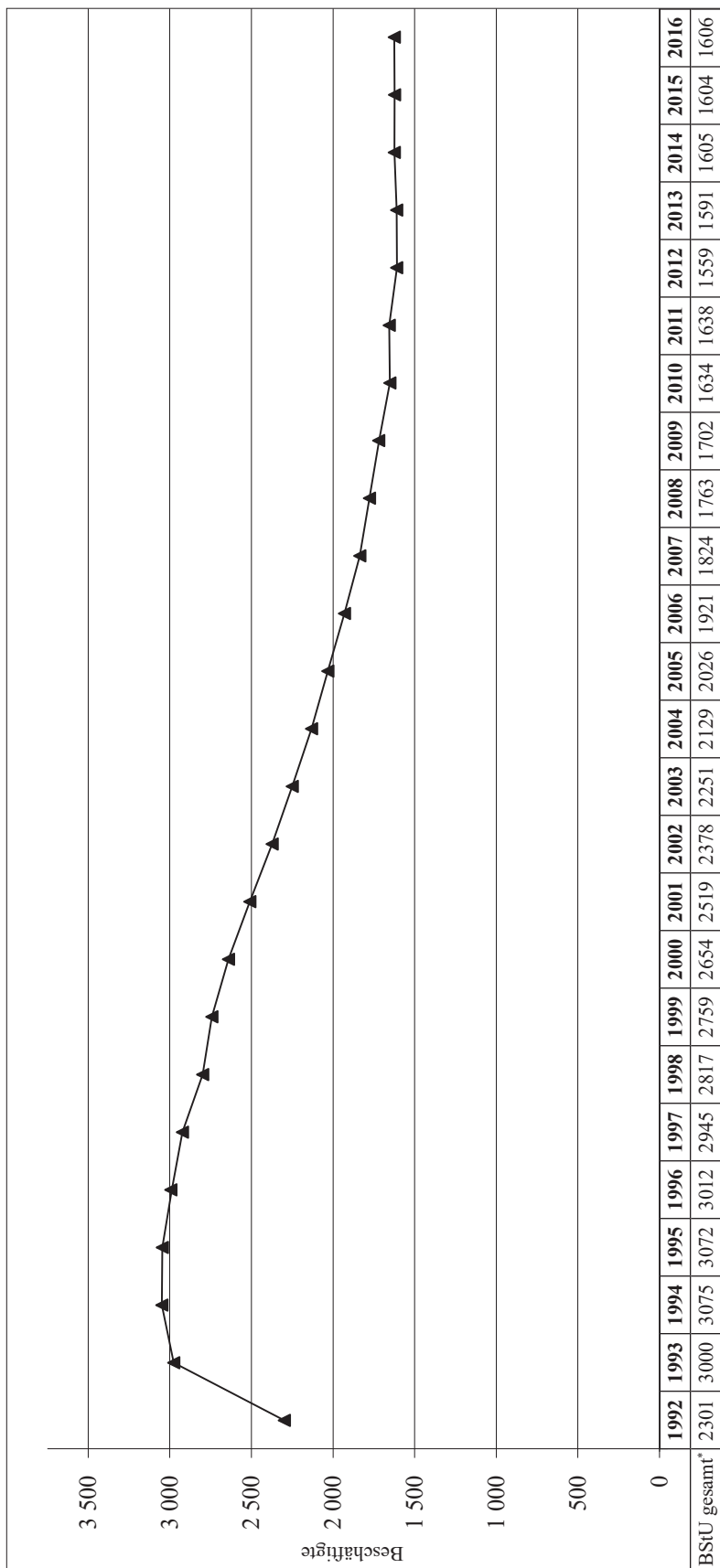
André Gursky war im Dezember 2014 aus dem Gremium ausgeschieden. Als Nachfolger wurde Prof. Dr. Florian Steger für das Land Sachsen-Anhalt benannt und im April 2015 bestellt.

Frank Richter ist auf eigenen Wunsch vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Beirat ausgeschieden. Als Nachfolger wurde Uwe Schwabe für das Land Sachsen benannt und im April 2016 bestellt.

Frau Prof. Dr. Ulrike Höroldt wurde abermals vom Land Sachsen-Anhalt benannt und im Mai 2016 bestellt. Vom Deutschen Bundestag abermals in den Beirat gewählt wurde Herr Jörn Wunderlich (Bestellung Mai 2016).

Anhang 4

Entwicklung des Personalbestandes des BStU 1992–2016



* Real in der Behörde tätige Personen im jeweiligen Jahr (ab 2000 zum 01.12. des Jahres), nach Abzug von Altersteilzeit, Elternzeit u. Ä.

Anhang 5

Zukunft der Aufgaben des BStU – Reformbedarf für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den Folgen kommunistischer Diktatur

(vom Bundesbeauftragten übergeben an die „Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“ am 7.12.2015)

Grundsätzlich

- Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist eine gesellschaftliche Aufgabe, staatliche Institutionen sollten weniger Akteur, sondern mehr Dienstleister und Unterstützer in diesem Prozess sein.
- Es darf keine Doppelstrukturen staatlicher Institutionen zur Unterstützung der Aufarbeitung geben, der Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft ist Rechnung zu tragen, Bund und Länder müssen sich besser abstimmen mit dem Ziel einer klar definierten Arbeitsteilung.
- Eine Dominanz des Themas Staatssicherheit ist für die Aufarbeitung nachteilig. Die teilweise vollzogene Veränderung der Aufgaben und des Namens der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. kommunistischer Diktatur sollte fortgesetzt werden.
- Die direkt von den Parlamenten gewählten Beauftragten fungieren in ihrer Rolle eines/einer Ombudsmann/frau für die Folgen der Diktatur als Brücke zwischen Opfern, Gesellschaft und Politik. Auf Bundesebene wird dafür vielfach der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Anspruch genommen.
- Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur ist deutlicher als bisher als eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu betrachten, die im internationalen Kontext steht und einen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für den Wert der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte leisten kann.
- Besonders mit Blick auf die nachwachsenden Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der Zeit der deutschen Teilung besitzen, erfordern die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Instrumente und Formen der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur weiterzuentwickeln.

Sicherung, Erfassung und Erschließung der Stasi-Unterlagen

- Schaffung archivarischer Standards für die Lagerung der Unterlagen einschließlich des archivgerechten Ausbaus oder Neubaus von Gebäuden
- Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Digitalisierung von Archivgut zur Nutzung und Sicherung im Sinne der vom Deutschen Bundestag 2012

beschlossenen Digitalisierungsoffensive für das kulturelle Erbe

- Bündelung von Ressourcen der Archive des Bundes auf technischer Ebene (z.B. Digitalisierung, Rekonstruktionswerkstätten, Magazine, IT)
- Zusammenarbeit von Spezialisten der Archive des Bundes in Kompetenzzentren zum Beispiel für die Digitalisierung, Konservierung oder Restaurierung verschiedener Archivguttypen
- Anwendung eines einheitlichen Archivverwaltungssystems für die Archive des Bundes (BASYS)
- Verstärkte Erstellung von Findmitteln und Weiterentwicklung von bestandsübergreifenden Rechercheportalen der Archive des Bundes für externe Nutzer (zur Zeit ARGUS mit Beständen DDR, SAPMO, Stasi-Unterlagen-Archiv)
- Intensivere koordinierte Beteiligung der Archive des Bundes an nationalen und internationalen Rechercheportalen (Archivportal D, Deutsche Digitale Bibliothek, Archivportal Europa)

Verwendung der Stasi-Unterlagen

- Erteilung von Auskünften, Mitteilung aus Unterlagen, Gewährung von Akteneinsicht, Herausgabe von Unterlagen entsprechend des StUG mit einer verstärkten Herausstellung der eigenen Rolle als Archiv, um einer Wahrnehmung einer amtlichen Deutung von Stasi-Unterlagen entgegenzutreten
- Effizientere Bearbeitung der Anträge zur persönlichen Akteneinsicht durch Änderungen in den Rechercheabläufen und Optimierung der IT-Verfahren
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Herausgabe von Unterlagen in Form von Digitalisaten insbesondere für Forschung und Medien
- Bessere Recherchemöglichkeit für externe Nutzer zur Forschung im Internet als auch in den Lesesälen durch technische Lösungen unter Beachtung des StUG
- Bessere Beratung bei der Recherche für externe Nutzer zur Forschung durch bessere personelle Verzahnung der Arbeit mit den Archivbeständen und der Betreuung der Nutzer
- Verbesserung des Zugangs zum Archivgut durch die Bereitstellung von Editionen als Leitquellen sowie verstärkt multimediale themenbezogene Präsentation von Archivbeständen im Internet (z.B. Mediatheken, Dokumentensammlungen)

Bildung und Forschung

- Angebote zur Unterstützung der politischen Bildung nicht als staatlich vorgegebenes Geschichtsbild, sondern zur Befähigung zum eigenen Urteil

noch Anhang 5

- Zeitgemäßere lebensnahe Vermittlung von Geschichte durch Nutzung moderner Medien und historischer Orte
- Stärkere Präsentation des Stasi-Unterlagen-Archivs als besonderen Archivbestand mit Symbolcharakter für Repression, Revolution und Aufklärung
- Zielgerichteter Nutzung des Stasi-Unterlagen-Archivs für archivpädagogische Angebote zur Anregung zum selbstständigen Forschen und kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
- Erweiterung des Forschungsgegenstandes vom bisherigen ausschließlichen MfS-Bezug hin zu den Herrschaftsmechanismen der kommunistischen Diktatur, gleichzeitig Weiterentwicklung einer zweckgerichteten Bestandsforschung beim Archiv zur Verbesserung des Zugangs zu den Stasi-Unterlagen
- Lösung des Spannungsfeldes zwischen dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit und den Anforderungen einer zweckgerichteten Forschungstätigkeit innerhalb einer staatlichen Behörde

Außenstellen

- Bei Beibehaltung einer weiteren Präsenz der MfS-Unterlagen in Trägerschaft des Bundes in den ostdeutschen Bundesländern: Zusammenlegung von Archivstandorten unter Abwägung der nachfolgenden Kriterien:

- Archivgerechte Lagerung der Unterlagen
- Effiziente Arbeitsstrukturen in Archiv und Verwaltung
- Nutzung der historischen Orte in der Vermittlung
- Einbindung in die regionale Gedenkstätten-, Bildungs- und Forschungs- und Archivlandschaft
- Regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger, dabei Beachtung der regionalen Orientierung der Bevölkerung (Bundeslandbezug und Region Berlin/Brandenburg)

Verwaltung

- Bessere Personalentwicklung durch Zusammenarbeit mit den Archiven des Bundes, Austausch und Rotation von Personal, gemeinsame Personalbetreuung, gemeinsame Aktivitäten wie Gesundheitsvorsorge, gemeinsame Aus- und Weiterbildung mit einheitlichen Standards
- Anpassung des Personalkörpers und des Stellenplans entsprechend der archivfachlichen Aufgaben
- Erzielung von Synergie-Effekten im Bereich Beschaffung durch gemeinsamen kostengünstigeren Einkauf
- Einheitliche IT in den Archiven des Bundes, gemeinsamer IT-Service, gemeinsame Einführung der e-Akte

Anhang 6**Deutscher Bundestag****18. Wahlperiode, Drucksache 18/8050**

05.04.2016

Bericht**der Expertenkommission zur Zukunft der
Behörde des Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR (BStU)*****Abschlussbericht der Expertenkommission**

Inhaltsverzeichnis

- I. Einleitung
- II. Handlungsempfehlungen
 - II.1 Verwahrung, Erhaltung und Bereitstellung der Stasi-Unterlagen
 - II.2 Außenstellen des Bundesarchivs und politische-historische Bildung in den Ländern
 - II.3 Nutzung des Geländes Normannenstraße/ Magdalenenstraße
 - II.4 Wissenschaftliche Forschung
 - II.5 Aufgaben und Profil der/des Bundesbeauftragten
- III. Schlussbemerkungen
- IV. Anlagen
 - Anlage 1 Minderheitsvotum
 - Anlage 2 Einsetzungsantrag Bundestagsdrucksache 18/1957
 - Anlage 3 Mitglieder der Expertenkommission
 - Anlage 4 Übersicht auswärtige Sitzung und Expertengespräche
 - Anlage 5 Eingeholte Expertisen

(Die Anlagen 2–5 sind hier im BStU-Tätigkeitsbericht nicht abgedruckt.)

* Eingesetzt durch Beschluss vom 4. Juli 2014 auf Bundestagsdrucksache 18/1957.

I. Einleitung

Der Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2014 beauftragte die Expertenkommission „zu klären, welche Entwicklungsperspektiven sich für die bislang von der BStU erfüllten Aufgaben ergeben“ und dies „insbesondere mit Blick auf die nachwachsenden Generationen“. Dazu musste eine Verständigung zwischen unterschiedlichen Perspektiven gefunden werden.

Die Sicherstellung eines großen Teils der Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war ein historischer Erfolg der demokratischen Kräfte während der Friedlichen Revolution 1989. Über ihren Informationsgehalt hinaus haben die Akten für die Betroffenen einen hohen symbolischen Wert, der nicht verlorengehen sollte.

Auch für künftige Generationen ohne persönliche Diktaturerfahrung sollten die Kenntnisse darüber nachvollziehbar bleiben. Den Wert der eigenen Freiheit zu schätzen, werden sie nicht zuletzt aus dem Nachvollziehen und Auswerten der Diktaturerfahrung erlernen können. Dazu sollten die strukturellen und wissenschaftlichen Voraussetzungen geschaffen und für die Zukunft gesichert werden.

Mit ihrem Bemühen darum, bezeugt die Kommission ihre Wertschätzung für die Opfer der SED-Diktatur, den Mut für Opposition und Widerstand gegen sie wie beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 und für die Leistungen der Bürgerbewegung 1989.

Der Deutsche Bundestag setzte die „Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“ mit seinem Beschluss am 4. Juli 2014 ein.

Zur Begründung heißt es: „Im Zuge der Friedlichen Revolution 1989/1990 sicherten Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, getragen von der Bürgerbewegung und neuen demokratischen Kräften, die Akten vor der weiteren Vernichtung, indem sie die Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit besetzten. Erstmals in der Welt wurden im Folgenden den Bürgerinnen und Bürgern die Informationen unmittelbar zugänglich gemacht, die eine Geheimpolizei über sie gesammelt hatte.“

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) hat mit ihren im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) formulierten Kernaufgaben,

- der Sicherung, Erfassung und Erschließung der Stasi-Unterlagen,
- der Gewährung von Akteneinsicht,
- der Verwendung der Unterlagen z. B. zum Zweck der Rehabilitation, aber auch der Überprüfung auf eine frühere Stasi-Tätigkeit
- und ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit

noch Anhang 6

in entscheidender Weise zur persönlichen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und weit darüber hinaus zur gesellschaftlichen Befriedung beigetragen. Der Bundesbeauftragte mit seinem Archiv für die Stasi-Unterlagen ist für die vielen Opfer des SED-Unrechts ein starkes und wichtiges Symbol der Überwindung der SED-Diktatur.

Die Arbeit des BStU ist für die demokratische und rechtsstaatliche Aufarbeitung der SED-Diktatur von hoher Bedeutung und besitzt im Inland und im Ausland hohen Symbolwert und große Akzeptanz. International ist die Behörde zum Vorbild für einen geordneten und zukunftsweisenden Umgang mit diktatorischer Vergangenheit geworden. Ihre Existenz und ihre Arbeit gelten insbesondere in den Ländern des ehemaligen Ostblocks als ermutigendes Beispiel.“ (Drucksache 18/1957, Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode)

Der Deutsche Bundestag hat in seinem Einsetzungsbeschluss aber auch Reformbedarf festgestellt: „Der BStU wurde bei seiner Gründung als Sonderbehörde konzipiert, um wesentliche Aufgaben der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes gebündelt wahrzunehmen. Da seit dem Ende der SED-Diktatur vor nunmehr 25 Jahren eine vielfältige Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Einrichtungen entstanden ist, ist nun zu klären, welche Entwicklungsperspektiven sich für die bislang von der BStU erfüllten Aufgaben ergeben und wie sich diese zukünftig in das entstandene Gefüge der Aufarbeitungslandschaft einfügen.“

Die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere mit Blick auf die nachwachsenden Generationen die keine eigenen Erfahrungen mit der Zeit der deutschen Teilung besitzen, erfordern eine stetige Weiterentwicklung der Instrumente der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Die Aufarbeitung des Erbes der SED-Diktatur bleibt eine fortdauernde, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zukünftige strukturelle Veränderungen dürfen daher nicht zu einer Verschlechterung bei der Nutzung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger, Forschung, Bildung, Medien und öffentliche Stellen führen. Veränderungen dürfen kein Schlussstrich sein. Vielmehr geht es darum – wie bereits im Gedenkstättenkonzept des Bundes vorgesehen – durch veränderte Aufgabenzuschneide bei Sicherung der Ressourcen in zukunftsfähigen Strukturen und verstärkter Kooperation den „Geschichtsverbund SED-Unrecht“ zu stärken.“ (Drucksache 18/1957, Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode)

Die Kommission hat auf der Grundlage der Tätigkeitsberichte der/des BStU, der schriftlichen und mündlichen Anhörungen und der Expertise ihrer Mitglieder die bisherigen Leistungen der Behörde gewürdigt und Empfehlungen zu ihrer zukünftigen Gestaltung erarbeitet.

Die Kommission gliedert ihre Empfehlungen in folgende Themenfelder:

1. Verwahrung, Erhaltung und Bereitstellung der Stasi-Unterlagen
2. Außenstellen des Bundesarchivs und politische-historische Bildung in den Ländern
3. Nutzung des Geländes Normannenstraße/Magdalenenstraße
4. Wissenschaftliche Forschung
5. Aufgaben und Profil der/des Bundesbeauftragten

Dazu unterbreitet die Kommission dem Deutschen Bundestag die im Folgenden ausgeführten Vorschläge.

II. Handlungsempfehlungen

II.1 Verwahrung, Erhaltung und Bereitstellung der Stasi-Unterlagen

Grundsatzempfehlung:

Die Stasi-Unterlagen werden unter den im Folgenden genannten Bedingungen bis zum Ende der nächsten Wahlperiode in das Bundesarchiv integriert.

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hat sich vor allem als Instanz für die Öffnung der Akten bewährt und wird weltweit als Vorbild für den Umgang mit geheimpolizeilicher Vergangenheit gerühmt. Der von der/dem BStU ermöglichte Zugang zu den Unterlagen hat die öffentliche Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht wesentlich gefördert. Diese Unterlagen sind auch weiterhin zu erhalten und unter Wahrung persönlicher Rechte zugänglich zu machen.

Die Behörde der/des BStU bewahrt auf der Grundlage der spezialgesetzlichen Regelungen des StUG die 1990 sichergestellten Unterlagen des MfS und stellt sie zur Auskunft bereit. Dazu gehören neben den Akten der Stasi auch Aktenbestände, die auf BStU und Bundesarchiv aufgeteilt sind, wie die Akten des Generalstaatsanwalts oder des Militäroberstaatsanwalts der DDR.

Das Bundesarchiv nimmt für den Bund als Fachbehörde die Aufgabe der unbefristeten Erhaltung und der Öffnung von staatlichen Unterlagen wahr. Am Dienort Berlin des Bundesarchivs werden bisher schon die Unterlagen der staatlichen Verwaltung der DDR sowie der Parteien und Massenorganisationen der DDR nach Bundesarchivgesetz (BArchG) archiviert und ohne Schutzfristen unter Respektierung der entsprechenden Persönlichkeitsrechte zur Einsicht bereitgestellt. Neben der fachlich abgesicherten Erhaltung, Erschließung und Vorlage von Archivgut aus 150 Jahren deutscher Staatlichkeit in seinen Lesesälen an drei Dienorten (Berlin, Freiburg und Koblenz) beantwortet das Bundesarchiv mehr als 75.000 Anfragen pro Jahr. Bei der Behörde der/des BStU liegt demgegenüber der Fokus auf der Verwendung nach den Bestimmungen des StUG

und insbesondere bei der Akteneinsicht für Betroffene. Bei ihr gingen allein im Jahre 2014 insgesamt 67.763 Bürgeranträge auf Akteneinsicht (Vgl. Zwölfter Tätigkeitsbericht des BStU, S. 101, Drucksache 18/4200, Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode) ein, deren Bearbeitung auch in veränderten Strukturen ohne nachteilige Auswirkungen für die Nutzungsmöglichkeiten der Antragstellerinnen und Antragsteller gewährleistet sein muss.

In archivfachlichen Fragen kooperiert die/der BStU bereits jetzt intensiv mit anderen Archiven, vor allem mit dem Bundesarchiv. Ein Ergebnis ist seit einigen Jahren der gemeinsame Internetauftritt von Bundesarchiv und BStU auf der Plattform ARGUS, die fortlaufend ergänzt wird und in der digitalisierte Online-Findbücher und damit verknüpfte Digitalisate aus dem Archivgut angeboten werden. Außerdem hat die/der BStU eine Mediathek mit Digitalisaten einzelner Stücke zu themenorientierten Informationen aufgebaut. Ein langfristiges Ziel besteht darin, auch die Archiv-Verwaltungssoftware von BStU und Bundesarchiv durch Adaptierung des Systems BASYS zu harmonisieren.

Die Empfehlungen im Einzelnen:

1. Das Stasi-Unterlagen-Archiv soll vollständig mit eigenem Namen und mit sichtbarer Eigenständigkeit unter dem Dach des Bundesarchivs weitergeführt werden.

Zur Wahrung der Symbolkraft, die mit der Öffnung der Akten verbunden war und ist, sollen die Stasi-Unterlagen einen eigenständigen Bereich innerhalb des Bundesarchivs mit herausgehobener Leitungsposition bilden.

2. Die Akten verbleiben grundsätzlich in der Normanstraße in Berlin-Lichtenberg bzw. in den Ländern.

Der Aktenbestand von etwa 50 Prozent der gesamten Unterlagen der Geheimpolizei in der früheren Berliner Zentrale des MfS soll vollständig an seinem jetzigen Ort, mit dem er durch seine Entstehung verbunden ist, verwahrt bleiben und unter bestandserhaltenden Bedingungen dort zur Benutzung bereitgestellt werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass dort mit Führungen und Veranstaltungen in Kooperation mit den anderen vor Ort arbeitenden Einrichtungen und unter Berücksichtigung der für die Erhaltung der Unterlagen erforderlichen Maßnahmen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch weiterhin persönlich Betroffene und andere Interessenten einen Eindruck von Art und Umfang der geheimpolizeilichen Aufzeichnungen gewinnen können. Dazu ist auch eine entsprechende personelle Ausstattung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv erforderlich.

3. Die Stellen der Archivarinnen und Archivare und der Editorinnen und Editoren werden mit den Akten in die Verantwortung des Bundesarchivs übertragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bisher sowohl bei der Archivierung wie bei der Auskunftserteilung mit den Beständen gearbeitet und dabei viel Erfahrung und

eine besondere Kompetenz entwickelt haben, sollen auch in der Verantwortung des Bundesarchivs, im Rahmen der dienstrechtlichen Gegebenheiten, weiterhin mit diesen Aufgaben betraut bleiben.

4. Die Regelungen des StUG für den Umgang mit den Akten, also die Erteilung von Auskünften und die archivische Bearbeitung sollen weiter gelten, bis ein novelliertes BArchG die Vorschriften des StUG erübrigt.

BArchG und StUG enthalten auf Grund ihrer Entstehung und Zwecksetzung unterschiedliche Regelungen. So kennt das StUG nicht das Jedermannsrecht des BArchG auf freie Einsicht nach Ablauf der im selben Gesetz festgelegten Fristen, enthält jedoch seinerseits weitergehende Regelungen des Opferschutzes.

Die spezialgesetzlichen Regelungen des StUG zur Verwendung der Stasi-Unterlagen sollen auch bei der Integration der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv bis auf weiteres fortgelten. Damit sollen diese bewährte Rechtsgrundlage und der unveränderte Zugang zu den Unterlagen gesichert bleiben. Einer späteren Einbeziehung in das BArchG steht dies nicht im Wege.

Durch Novellierungen des StUG in den letzten Jahren wurden bereits Anpassungen vorgenommen, die insbesondere den Zugang der externen Forschung zu den Akten erleichterten. Parallel dazu stehen gegenwärtig Novellierungen des BArchG an, bei denen die weiterhin erforderlichen Vorschriften des StUG berücksichtigt werden sollten, so dass eine weitere Angleichung beider Gesetze zu erwarten ist, die zu einem späteren Zeitpunkt die Fortgeltung des StUG erübrigen wird.

5. Die Digitalisierung der Bestände soll in enger Abstimmung mit dem Bundesarchiv unter den folgenden Prämissen weitergeführt werden:

- **Oberste Priorität genießen archivfachliche Gesichtspunkte.**
- **Ziel der Digitalisierung ist ein verbesserter Zugang bei Erhaltung der vollständigen Aussagekraft der Unterlagen.**
- **Die Sichtbarkeit der Entstehungszusammenhänge bleibt Voraussetzung für eine offene Auswertung auch der digitalen Formen.**

Die Digitalisierung von Archivgut ist nach bisherigen Erfahrungen ein hervorragendes Verfahren zur Verbesserung des Zugangs und zur Erhöhung des Benutzungskomforts bei Beachtung schutzwürdiger Belange von Personen, reicht jedoch zur notwendigen dauerhaften Sicherung nicht aus. Sie wirft überdies erhebliche Probleme der Authentizität und Glaubwürdigkeit auf. Deshalb ist bei weiteren Projekten eine archivfachliche Abwägung von Nutzen und Risiken erforderlich.

6. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht sich die Kommission außerstande, zu hinreichenden Informationen

noch Anhang 6

über die virtuelle Rekonstruktion zerrissener Akten zu gelangen, die für eine belastbare Empfehlung notwendig sind und zwar namentlich

- zur technischen Realisierbarkeit,
- über die Höhe der zu erwartenden Kosten und
- über den zu erwartenden wissenschaftlichen Ertrag der virtuell rekonstruierten Unterlagen.

Die Kommission hat sich vom BStU über den Stand der virtuellen Rekonstruktion unterrichten lassen und einen Eindruck von der hohen Komplexität des Problems gewonnen. Die der Kommission vorliegenden Erkenntnisse stimmen hinsichtlich der Durchführbarkeit der virtuellen Rekonstruktion skeptisch. Bei einer künftigen Entscheidung sollte eine nüchterne Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen und die Leistungsfähigkeit der manuellen Rekonstruktion berücksichtigt werden.

7. Die Kommission schlägt die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von BStU und Bundesarchiv zur Planung und Durchführung des Integrationsprozesses vor.

Anknüpfend an bereits bestehende gemeinsame Arbeitsgruppen von BStU und Bundesarchiv, vor allem im Bereich der IT, sollen Planung und Umsetzung des Integrationsprozesses von einem gemeinsamen Gremium gesteuert werden.

8. Für diesen Integrationsprozess geht die Kommission von einem mittelfristigen Zeitraum aus, der zum Ende der nächsten Legislaturperiode abgeschlossen sein sollte.

Der Prozess der vollständigen Integration in die Organisation des Bundesarchivs wird Zeit benötigen. Deshalb sollte zeitnah darüber entschieden werden, damit er zügig in Gang gesetzt und ihm die erforderliche Zeit für einen erfolgreichen Abschluss eingeräumt wird.

II.2 Außenstellen des Bundesarchivs und politische-historische Bildung in den Ländern

Die Kommission erachtet eine administrative Zusammenlegung der BStU-Außenstellen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen unter dem Dach des zukünftigen eigenständigen Stasiunterlagenarchivs des Bundesarchivs als sinnvoll.

Auch in den Außenstellen muss die archivarisch-konservatorische Aufbewahrung den Kriterien des Bundesarchivs entsprechen, was bisher nicht überall der Fall ist. Es ist auf eine dezentrale Aufarbeitung zu achten, dabei soll der historische Ort jeweils berücksichtigt werden. Standortentscheidungen sollten in enger Abstimmung mit den Ländern erfolgen. In jedem der fünf Bundesländer sollte mindestens eine Außenstelle vorhanden sein. Die Neu-

strukturierung soll parallel zum Umgestaltungsprozess der gesamten BStU verlaufen.

Dabei muss

- die bauliche Situation (ggf. auch Neubau) der zukünftigen Außenstellen des Bundesarchivs verbessert werden,
- der Standard des Bundesarchivs hinsichtlich Erschließung/Aufbewahrung/Nutzung des archivarisches Materials in den Außenstellen gewährleistet werden und
- das Bundesarchiv in seinen Außenstellen Möglichkeiten/Räumlichkeiten zur archivpädagogischen Arbeit vorhalten.

Um die bisher von den BStU-Außenstellen geleistete politisch-historische Bildung, die nicht in den Aufgabenbereich des Bundesarchivs fällt, aufrecht zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten, sollen die derzeit dafür bei der/dem BStU eingesetzten Mittel auf Dauer bereitgestellt werden. Diese Gelder sollen zweckgebunden über die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (Bundesstiftung Aufarbeitung) als Förderstiftung bzw. über die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Form von Anträgen zur Projektförderung für die politisch-historische Bildung vor Ort ausgegeben werden. Die zu fördernden Projekte sollen einen thematischen Bezug zu den Hinterlassenschaften und der Tätigkeit des MfS haben. Dabei ist auf die Kooperation und örtliche Netzwerkbildung mit den Landesbeauftragten, Landeszentralen, anderen Archiven, Schulen und weiteren regionalen Aufarbeitungsinstitutionen zu achten.

Die Kommission hält die dezentrale Aufarbeitung der SED-Diktatur für unerlässlich. Dadurch sollen die Wege zu den Unterlagen des MfS in den Ländern zumutbar bleiben und die politisch-historische Bildung mit den Akten der Staatsicherheit gefördert werden. Als Symbol der Friedlichen Revolution sind sie ein wichtiger Teil der Bildungsarbeit. Um die Infrastruktur für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Regionen zu stärken, soll die Netzwerkbildung unter den örtlichen und regionalen Trägern politisch-historischer Bildung gefördert werden. Sie sollten projektbezogene Mittel bei der Bundesstiftung Aufarbeitung und/oder Bundeszentrale für politische Bildung beantragen können, um in Zusammenarbeit mit den Außenstellen des Bundesarchivs Bildungsprojekte zu entwickeln. Dabei ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit wünschenswert, damit die deutsche Nachkriegsgeschichte in Ost und West stärker als Teil der gemeinsamen Geschichte wahrgenommen wird. Hierin liegt grundsätzlich eine der künftigen Herausforderungen der politisch-historischen Bildung.

noch Anhang 6

II.3 Nutzung des Geländes Normannenstraße/Magdalenenstraße

Die Kommission schlägt für das Gelände eine plurale Nutzung vor. Die unterschiedlichen Nutzer sind nicht zwangsweise in eine administrative Form zu pressen. Allerdings ist eine Gesamtverantwortlichkeit für das Gelände erforderlich. Dazu soll eine „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ als eigenständige Stiftung öffentlichen Rechtes errichtet werden.

Der Bund sollte seine Immobilien der Stiftung zur Nutzung übertragen und die Leitung der Stiftung so das Hausrecht und die Verantwortlichkeit für diese Gebäude erhalten. Der Aufgabenbereich der Stiftung soll den Betrieb der Gedenkstätten sowie die Konzeption und Umsetzung neuer Ausstellungs- und Bildungsformate für diese umfassen. Das Stasi-Unterlagenarchiv bleibt unabhängig von der neu zu gründenden Stiftung, die vorgeschlagene Forschungsstelle (vgl. II.4) arbeitet in wissenschaftlicher Unabhängigkeit.

Mit den jetzigen externen Nutzern wie der „Antistalinistischen Aktion“ (ASTAK) und der Robert-Havemann-Gesellschaft sollten Nutzungsverträge geschlossen werden. Weitere Nutzungen durch andere zivilgesellschaftliche Akteure sind wünschenswert. In dem Stiftungsrat sollte es durch Stiftungsgesetz Sitze für die/den Bundesbeauftragte/n, die Leitung der Forschungsstelle, das Bundesarchiv und das Land Berlin geben.

An dem historischen Ort Normannenstraße/Magdalenenstraße wird es die folgenden Nutzungen, Angebote und Möglichkeiten geben:

1. Archiv des MfS

Die Stasi-Unterlagen bleiben auch nach Übertragung der Akten an das Bundesarchiv grundsätzlich am bisherigen Standort.

2. Ständige Ausstellungen

Die Dauerausstellung „Staatsicherheit in der SED-Diktatur“ in Haus 1, von der/dem Bundesbeauftragten und der ASTAK gemeinsam getragen, sollte fortgeführt, aber zu gegebener Zeit wissenschaftlich evaluiert und ggf. modifiziert werden.

Die Open-Air-Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft über die Friedliche Revolution wird die doppelte Bedeutung des Geländes, einerseits als jahrzehntelangen Ort der Repression, andererseits mit der Besetzung auch als Ort der Friedlichen Revolution, widerspiegeln. Diese und weitere Ausstellungen können dazu beitragen, dass der Ort zunehmend den Charakter einer Gedenkstätte und eines Lernortes annimmt.

3. Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft

Die Robert-Havemann-Gesellschaft will ihr Archiv zum Kern eines „Zentrums für Widerstands- und Oppositions-

geschichte gegen die kommunistische Diktatur“ (Arbeitstitel) machen. Sie plant, ein Zeitzeugen-Archiv ebenso aufzubauen wie vielfältige Bildungsangebote zu entwickeln.

Die Kommission begrüßt, dass das Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft in der Normannenstraße angesiedelt werden soll und unterstützt ihr Anliegen, die Normannenstraße auch zu einem Ort der Erinnerung an den Widerstand in der DDR zu machen.

4. Aufarbeitung: Kooperation und Arbeitsteilung

Die Kommission schlägt vor, die Gedenkstätten Normannenstraße/Magdalenenstraße und Hohenschönhausen unter dem Dach der neu gegründeten Stiftung zusammenzuführen und hierzu mit dem Land Berlin in Verhandlungen einzutreten. Beides sind die zentralen historischen Orte der Auseinandersetzung mit dem MfS in Berlin. Sie würden von einer gemeinsamen Struktur profitieren.

Um fundierte Veranstaltungen durchzuführen, Formate für junge Zielgruppen zu entwickeln und eine aktive und anregende Rolle im Verbund der Gedenkstätten zu spielen, soll die Stiftung mit vier bis sechs Referentenstellen ausgestattet werden.

Die Kommission empfiehlt darüber hinaus eine enge Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung, denn die künftige Existenz zweier Stiftungen des Bundes zum Thema Aufarbeitung lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn bei unterschiedlicher Schwerpunktsetzung eine enge GesamtAbstimmung erfolgt. Die „Stiftung Diktatur und Widerstand“ soll ihre Arbeit auf die konkreten Orte Berlin Normannenstraße und Hohenschönhausen konzentrieren und dabei die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“ in das Zentrum ihres Interesses stellen, die Bundesstiftung Aufarbeitung soll weiterhin unterschiedliche Aktivitäten der Aufarbeitung kommunistischer Herrschaft unterstützen.

5. Politische Bildung

Die Besuchsmöglichkeiten des Geländes und des Stasi-Archivs sollten zumindest im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Die Umwandlung des Offizier-Casinos Haus 22 in ein Informations- und Bildungszentrum mit entsprechenden Seminarräumen verbessert die Bedingungen gerade der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern und der Lehrerfortbildung.

6. Forschung

Die vorgesehene Forschungsstelle (siehe II.4) soll auf dem Gelände untergebracht werden.

II.4 Wissenschaftliche Forschung

Die Kommission schlägt die Gründung einer selbstständigen „Forschungsstelle DDR-Staatssicherheit in vergleichender Perspektive“ vor. Sie soll in Form einer vom Bund zu finanzierenden unselbstständigen Stiftung in Trägerschaft der „Stiftung Diktatur und Widerstand“ auf zu-

noch Anhang 6

nächst 12 Jahre errichtet werden. Vor Ende der Laufzeit ist eine Evaluierung durch den Wissenschaftsrat vorzusehen, die die Frage einschließt, ob und wie eine Fortführung sinnvoll ist. In diesem Fall sollten künftig in regelmäßigen Abständen die bei wissenschaftlichen Instituten üblichen Evaluierungen stattfinden (derzeit jeweils nach 7 Jahren).

Zentraler Forschungsgegenstand bleibt die bisherige Kernaufgabe, also das MfS. Doch sollten Perspektive und Themenspektrum in Richtung auf eine vergleichende Betrachtung kommunistischer Geheimdienste und ihrer Wirkungen in die Gesellschaft hinein erweitert werden. Die Forschungsstelle baut auf der im Rahmen der/des BStU erarbeiteten Kompetenz auf und erweitert sie sowohl auf die Kontextualisierung im Herrschaftssystem der DDR als auch innerhalb der kommunistischen Diktaturen, indem sie ihren Gegenstand in die Geschichte von Staat und Gesellschaft der DDR, in die Zusammenarbeit kommunistischer Geheimdienste im Ostblock und in die vergleichende internationale Geheimdienstgeschichte insgesamt einbettet.

Die zu wählende Rechtskonstruktion muss gewährleisten, dass die Forschungsstelle in voller wissenschaftlicher Unabhängigkeit arbeiten und über ihr Forschungsprogramm selbst entscheiden kann. Dazu erhält die Forschungsstelle in der Satzung zu verankernde Gremien (Stiftungsrat, Vorstand, wissenschaftlicher Beirat), die die fachliche Selbstständigkeit und ihre Qualitätssicherung über Zwischenevaluierungen innerhalb der Erstlaufzeit ebenso sicherzustellen haben wie die Auswahl des wissenschaftlichen Personals und der wissenschaftlichen Leitung nach den Standards des Fachs.

Die Forschungsstelle soll neben der Leitung mit 10 bis max. 20 wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen ausgestattet werden, wobei das bisherige wissenschaftliche Personal der Abteilung Bildung/Forschung der/des BStU bei Vorliegen der personalrechtlichen Voraussetzungen unter Wahrung erworbener Rechte und Anwartschaften in die Forschungsstelle zu überführen ist. Dazu sollten bis zu 10 nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Erfüllung administrativer und infrastruktureller Aufgaben kommen. Die Ausstattung der Forschungsstelle mit Sachmitteln soll sicherstellen, dass sie angemessen am wissenschaftlichen Austausch teilnehmen und dazu auch Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus dem In- und Ausland einladen kann. Die Forschungsstelle soll die Möglichkeit haben, Drittmittel zur Förderung ihrer wissenschaftlichen Arbeit einzuwerben.

Sitz der Forschungsstelle soll auf dem Gelände der künftigen „Stiftung Diktatur und Widerstand“ sein.

Die Kommissionsmitglieder sehen die zum Thema MfS bisher im Rahmen der Behördenverantwortung durchgeführte Forschung bei Anerkennung der erbrachten Leistungen strukturell skeptisch. Hierarchisch organisierte Verwaltungsstrukturen sind mit dem Prinzip wissenschaftlicher Freiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes unvereinbar. Äußerungen einer Wissenschaftlerin/eines Wissen-

schaftlers der/des BStU sind immer auch Aussagen der Behörde, für die die Behördenleitung und damit letztlich die/der Bundesbeauftragte verantwortlich zeichnet. Diese rechtliche Letztverantwortlichkeit bringt es mit sich, dass die/der Bundesbeauftragte über die Implementierung von Forschungsprojekten und die Bereitstellung dafür erforderlicher Ressourcen der Behörde ebenso entscheiden kann wie über die Genehmigung bzw. Versagung der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in Schriftenreihen sowie über die Beendigung von Projekten. Damit kommt der/dem Bundesbeauftragten eine fachlich nicht zu begründende Deutungshoheit zu.

Mit Hilfe einer Neugestaltung im Bereich Forschung kann die durch die gesetzliche Zweckbindung vorgegebene Fixierung der Forschung auf die Staatssicherheit (vgl. § 37 Absatz 1 Nummer 5 StUG) überwunden und die wissenschaftliche Erkenntnisbildung in den politischen und zeitgeschichtlichen Kontext gestellt werden. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit ist sehr weit fortgeschritten, obwohl die Forschung auch in diesem Bereich nie abgeschlossen sein wird.

II.5 Aufgaben und Profil der/des Bundesbeauftragten

Die Expertenkommission hält das Amt einer/eines Bundesbeauftragten weiterhin für erforderlich, da die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen nach wie vor eine gesellschaftliche Bedeutung besitzt und von diesem Amt zudem eine symbolische Wirkung für die Weiterführung der Aufarbeitung ausgeht.

Die Expertenkommission schlägt deshalb neben den Empfehlungen zu Archiv, Forschung und der „Stiftung Diktatur und Widerstand“ vor, dem Amt der/des Bundesbeauftragten ein neues Profil zu geben.

1. Dienstbezeichnung:

Bundesbeauftragte/r für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen

2. Aufgaben:

- Die/der Bundesbeauftragte ist Ansprechpartner/in bzw. Ombudsperson für Opfer der kommunistischen Diktatur und Betroffene im Sinne des StUG und bringt in grundsätzlicher Form ihre Anliegen gegenüber Bundestag, Bundesregierung und Bundesbehörden zur Geltung.
- Sie/er berät den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse im Rahmen seines Aufgabenbereichs und soll bei einschlägigen Themen gehört werden.
- Sie/er berät Bundesregierung und Bundesbehörden in grundsätzlichen Fragen sowie in besonderen Einzelfällen der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und ihrer Folgen bis heute und informiert über diese Themen die Öffentlichkeit.

noch Anhang 6

- Sie/er ist Ansprechpartner/in für Informationsaustausch und internationale Zusammenarbeit zu Fragen der Auseinandersetzung mit Diktaturen einschließlich Opposition und Widerstand.
- Zur Vernetzung mit den künftig institutionell getrennten bisherigen Aufgabenbereichen der/des BStU gehört die/der Bundesbeauftragte dem künftigen Stiftungsrat der „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ sowie dem Beirat der künftigen Forschungsstelle an.
- Die/der Bundesbeauftragte berät das Bundesarchiv in Fragen, die die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik betreffen. Hierbei haben der öffentliche Zugang zu und die Vermittlung der Stasi-Unterlagen als Symbol der Überwindung der SED-Diktatur und ihrer Aufarbeitung einen besonderen Stellenwert. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe informiert die Präsidentin/der Präsident des Bundesarchivs die/den Bundesbeauftragten über grundsätzliche Fragen und erörtert sie mit ihr/ihm.
- Sie/er kooperiert mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen und den Landesbeauftragten sowie auf Bundesebene tätigen einschlägigen Einrichtungen wie der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesstiftung Aufarbeitung, sie/er gehört dem Beirat der bpb sowie dem Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung an.

3. Berufung und Rechtsstellung:

Die/der Bundesbeauftragte wird vom Deutschen Bundestag für fünf Jahre gewählt, eine einmalige Wiederwahl ist zulässig. Sie/er ist in ihrer/seiner Amtsführung dem Bundestag verantwortlich und legt in zweijährigem Rhythmus einen Bericht vor. Sie/er ist hauptamtlich tätig. Eine Entlassung kann nur durch die Präsidentin/den Präsidenten des Deutschen Bundestages erfolgen, wenn Gründe vorliegen, die analog auch die Entlassung einer Richterin/eines Richters aus dem Dienst rechtfertigen.

4. Dienstsitz:

Der Dienstsitz soll sich in einer Liegenschaft des Bundes im Umkreis des Deutschen Bundestages befinden.

5. Ausstattung:

Zur Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben stehen der/dem künftigen Bundesbeauftragten 8 bis 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, darunter 4 bis 6 wissenschaftliche Referentinnen und Referenten sowie 4 bis 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Verwaltung, Sekretariatsarbeiten und Öffentlichkeitsarbeit.

In begründeten Fällen kann die/der Bundesbeauftragte auf die Unterstützung der Verwaltung des Deutschen Bundestages bzw. der Wissenschaftlichen Dienste zurückgreifen. Die Finanzierung des Etats erfolgt aus dem Haushalt des Deutschen Bundestages.

Die Institution der/des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat sich in den mehr als 25 Jahren ihres Bestehens unabhängig von der Person der jeweiligen Amtsinhaberin/des jeweiligen Amtsinhabers eine große Reputation erworben. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit ist weit fortgeschritten, aber nicht abgeschlossen. Der zweite Aufgabenschwerpunkt, Betroffenen die Einsichtnahme in ihre Akte zu ermöglichen, wird eine fortdauernde Aufgabe bleiben. Wie unter II.1 ausgeführt, empfiehlt die Kommission die Übergabe der Bestände in die Verantwortung des Bundesarchivs. Die/der künftige Bundesbeauftragte ist dann nicht mehr der „Herr der Akten“. Sie/er wird somit keine Behördenleiterin bzw. kein Behördenleiter mehr sein und von den administrativen Aufgaben entlastet. Der/die neue Bundesbeauftragte soll eine deutlich politischere Funktion innehaben. Sie/er wird nach wie vor Symbolfigur der Jahre des Umbruchs 1989/1990 sein. Ein Schwerpunkt ihrer/seiner Arbeit soll die Rolle einer Ombudsperson für die Opfer der SED-Diktatur sein. Als unabhängige Instanz soll sie/er die Weiterführung der Aufarbeitung im Blick behalten und das Thema gesellschaftspolitisch begleiten. Dabei ist wissenschaftliche Expertise nach wie vor erforderlich, um zu bestimmten Aspekten jederzeit kompetent Auskunft geben und öffentlich Stellung nehmen zu können. Einer eigenen Forschungskompetenz bedarf es hierfür künftig nicht mehr.

Dem Rang der/des Bundesbeauftragten im politischen Raum entspricht, dass sie/er vom Deutschen Bundestag gewählt wird, in ihrer/seiner Amtsführung unabhängig, also nicht der Bundesregierung zugeordnet und in räumlicher Nähe zum Parlament angesiedelt ist. Des Weiteren soll sie/er mit anderen Institutionen vernetzt werden und Kooperationen in institutionalisierter Form eingehen, um Entwicklungen erkennen und beeinflussen zu können. Eine dominante Stellung in der Aufarbeitungslandschaft soll ihr/ihm daraus hingegen nicht erwachsen. Sie/er soll Probleme und Notwendigkeiten benennen, die Anliegen der Opfer bündeln und in den politischen Prozess einspeisen.

Demgegenüber nimmt die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ gemäß Errichtungsgesetz primär fördernde und unterstützende Aufgaben zur Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft wahr.

Mit der Tätigkeit der Landesbeauftragten gibt es inhaltliche Überschneidungen, wobei die Zuständigkeiten voneinander abgrenzbar sind. Während die Landesbeauftragten im Rahmen der Landesgesetzgebung vor Ort konkret, d. h. im Einzelfall wirken, greift die/der Bundesbeauftragte neben grundsätzlichen Themen auch solche auf, die in mehreren Bundesländern relevant sind. Es ist ihr/ihm auch unbenommen, anhand mehrerer konkreter Einzelfälle aus den Ländern die grundsätzliche Bedeutung eines Themas auf Bundesebene anzusprechen. Die/der neue Bundesbeauftragte bleibt als Ansprechpartner/in der Landesbeauftragten erhalten. Zwischen der/dem Bundesbeauftragten

noch Anhang 6

und den Landesbeauftragten besteht kein Überordnungs- bzw. Unterstellungsverhältnis.

III. Schlussbemerkungen

Die Kommission schlägt dem Bundestag vor, die hier vorgelegten Handlungsempfehlungen in ein Artikelgesetz umzusetzen, „damit noch in der 18. Legislaturperiode notwendige Entscheidungen für die zukünftige Fortführung der Aufgaben der/des BStU getroffen werden können“ (Einsetzungsbeschluss des Bundestages vom 4. Juli 2014, Drucksache 18/1957, Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode).

Die Kommission ist sich bei ihren Vorschlägen bewusst, dass diese sich in der Praxis von Arbeitsteilung, Kooperation und Zusammenwachsen noch getrennter Institutionen bewähren müssen. Sie dienen dem Ziel, die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Zukunft zu sichern – um der Demokratie willen. Denn die Beschäftigung mit der Vergangenheit soll auch in diesem Fall dem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dienen. Mit den in dieser Intention formulierten Vorschlägen würdigt die Kommission ausdrücklich die Opfer der SED-Diktatur und drückt ihre besondere Wertschätzung der Bürgerbewegung aus, zu deren bleibenden historischen Leistungen in der Friedlichen Revolution die Öffnung der Stasi-Hinterlassenschaft für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, für die Wissenschaft und die politische Öffentlichkeit gehört.

Berlin, den 31. März 2016

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Vorsitzender

Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Sabine Bergmann-Pohl

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke

Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller

Prof. Dr. Martin Sabrow

Prof. Dr. Silke Satjukow

Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen

Wolfgang Wieland

Prof. Dr. Manfred Wilke

Dr. Peter Wurschi

IV. Anlagen

Anlage 1 Minderheitsvotum

Minderheitsvotum Hildigund Neubert zu den Empfehlungen der Mehrheit der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

1. Aufgaben der EK

Der Einsetzungsbeschluss hat klare Anforderungen an die Empfehlungen des Expertengremiums:

„Zukünftige strukturelle Veränderungen dürfen daher nicht zu einer Verschlechterung bei der Nutzung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger, Forschung, Bildung, Medien und öffentliche Stellen führen. Veränderungen dürfen kein Schlussstrich sein.“ „Sie [die Kommission] soll dabei sicherstellen, dass der Aktenzugang in der Weise, wie das Stasi-Unterlagen-Gesetz ihn derzeit gewährt, grundsätzlich erhalten bleibt; der Aktenbestand ... im Ganzen erhalten bleibt; ... die historische und politische Bildung und Forschung weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet ist; ... die internationale Kooperation ... und der internationale wissenschaftliche Austausch keinen Schaden nimmt.“

Ich kann die Meinung der Mehrheit der Kommission nicht teilen, dass dafür die Abschaffung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, die Zerschlagung der Behörde und die Installation eines derart verstümmelten Beauftragten geeignete Maßnahmen sind. Daher verfehlen nach meiner Einsicht die Empfehlungen der Expertenkommission ihre Aufgabe.

2. Handlungsbedarf statt Auflösung

Zweifellos gibt es berechtigte Kritik an der Praxis der Behörde und am Stand einiger der gesetzlichen Regelungen. Die einseitige Orientierung einiger der Experten auf die Abschaffung des StUG und des Amtes des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen hat den Blick dafür verstellt, dass die beklagten Mängel nicht systemischer sondern organisatorischer Art sind.

Kritikpunkte sind z. B.:

Untergesetzlich behebbare Mängel:

- Wartezeiten für Betroffene bei der Akteneinsicht
- unverhältnismäßig großer Verwaltungsapparat
- Normgerechte Lagerung der Unterlagen
- Erschließung von Unterlagen
- Digitalisierung

Durch Haushaltsregelung zu behebende Mängel:

- Zahl und Zuschnitt der Außenstellen (die notwendige Gesetzesänderung ist bereits 2006 erfolgt!)

noch Anhang 6

- technischer Zustand der Archive (Neubau wäre auch für BArch¹-Außenstellen nötig)
- Entscheidung über die Fortsetzung des Projektes „Virtuelle Rekonstruktion vorvernichteter Unterlagen“ als einer Aufgabe weit über das Interesse an Stasi-Unterlagen hinaus (z.B. für Rekonstruktion von Unterlagen nach Unglücken wie im Stadtarchiv Köln oder Anna-Amalia-Bibliothek Weimar)

Durch Gesetzesänderung zu behebbende Mängel:

- unterschiedliche Zugangsrechte für Wissenschaftler in- und außerhalb der Behörde
- Zweckbindung der Aktenverwendung durch die Behörde auf MfS-Forschung (für Wissenschaft: seit letzter Änderung „SED-Herrschaft“)
- hoher Prüfungsaufwand bei Herausgabe i. S. des Opfer- und Persönlichkeitsrechtsschutzes. Daher auch eingeschränkter Zugriff auf Findmittel und nur indirekter Zugang zu Unterlagen durch die Vermittlung von behördeneigenen Rechercheuren

Leider enthalten aber die Empfehlungen der EK keine Vorschläge, wie das zu beheben sei. Vielmehr schlägt die Mehrheit der EK die Zerschlagung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR vor. Den Nachweis, dass es dadurch, wie der Auftrag lautet, zu keiner Verschlechterung kommt, bleibt die Kommission allerdings schuldig.

3. Die Akten und ihre Verwaltung

Das Bundesarchiv ist zweifellos das Endarchiv für alle gesamtstaatlichen Unterlagen Deutschlands, wenn diese nicht mehr aktuell genutzt werden. Die EK empfiehlt, die Unterlagen bis zum „Ende der nächsten Legislaturperiode“, also bis Herbst 2021, an das BArch zu übergeben, wobei die „Regelungen des StUG für den Umgang mit den Akten, also auch für die Beauskunftung und Bearbeitung, weiter gelten“ sollen.

In der Kommission wurde aber wiederholt festgestellt, dass die MfS-Unterlagen in archiv-untypischer Weise genutzt werden. Die Nutzung ist nach wie vor aufgrund der hohen Antragszahlen sehr intensiv. Viele der Nutzer, vor allem Betroffene und ihre Angehörigen, haben sonst keine Erfahrungen mit Archivnutzung. Die vom StUG geforderte Unterscheidung nach Betroffenen, Dritten, Begünstigten und den unterschiedlichen Nutzungszwecken von Forschung und Medien – die ja weitergelten sollen – ist ebenfalls im Bundesarchiv unbekannt. Die Unterlagen werden auch noch für aktuelle Zwecke benötigt, wie die laufenden Rehabilitierungsverfahren (derzeit gilt die Antragsfrist bis 2019, die Verfahren dauern noch Jahre darüber hinaus), für Überprüfungsverfahren im Öffentlichen

Dienst (derzeit bis 2019 befristet) und in Ordensangelegenheiten (unbefristet) benötigt. Wieso das alles unter der Verwaltung des Bundesarchivs besser funktionieren soll als in dem bundesrechtlichen Spezialarchiv ist nicht plausibel.

Der Bundesbeauftragte hat bereits eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem BArch eingerichtet, in der beide Behörden mit gleicher Software gemeinsame Standards für die archivische Arbeit entwickeln. Damit ist ein längerer Prozess begonnen, der ergebnisoffen erfolgen sollte, so dass durch Eile und politische Eingriffe keine Verzögerungen der aktuellen Arbeit oder gar Verluste entstehen.

Die Entscheidung, ob die gemeinsame Verwaltung sinnvoll ist, muss jetzt nicht getroffen werden. Die einseitige Ausrichtung auf die Integration in das BArch verkennt, dass die Fachleute (und der Bundestag) auch am BArchG Kritik haben und derzeit eine Reform begonnen werden soll. Auch das BArch ist also kein „Aktenparadies“.

4. Abteilung Bildung und Forschung

Die Arbeit der Abteilung ist unter Roland Jahn auf die Fragen der Strukturen und die Tätigkeit des MfS konzentriert worden. Das war eine Forderung aus der Wissenschaftslandschaft und hat gleichzeitig die Forscher dem Vorwurf ausgesetzt, die wahren Machtverhältnisse der SED-Diktatur zu verzerren. Die EK schlägt die Bildung einer „Forschungsstelle DDR-Staatssicherheit in vergleichender Perspektive“ vor, die also einer ähnlichen Themenzentrierung unterliegen soll. Wo ist da die Verbesserung?

Von der politisch-historischen Bildung soll nach den Empfehlungen der EK nur die in einer neuen Stiftung zu betreibende Gedenkstätte in der Normannenstraße bleiben. Die überaus erfolgreiche Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen soll der neuen Stiftung zugeschlagen und ihrer Eigenständigkeit beraubt werden. Die bisherigen Aktivitäten der Außenstellen auf diesem Gebiet sollen auf rein archipädagogische Projekte beschränkt werden. Die EK hat die Hoffnung, dass die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Bundeszentrale für politische Bildung entsprechend besser ausgestattet werden, um Projekte in den Ländern zu finanzieren. Dabei wird aber übersehen, dass es in einigen Regionen keine potentiellen Projektträger gibt und dass die der Projektfinanzierung inhärente Diskontinuität der Feind von Qualität und Stetigkeit ist. Also auch hier ist keine Verbesserung, eher eine Verschlechterung zu erwarten.

5. Der vorgeschlagene „Beauftragte ohne Akten“ – eine Fiktion

Die EK schlägt die Schaffung eines neuartigen „Beauftragten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur“ vor, der ohne eine eigene Institution durch zweijährliche Berichte, Präsenz in zahlreichen Gremien und Lobbyarbeit bei Bundestag und Bundesregierung das Thema hochhalten und Ansprechpartner der Opfer des Kommunismus

¹ BArch = Bundesarchiv

noch Anhang 6

und internationaler Aufarbeitungsinstitutionen sein soll. Damit sei die symbolische Bedeutung des Amtes gewahrt. „Die/der künftige Bundesbeauftragte ist dann nicht mehr der ‚Herr der Akten‘.“ heißt es im Bericht. Nicht einmal Joachim Gauck hat jemals den Anspruch erhoben, der „Herr der Akten“ zu sein, viel weniger Marianne Birthler und Roland Jahn. Die Formulierung zeigt einmal mehr die schiefe und emotional gefärbte Wahrnehmung des Amtes.

Symbole als Orientierungspunkte in der politischen Landschaft

Symbole haben immer Anteil an dem, was sie symbolisieren. Die symbolische Bedeutung des BStU liegt in der weltweit erstmaligen Eroberung und Öffnung der Unterlagen einer diktatorischen Geheimpolizei im Rahmen einer demokratischen Revolution. Im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland repräsentiert der Beauftragte mit der Behörde die Friedliche Revolution als Ganzes, auch wenn sich diese darin natürlich nicht erschöpft – es ist eben auch „nur“ ein Symbol. Ein Bundesbeauftragter ohne Stasi-Unterlagen kann diese Repräsentation nicht ausfüllen. Die politische Wirkung und das gesellschaftliche Gewicht eines Beauftragten, wie sie von der Kommission vorgesehen sind, würden vollständig vom persönlichen Format des jeweiligen Amtsträgers abhängen.

Rechtliche Probleme: Landesrecht – Stiftungsrecht – Bundesrecht

Es ist unklar, wie die in den Blick genommenen Institutionen dazu bewegt werden sollen, ihre Satzungen so zu ändern, dass dieser Bundesbeauftragte geborenes Mitglied in deren Gremien ist. Die zivilgesellschaftlichen Institutionen der Aufarbeitung können ohnehin nicht zur Zusammenarbeit verpflichtet werden. Es liegt bereits ein erster Protestbrief der Bundesstiftung Aufarbeitung vor. Ebenso unklar ist die Funktion eines Ombudsmannes für die Opfer des Kommunismus. In den subsidiär geordneten Strukturen sind staatlicherseits derzeit die Landesbeauftragten zuständig für die Angelegenheiten der Opfer der SED-Diktatur und tragen diese als „Konferenz der Landesbeauftragten“ auch den Bundestagsabgeordneten und den Bundesbehörden vor. Außerdem gibt es, z. B. mit der UOKG und ihren Verbänden, zivilgesellschaftliche Vertretungen der Opfer des Kommunismus. Es entstünden also neue Doppelstrukturen.

Internationale Wahrnehmung

Ebenso fiktiv ist die Annahme, der neue Beauftragte werde der Ansprechpartner für internationale Aufarbeitungsinstitutionen sein. Die internationalen Partner werden sich an die Institutionen wenden, die Kompetenzen und Kooperationsmöglichkeiten bieten, kaum an ein Kleinbüro ohne eigene Aktivitäten.

Vielmehr ist das StUG Vorbild für viele andere postdiktatorische Gesellschaften. Vor allem die Unabhängigkeit und die Rechtssicherheit werden hoch geschätzt, da sie vor politischer Instrumentalisierung schützen. Ein weisungs-

gebundener Abteilungsleiter im Bundesarchiv würde das so wenig darstellen können wie ein Beauftragter ohne Akten.

Mentale Situation nach der Diktaturphase

Die Aktensicherung und -öffnung in der Friedlichen Revolution geschah auch aus der Erfahrung mit der Aufarbeitung nach der NS-Zeit, die lange an den Sperrfristen des Bundesarchivs und dem Mangel an Institutionen der kritischen Auseinandersetzung gelitten hat. In der heute von Vielen als unsicher erlebten Situation sehen wir mit Schrecken, wie stark das Abgrenzungssyndrom des Mauerstaats, das Freund-Feind-Denken, der zentralistische Etatismus und der Sozialpopulismus der marxistischen Ideologie, sogar der Antisemitismus und Rassismus der Nationalsozialisten noch fortwirken. Auch dies sind gewichtige Argumente gegen das Versenken des Flaggschiffs der Aufarbeitung.

6. Fazit

Die Mehrheits-Empfehlungen der Expertenkommission eröffnen eine derzeit fachlich nicht notwendige Grundsatzdebatte. Offenbar soll hier ein politisches, ein geschichtspolitisches Zeichen gesetzt werden. Das Skandalon der totalitären SED-Herrschaft mit ihren noch schmerzenden Nachwirkungen soll in den Abgründen der Geschichte, den Labyrinthen von Archiven versinken, interessant nur noch für ein paar Spezialisten, die „die DDR als Chance“² für ihre akademische Laufbahn sehen.

Es gibt meines Erachtens keine zwingenden sachlichen Gründe, das Stasi-Unterlagen-Gesetz aufzuheben, die damit gegründete Behörde zu zerschlagen und das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen abzuschaffen. Die Aufklärung über die kommunistische SED-Diktatur wird verschwimmen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für das Thema schwinden und das Bildungsniveau der Schüler und Studenten weiter absinken.

In einer Zeit, in der Deutschland vor großen Herausforderungen steht, in der viele Bürger um ihre Identität in ihrem Land besorgt sind, in der neue totalitäre Regime und Ideologien uns herausfordern, ist es das falsche Signal, diese Institution der Freiheit zu schleifen.

Hildigund Neubert

im März 2016

² So der Titel einer Neuerscheinung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Anhang 7**Deutscher Bundestag****18. Wahlperiode, Drucksache 18/8705**

07.06.2016

Antrag**der Fraktionen der CDU/CSU und SPD****Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen**

Der Bundestag wolle beschließen:

„Die Aufarbeitung des Erbes der SED-Diktatur bleibt eine fortdauernde, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zukünftige strukturelle Veränderungen dürfen daher nicht zu einer Verschlechterung bei der Nutzung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger, Forschung, Bildung, Medien und öffentliche Stellen führen. Veränderungen dürfen kein Schlussstrich sein.“ So lautet eine der Kernaussagen des Antrages mit dem die Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Drs.18/1957) eingesetzt wurde.

Die Expertenkommission, im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 27.11.2013 vereinbart, erhielt ihren Arbeitsauftrag mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag am 4.7.2014.

Die Expertenkommission hat am 12.4.2016 ihren Abschlussbericht (Drs.18/8050) öffentlich vorgelegt und dem Deutschen Bundestag auftragsgemäß Handlungsempfehlungen unterbreitet.

Den Mitgliedern unter Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und seinem Stellvertreter Prof. Dr. Richard Schröder gebührt großer Dank. Die Handlungsempfehlungen haben dreizehn der vierzehn Mitglieder verabschiedet. Sie sind eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat am 27.4.2016 ein öffentliches Fachgespräch zum Kommissionsbericht durchgeführt. Die dabei vorgetragenen Aspekte und Stellungnahmen sind bei der weiteren Bewertung der Ergebnisse der Expertenkommission zu bedenken. Auch fast drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution muss unser politisches Handeln den Interessen der Opfer der SED-Diktatur gerecht werden. Es gilt zukunftsfähige und stabile Strukturen zu erarbeiten, die einer weiteren Professionalisierung dienen. Darüber ist mit großer Sorgfalt, Sachverstand und Bedacht zu entscheiden. Der Zugang zu den Stasiakten, der besondere Charakter und Symbolwert

des Stasiunterlagenarchivs sowie die internationale Vorbildwirkung des Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) müssen erhalten werden.

Die Auskunftserteilung für Betroffene, für die Wissenschaft und die Öffentlichkeit und die Erschließung des Aktenbestandes müssen gewährleistet sein. 26 Jahre nach Gründung der BStU werden monatlich noch rund 5.000 Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Die Aufgabenfelder der Stasiunterlagenbehörde bleiben ein wichtiger Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur, vor allem für das Demokratieverständnis nachfolgender Generationen und eine gesamtdeutsche Erinnerung.

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, den Transformationsprozess der Stasiunterlagenbehörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen heraus einzuleiten. Der Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen hat sowohl im Inland wie im Ausland eine glaubwürdige, gewichtige Stimme. Er kann und soll diesen Prozess begleiten.

Im Einzelnen:

I. Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes von BStU und Bundesarchiv

BStU und Bundesarchiv erarbeiten für notwendige Entscheidungen in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein gemeinsames, belastbares Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv. Dieses Konzept soll folgende Konditionen beachten:

- dauerhafter Erhalt des Gesamtbestandes des Stasiunterlagenarchivs sowie Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasiunterlagenarchivs mit internationaler Vorbildwirkung;
- Erhalt des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit spezialgesetzlichen Regelungen sowie keine Verschlechterung bei Aktenzugang und Akteneinsicht;
- Qualitätsgewinn durch Verbesserung der Arbeits- und Serviceleistungen bei Antragsbearbeitung, Verkürzung der Wartezeiten, Aktenerschließung, archivgerechte Aktenlagerung, Digitalisierung;
- Prüfung der Fortführung der Überprüfungsregelungen nach § 19 ff. StUG.

II. Förderung der dezentralen Aufarbeitungslandschaft und der gesamtdeutschen Perspektive

In unserem Land ist über die Jahre eine vielfältige, dezentrale Aufarbeitungs- und Gedenkstättenlandschaft aus staatlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen entstanden, die es zu erhalten und unterstützen gilt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich:

- zur Verpflichtung, authentische Erinnerungsorte zu erhalten und das Gedenkstättenkonzept weiter zu entwickeln;

noch Anhang 7

- zur Bedeutung und Fortentwicklung des Geländes Normannenstraße als „Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ und zur Eigenständigkeit der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen;
- zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundesstiftung Aufarbeitung auf Grundlage des Koalitionsvertrages, vor allem, um dem erfreulich zahlreichen Vorliegen von deutschlandweiten Projektförderanträgen dauerhaft entsprechen zu können;
- zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit auf allen Ebenen, um die teils enormen Wissensdefizite bei der jungen Generation zu beheben und Demokratiebewusstsein zu stärken.

Berlin, den 7. Juni 2016

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion**

Anhang 8

Eingang von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2016

Verwendungszweck	1991–2000	2001–2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt	1 793 469	956 014	80 611	88 231	64 246	67 763	62 544	48 634	3 161 512
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	181 747	39 171	1 715	2 064	1 411	1 847	3 031	1 657	232 643
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 580 342	173 969	210	317	296	272	260	227	1 755 893
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	91 651	114 857	9 532	7 834	7 800	7 859	7 348	6 849	253 730
Ersuchen Rentenangelegenheiten	686 759	454 918	6 524	6 845	3 661	2 457	2 705	2 355	1 166 224
Ersuchen gesamt	2 540 499	782 915	17 981	17 060	13 168	12 435	13 344	11 088	3 408 490
Ersuchen Rehabilitierung	69 510	25 571	1 543	1 596	998	1 130	1 015	773	102 136
Ersuchen Wiedergutmachung	80 320	81 154	4 421	3 681	2 824	2 717	3 025	2 194	180 336
Ersuchen Strafverfolgung	200 693	19 414	518	270	247	288	726	183	222 339
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	350 523	126 139	6 482	5 547	4 069	4 135	4 766	3 150	504 811
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	5 204	7 704	959	994	835	891	906	867	18 360
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	6 457	5 434	542	436	484	516	445	432	14 746
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	11 661	13 138	1 501	1 430	1 319	1 407	1 351	1 299	33 106
Summe	4 696 152	1 878 206	106 575	112 268	82 802	85 740	82 005	64 171	7 107 919

¹⁾ Parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter, Ordensangelegenheiten u. a.

²⁾ Zählung nur der beantragten Themen

Anhang 9

Erledigung von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2016

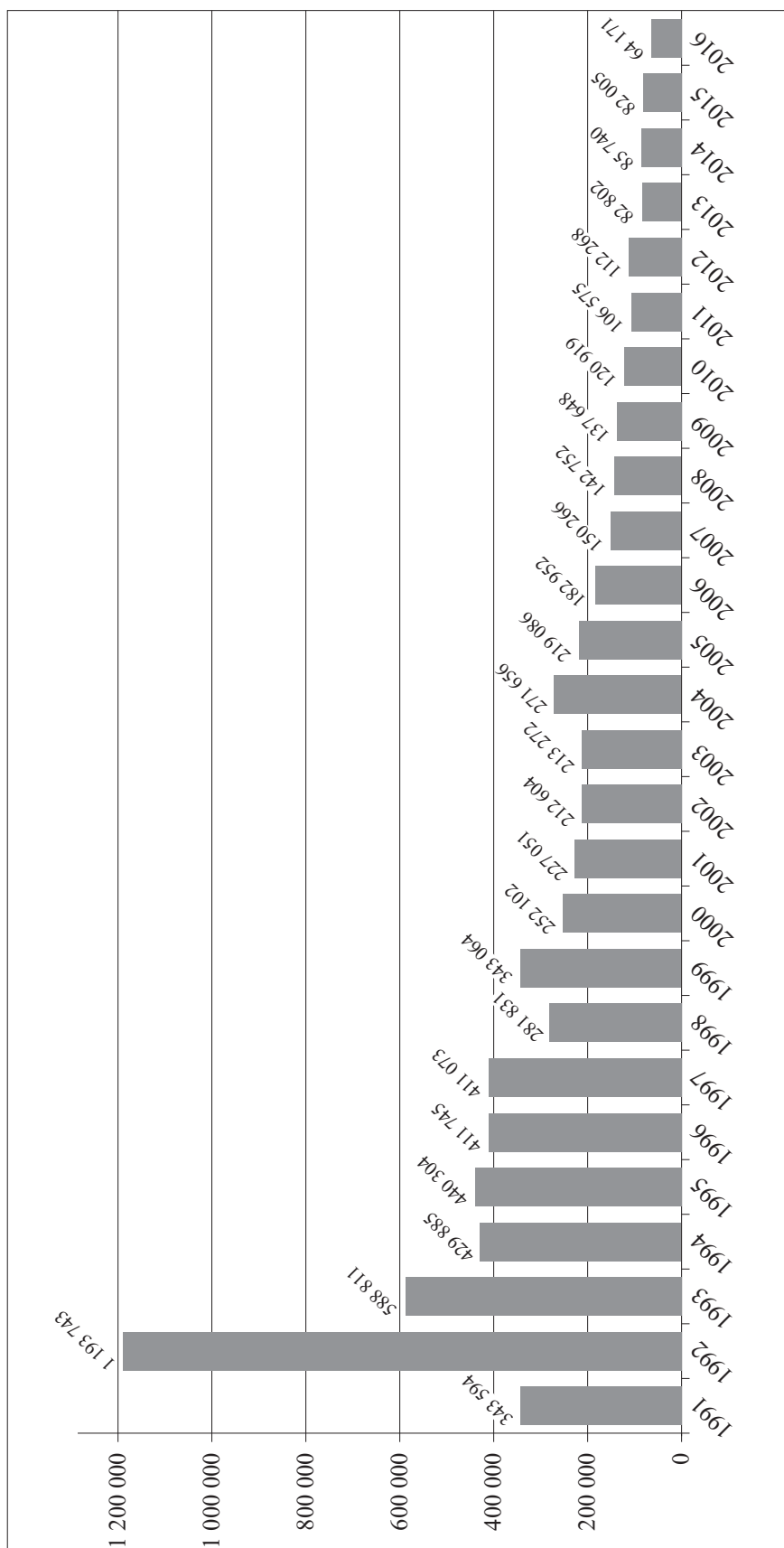
Verwendungszweck	1991–2000	2001–2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Erledigungen gesamt
Bürgeranträge gesamt	1 640 883	1 056 031	79 158	78 949	67 743	69 772	77 109	61 899	3 107 097
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	174 370	43 930	4 024	1 898	1 616	1 379	3 194	1 969	232 380
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 567 949	186 358	201	310	283	279	261	231	1 755 872
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	86 145	119 401	9 523	8 040	7 272	6 807	8 582	6 841	252 611
Ersuchen Rentenangelegenheiten	599 380	541 025	5 351	7 777	3 788	2 417	2 821	2 417	1 164 976
Ersuchen gesamt	2 427 844	890 714	19 099	18 025	12 959	10 882	14 858	11 458	3 405 839
Ersuchen Rehabilitierung	71 774	22 258	1 983	1 671	1 172	1 093	1 129	836	101 916
Ersuchen Wiedergutmachung	71 065	88 157	5 517	3 765	2 969	2 872	3 138	2 208	179 691
Ersuchen Strafverfolgung	187 162	32 733	513	214	469	270	487	396	222 244
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	330 001	143 148	8 013	5 650	4 610	4 235	4 754	3 440	503 851
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	3 385	8 332	942	914	933	1 000	987	856	17 349
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	5 574	5 896	582	488	488	543	504	408	14 483
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	8 959	14 228	1 524	1 402	1 421	1 543	1 491	1 264	31 832
Summe	4 407 686	2 104 121	107 794	104 026	86 733	86 432	98 212	78 061	7 048 619

¹⁾ Parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter, Ordensangelegenheiten u. a.

²⁾ Zählung nur der beantragten Themen

Anhang 10

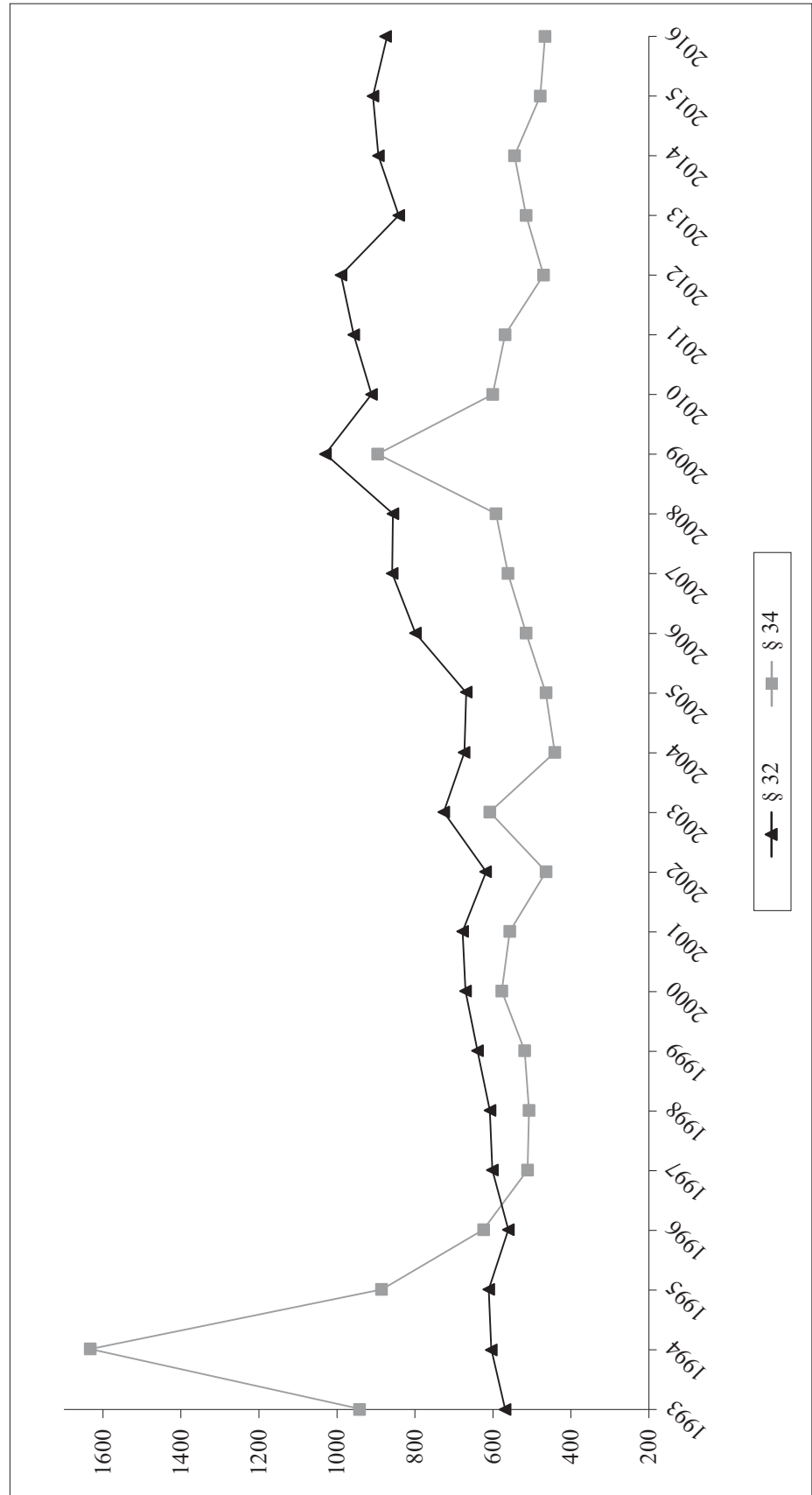
Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2016



Anhang 11

Eingang von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG 1993 –2016
Stand: Dezember 2016

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
§ 32	542	580	587	533	577	584	618	651	659	594	711	654	649	789	853	851	1037	910	959	994	835	891	906	867
§ 34	944	1685	881	602	480	476	488	551	529	429	584	405	430	484	534	567	893	576	542	436	484	516	445	432



Anhang 12**Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums**

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Politikwissenschaftler, 1983–2000 Forschungsdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung, Honorarprofessor an der Universität Trier. 2002 bis November 2014 Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Ettersberg in Weimar
Prof. Dr. Rainer Eckert	Historiker, Politologe, 2001 bis 2015 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Mitglied im Gremium ab Januar 2017
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke	Historiker, seit 1997 bis zur Emeritierung im Oktober 2012 Universitätsprofessor an der Technischen Universität Dresden; ausgeschieden im Juni 2016
Dr. Michael Hollmann	Historiker, seit 2011 Präsident des Bundesarchivs
Dr. Hubertus Knabe	Historiker, seit 2000 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Stefan Liebich	Diplom-Betriebswirt, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Ulrich Mählert	Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	Historiker, 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis zu seiner Emeritierung 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München
Prof. Dr. Klaus Schroeder	Politikwissenschaftler, seit 1992 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes, Berlin
Prof. Dr. Alexander Vatlin	Historiker, seit 2006 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Historischen Fakultät der Lomonossow-Universität, Moskau

Anhang 13

Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung

Datum	Referent(en)	Thema
21.01.2015	Dr. Bettina Bock	„Blindes“ Schreiben im Dienste der DDR-Staatssicherheit. Über Texte der inoffiziellen Mitarbeiter
11.02.2015	Dr. Elke Stadelmann-Wenz/ Prof. Dr. Daniela Münkler	„Verrat in Filiale 9592“ – Das MfS im deutsch-deutschen Geheimdienstkrieg 1953/54
04.03.2015	Dr. Ralph Kaschka	Das Wirken des MfS beim Sportclub Traktor Schwerin
02.06.2015	Dr. Martin Großheim	Die Stasi und Vietnam: Zwischen „proletarischem Internationalismus“ und Misstrauen
17.06.2015	Dr. Ann-Kathrin Reichardt	Von der Sowjetunion lernen?
01.07.2015	Dr. Ulrike Schulz	Parallelüberlieferung und Korrektiv – der „Leiter der Inspektion des Generaldirektors“ beim VEB „Simson“
14.10.2015	Markus Goldbeck	Eine Behörde zwischen Ost und West: Gründung und Arbeit der BStU als Gegenstand politischer und massenmedialer Debatten im vereinigten Deutschland
04.11.2015	Dr. Markus Anhalt	Die Macht der Kirchen brechen – Die DDR-Jugendweihe und die Stasi
09.12.2015	Dr. Georg Herbstritt	Die DDR-Staatssicherheit und Rumänien. Kooperation und Konfrontation zwischen verbündeten Geheimdiensten
13.01.2016	Matej Kotalik	„Chuligánství“ in der ČSR/ČSSR und „Rowdytum“ in der DDR (1956–1989): Rezeptionen, Deutungen und Bekämpfungen im Vergleich
27.04.2016	Dr. Roger Engelmann	Das Untersuchungsorgan der Staatssicherheit 1950–1989. Wandlungen der politischen Strafverfolgung in der DDR
18.05.2016	Tanja Florath	Die argentinischen Verschwundenen – Zur Entwicklung einer Rechtsfigur im internationalen Menschenrechtsschutz
15.06.2016	Arno Polzin	Der DDR-Militärstrafvollzug bzw. die Disziplinareinheit der NVA in Schwedt – Eine Rekonstruktion unter Rückgriff auf Akten der Staatssicherheit
13.07.2016	Dr. Henrik Bispinck	Von Streikdrohungen, Schweigeminuten und ranziger Margarine: Das Jahr 1956 im Spiegel der Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit
23.11.2016	Dr. Douglas Selvage	Stasi, KGB und KSZE-Prozess: Die Bekämpfung konservativer Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik
14.12.2016	Dr. Rüdiger Bergien	Der zentrale Parteiapparat der SED 1946–89. Innenleben und Herrschaftspraxis einer Machtorganisation

Anhang 14

Publikationsreihen

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten – Analysen und Dokumente

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (einige Titel sind nur noch als eBook verfügbar unter www.linksverlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 249 S., 2. Aufl., Berlin 1996, als eBook ISBN 978-3-86284-046-5

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1997, als eBook ISBN 978-3-86284-045-8

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-036-6

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 172 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, 15,00 €, ISBN 978-3-86153-102-9

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, als eBook ISBN 978-3-86284-340-4

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 899 S., 2. Aufl., Berlin 1998, als eBook ISBN 978-3-86284-042-7

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, 30,00 €, ISBN 978-3-86153-122-7

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 22,00 €, ISBN 978-3-86153-131-9

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 224 S., 2. Aufl., Berlin 2000, 15,00 €, ISBN 978-3-86153-146-3

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1169 S., 3. Aufl., Berlin 2011, als eBook ISBN 978-3-86284-037-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 22,00 €, ISBN 978-3-86153-147-0

Band 12: Reinhard Buthmann: Kaderversicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, als eBook ISBN 978-3-86284-034-2

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, 18,00 €, ISBN 978-3-86153-215-6

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 2. Aufl., Berlin 2010, als eBook ISBN 978-3-86284-032-8

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 874 S., 2. Aufl., Berlin 2000, als eBook ISBN 978-3-86284-031-1

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 564 S., Berlin 2000, als eBook ISBN 978-3-86284-030-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 6. Aufl., Berlin 2013, als eBook ISBN 978-3-86284-342-8

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 600 S., 2. Aufl., Berlin 1999, als eBook ISBN 978-3-86284-028-1

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 264 S., Berlin 2000, 18,00 €, ISBN 978-3-86153-226-2

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 658 S., Berlin 2000, als eBook ISBN 978-3-86284-026-7

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-792-2

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, ISBN 978-3-86108-373-3 (vergriffen)

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage

noch Anhang 14

gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., 2. Aufl., Bremen 2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-388-7

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-386-3

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk, Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-387-0

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-398-6

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.v-r.de)

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, 35,00 €, ISBN 978-3525-35004-1

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, 30,00 €, ISBN 978-3525-35018-8

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 391 S., Göttingen 2007, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 463 S., Göttingen 2007, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann und Thomas Großbölting, Hermann Wentker (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 592 S., Göttingen 2009, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35100-0

Band 34: Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, 251 S., Göttingen 2011, 20,00 €, ISBN 978-3-525-35045-4

Band 35: Lutz Niethammer und Roger Engelmann (Hg.): Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR, 364 S., Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35035-5

Band 36: Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, 340 S., Göttingen 2014, 25,00 €, ISBN 978-3-525-35078-2

Band 37: Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989), 363 S., Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-35080-5

Band 38: Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 560 S., Göttingen 2014, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35079-9

Band 39: Anita Krätzner (Hg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, 180 S., Göttingen 2015, 13,00 €, ISBN 978-3-525-35081-2

Band 40: Christian Halbrock: »Freiheit heißt, die Angst verlieren«. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, 540 S., 2., korrigierte Aufl., Göttingen 2015, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35118-5

Band 41: Ilko-Sascha Kowalczyk, Arno Polzin (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, 1 060 S., Göttingen 2014, 70,00 €, ISBN 978-3-525-35115-4

Band 42: Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, 670 S., Göttingen 2015, 50,00 €, ISBN 978-3-525-35116-1

Band 43: Bernd Florath (Hg.): Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, 670 S., Göttingen 2016, 50,00 €, ISBN 978-3-525-35117-8

Band 44: Julia Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989, 430 S., Göttingen 2015, 35,00 €, ISBN 978-3-525-35120-8

Band 45: Markus Anhalt: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR, 222 S., Göttingen 2016, 18,00 €, ISBN 978-3-525-35121-5

Band 46: Christian Domnitz: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland, 261 S., Göttingen 2016, 20,00 €, ISBN 978-3-525-35123-9

Band 47: Georg Herbstritt: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989, 582 S., Göttingen 2016, 40,00 €, ISBN 978-3-525-35122-2

noch Anhang 14

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen*(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)*

Band 1: Peter Eisenfeld: „... rausschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., Bremen 2002, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-386108-342-9

Band 2: Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 298 S., Bremen 2004, 5,00 €, ISBN 978-386108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, als eBook 19,99 €, ISBN 978-3-525-35800-9

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Hg. von Daniela Münkler*(Über den Buchhandel zu beziehen)**Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen*

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37502-0

Daniela Münkler (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., 2. Aufl. mit Online-Datenbank-Zugriff, Göttingen 2016, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37507-5

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2012, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37501-3

Roger Engelmann (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2013, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37500-6

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2014, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37504-4

Daniela Münkler (Bearb.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 192 S., Berlin 2014, kostenlos beim BStU zu bestellen, ISBN 978-3-942130-83-7

Matthias Braun, Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1981. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2015, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37505-1

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2016, 30,00 €, ISBN 978-3-525-37506-8

Stasi in der Region*(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)*

Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.): Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg, 180 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-00-8

Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.): Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk, 64 S., Berlin 2016, kostenlos, ISBN 978-3-946572-02-2

Einzelveröffentlichungen*(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)*

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993 (vergriffen)

Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS, 56 S., Berlin 1994, Schutzgebühr 1,00 €, ISBN 978-3-946572-09-1

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Bernd Eisenfeld, Thomas Auerbach, Gudrun Weber, Sebastian Pflugbeil: Projektbericht „Strahlen“. Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität? 226 S., 2., überarb. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 1,00 €

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-86-8

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., München 2006, 24,90 €, ISBN 978-3421-05952-7, weiter als „Die Stasi 1945–1990“

Jens Gieseke: Die Stasi 1945–1990, erw. Paperbackausgabe, 359 S., München 2011, 14,99 €, ISBN 978-3-570-55161-5, früher: „Der Mielke-Konzern“

noch Anhang 14

Jens Gieseke: The History of the Stasi. East Germany's Secret Police 1945–1990, 268 S., New York/Oxford 2014, 120,00 \$/75,00 £, ISBN 978-1-78238-254-6 (Hardcover) New York/Oxford 2015, 34,95 \$/22,00 £, ISBN 978-1-78533-024-7 (Paperback)

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-70-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistik, 1 024 S., Berlin 2008, 40,00 €, ISBN 978-3-86153-441-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., München 2009 (vergriffen)

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 623 S., 3., überarb., korr. u. erw. Neuausg., München 2015, 19,95 €, ISBN 978-3-406-68407-4

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 3. aktual. Aufl., 88 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-91-2

The dissenter is the enemy. An Exhibition on the State Security Service in the GDR, 88 S., 3rd updated edition, Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-92-9

„Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit.“ Katalog und Aufsätze, 221 S., Berlin 2011 (vergriffen)

Reinhard Buthmann: Konfliktfall „Kosmos“. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR, 389 S., Wien u. a. 2012, 39,90 €, ISBN 978-3-412-20742-7

Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkler, Arno Polzin und Walter Süß (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 440 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2016, 25,00 €, ISBN 978-3-86153-900-1

Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) Stasi-Unterlagen-Gesetz, 400 S., Berlin 2013, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-94-3

Thomas Auerbach und Gudrun Weber: Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch, 205 S., Berlin 2014, 19,80 €, ISBN 978-3-86732-200-3

Daniela Münkler (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, 204 S., Berlin 2015, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-95-0

Daniela Münkler (ed.): State Security. A Reader on the GDR Secret Police, 204 p., Berlin 2016, token fee 5,00 €, ISBN 978-3-942130-97-4

MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen; alle Titel des Handbuchs sind auf www.bstu.de kostenlos als PDF abrufbar)

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 408 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-27-1

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-14-1

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-22-6

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-05-9

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-30-1

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, 65 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-11-0

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-04-2

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M: Postkontrolle, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-17-2

Monika Tantzsch: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-07-3

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz und Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, 238 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, 356 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-15-8

Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, 136 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-09-7

Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989: Eine organisatorische Übersicht, 540 S., mit CD-ROM, Berlin 2012, Schutzgebühr 12,00 €, ISBN 978-3-942130-28-8

Roger Engelmann, Frank Joestel: Hauptabteilung IX: Untersuchung, 266 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-10-3

Die Handbuch-Lieferungen sind online verfügbar unter www.bstu.de. Dort findet sich auch eine aktuelle Übersicht über das Gesamtwerk.

Dokumente (Reihe A)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-942130-35-6

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-36-3

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-38-7

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-942130-41-7

Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-942130-46-2

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, ISBN 978-3-942130-43-1

noch Anhang 14

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, 99 S., Berlin 1993 (vergriffen)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, 133 S., Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzscher: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S., (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther; Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S., (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S., (3/1993) (vergriffen)

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (1/1994) (vergriffen)

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994) (vergriffen)

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S., (6/1994), ISBN 978-3-942130-54-7

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst

Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-56-1

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 66 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997 (vergriffen)

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-57-8

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl. (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-58-5

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-60-8

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950–1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, 56 S., (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen“. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-63-9

noch Anhang 14

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage des MfS, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-65-3

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-67-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkolektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), ISBN 978-3-942130-69-1

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), 320 S., (29/2010), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-71-4

Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 98 S., (30/2011), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-73-8

Jenny Schekahn und Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, 158 S., (31/2012), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-74-5

Daniela Münkel: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, 84 S., (32/2013), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-75-2

Douglas Selvage und Christopher Nehring: Die AIDS-Verschöpfung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, 152 S., (33/2014), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-76-9

Christian Adam, Martin Erdmann, Horst Henkel, Wolfgang Scholz: Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD mit CD-ROM, 160 S., (34/2015), Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-77-6

Holger Horsch: »Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral«. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 86 S., (35/2015), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-78-3

Helge Heidemeyer (Hg.): „Akten-Einsichten“. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit, 170 S., (36/2016), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-79-0

Kooperationsprojekte

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut und Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, 19,80 €, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczyk: Staatsgründung auf Raten?, 435 S., Berlin 2005, 35,00 €, ISBN 978-386153-380-4

Torsten Diedrich und Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 372 S., Berlin 2010, 34,90 €, ISBN 3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 3-89331-402-4

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, 2,00 €, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/ BStU:

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., 2. Auflage, Schwerin 2011, Schutzgebühr 6,00 €, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V./BStU:

Werner Theuer und Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann in der Robert-Havemann-Gesellschaft und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 576 S., Berlin 2008, 25,00 €, ISBN 978-3-938857-07-6

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/BStU:

Christian Halbrock: „Stasi-Stadt“ – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 75 S., 2. Aufl., Berlin 2009, 13,00 €, ISBN 978-3-86153-520-1

noch Anhang 14

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 253 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2011, 19,80 €, ISBN 978-3-86732-073-3

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V./Der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen/BSStU:

Martin Gutzeit, Helge Heidemeyer und Bettina Tüffers (Hg.): „Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90“, Dokumentation einer Tagung am 25. und 26. November 2008 in Berlin, 264 S., Düsseldorf 2010, 29,80 €, ISBN 978-3-7700-5304-9

Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968:

Ronny Heidenreich, Daniela Münkler und Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, 462 S., Berlin 2016, 45,00 €, ISBN: 978-3-86153-922-3

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004 (vergriffen)

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003 (vergriffen)

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005 (vergriffen)

Band 4: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001 (vergriffen)

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006 (vergriffen)

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003 (vergriffen)

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the

BSStU from 8th–9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 €, ISBN 978-38258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005 (vergriffen)

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., 29,90 €, Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, 582 S., Münster 2009, 29,90 €, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larsen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1106-8

Archivwissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 11: Roland Lucht (Hg.): Das Archiv der Stasi. Begriffe, 387 S., Göttingen 2015, 30,00 €, ISBN 978-3-525-31019-9

Band 12: Karsten Jedlitschka, Philipp Springer (Hg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, 489 S., Göttingen 2015, 35,00 €, ISBN 978-3-525-31033-5

Dokumentenhefte. Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

(Kostenlos über den BSStU zu beziehen)

Aktion „Gegenschlag“. Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983, 84 S., 2. Aufl., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart. Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv, 76 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, 112 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Eingeschränkte Freiheit“. Der Fall Gabriele Stötzer, 76 S., 3. Aufl., Berlin 2015

Operativer Vorgang „Inspirator“. Der Weimarer Montagskreis, 108 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, 76 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig, 80 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen, 130 S., 2. Aufl., Berlin 2015

noch Anhang 14

„Überall kocht und brodelt es ...“. Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen, 106 S., 2. Aufl., Berlin 2015

Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 92 S., 2. Aufl. Berlin 2015

„Keine Gewalt!“. Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89, 132 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Stasi raus – es ist aus!“. Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei, 160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 58 S., Berlin 2015

Tschernobyl. Der Super-GAU und die Stasi. 82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“ – Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR, 112 S., Berlin 2016

Weitere kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

(Über den BStU zu beziehen)

Erster, Zweiter, Dritter, Viertes, Fünftes, Sechstes, Siebentes, Achtes, Neunter, Zehnter, Elfter und Zwölfter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Erster und Fünfter Tätigkeitsbericht nur als pdf-Datei)

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 136 S., 11., durchges. Aufl., Berlin 2015

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, 39 S., Berlin 2007 (vergriffen)

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“. Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin 2010 (vergriffen)

The „European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files“. A Reader on the Legal Foundations, Structures and Activities, Second and Revised Edition, 84 S., Berlin 2014, ISBN 978-3-942130-98-1

Anhang 15**Lernort ehemalige Stasi-Zentrale – Campus für Demokratie, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, Gedenkstätten****Stasi-Unterlagen-Archiv**

Ruschestraße 103, „Haus 7“
10365 Berlin

Archivführungen jeden 1. Dienstag im Monat 17:00 Uhr
und nach Anmeldung

Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs

Ruschestraße 103, „Haus 1“, Projektwerkstatt, 4. OG
10365 Berlin

Telefon: 030 2324-8937
Telefax: 030 2324-8939
E-Mail: bildung@bstu.bund.de

Stasi-Museum

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“,
gemeinsam entwickelt von BStU und ASTAK e. V.,
betrieben vom ASTAK; geöffnet Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertage von
11:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 6 €, ermäßigt 4,50 €, Schüler 3 €;
Gruppenermäßigung ab 10 Personen

Telefon: 030 553-6854
Telefax: 030 553-6853
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Information auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale

Ruschestraße 103, „Haus 22“
10365 Berlin

Anlaufpunkt für Gäste mit Informationen zur Arbeit des
BStU und zur Open-Air-Ausstellung „Revolution und
Mauerfall“ von Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.
(www.revolution89.de)

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresden

geöffnet Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112 a
01099 Dresden

Beratungsstelle geöffnet Dienstag und Mittwoch von
10:00 bis 17:00 Uhr

Informationsstelle geöffnet täglich von 10:00 bis
18:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-3490/-3411
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

geöffnet täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

Servicezeiten (für Bürgeranfragen, Archivführungen,
Besuchergruppen) Montag bis Donnerstag von 08:00 bis
17:00 Uhr, Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Öffentliche Archivführungen jeden Donnerstag (außer an
Feiertagen) 16:00 Uhr

Telefon: 0361 5519-4711
Telefax: 0361 5519-4719
E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

geöffnet täglich von 9:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 0335 6068-2411
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

geöffnet Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock

Hermannstraße 34 b (Eingang gegenüber Supermarkt)
18055 Rostock

noch Anhang 15

geöffnet (März–Oktober) Dienstag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

geöffnet (November–Februar) Dienstag bis Freitag von 09:00 bis 17:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

An Sonn- und Feiertagen geschlossen. Öffentliche Führungen Mittwoch und Samstag 14:00 Uhr

Telefon: 0381 498-5651/52

Telefax: 0381 498-5650

E-Mail: dug-rostock@bstu.bund.de

Voraussichtlich ist die DuG ab Mitte 2017 für ca. ein Jahr wegen Sanierung geschlossen.

Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch aller genannten Einrichtungen des BStU kostenfrei. Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen erbeten.

Anhang 16

Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Ort	Zeitraum	Besucher
Augsburg	04.03.–26.03.2015	1 703
Aachen	06.05.–26.05.2015	1 380
Ingolstadt	18.06.–02.07.2015	1 021
Essen	14.09.–23.09.2015	1 001
Nürnberg	30.09.–21.10.2015	1 456
Erlangen	28.10.–12.11.2015	892
Heidelberg	25.02.–24.04.2016	1 527
Kiel	06.09.–23.09.2016	2 147
Gießen	01.10.–19.10.2016	724
Moers	27.10.–16.11.2016	798
		12 649

Gesamtzahl aller Besucherinnen und Besucher der beiden Wanderausstellungen des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ und „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“: 479 761 Besucher an 143 Orten

Anhang 17**Abkürzungsverzeichnis****A**

Abt.	Abteilung
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (Nachfolgeorganisation des MfS)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome (englisch für erworbenes Immundefektsyndrom)
AKW	Atomkraftwerk
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
ARGUS	„ARchivGUtSuche“, Online-Recherche- und Präsentationsplattform (vom Bundesarchiv betrieben)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
AU	Abteilung Verwendung von Unterlagen beim BStU

B

BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BASYS 2	Archivverwaltungssystem (IT-System) des Bundesarchivs
BASYS 2 B+M	Benutzungswesen und Magazinverwaltung
BBC	British Broadcasting Corporation, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
BF	Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)

C

CD	Compact Disk (Speicher für digitale Daten)
CIA	Central Intelligence Agency – Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1948–1993)

D

DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)
DNA	deoxyribonucleic acid (engl. für Desoxyribonukleinsäure): Träger der Erbinformation
DOSA	Dokumentensammlung
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)

noch Anhang 17

E

E-Government-Gesetz	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren des BStU)
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein

F

F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)

G

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GNU	Gesellschaft für Natur und Umwelt
GPS	Globales Positionsbestimmungssystem

H

HA	Hauptabteilung (MfS)
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren des BStU)
HI-Virus	Humane Immundefizienz-Virus
HM/WR	Datenbank hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren des BStU)

I

IM	inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
IPPNW	Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs
IT	Informationstechnik

J

JHS	Juristische Hochschule des MfS in Potsdam
-----	---

K

KD	Kreisdienststelle (MfS)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954–1991)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
kw-Vermerk	Haushaltsvermerk im Stellenplan, der vorsieht, dass Planstellen oder andere Stellen künftig wegfallen (Stellen mit kw-Vermerk können nicht nachbesetzt werden)

noch Anhang 17

L

lfd. M.	laufende(r) Meter
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
LStU	Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

M

MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdI	Ministerium des Innern (DDR)
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoj Besopasnosti – Ministerium für Staatssicherheit (Vorgängerorganisation des KGB, 1946–1953)

N

NDR	Norddeutscher Rundfunk
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)

O

OD	Objektdienststelle (MfS)
----	--------------------------

P

PDF	Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
-----	---

R

RAF	Rote Armee Fraktion
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg

S

SA	sog. Sturmabteilung; Teilorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
SAE	Sachaktenschließung (IT-Verfahren des BStU)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCNR	Study Centre for National Reconciliation – Studienzentrum für nationale Aussöhnung (Slowenien)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SS	sog. Schutzstaffel; Teilorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)

noch Anhang 17

StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
T	
TH	Technische Hochschule
U	
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHA	Untersuchungshaftanstalt
UHK	Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
US	Vereinigte Staaten, Kurzform für USA
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
ÚSTR	Ústav pro studium totalitních režimů – Institut für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik)
V	
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VG	Verwaltungsgericht
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (des MfS)
W	
WBG	Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WM	Weltmeisterschaft
Z	
ZMA	Zentrale Materialablage (des MfS)
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Erläuterungen zu den im Text genannten Dienststeinheiten des MfS

Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA III)
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel (in den BV; entspricht im MfS: HA VI)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. X	Internationale Verbindungen
Abt. XI	Chiffrierwesen (in den BV; entspricht im MfS: HA XI)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug (in den BV und im MfS)
Abt. XV	Aufklärung (in den BV; entspricht im MfS: HV A)
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV; entspricht im MfS: HA XVIII)
Abt. XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen (in den BV; entspricht im MfS: HA XIX)
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. OT	Operative Technik
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
Abt. N	Nachrichten
Abt. RD	Rückwärtige Dienste
AG	Arbeitsgruppe
AG AuE	Aktionen und Einsätze
AG S	Sonderbauten
AG XVII	Besucherbüros Westberlin
AG XXII	Terrorabwehr
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
BdL	Büro der Leitung
HA	Hauptabteilung
HA II	Spionageabwehr
HA II/18	Abwehr terroristischer Handlungen
HA VII	Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei
HA VIII	Beobachtung, Ermittlung
HA IX	Untersuchungsorgan
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
HA XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XX/10	Überwachung von SED-Einrichtungen und Sonderobjekten
HA XXII	Terrorabwehr

noch Anhang 17

HA KuSch	Kader und Schulung
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
HA PS	Personenschutz
MD	Medizinischer Dienst
OfS	Offizier für Sonderaufgaben
SdM	Sekretariat des Ministers
SR AWK	Selbständiges Referat Abwehr Wehrkommando
SR BCD	Selbständiges Referat Bewaffnung und chemischer Dienst
SR GS	Selbständiges Referat Grenzsicherheit
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
WR	Wachregiment
WSE	Wach- und Sicherungseinheit
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZAIG-Bereich 1	Auswertung, Information
ZAIG-Bereich 3	Elektronische Datenverarbeitung
ZAIG-Bereich 6	Öffentlichkeitsarbeit
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe; Flucht/Übersiedlung
ZPL	Zentrale Parteileitung